

# Wegweiser für ein zukunftsfähiges Berlin

Partizipative Erhebung von Leitbildern und Indikatoren

Beurteilung der  
Zukunftsfähigkeit

Indikatoren

Leitbilder

**Technische Universität Berlin**  
Ulrike Welland  
Nikolai Kretschmar  
Heidrun Müller



Frank Baumann, BÜRO BLAU  
Peter Ligner, Sozial-ökologische Innovations-  
beratung "Arbeit - Umwelt - Gesundheit"  
Lars Vogelsang, Agenda-Agentur Berlin

Gefördert von der Projektagentur Zukunftsfähiges Berlin mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin



# **Wegweiser für ein zukunftsfähiges Berlin**

## **Partizipative Erhebung und Aufbereitung von Leitbildern und Indikatoren**

### **Projektbericht**

Frank Baumann, Nikolai Kretschmar, Peter Ligner,  
Heidrun Müller, Lars Vogelsang, Ulrike Weiland

Berlin, den 23.02.2001

Das Projekt ist ein Teil des Lokale-Agenda-21-Prozesses Berlin und wurde gefördert durch die Projektagentur "Zukunftsfähiges Berlin" des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin. Dieser Projektbericht kann unter folgender Adresse im World Wide Web abgerufen werden: <http://www.agendaforum.agenda-21.net/docs/wegweiser.pdf>.  
Titelgestaltung: Maßwerk Rainer Leffers



## INHALT

1. Einführung und Überblick	5
1.1 Ziele und Gegenstand des Projekts.....	5
1.2 Projektverlauf .....	7
1.3 Aufbau und Zusammenfassung des Projektberichts.....	8
1.4 Das Projektteam und seine Aufgaben .....	16
2. Grundlagen und Rahmenbedingungen des Projektes	17
2.1 Das Konzept Nachhaltige Entwicklung .....	17
2.1.1 Die Dimensionen nachhaltiger Entwicklung .....	17
2.1.2 Im Projekt verwendetes Verständnis von nachhaltiger Entwicklung .....	21
2.2 Lokale Agenda 21 und der Berliner Agenda-21-Prozess .....	22
2.2.1 Die gesamtstädtische Ebene .....	23
2.2.2 Bezirksebene.....	26
3. Leitbilder und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung – methodische Aspekte	28
3.1 Definitionen und Funktionen von Leitbildern und Indikatoren.....	28
3.1.1 Leitbilder .....	28
3.1.2 Indikatoren.....	29
3.2 Methodische Ansätze und Verfahrensvorschläge zur Bestimmung von Leitbildern und Indikatoren.....	30
3.2.1 Das Driving Force-State-Response-Modell der CSD .....	31
3.2.2 Systemarer Ansatz des IISD.....	32
3.2.3 Das Konzept des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen.....	35
3.2.4 Vorschlag der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages.....	38
3.2.5 Acht Schritte zum kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystem .....	39
3.3 Schlussfolgerungen und Vorschlag für ein abgestuftes System von Leitbildern bis zu Indikatoren.....	41
4. Leitbilder und Indikatoren – Beispiele	45
4.1 Indikatoren auf internationaler Ebene.....	45
4.1.1 Indikatoren der Commission on Sustainable Development .....	45
4.1.2 Nachhaltigkeitsindikatoren der EU .....	47
4.2 Leitbilder und Indikatoren auf nationaler Ebene .....	48
4.2.1 Deutsche Vorschläge zu den CSD-Indikatoren.....	49
4.2.2 Ziele und Indikatoren der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt".....	51
4.2.3 Reduktionsziele und Schlüsselindikatoren im Umweltpolitischen Schwerpunktprogramm und Umweltbarometer .....	52
4.2.4 Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ .....	53

---

4.3	Zielvorstellungen und Indikatoren auf regionaler und lokaler Ebene.....	54
4.3.1	Indikatorenset der Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden 2000 .....	55
4.3.2	Indikatoren des Projekts "Die zukunftsfähige Kommune" der Deutschen Umwelthilfe .....	56
4.3.3	FEST-Projekt "Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21".....	58
4.3.4	Hamburg – Indikatoren für eine zukunftsfähige Hansestadt.....	60
4.3.5	„Kompass“ – Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt München.....	62
4.3.6	Berlin-Köpenick.....	65
4.3.7	Die Lokale Agenda Berlin-Lichtenberg .....	68
5.	Eingrenzung und Konkretisierung der Handlungsfelder	70
5.1	Das Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" .....	70
5.1.1	"Ökologisches" oder "Nachhaltiges" Wirtschaften?.....	70
5.1.2	Handlungsräume und Themenfelder für "Nachhaltiges Wirtschaften" .....	72
5.1.3	Die Perspektiven von Wirtschaftsakteuren mit Blick auf das Handlungsfeld	74
5.2	Das Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen".....	78
5.2.1	„Nachhaltige Lebensweisen“ .....	78
5.2.2	Kultur .....	80
5.2.3	Bildung.....	81
5.2.4	Kinder und Jugendliche .....	85
5.2.5	Geschlechtergerechtigkeit .....	87
6.	Vorstellungen Berliner Akteure zu Leitbildern und Indikatoren einer Nachhaltigen Entwicklung	89
6.1	Methodisches Vorgehen zur Ermittlung der Akteursvorstellungen .....	89
6.1.1	Leitfadengestützte Interviews .....	89
6.1.2	Vorbereitung, Durchführung und Evaluation von Workshops.....	91
6.2	Ergebnisse im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ .....	94
6.2.1	Akteursstruktur im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ .....	94
6.2.2	Zielvorstellungen und Indikatoren in den Handlungsräumen der Akteure ....	96
6.2.3	Auswertung des Workshops.....	106
6.3	Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" .....	109
6.3.1	Akteursspektrum und Interviews .....	109
6.3.2	Zielvorstellungen und Indikatoren in den Handlungsräumen der Akteure ..	110
6.3.3	Auswertung der Interviews und des Workshops .....	114

---

7. Empfehlungen zur Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung für die Berliner Agenda 21	123
7.1 Grundsätzliche Erwägungen.....	123
7.1.1 Leitbild- und Indikatorenentwicklung als iterativer Prozess .....	123
7.1.2 Vertikale Kompatibilität – Abstimmung mit der nationalen und bezirklichen Ebene? .....	124
7.1.3 Horizontale Kompatibilität – Vergleichbarkeit mit anderen Städten? .....	124
7.1.4 Sensitivität von Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung .....	125
7.1.5 Zur Datenverfügbarkeit.....	125
7.1.6 Von anderen Städten lernen .....	125
7.2 Methodische Empfehlungen .....	126
7.2.1 Angemessenheit des Leitbild- und Indikatorensystems für seine vorgesehenen Funktionen .....	126
7.2.2 Typen von Indikatoren .....	127
7.2.3 Strukturmodelle für das Berliner Nachhaltigkeitsleitbild- und -Indikatorensystem.....	128
7.2.4 Berücksichtigung der Zeitdimension .....	134
7.2.5 Bezug zu Maßnahmen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.....	134
7.2.6 Aufbereitung von „Ziel- und Indikatorenprofilen“ .....	134
7.3 Empfehlungen zum Leitbild- und Indikatorenprozess im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ .....	135
7.4 Empfehlungen zu Leitbildern und Indikatoren im Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“ .....	139
7.5 Verfahrensbezogene Empfehlungen für den Berliner Leitbild- und Indikatorenprozess .....	141
7.5.1 Charakteristika des Berliner Leitbild- und Indikatorenprozesses .....	141
7.5.2 Phasen und Etappen des Berliner Nachhaltigkeits-Leitbild- und -Indikatorenprozesses.....	142
8. Verzeichnisse	146
8.1 Literaturverzeichnis .....	146
8.2 Verzeichnis der Tabellen .....	154
8.3 Verzeichnis der Abbildungen .....	156

## 1. Einführung und Überblick

Das Projekt "Wegweiser für ein zukunftsfähiges Berlin" hat in einer wissenschaftlichen Analyse und im Dialog mit Berliner Akteuren Grundlagen für eine partizipative Erarbeitung von Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren für das gesamtstädtische Zukunftsprogramm "Lokale Agenda 21" erstellt.

Die Startphase des Projekts, deren Ergebnisse hier dokumentiert werden, wurde von der Projektagentur "Zukunftsfähiges Berlin" mit Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert. Der Auftrag konzentrierte sich auf zwei Handlungsfelder: "Nachhaltiges Wirtschaften" und "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen".<sup>1</sup>

In der vorliegenden Einführung werden die Ergebnisse und Empfehlungen des Projekts zusammengefasst. Hierbei erfolgen Verweise auf die ausführliche Darstellung in den anschließenden Kapiteln des Projektberichts.

### 1.1 Ziele und Gegenstand des Projekts

Aktionsprogramme zur Nachhaltigkeit erfordern im Konsens getroffene Richtungsentscheidungen und eine Erfolgskontrolle zu der Frage, in welchem Verhältnis die tatsächliche Entwicklung zu den gemeinsam verabredeten Zielsetzungen steht: Entwickelt sich Berlin im Sinne der Zukunftsfähigkeit auf die hierzu vereinbarten Leitbilder hin? Um in dieser Frage zu breit akzeptierten Beurteilungen zu gelangen, bedarf es der kooperativen Festlegung von Bewertungsmaßstäben und Kenngrößen (Indikatoren), die Aufschluss über wichtige Merkmale zukunftsfähiger Entwicklung geben. Als neues Instrument politischer Steuerung kann ein aufeinander abgestimmtes System von gemeinsam entwickelten Leitbildern sowie gemeinsam verabredeten Bewertungsmaßstäben und Indikatoren hohe Innovationskraft entfalten, da es die Aktivitäten unterschiedlichster Akteure in dieselbe Richtung fokussieren und bündeln kann.

Das *Ziel des Projektes* bestand darin, sowohl nationale und internationale Praxiserfahrungen und Forschungsergebnisse als auch die Vorstellungen Berliner Akteure in den ausgewählten Handlungsfeldern zu Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren zu ermitteln und für den Berliner Agendaprozess aufzubereiten. Das Projekt soll Grundlageninformationen für die Berliner Diskussion über Nachhaltigkeitsleitbilder und -indikatoren liefern.

Es ist eingebunden in die Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren für ein zukunftsfähiges Berlin und soll einen Beitrag zur Umsetzung des Agendabeschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses vom 23.09.1999 und des Senatsbeschlusses vom 17.10.2000 leisten, die der Entwicklung von Leitbildern, Zielen und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt einen hohen Stellenwert beimessen. Weiterhin soll es Anregungen für die Arbeit der Enquetekommission "Lokale Agenda 21 / Zukunftsfähiges Berlin"

---

<sup>1</sup> Der ursprüngliche Titel des Projekts lautete: "Partizipative Erhebung und Aufbereitung von Leitbildern und Indikatoren für die Berliner Agenda 21". Die ursprüngliche Bezeichnung des erstgenannten Handlungsfeldes war "Ökologisches Wirtschaften", die des zweiten Handlungsfeldes lautete „Lebenswelten, Kultur, Jugend, Bildung“.

---

liefern, die sich der Bestimmung von Qualitäts- und Handlungszielen sowie der Ableitung von Nachhaltigkeitsindikatoren widmet.<sup>2</sup>

*Gegenstand des Projekts* ist die partizipative Ermittlung von Vorschlägen sowohl zu Leitbildern als auch zu Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in ausgewählten Handlungsfeldern. Da der Begriff des "Leitbildes" sowohl in der Literatur als auch von den Berliner Akteuren unterschiedlich (v. a. in verschiedenen Abstraktionsgraden) verwendet wird, erfolgt eine Präzisierung und Hierarchisierung der unterschiedlichen Begrifflichkeiten.

Vor dem Hintergrund einer Sachstandsanalyse der nationalen und internationalen Diskussion zu Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung und auf Grundlage von Interviews und Workshops mit Berliner Akteuren werden methodische, inhaltliche und prozessorientierte Empfehlungen für die Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung von Berlin gegeben.

---

<sup>2</sup> Im Beschluss des Abgeordnetenhauses heißt es: "Bis zum Herbst 2001 legt der Senat dem Abgeordnetenhaus die Leitbilder und erste Vorschläge für Indikatoren vor" (Abgeordnetenhaus-Drs 13/4073 vom 23.09.1999). Im Senatsbeschluss wird ausgeführt: "Die einzelnen Ressorts gestalten den Agenda-Prozess, indem sie in der Diskussion mit den Agenda-Akteuren für ihren Zuständigkeitsbereich Ziele ... und Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung entwickeln" (Senatsbeschluss Nr. 607/00 vom 17. Oktober 2000). Der Einsetzungsbeschluss der Enquetekommission führt aus: "Die Kommission soll wesentlich dazu beitragen, eine öffentliche Debatte über konkrete mittel- und langfristig zu verwirklichende Umweltziele zu führen, die unmittelbar die Qualität der Lebens- und Nutzungsräume in der Stadt verbessern. ... [Sie soll] konkrete, für die Menschen unmittelbar bedeutsame umweltbezogene, ökonomische und sozial-kulturelle Zielsetzungen möglichst in Form von kurz-, mittel- und langfristig mess- und überprüfbaren Nachhaltigkeitsindikatoren [formulieren]." Hierzu soll sie Qualitätsziele und Handlungsziele erarbeiten (Abgeordnetenhaus-Drs 14/312 vom 13. Juli 2000).

## 1.2 Projektverlauf

Die folgende Übersicht gibt den Ablauf des Projekts wieder.

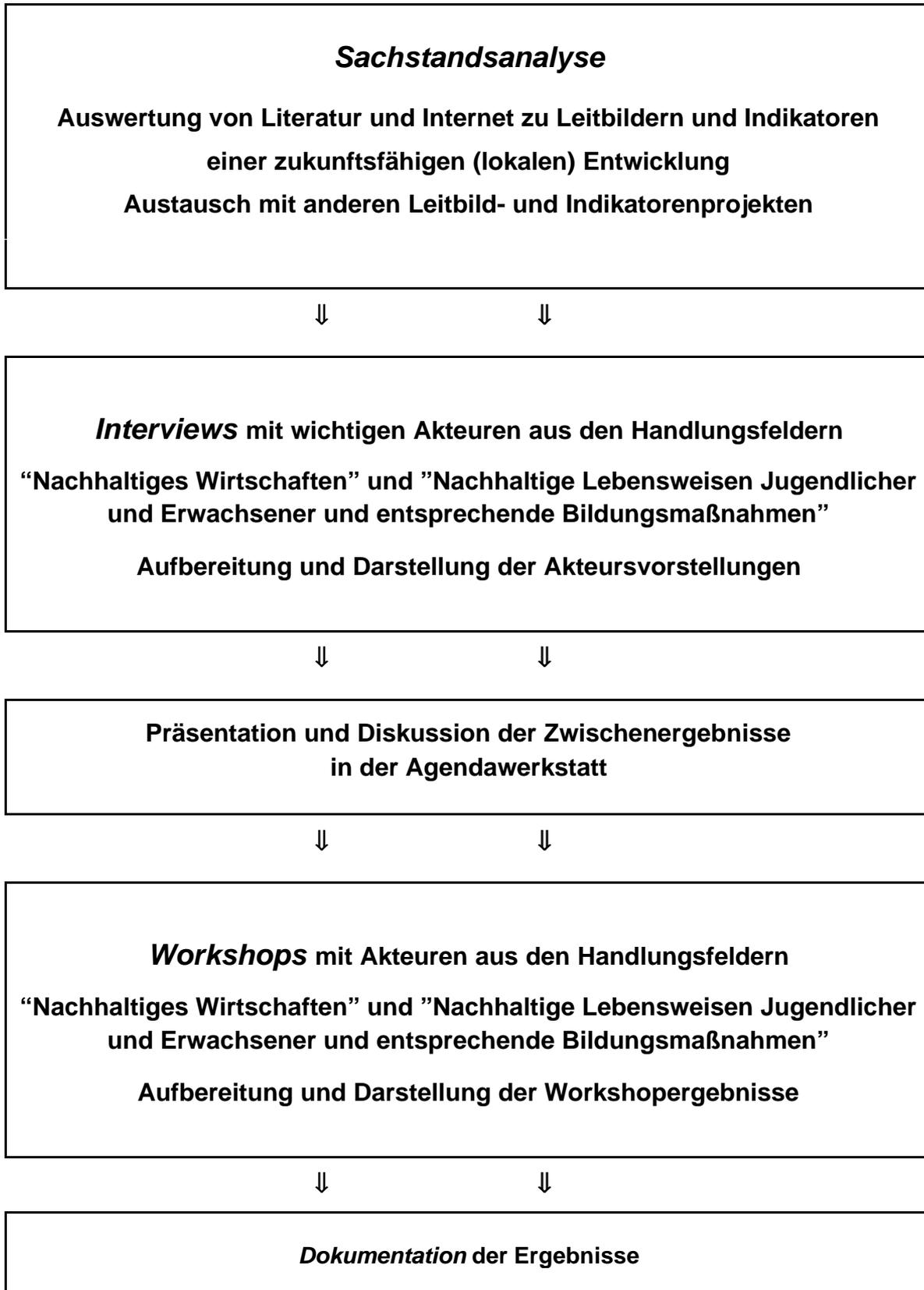


Abbildung 1: Projektablauf

### 1.3 **Aufbau und Zusammenfassung des Projektberichts**

#### **Kapitel 2**

#### **Grundlagen und Rahmenbedingungen des Projekts**

Nachhaltigkeitsleitbilder und -indikatoren sind Werkzeuge für einen bestimmten Zweck. Sie können nur sinnvoll bestimmt werden, wenn klar ist, was unter "Nachhaltigkeit" oder "nachhaltiger Entwicklung" verstanden wird. Da es keine abschließende Definition von "nachhaltiger Entwicklung" gibt, wird ein Überblick über das Konzept der nachhaltigen Entwicklung gegeben und ein Verständnis von Nachhaltigkeit dargelegt, das für die Berliner Leitbild- und Indikatorenfindung empfohlen wird. Nachhaltige Entwicklung in diesem Sinne ist integrativ, dauerhaft, partizipativ und strebt Verteilungsgerechtigkeit an (vgl. Kap. 2.1.2). Das klassische Drei-Säulen-Modell der Zukunftsfähigkeit wird um eine vierte, politisch-institutionelle Dimension ergänzt (vgl. Kap. 7.2.3 sowie u. a. Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 1999: 19, 46ff., 54ff., 317).

Da das Projekt ein Bestandteil des Berliner Agendaprozesses ist, wird dieser Kontext anschließend im Überblick dargestellt.

#### **Kapitel 3**

#### **Leitbilder und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung – methodische Aspekte**

Als Grundlage für die weitere Arbeit werden die Begriffe "Leitbilder" und "Indikatoren" einer nachhaltigen Entwicklung präzisiert und ihre Funktionen beschrieben:

- Unter einem *Leitbild* ist eine bildhafte Zielvorstellung, eine Gestalt oder Vision der angestrebten Zukunft zu verstehen. Es umfasst ein prägnantes Motto und eine Leitidee. Unter Leitidee wird dabei eine knappe textliche Beschreibung der wichtigsten Grundgedanken des Leitbildes verstanden, während das Motto die (Zukunfts)Vision in knapper schlagwortähnlicher Form beschreibt.
- Das Leitbild erfährt seine Konkretisierung durch mehrere *Leitsätze*. Leitsätze sind Kernaussagen, wie grundlegende Regeln und Werte, die einen Verhaltensraum zur Erfüllung des Leitbildes umreißen oder eingrenzen. Die Leitsätze sollten allgemein verständlich sein.
- Ausgehend von den Leitsätzen werden *Ziele* – in möglichst quantifizierter Form – formuliert (Qualitäts- und Handlungsziele). Sie konkretisieren und operationalisieren die Leitsätze.
- *Indikatoren* dienen zur Beurteilung, ob die mit den Leitbildern, Leitsätzen und Zielen angestrebte zukunftsfähige Entwicklung tatsächlich eingetreten ist. Unter Indikatoren sind Anzeiger oder Kenngrößen für komplexe, nicht direkt messbare Sachverhalte zu verstehen.

Kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren können verschiedene Funktionen haben. Deshalb werden – in Abhängigkeit von der verfolgten Zweckbestimmung – eine unterschiedliche Ausgestaltung von Indikatorensystemen sowie eine Abstufung lokaler Nachhaltigkeitsindikatoren empfohlen:

- Anschauliche Leitindikatoren dienen der Kommunikation in und mit Öffentlichkeit und Politik. Ihre Zahl sollte übersichtlich bleiben.
- Detailliertere, wenig aggregierte *Steuerungsindikatoren* eignen sich zur Ableitung von bestimmten Projekten und Maßnahmen. Um mit ihnen Schlüsselbereiche

nachhaltiger Entwicklung zu repräsentieren, ist eine höhere Anzahl von Indikatoren erforderlich.

Die beiden Arten von Indikatoren können in einem zweistufigen Indikatorensystem kombiniert werden.

## **Kapitel 4**

### **Leitbilder und Indikatoren – Beispiele**

Lokale Nachhaltigkeitsleitbilder und -indikatoren sollten nicht losgelöst von Leitbildern und Indikatoren anderer politischer Ebenen und anderer Städte entwickelt werden. Die bereits vorhandenen und in Entwicklung befindlichen Ansätze oder Systeme von Leitbildern und Indikatoren können inhaltliche oder verfahrensbezogene Anregungen für die Leitbild- und Indikatorenfindung in Berlin bieten. Daher werden in diesem Kapitel ausgewählte internationale, nationale, regionale und lokale Leitbild- und Indikatorensysteme erläutert.

Diese Ansätze werden näher auf Leitbilder und Indikatoren für die beiden betrachteten Handlungsfelder untersucht. Die Ergebnisse werden tabellarisch dargestellt, um als Anregung und Beispiel für den weiteren Diskussionsprozess dienen zu können.

Von den weltweit über 400 Indikatorensystemen zur nachhaltigen Entwicklung konnten in diesem Projekt nur einige ausgewertet werden. Der Bericht nennt weitere, für Berlin interessante Projekte anderer Städte.

## **Kapitel 5**

### **Eingrenzung und Konkretisierung der Handlungsfelder**

Die Thematik des Projekts wird in ausgewählten Handlungsfeldern bearbeitet, die zum einen für Berlin als politisch besonders relevant anzusehen sind und zu denen zum anderen noch großer Informationsbedarf besteht: "Nachhaltiges Wirtschaften" und "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen".

### **Kapitel 5.1**

#### ***Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"***

Innerhalb dieses Handlungsfeldes erscheint eine Eingrenzung auf Umweltaspekte nicht sinnvoll, da sie wesentliche Teile der bereits stattfindenden Leitbild- und Indikatorendiskussion unberücksichtigt lassen würde. "Nachhaltiges Wirtschaften" erfordert die Kombination von technologischen Innovationen zur Steigerung der Ressourceneffizienz mit sozialen Innovationen zur ökologischen Verträglichkeit und neuen Formen der Bedürfnisbefriedigung.

"Nachhaltiges Wirtschaften" ist damit deutlich mehr, als nur umweltverträgliche Produkte, Dienstleistungen, Verfahren und Prozesse voranzubringen. Es geht um die enge Beziehung zwischen nachhaltigen Wirtschaftsweisen und Lebensformen, um die Einbeziehung sozialpolitischer und -kultureller Aspekte im weitesten Sinne.

Das Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" wird daher im räumlich-sozialen Erfahrungszusammenhang der Region verortet (regionale Nachhaltigkeit) und in seiner ganzen Handlungsbreite mit regionalwirtschaftlichen Aspekten, leistungsprozessbezogenen Themenstellungen (innerhalb der Stofffluss- und Wertschöpfungskette) und darauf bezogenen strukturellen Anforderungen (Prozessstrukturen, Managementsysteme, Kooperation und Partizipation) aufgegliedert und beschrieben.

### **Kapitel 5.2**

#### ***Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen"***

Hinter dem Oberbegriff Lebensweisen verbergen sich vielfältige Zusammenhänge, die gemeinhin unter der sozialen Dimension nachhaltiger Entwicklung subsumiert werden. Das Handlungsfeld konzentriert sich auf den Zusammenhang von individueller Bedürfnisbefriedigung und dem Wissen und Bewusstsein über die ökologischen und sozialen Folgen. So hängen Konsumverhalten und Lebensführung zu großen Teilen von der inneren Haltung des Einzelnen ab. Ein zentrales Anliegen nachhaltiger Entwicklung muss es deshalb sein, dass die zugrunde liegenden Wertmaßstäbe überprüft und korrigiert werden. Insbesondere eine veränderte Bildung und Ausbildung Jugendlicher und Erwachsener werden als Voraussetzungen für eine Verankerung nachhaltiger Lebensweisen im Alltag der Berliner Bürger und Bürgerinnen gesehen. Ein eng mit nachhaltigen Lebensweisen verknüpftes Querschnittsthema stellt zudem Geschlechtergerechtigkeit in der alltäglichen Rollen-, Aufgaben- und Machtverteilung und Formen ihrer Vermittlung z. B. in der Bildung dar.

### **Kapitel 6**

#### **Vorstellungen ausgewählter Berliner Akteure zu Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung**

Das Projekt verfolgt einen partizipativen und transdisziplinären Ansatz. Die Vorstellungen Berliner Akteure zu Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren bilden eine wesentliche Informationsgrundlage für die Arbeit im Projekt. Deshalb wurden diese Vorstellungen in den ausgewählten Handlungsfeldern in Interviews ermittelt sowie in Workshops diskutiert.

### **Kapitel 6.1**

#### ***Vorgehensweise zur Einbeziehung der Akteure***

Ausgewählte Berliner Akteure der beiden Handlungsfelder wurden mittels leitfadengestützter Interviews und in je einem Workshop in die Ergebnisfindung des Projekts einbezogen.

Ziel der Workshops war es, in einer ersten Gesamtschau und Diskussion der erhobenen Akteursvorstellungen über Leitbilder und Indikatoren inhaltliche Anregungen und Anknüpfungspunkte für die weitere stadtweite Diskussion in den Handlungsfeldern zu finden und Ansätze zu einer partizipativen Leitbildentwicklung und Indikatorenfindung zu diskutieren.

### **Kapitel 6.2**

#### ***Ergebnisse im Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"***

In diesem Abschnitt wird die Bandbreite vorhandener Vorstellungen zu Leitbildern und Indikatoren dargestellt, strukturiert und bewertet. Sie reicht von wenigen ausgereiften Leitbild- und Indikatorensystemen über Zielkataloge bis zu (einzel)maßnahmenorientierten Zielsetzungen und Einzelindikatoren. Diese Ansätze werden auf die unterschiedlichen Handlungsebenen der Akteure bezogen (von der einzelwirtschaftlichen über die bezirklich-teilregionale bis hin zur stadtweiten Ebene). Mit ihrer Zuordnung zu den Themenfeldern "Nachhaltigen Wirtschaftens" (s. Kapitel 5.1) ergeben sie einen Rahmen, in dem sich Leitbilder und Zielsysteme bündeln lassen: innerhalb der Handlungsebenen (horizontal), auf Themen bezogen (vertikal) und querschnittsartig auf der stadtweiten Ebene.

Die Ergebnisse des Workshops weisen auf einen Bedarf an stadtweiter Leitorientierung und zielgruppenspezifischen Dialogen hin, in denen Akteure themen- bzw. handlungsfeldbezogen zusammengeführt und partizipative Arbeitsstrukturen für einen praxisbezogenen Leitbilddiskurs aufgebaut werden können.

Im Verlauf des Workshops konnte ein erster Dialog darüber stattfinden, welche Leitbilder aus der Sicht von Akteuren für die Stadtregion Berlin relevant und wie diese zu strukturieren sind. Besondere Anforderungen wurden dabei an die Entwicklung stadtweiter, handlungsfeldübergreifender Leitbilder mit integriert-nachhaltiger Ausrichtung gestellt (z.B. „Berlin als Kompetenzzentrum für zukunftsfähiges Wohnen und Bauen“).

### **Kapitel 6.3**

#### ***Ergebnisse im Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen"***

Die Akteure benannten eine Vielzahl von themenbezogenen sowie übergreifenden Kriterien, Zielen und Leitbildern für ein Lokale Agenda 21. Insbesondere das Stichwort Lebensweisen bildete Anknüpfungspunkt für eine Vielzahl von zusätzlich mit dem Handlungsfeld verknüpften Themen und Aspekten, die als besonders vordringlich für eine Berliner Lokale Agenda 21 angesehen wurden. Diese lassen sich sieben Feldern zuord-

nen: Ernährung, Gesundheit und Lifestyle, Veränderung der Arbeitswelten, Bildung, Jugend, Geschlechtergerechtigkeit, Mobilität und Freizeit sowie Wohnen.

## **Kapitel 7**

### **Empfehlungen zur Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren einer zukunftsfähigen Entwicklung für Berlin**

In Kapitel 7 werden die Empfehlungen für den Berliner Prozess der Leitbild- und Indikatorenentwicklung dargestellt. Diese Vorschläge werden aus den vorangegangenen Kapiteln abgeleitet und sollen Anregungen für die Berliner Leitbild- und Indikatorendebatte bieten.

### **Kapitel 7.1**

#### **Grundsätzliche Erwägungen**

- Leitbilder und Indikatoren sollten zeitlich, methodisch und inhaltlich koordiniert entwickelt werden, um Zielvorstellungen und Erfolgskontrolle aufeinander abstimmen zu können.
- Die einzelnen Schritte, mit denen Leitbilder und Indikatoren entwickelt, konkretisiert und unter verschiedenen Akteuren abgestimmt werden, sollten mehrfach durchlaufen werden (iterativer Prozess).
- Die ausgewählten Indikatoren müssen die "Schlüsselthemen" oder die wichtigsten Problemfelder nachhaltiger Entwicklung treffen und Veränderungen anzeigen (Sensitivität). Hierfür sollten für die zukunftsfähige Entwicklung der Stadt entscheidende Funktionszusammenhänge als Orientierung herangezogen werden.
- Die Verständlichkeit und Anschaulichkeit eines Indikatorensystems steht oft im Gegensatz zu seiner Genauigkeit und Vollständigkeit. Zusammenfassende Indikatoren schaffen zwar mehr Übersicht, sind aber oft abstrakt und schwer vermittelbar (z. B. Indizes). Diesen Konflikt kann ein zweistufiges Indikatorensystem auffangen, das wenige Leitindikatoren mit einer größeren Anzahl von Steuerungsindikatoren kombiniert.
- Ein Leitbild- und Indikatorensystem zur zukunftsfähigen Entwicklung sollte so entwickelt werden, dass es für entsprechende Systeme auf anderen räumlichen Ebenen anschlussfähig ist (vertikale Kompatibilität mit nationalen, regionalen und bezirklichen Leitbild- und Indikatorensystemen).
- Wenn darüber hinaus Vergleiche mit anderen Städten angestrebt werden, muss sich ein Leitbild- und Indikatorensystem bis in die Datenerhebung hinein an Modellen anderer Städte orientieren (horizontale Kompatibilität).
- Die Leitbild- und Indikatorensysteme lassen sich drei *Strukturmodellen* zuordnen:
  - Modell 1* (Themen- und Handlungsfeldansatz) gliedert sich im ersten Schritt nach Handlungsfeldern, dann nach Dimensionen der Zukunftsfähigkeit.
  - Modell 2* (Nachhaltigkeitsdimensionen-Ansatz) differenziert erst nach Dimensionen und im folgenden Schritt nach Handlungsfeldern.
  - Modell 3* (Weiterentwicklung des Nachhaltigkeits-Tetraeder), das hier empfohlen wird, verbindet die ersten beiden Modelle: Es gliedert zunächst nach den Dimensionen nachhaltiger Entwicklung einschließlich der politisch-institutionellen Dimension, um dann in einzelnen Handlungsfeldern Ziele und Indikatoren für die Sach- und Verfahrensebene aufzustellen (einschl. Zeitreihen). Auf der Stufe all-

gemeiner Leitindikatoren braucht nicht nach Handlungsfeldern untergliedert zu werden, bei den detaillierteren Steuerungsindikatoren ist dies ratsam.

Die Vor- und Nachteile dieser drei Modelle werden im Projektbericht genauer analysiert.

## **Kapitel 7.2**

### **Methodische Empfehlungen**

- Das Berliner Leitbild- und Indikatorensystem sollte sowohl der Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit als auch der politischen Steuerung bzw. der Begründung von bestimmten Maßnahmen dienen.
- Zukunftsfähige Entwicklung ist eine qualitative Angelegenheit. Die Verbindung von Leitbildern und Indikatoren kann jedoch nur über abbildbare Größen erfolgen. Daher sollten die Ziele der zukunftsfähigen Entwicklung (zumindest auch) in einer quantifizierten Form aufgestellt werden, während die Indikatoren auch Kenngrößen für qualitative Aspekte einschließen sollten.
- Bei den einzelnen Indikatoren, die in einem System eingesetzt werden, lassen sich verschiedene Typen unterscheiden. Für kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren erscheinen insbesondere solche interessant, die den Grad der Zielerreichung ausdrücken (Performanzindikatoren). Daneben sind von Interesse: Effizienzindikatoren für umweltökonomische Gesichtspunkte sowie institutionelle Indikatoren für die Verfahrensebene (z. B. Partizipation).
- Ein Leitbild- und Indikatorensystem zur zukunftsfähigen Entwicklung sollte die Zusammenhänge zwischen den Nachhaltigkeitsdimensionen abbilden, z. B. mit Verbindungsindikatoren für umweltökonomische Aspekte, sozioökonomische Aspekte etc.
- Die Zeitdimension sollte in einem Nachhaltigkeitsleitbild- und Indikatorensystem eigens berücksichtigt werden. Hierzu eignen sich die Verbindung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielsetzungen sowie die Ermittlung von möglichst weit zurückreichenden Zeitreihen für Entwicklungstrends.
- Um mit einem Indikator die Erreichung eines Zieles nachvollziehbar bewerten zu können, muss eine Bewertungsvorschrift formuliert werden, die Auskunft darüber gibt, wie verschiedene Ausprägungen des Indikators im Hinblick auf die Zielsetzung zu beurteilen sind (z. B. Zielerreichungsgrad hoch, mittel, gering).
- In "Ziel- und Indikatorprofilen" sollten alle für die Anwendung und Interpretation erforderlichen Angaben festgehalten werden (Bewertungsregeln, Erhebungsmethoden usw.).
- Ein System von Nachhaltigkeitsindikatoren sollte aus Kostengründen weitgehend mit bereits verfügbaren Daten auskommen. Bei einem kleineren Teil der erforderlichen Daten wird es sich jedoch nicht vermeiden lassen, sie neu zu erheben oder aufzubereiten.
- Nicht nur die methodischen Ansätze und die Inhalte eines Leitbild- und Indikatorensystems sind festzulegen. Auch die Verfahren ihrer partizipativen Entwicklung und ihrer Anwendung sind unter den beteiligten Akteuren zu vereinbaren.
- In den Dialog über Leitbilder und Indikatoren sollten Beispiele für entsprechende Maßnahmen und mögliche Sofortprojekte einbezogen werden, um Praxisnähe zu erzielen und unterschiedlichen Motivationslagen der Beteiligten gerecht zu werden.

### **Kapitel 7.3**

#### **Empfehlungen zu Leitbildern und Indikatoren im Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"**

- Die Teilnehmer der Interviews und des Workshops sprachen sich dafür aus, im Handlungsfeld einen integrativen Ansatz zukunftsfähiger Entwicklung zu verfolgen. Vor diesem Hintergrund eignet sich für ein Leitbild- und Indikatorensystem zur zukunftsfähigen Entwicklung als Strukturmodell insbesondere das in Kap. 7.2.3 vorgeschlagene Modell 3.
- Gerade im Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" sollte bei der Leitbild- und Indikatorenentwicklung methodisch von den jeweiligen Problemlagen und Einzelthemen der unterschiedlichen Akteursebenen ausgegangen und diese in einem zielgruppenspezifischen Beteiligungsverfahren bearbeitet werden.
- Beispiele für Leitbilder auf verschiedenen räumlichen Ebenen, entsprechende Ansatzpunkte und Dialogformen werden im Projektbericht genannt.

### **Kapitel 7.4**

#### **Empfehlungen zu Leitbildern und Indikatoren im Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen"**

- Auch in diesem Handlungsfeld stand für die Befragten ein umfassendes Verständnis von nachhaltiger Entwicklung im Vordergrund, wobei besonderes Augenmerk auf die Diffusion in verschiedene Lebensbereiche gerichtet wurde. Dieser Gesichtspunkt sollte in der Leitbild- und Indikatorenentwicklung berücksichtigt werden. Er könnte auch ein verbindendes Band zwischen den verschiedenen Akteuren im Prozess der Leitbild- und Indikatorenentwicklung darstellen.
- Eine Verbreitung der Grundgedanken einer nachhaltigen Entwicklung in verschiedenen Lebenswelten sollte in die Bearbeitung der Handlungsfelder Bildung, Arbeit, Partizipation (insbes. Kinder- und Jugendagenda) und Geschlechtergerechtigkeit (Querschnittsfeld) des Agendaforums und der Arbeitsgruppe der Senatsbeauftragten einfließen.

### **Kapitel 7.5**

#### **Verfahrensbezogene Empfehlungen für den Berliner Leitbild- und Indikatorenprozess**

Abschließend werden Empfehlungen für den weiteren Prozess der Erarbeitung von Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren in Berlin gegeben. Dabei werden die aktuellen Diskussionsstände im Agendaforum, im Senat und in der Enquetekommission "Lokale Agenda 21 / Zukunftsfähiges Berlin" berücksichtigt.

Die im Folgenden dargestellten Empfehlungen zu Charakteristika und Etappen des Berliner Leitbild- und Indikatorenprozesses wurden in ihren Grundzügen auf den Workshops des Projekts vorgestellt und stießen bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf positive Resonanz.

## **Phase I: Partizipative Entwicklung eines Leitbild- und Indikatorensystems**

- 1) Politisches Mandat durch Abgeordnetenhaus- und Senatsbeschlüsse (liegt bereits vor);
- 2) Kooperative Entwicklung der Leitbilder und Indikatoren unter Beteiligung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen:
  - *Steuerung* durch eine von allen Beteiligten getragene Arbeitsgruppe,
  - *wissenschaftliche Aufbereitung* der Vorstellungen zu Leitbildern und Indikatoren aus Literatur, durch Interviews ausgewählter Akteure und durch laufende Systematisierung der (Zwischen-)Ergebnisse des Diskussionsprozesses;
- 2a) Vorlage eines ersten Entwurfes von Leitbildern und Indikatoren zur Initiierung der Diskussion. Dieser sollte gemäß der im Projekt erarbeiteten Systematik handlungsfeldübergreifende Leitbilder sowie pro gewählttem Handlungsfeld je mindestens ein Leitbild, mehrere Leitsätze, Qualitäts- und Handlungsziele zu einer nachhaltigen Entwicklung Berlins umfassen. Dazu sollten handlungsfeldübergreifende und handlungsfeldspezifische Nachhaltigkeitsindikatoren bestimmt werden. Die Erarbeitung dieses Entwurfes sollte durch eine Forschungsgruppe unterstützt werden.
- 2b) Kick-off-Konferenz mit den Akteuren der Handlungsfelder und der allgemeinen Öffentlichkeit, erstmals öffentliche Vorstellung und Diskussion;
- 2c) Dialog in Enquetekommission, Fachforen und Öffentlichkeit:
  - Enquetekommission: Diskussion und Auswahl eines Strukturmodells (vgl. Kapitel 7.2.3), handlungsfeldübergreifende Stärken-Schwächen-/Chancen-Risiken-Analyse Berlins, handlungsfeldübergreifende Leitbild- und Zielformulierung, Anmerkungen zu dem Entwurf für ein Indikatorensystem, Entwicklung handlungsfeldübergreifender Leitindikatoren, laufende Rückkopplung mit der Diskussion in Agendaforum, Senat und Öffentlichkeit;
  - Fachforen des Agendaforums (Vorschlag für die voraussichtlich 4 Sitzungen / moderierten Workshops jedes Fachforums im Jahr 2001): Diskussion und Auswahl eines Strukturmodells, handlungsfeldbezogene Stärken-Schwächen-/Chancen-Risiken-Analyse, handlungsfeldbezogene Leitbild- und Zielformulierung, Anmerkungen zu dem Entwurf für ein Indikatorensystem, Entwicklung handlungsfeldbezogener Indikatoren, laufende Rückkopplung mit der Diskussion in Enquetekommission, Senat und Öffentlichkeit;
  - Öffentlichkeits- und Pressearbeit (z. B. Medienpartnerschaft, Podiumsdiskussionen);
  - Interaktive (moderierte) Internetplattform (und Mailingliste) zum Austausch über die unterschiedlichen Vorstellungen zu Indikatoren sowie zur Verzahnung der Dialoge in Enquetekommission, Fachforen und Öffentlichkeit (z. B. Vorschlag von Rogall (2001), Vorschläge dieses Projektes, Vorschläge der Bezirke mit stadtweiter Relevanz, Vorschläge des Senats); zu Leitbildern z. B. Einstellen der Überlegungen zum Leitbild "Brückenstadt" (Berger 2000), der Ergebnisse der BerlinStudie sowie der Vorschläge des Senats ins Internet; jeweils mit der Möglichkeit, Kommentare abzugeben.
  - Parallel zur Entwicklung des Indikatorensystems ist ein Abgleich mit den vorhandenen Informations- bzw. Datenbeständen erforderlich, denn das Indikatorensystem ist nur einsetzbar, wenn es mit Informationen bzw. Daten untersetzt werden kann.
- 2d) Überarbeitung und weitere Konkretisierung des Leitbild- und Indikatorensystems;
- 2e) Öffentliche Präsentation des überarbeiteten Leitbild- und Indikatorensystems;

- 3) Die handlungsfeldübergreifenden Leitbilder und Indikatoren werden von der Enquetekommission verabschiedet, die handlungsfeldbezogenen vom Agendaforum. Anschließend werden beide – aufeinander abgestimmten – Systeme dem Abgeordnetenhaus bzw. dem Senat vorgelegt.
- 4) Der letzte Schritt der Entwicklung eines Leitbild- und Indikatorensystems ist dessen Annahme durch die politischen und die Verwaltungsgremien der Stadt in Form eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses sowie eines Senatsbeschlusses. Das so erteilte politische Mandat ist als Voraussetzung für die Implementation des Leitbild- und Indikatorensystems in das Verwaltungshandeln anzusehen.

### **Phase II: Implementation des Leitbild- und Indikatorensystems**

- Institutionelle Verankerung, Datenaufbereitung,
- Implementation eines Systems der Berichterstattung und des Controllings,
- Veröffentlichung der Ergebnisse,
- Partizipative Fortschreibung und Überprüfung.

## **Kapitel 8 Verzeichnisse**

Den Bericht ergänzen umfangreiche Verzeichnisse einschlägiger Literatur und Websites.

### **1.4 Das Projektteam und seine Aufgaben**

**Dr.-Ing. Ulrike Weiland** ([weiland@imup.tu-berlin.de](mailto:weiland@imup.tu-berlin.de)): Umweltplanerin und Oberingenieurin an der Technischen Universität Berlin, Institut für Management in der Umweltplanung; Projektleitung; konzeptionelle Entwicklung und Empfehlungen (Kap. 7.1, 7.2, 7.5).

**Dipl.-Ing. Frank Baumann**, BÜRO BLAU – Beratung und Planung für Stadt und Landschaft ([baumann@bueroblau.de](mailto:baumann@bueroblau.de)): Konzeption und Moderation der Workshops; verfahrensbezogene Empfehlungen für den Leitbild- und Indikatorenprozess (Kap. 1, 6.1, 7.5).

**Dipl.-Ing. Nikolai Kretzschmar** ([kretzschmar@imup.tu-berlin.de](mailto:kretzschmar@imup.tu-berlin.de)), Landschaftsplaner (TU Berlin): Sachstandsanalyse (Kap. 2–4); Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (Kap. 5.2, 6.3, 7.4).

**Dipl.-Ing. Peter Ligner**, Sozial-ökologische Innovationsberatung "Arbeit – Umwelt – Gesundheit" ([p.ligner@t-online.de](mailto:p.ligner@t-online.de)): Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (Kap. 5.1, 6.2, 7.3).

**Dipl.-Pol. Lars Vogelsang**, Agenda-Agentur Berlin – Wissenschaftsbüro für zukunftsfähige Entwicklung ([vogelsang@agenda-agentur.de](mailto:vogelsang@agenda-agentur.de)): Konzeption des Interviewleitfadens; verfahrensbezogene Empfehlungen für den Leitbild- und Indikatorenprozess (Kap. 1, 6.1, 7.5).

**Cand.-Pol. Heidrun Müller** ([mueller.hbh@t-online.de](mailto:mueller.hbh@t-online.de)): Technische und organisatorische Mitwirkung; redaktionelle Bearbeitung des Projektberichts.

## **2. Grundlagen und Rahmenbedingungen des Projektes**

### **2.1 Das Konzept Nachhaltige Entwicklung**

Auf der Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro 1992 (UNCED) einigten sich über 170 Staaten auf das Leitbild der "Nachhaltigen Entwicklung". Sie verabschiedeten die "Agenda 21", das Handlungsprogramm der Vereinten Nationen für eine zukunftsfähige Entwicklung im 21. Jahrhundert. Seitdem wurden die damit verbundenen Herausforderungen auf allen Ebenen von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit angenommen.

Trotz einer unübersehbaren Zahl von Definitionsversuchen bildet für die meisten Quellen die Definition der Brundtland-Kommission einen gemeinsamen Nenner:

"Sustainable development is development that meets the needs of the present, without compromising the ability of future generations to meet their own needs." (zit. n.: WCED 1987: 46)

Der Begriff des "sustainable development", wie er von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (WCED) im Brundtland-Bericht 1987 charakterisiert wurde, wird im Deutschen auf verschiedene Art und Weise übersetzt. Bekannte Bezeichnungen sind "Nachhaltigkeit", "Dauerhaftigkeit", "Zukunftsfähigkeit" oder "dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung". Abhängig von ihrer Verwendung im jeweiligen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Kontext werden sie jeweils unterschiedlich interpretiert.

Klar ist, dass es sich beim Konzept einer nachhaltigen Entwicklung nicht um ein Naturgesetz, sondern um einen ethischen Imperativ handelt, der je nach Ausformulierung und Übertragung zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen und Handlungsanweisungen führt. Eine allgemeingültige und einheitliche Beschreibung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung existiert deshalb nicht, ebenso wie es eine Vielzahl stark unterschiedlicher Operationalisierungsansätze gibt. Dieser Mangel einer klaren methodischen Abgrenzung (im traditionellen Sinne) des Begriffes und des dahinter stehenden Konzeptes wird häufig zugleich als seine Stärke ins Feld geführt, da er eine Verzahnung der unterschiedlichsten Aspekte – ökologisch, ökonomisch und sozial, deskriptiv und normativ – ermöglicht.

#### **2.1.1 Die Dimensionen nachhaltiger Entwicklung**

Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der Praktikabilität wird bei der Beschreibung des Konzeptes der Nachhaltigkeitsbegriff in der Regel in mehrere Dimensionen differenziert, wie sie im Folgenden dargestellt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eindimensionale Definitionen immer nur in einer raum- bzw. zeitbezogenen Komponente die Realität abbilden können und deshalb der Komplexität der Probleme und dem Anspruch des Konzeptes der Nachhaltigen Entwicklung von Mehrdimensionalität, Interdisziplinarität und vernetztem Denken nicht gerecht werden. Die Berücksichtigung von Vernetztheit und Interdependenz aller Bereiche menschlichen Handelns ist dementsprechend ein fundamentales Charakteristikum des Konzeptes einer nachhaltigen Entwicklung. Denn das Verhalten eines komplexen Systems, wie es die menschliche Gesellschaft in ihrer natür-

lichen Umwelt darstellt, ist nicht allein durch die Analyse und Beschreibung seiner Einzelkomponenten zu erfassen. Im Zusammenwirken ergeben sich Eigenschaften, die den Einzelkomponenten nicht eigen waren (z. B. Rückkoppelungseffekte, Schwellenwerte oder Umkippeffekte). Die langfristige Überlebensfähigkeit eines solchen Systems wird somit von eigenen Gesetzmäßigkeiten bestimmt (Vester 1999). Eine integrative Sichtweise versucht, Leitbilder, Ziele und Indikatoren auch für die Schnittstellen der verschiedenen Dimensionen zu entwickeln. Methodisch tragen insbesondere von Grund auf systemar angelegte Betrachtungsweisen von „Nachhaltigkeit“ der Komplexität einer ganzheitlichen nachhaltigen Entwicklung Rechnung (z. B. Bossel 1999).

In der deutschsprachigen Diskussion haben sich überwiegend Ansätze, die von drei Dimensionen ("Drei-Säulen-Modell") ausgehen, durchgesetzt. Häufig kommt noch eine vierte Dimension hinzu, über deren Bezeichnung und Abgrenzung aber kein Konsens besteht (z. B. institutionell, partizipativ, kulturell). Erhalt und Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen sollen in der Regel mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang gebracht werden und ökologische, ökonomische und soziale Ziele im Rahmen einer ganzheitlichen Betrachtung verfolgt werden.

### **Ökonomisch nachhaltige Entwicklung**

Die primäre Zielsetzung der Nachhaltigkeitskonzeption aus wirtschaftlicher bzw. wirtschaftswissenschaftlicher Sicht besteht darin, den wirtschaftlichen Konsum bzw. Wohlstand pro Kopf im Zeitablauf auf einem bestimmten Niveau aufrechtzuerhalten (oder zu steigern). Eine nachhaltige ökonomische Entwicklung wird also als Erhalt oder auch als "Maximierung der gesellschaftlichen Nettowohlfahrt über mehrere Generationen hinweg" charakterisiert (Klemmer 1994: 26).

Unter Einhaltung von intragenerativer Gerechtigkeit soll das volkswirtschaftliche Produkt pro Kopf für alle Generationen (intergenerativ) gleich groß sein. Das heißt, es handelt sich in erster Linie um ein intertemporales Verteilungsprinzip: Nachhaltige ökonomische Entwicklung stellt eine ethische Norm über die bestmögliche Verteilung bedürfnisbefriedigender Ressourcen zwischen den Generationen (einschl. zukünftiger Generationen) dar (Szerenyi 1999). Durch das Ziel einer Aufrechterhaltung bzw. Steigerung des wirtschaftlichen Einkommens pro Kopf bei gleichzeitig stark vermindertem Ressourcenverbrauch ist eine erste Operationalisierung des Konzeptes einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung gegeben.

Es existieren zwei grundlegende Ebenen, auf der ökonomische Ziele umgesetzt werden können: die einzel- und die gesamtwirtschaftliche Ebene. „Auf einzelwirtschaftlicher Ebene resultieren ökonomische Ziele aus einer Abwägung zwischen individuellen Nutzen und Kosten von Entscheidungsalternativen. Sie entsprechen subjektiven Wertvorstellungen, die sich nicht objektiv überprüfen lassen“ (Szerenyi 1999: 16). Zielstellungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sind dagegen u. a. die Steigerung des Wohlstandes einer Volkswirtschaft und der Erhalt der Systemeigenschaften, die ein effizientes Wirtschaften innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen möglich machen (Szerenyi 1999: Kap. 2.2.1).

Entscheidende Fragen ökonomischer Nachhaltigkeit sind hierbei: Kann ein Verzicht auf rein quantitatives Wachstum, das in der neoklassischen volkswirtschaftlichen Theorie als unerlässlich angesehen wird, um Wohlfahrt zu schaffen, tatsächlich durch qualitatives Wachstum aufgefangen werden? In welchem Zeitrahmen werden Annahmen getroffen (wie viele Generationen in die Zukunft) und auf welchem Wohlfahrtsniveau sollte die Stabilisierung und Transformation ansetzen?

### **Ökologisch nachhaltige Entwicklung**

Eine nachhaltige ökologische Entwicklung basiert auf der dauerhaften Sicherung der Leistungsfähigkeit des natürlichen Produktionssystems. Aus einer anthropozentrischen Sicht ist sie folglich eine Entwicklung, die die natürlichen Lebensgrundlagen mit ihren Funktionen für die Nutzung durch nachfolgende Generationen erhält. Im Wesentlichen haben sich dazu zwei Basisinterpretationen von Nachhaltigkeit herausgebildet. In der Diskussion wird grundsätzlich zwischen der starken (strong sustainability) und der schwachen Nachhaltigkeit (weak sustainability) unterschieden. Ausgangspunkt ist dabei die Beschreibung von Nachhaltigkeit als Erhaltung des natürlichen Kapitalstocks (Naturkapital).

Vertreter einer strengen ökologischen Auslegung von Nachhaltigkeit (strong sustainability) fordern den vollständigen Erhalt des vorhandenen Bestands an natürlichen Ressourcen und die Übergabe dieses Naturkapitals an die nächste Generation in der Form und Zusammensetzung, in der er von der vorherigen übernommen wurde. Aus dieser Sichtweise sind menschliche Eingriffe, die einen irreversiblen Charakter aufweisen, mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht zu vereinbaren. Dies impliziert den völligen Verzicht auf die Nutzung von nicht erneuerbaren Ressourcen. Der Bedarf an Grundstoffen zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung kann dann ausschließlich durch nachwachsende Rohstoffe gedeckt werden.

Vertreter des Konzeptes einer schwachen Nachhaltigkeit gehen von der grundsätzlichen Substituierbarkeit der überwiegenden Zahl der Elemente der Natur durch Elemente des künstlichen, aggregierten Kapitalstocks aus. „Die natürliche Umwelt wird als ein Aggregat an Ressourcen angesehen, die in den Dienst der wirtschaftlichen Produktion gestellt werden“ (Meran 1996: 66). Die schwache Nachhaltigkeit verpflichtet die Gegenwartsgeneration zu nicht mehr, als den nachfolgenden Generationen einen angemessenen Ersatz für ihren eigenen Verbrauch bereitzustellen. In seiner Zusammensetzung aber kann der Kapitalstock sich vollständig ändern, solange für entnommene Elemente eine Kompensation stattfindet. Diese Sichtweise lässt allerdings außer Acht, dass zwar für die meisten regenerierbaren und nicht regenerierbaren Ressourcen Substitutionsmöglichkeiten existieren, nicht aber für Funktionen der ökologischen Systeme. Irreversible Veränderungen bedeuten beim natürlichen Kapitalbestand den unwiederbringlichen Verlust von Funktionen, die zum Teil lebenserhaltende Bedeutung haben. Im Gegensatz dazu ist das künstliche Kapital, wenn es zerstört wird, in weiten Teilen restituierbar (vgl. Meran 1996: 65ff.).<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Für ausführlichere Darstellungen unterschiedlicher Interpretationen ökologischer Nachhaltigkeit s. Szerenyi 1999; Meran 1996.

Zwischen diesen beiden Extrempositionen von "sustainability" werden seit längerem eine Reihe von Zwischenpositionen, die von unterschiedlichen Graden der Substituierbarkeit des Naturkapitals (und seiner Funktionen) ausgehen, diskutiert. Auf diese kann hier allerdings nicht näher eingegangen werden.<sup>4</sup>

Einen Orientierungsrahmen bieten Leitlinien einer nachhaltig ökologischen Entwicklung, wie sie von der Brundtland-Kommission eingeführt oder nachfolgend z. B. von der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des 12. Deutschen Bundestages als "Managementregeln nachhaltiger Entwicklung" beschrieben wurden:

- Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen soll deren Regenerationsrate nicht überschreiten. Dies entspricht der Forderung nach Aufrechterhaltung der ökologischen Leistungsfähigkeit, d. h. nach Erhaltung des über die Funktionen definierten ökologischen Realkapitals.
- Die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen sollte minimiert werden. Nicht erneuerbare Ressourcen sollen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem ein physisch und/oder funktionell gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen oder höhere Produktivität der erneuerbaren sowie der nicht erneuerbaren Ressourcen geschaffen wird.
- Stoffeinträge in die Umwelt sollen sich an der Belastbarkeit der Umweltmedien orientieren, wobei alle Funktionen zu berücksichtigen sind, nicht zuletzt auch die stille und empfindlichere Regelungsfunktion.
- Das Zeitmaß anthropogener Eingriffe in die Umwelt muss in einem ausgewogenen Verhältnis zum Zeitmaß der natürlichen Prozesse stehen, sei es der Abbauprozesse von Abfällen, der Regenerationsrate von erneuerbaren Rohstoffen oder Ökosystemen (Enquete-Kommission 1994: 32).

### **Sozial nachhaltige Entwicklung**

Während für die ökonomische und ökologische Dimension vielfältige Definitionen und Aufgabenfelder mit entsprechenden Zielsetzungen und Indikatoren formuliert sind, werden erst in den letzten Jahren vermehrt Anstrengungen unternommen, die Breite des Aufgabenfeldes für eine nachhaltige Entwicklung innerhalb der sozialen Dimension zu umreißen und zu operationalisieren (vgl. Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 173). Eine sozial nachhaltige Entwicklung lässt sich, anders als eine ökologisch nachhaltige Entwicklung, nicht „allein durch (quantitative) Regeln der Nutzung von (sozialen) Ressourcen formulieren“ (Empacher/Wehling 1999), wie es mit den „Management-Regeln“ einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung gelungen ist. Zusätzliche Zieldimensionen sind erforderlich, um sozial nachhaltige Entwicklung einzugrenzen.

„Eine nachhaltige soziale Entwicklung ist eine Entwicklung, die über mehrere Generationen hinweg soziale Stabilität garantiert und größtmögliche Handlungs- und Entscheidungsspielräume für den Einzelnen bietet“ (Szerenyi 1999: 24). Sowohl für das Individuum als auch für die Sozialgemeinschaft wird soziale Stabilität angestrebt.

Der Begriff der Stabilität, der im Kontext der ökologischen Nachhaltigkeitsdebatte primär Erhaltung von Naturvermögen und eingespielten Systemzuständen bedeutet, tendiert allerdings im Falle von sozial nachhaltiger Entwicklung zu einem Strukturkonservatis-

<sup>4</sup> Für eine ausführlichere Darstellung von Interpretationen der Nachhaltigkeit s. Diefenbacher et al. 1997a.

mus, der das allen sozialen Strukturen und Phänomenen innewohnende Entwicklungs- und Veränderungspotential unterschätzt (vgl. Empacher/Wehling 1999).

Ziel einer nachhaltigen sozialen Entwicklung kann deshalb nicht ein "idealer" Zustand der Gesellschaft oder Gemeinschaft sein, vielmehr muss es sich zwangsläufig um ein metastabiles, aber dynamisches Gleichgewicht innerhalb bestimmter, von allen Mitgliedern akzeptierten Grenzen handeln. Voraussetzung ist das Vorhandensein eines Systems von Grundwerten eines friedlichen und solidarischen Zusammenlebens.

Die Bestimmung dieser gesellschaftlichen Grundwerte und ihre konkrete Ausformulierung erfolgt in einem ständigen partizipativen Diskussionsprozess. Denn eine gesellschaftliche Entwicklung kann nur dann als nachhaltig bezeichnet werden, wenn die angestrebten Ziele einen gesellschaftlichen Konsens darstellen und die Veränderungen von allen Betroffenen akzeptiert werden. Deshalb muss ein Grundzug einer nachhaltigen Entwicklung ein hohes Maß an Partizipation und Transparenz in der Entscheidungsfindung sein. Nur so kann die Akzeptanz und Mitwirkung der Beteiligten und Betroffenen gewährleistet werden.

Ziele einer nachhaltigen sozialen Entwicklung sind:

- gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung,
- hohes Niveau an sozialer Sicherheit,
- hohes Gesundheitsniveau,
- hohes Niveau der Lebensqualität,
- Erweiterung des "klassischen" Wohlfahrtsbegriffes um qualitative Aspekte und
- Partizipation der Betroffenen an Entscheidungsfindungen sowie Akzeptanz der Entscheidungen (Szerenyi 1999: 24)

Erwerbsfähigkeit und -möglichkeit, gute Arbeitsbedingungen, aktive Teilhabe an gesellschaftlicher Wohlfahrt, gerechte Verteilung von Einkommens-, Bildungs- und anderen Lebenschancen sowie Erhaltung und Pflege sozialer Sicherungssysteme sind neben der Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse, der Förderung gesellschaftlicher Integrationsprozesse, der Anerkennung und Förderung der Belange sozial Benachteiligter wesentliche Voraussetzungen für soziale Stabilität (vgl. Szerenyi 1999: 24).

### 2.1.2 Im Projekt verwendetes Verständnis von nachhaltiger Entwicklung

In dem vorliegenden Bericht verwenden wir das folgende Verständnis von nachhaltiger Entwicklung (vgl. Hübler et al. 1999). Es ist umfassend und integrativ angelegt und hat folgende Charakteristika (vgl. Abb. 2):

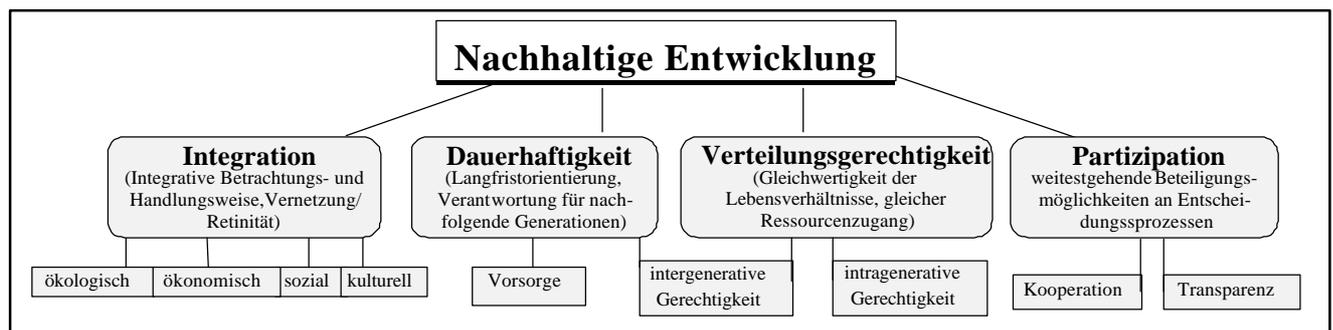
**Integration** der ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Belange sowie der Maßnahmen/Tätigkeiten verschiedener Akteure (Politik, Administration, Verbände, Bürger) in Entwicklungsstrategien auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene. Begriffe wie Vernetzung bzw. Retinität spielen eine große Rolle.

**Dauerhaftigkeit** der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen sowie der natürlichen Lebensgrundlagen. Charakterisierende, handlungsleitende Prinzipien sind dabei z. B. Langfristorientierung und Vorsorge sowie Vielfalt als in aller Regel wichtige Bedingung für die dauerhafte Stabilität von Systemen.

**Verteilungsgerechtigkeit** betont einerseits, dass zukünftige Generationen ebenso einen verbürgten Anspruch auf die Nutzung der Ressourcen haben wie die heutigen Generationen (intergenerative Gerechtigkeit), andererseits sollen auch innerhalb der heutigen Generation die Möglichkeiten der Ressourcennutzung zur Bedürfnisbefriedigung im Sinne der gerecht und gleichberechtigt verteilt sein (intragenerative Gerechtigkeit). Hiermit werden auch globale Aspekte der Nachhaltigkeit angesprochen. Zielsetzungen beziehen sich z. B. auf gleichberechtigte Lebenschancen, den gleichberechtigten Ressourcenzugang sowie die Übernahme von Verantwortung für heutige und nachfolgende Generationen.

**Partizipation:** Charakterisierende, handlungsleitende Prinzipien sind z. B. die Beteiligung möglichst aller gesellschaftlicher Gruppen an Entscheidungs-, Planungs- und Umsetzungsprozessen, Transparenz sowie Kooperation und Subsidiarität.

Die einzelnen Elemente dieses Verständnisses von nachhaltiger Entwicklung sind miteinander verbunden und deshalb nicht scharf voneinander abzugrenzen. Dauerhaftigkeit ist z. B. eine wesentliche Bedingung für den intergenerativen Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit. Die Elemente bedingen sich auch gegenseitig, so muss z. B. eine integrative Betrachtungsweise von Problemen auch den Aspekt Dauerhaftigkeit mit einbeziehen, damit nachhaltige Lösungen erreicht werden können (vgl. Hübler et al. 1999: 11).



**Abbildung 2: Verwendetes Verständnis von nachhaltiger Entwicklung**

Mit dieser übergreifenden Definition werden Basisparameter für die Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung in allen möglichen Handlungsfeldern benannt.

Dieses Begriffsverständnis deckt sich inhaltlich weitgehend mit der Auffassung, nach der zukunftsfähige Entwicklung vier Dimensionen integriert: ökologische, ökonomische, soziale und politisch-institutionelle Tragfähigkeit (s. u. a. Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 1999: 19, 46ff., 54ff., 317). Diese Dimensionen sollten zusammenhängend behandelt werden, da sie notwendige Bestandteile von „sustainability“ darstellen.

## 2.2 Lokale Agenda 21 und der Berliner Agenda-21-Prozess

Auslöser einer intensiven Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene bildete Kapitel 28 der in Rio verabschiedeten Agenda 21. In diesem Kapitel wird explizit die Bedeutung, die den Kommunen für die Realisierung einer solchen weltweiten

Politik zukommt, angesprochen. Alle Kommunen werden aufgerufen, ein eigenes, jeweils den besonderen Bedingungen vor Ort angepasstes Handlungsprogramm aufzustellen – eine Lokale Agenda 21:

"Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine "kommunale Agenda 21" beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsens würden die Kommunen von ihren Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen ...". (Agenda 21, Kapitel 28.3, zit. n.: UN o. J.: 231)

Die besondere Bedeutung der Lokalen Agenda 21 ist darin zu sehen, dass sie sich auf die konkrete Handlungsebene vor Ort bezieht. Jeder Bürger und jede Bürgerin ist aufgefordert, sich daran zu beteiligen, um so Veränderungen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen (vgl. WCED 1987).

Zur Umsetzung der Agenda 21 auf europäischer Ebene wurde im Mai 1994 im dänischen Aalborg die "Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden" ins Leben gerufen. Auf der Konferenz, die von "The International Council for Local Environmental Initiatives" (ICLEI) organisiert und durchgeführt wurde, formulierten die Teilnehmer die "Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit" (Charta von Aalborg). Das Abschlussdokument wurde inzwischen von mehreren Hundert europäischen Kommunen und Vertretern internationaler Organisationen, Regierungen und Einzelpersonen unterzeichnet. "Durch die Unterzeichnung der Charta initiierten die Städte, Gemeinden und Kreise die Kampagne europäischer zukunftsbeständiger Städte und verpflichteten sich dazu, in Lokale Agenda 21-Prozesse einzutreten und langfristige Handlungsprogramme mit dem Ziel der Zukunftsbeständigkeit aufzustellen" (Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 39). Auch die Stadt Berlin unterzeichnete 1994 die Charta und wurde Mitglied bei ICLEI.

### **2.2.1 Die gesamtstädtische Ebene**

„Das Abgeordnetenhaus und der Senat von Berlin haben sich in den vergangenen Jahren wiederholt zur nachhaltigen Entwicklung bekannt. Grundsatzbeschlüsse zur Entwicklungszusammenarbeit, zu Städtepartnerschaften, zum Umweltschutz etc. wurden teilweise bereits vor der Rio-Konferenz 1992 gefasst“ (Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 40). Im Folgenden werden die für den gesamtstädtischen Agendaprozess wichtigsten Eckpunkte knapp dargestellt.

Schon 1992 standen im Rahmen der in Berlin abgehaltenen, internationalen Nord-Süd-Konferenz "Lokale Initiativen für eine zukunftsbeständige Entwicklung" Handlungsanweisungen für eine "kommunale" oder "Lokale Agenda 21" auf der Tagesordnung. Das Resultat dieser Konferenz, auf der mehr als 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 53 Ländern zusammenkamen, die "Charta von Berlin", wurde von Berlin angenommen und unterzeichnet. Es wird auch vom Deutschen Bundestag zur Umsetzung empfohlen und ist ein vom Europarat offiziell anerkanntes Dokument. Im Aktionsprogramm, das Teil der Charta ist, verpflichtete sich Berlin bereits zum damaligen Zeitpunkt auf die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 (Aktionsprogramm Abschnitt A; in: Enquetekommission

"Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 472). In der Charta werden Arbeitsschwerpunkte und Maßnahmen zum Thema Nord-Süd-Zusammenarbeit benannt, die die Gemeinden weltweit je nach ihren lokalen Bedingungen umsetzen sollen. Schwerpunkte der Agenda 21 wie nachhaltige Entwicklung, Bewusstseinsbildung, formelle und informelle Städte- und Gemeindeparterschaften oder technische Zusammenarbeit werden hier aufgegriffen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz legte im Oktober 1995 „eine so genannte ‚Lokale Agenda 21 Berlin‘“ vor (Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 1999: 76). Diese stieß allerdings auf starke Kritik, da sie nicht in einem Konsultationsprozess, wie er u. a. in den Kapiteln 28 und 40 der Agenda 21 gefordert wird, erarbeitet wurde und ausschließlich auf Umweltaspekte fokussierte. In der Folge wurde sie wieder zurückgezogen.

Am 15. Mai 1997 forderte das Abgeordnetenhaus in einem Beschluss den Senat auf, „einen Bericht darüber vorzulegen, was er zur Erarbeitung einer lokalen Agenda 21 für Berlin getan hat bzw. zu tun gedenkt“ (Abgeordnetenhaus von Berlin (Drs 13/2395, 1998: 1); zit. n. Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 42). Auf der Grundlage eines Senatsbeschlusses zur Verabschiedung des Berichts vom Dezember 1997 haben alle Senatsverwaltungen „als zentrale Ansprechpartner sog. ‚Agenda-Beauftragte‘ ernannt, die sich darüber austauschen, welche Strategien und Handlungsfelder für eine gesamtstädtische Agenda von Bedeutung sein könnten“ (Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 77). Seit dem damaligen Zeitpunkt werden die gesamtstädtischen Agenda-Aktivitäten von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie koordiniert, bei der am 1. August 1998 auch ein Agendabüro eingerichtet wurde.

### 2.2.1.1 *Von der Enquetekommission zum Agendabeschluss*

Am 19. Februar 1998 wurde „(g)emäß dem Gesetz über die Enquete-Kommissionen des Abgeordnetenhauses von Berlin (...) eine Enquete-Kommission ‚Zukunftsfähiges Berlin‘ eingesetzt. Sie bereitet parlamentarische Entscheidungen über Leitbilder, langfristige Planungen und Maßnahmen zur nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung Berlins sowie über die Schaffung dafür notwendiger Rahmenbedingungen vor. Damit verleiht sie dem Prozess der Erarbeitung einer ‚Lokalen Agenda 21 für Berlin‘ entscheidende Impulse“.<sup>5</sup>

Tatsächlich stellte der im Juli 1999 erschienene Bericht der Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" einen entscheidenden Wendepunkt dar. So hält der Bericht fest, dass die Umsetzung der Verpflichtungen von Rio und der Charta von Aalborg zum Teil nur unzureichend erfolgt ist. So seien zwar auf gesamtstädtischer Ebene organisatorische Vorbereitungen wie u. a. die Einrichtung eines Agendabüros bei der Senatsverwaltung und die Ernennung von Agendabeauftragten in den Senatsverwaltungen getroffen worden. Die zentrale Verpflichtung, bis 1996 eine gesamtstädtische Agenda 21

<sup>5</sup> Abgeordnetenhaus von Berlin (PIPr 13/41, 1998) 3211; (Drs 13/2488, 1998); zit. n. Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 43.

aufzustellen und damit einen Konsultationsprozess zwischen Bevölkerung und Lokalverwaltung auszulösen, war aber nicht erfüllt worden. Im Unterschied dazu hatten fast alle Berliner Bezirke durch entsprechende Aufstellungsbeschlüsse der jeweiligen Bezirksverordnetenversammlungen Agendaprozesse angestoßen (vgl. Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 43). In Folge der Aktivitäten der Kommission beschloss das Abgeordnetenhaus im September 1999, „den Entwicklungsprozess für eine ‚Lokale Agenda Berlin 21‘ unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Belangen einzuleiten“ (Abgeordnetenhaus von Berlin, Drs. 13/4073, 23. September 1999). Der Agendabeschluss des Abgeordnetenhauses sieht vor, bis zum Herbst 2001 unter öffentlicher Beteiligung Leitbilder und Entwürfe für Indikatoren zur zukunftsfähigen Entwicklung Berlins zu erarbeiten.

Nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode folgte im Juli 2000 der Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses zur erneuten Einsetzung einer Enquetekommission mit der Bezeichnung "Lokale Agenda 21/Zukunftsfähiges Berlin". Diese soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" der 13. Legislaturperiode die notwendigen Rahmenseetzungen zur Umsetzung einer gesamtstädtischen Lokalen Agenda 21 in Berlin vorbereiten. Insbesondere soll sie eine öffentliche Debatte initiieren und „konkrete, für die Menschen unmittelbar bedeutsame umweltbezogene, ökonomische und sozial-kulturelle Zielsetzungen möglichst in Form von kurz-, mittel- und langfristig überprüfbaren Nachhaltigkeitsindikatoren“ formulieren. Zusätzlich ist sie aufgefordert, entsprechende Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung der Ziele in Politik und Gesellschaft zu erarbeiten.

Die Kommission hat jährlich über Schwerpunkte ihrer Arbeit zu berichten und bis Ende des Jahres 2003 ein Umsetzungskonzept für eine Berliner Agenda 21 vorzulegen. Seit ihrer Einsetzung führte die Kommission eine Reihe von Anhörungen von Fachleuten zu Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung durch.

Ergänzend verpflichtete sich der Senat von Berlin mit Beschluss vom 17. Oktober 2000, mit mehreren Maßnahmen die Erstellung einer "Lokalen Agenda Berlin 21" zu fördern. Die Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung werden betont, die Rolle der Agendabeauftragten und des Agendabüros wird bekräftigt, und die Senatsverwaltungen werden aufgefordert, „in der Diskussion mit den Agenda-Akteuren für ihren Zuständigkeitsbereich Ziele, Aktivitäten und Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ zu entwickeln (Senatsbeschluss Nr. 607/00 vom 17. Oktober 2000). Die Bezirke werden gebeten, nach dem Auslaufen des Berliner Koordinatorenmodells bezirkliche Agendabeauftragte zu benennen, um eine Kontinuität der bezirklichen Initiativen zu gewährleisten.

Für die mittlerweile mehrfach verankerte Aufgabe, auf partizipativem Wege Leitbilder, Zielvorstellungen und Indikatoren für die Berliner Agenda 21 zu entwickeln, möchte das Projektteam mit dem vorliegenden Bericht Grundlagen und Vorschläge für den weiteren Arbeitsprozess bereitstellen.

### *2.2.1.2 Vom "Runden Tisch" zum "Agendaforum"*

Parallel zu den „offiziellen“ Aktivitäten der Berliner Politik und Verwaltung fand sich bereits 1997 nach längeren Konsultationen ein „informelles“ Gremium zur Förderung des

Agendaprozesses in Berlin und seinem Brandenburger Umland zusammen. Am 17. Juni 1997 wurde der „Runde Tisch zur Nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg“ gegründet. Dieses Gremium hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Vertreter möglichst vieler Interessengruppen, Entscheidungsträger und Entscheidungsbetroffene mit ihrem jeweiligen Blickwinkel im Dialog zusammenzubringen. Am Runden Tisch trafen gesellschaftliche Gruppen und Handlungsträger aus unterschiedlichen Bereichen, mit unterschiedlichen Interessen, Strategien und Handlungspraktiken aufeinander. Dadurch sollte eine breit gefächerte Problemlösungskompetenz vereinigt und gleichzeitig die gesellschaftliche Tragfähigkeit der gefundenen Lösungen gewährleistet werden. Vor dem Hintergrund des Beschlusses des Abgeordnetenhauses aus dem September 1999 einigten sich die Mitglieder des Runden Tisches einschließlich der Vertreter weiterer Agendainitiativen darauf, zur Beratung einer gesamtstädtischen Agenda ein repräsentativeres Spektrum gesellschaftlicher Akteure einzubeziehen und in einem verbindlicher strukturierten "Agendaforum" zusammenzuführen, das sich am 4. Juli 2000 konstituierte (Müller 2000a: 6). Im Agendaforum sind in einer sich selbst organisierenden Struktur verschiedene Bereiche der Region vertreten: Wirtschaft, Arbeitnehmer und Arbeitslose, Wohlfahrt und Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Bildung und Wissenschaft, bezirkliche und kommunale Initiativen, Verwaltung, Landesparlamente, Geschlechtergerechtigkeit und Bürgerbeteiligung (Agendaforum 2000).

### 2.2.2 Bezirksebene

In Berlin gibt es mittlerweile in allen Bezirken einen Beschluss zur Erstellung einer Lokalen Agenda 21 durch die Bezirksverwaltung. Vorreiter bildeten Köpenick und Steglitz, die 1994 den Prozess einleiteten, gefolgt von Lichtenberg, Reinickendorf und Tiergarten 1995. Der überwiegende Teil der Berliner Bezirke schloss sich in den Jahren 1996 und 1997 an.<sup>6</sup> Als letzter Bezirk entschied sich Wilmersdorf 1998, eine Lokale Agenda 21 zu erstellen (Angaben n. KATE e. V. 2000). Die Agenda-21-Prozesse in den Bezirken entwickelten sich aufgrund der lokalen Bedingungen, der spezifischen Probleme und des Engagements der Akteure aus der Verwaltung und der Bevölkerung sehr unterschiedlich. Auch konnte in einigen Bezirken (insbesondere ehemals West-Berliner Bezirke) an schon bestehende organisierte Netzwerke angeknüpft werden, die zum Teil bereits vor den Beschlüssen von Rio 1992 umwelt-, stadt- oder sozialpolitisch aktiv waren, wie zum Beispiel dem "Moabiter Ratschlag" in Tiergarten. Im Gegensatz dazu wurden in vielen Ost-Berliner Bezirken erst im Rahmen bezirklicher Agendaprozesse Agendavereine und -initiativen gegründet (vgl. Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999; KATE e. V. 2000).

Alle Bezirke konnten in den letzten Jahren im Rahmen des Berliner Koordinatorenmodells ein Agendabüro oder eine Koordinierungsstelle einrichten<sup>7</sup>. Die Basis hierfür bildete die seit 1997 durchgeführte Finanzierung von 48 Stellen, bei denen es sich um

<sup>6</sup> Charlottenburg, Hellersdorf, Hohenschönhausen, Kreuzberg, Mitte, Neukölln, Pankow, Schöneberg, Tempelhof, Weißensee und Zehlendorf 1996. Friedrichshain, Marzahn, Prenzlauer Berg, Spandau, Treptow und Wedding 1997.

<sup>7</sup> Siehe dazu DIFU/FFU 1999.

befristete Beschäftigungsmaßnahmen handelte (Strukturanpassungsmaßnahmen – SAM). Jeder Bezirk verfügte dabei über zwei Stellen. Diese SAM-Stellen sind allerdings im Frühjahr bzw. Herbst 2000 ausgelaufen. Da ein Großteil der von den Koordinatoren aufgebauten Strukturen und Vernetzungen hochgradig personenbezogen sind, ist mit dem Auslaufen der Stellen ein Verlust eben dieser verbesserten Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen zu befürchten bzw. bereits eingetreten. Als zusätzliche Komplikation hat sich die Bezirksgebietsreform ausgewirkt, in deren Zuge die ursprünglich 23 Berliner Bezirke zu 12 größeren Bezirken zusammengefasst wurden. In den meisten Fällen besteht nun die Aufgabe, zwei bezirkliche, meist sehr unterschiedliche Dialogprozesse und ihre Ergebnisse zusammenzuführen sowie mit neuen administrativen Zuständigkeiten zu verzahnen. Diese Aufgabe stellt sich in einer Situation, in der erst sehr wenige Bezirke der Aufforderung des Senats nachgekommen sind, im Anschluss an das ausgelaufene Koordinatorenmodell bezirkliche Agendabeauftragte zu benennen.

Thematisch und in der Prozessgestaltung sind in den Bezirken unterschiedliche Prioritäten und Dynamiken zu verzeichnen. Eine Befragung, die von KATE e. V. im Herbst 1999 durchgeführt wurde ergab, dass in vielen Bezirken eine Diskussion um Leitbilder erfolgt. In Köpenick und Lichtenberg ist sie am weitesten fortgeschritten.<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Von KATE wurden primär Leitbilder zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erhoben (KATE 2000).

### 3. Leitbilder und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung – methodische Aspekte

Leitbilder werden in verschiedenen Fachgebieten sachlich und methodisch unterschiedlich diskutiert und eingesetzt<sup>9</sup>. Genauso wichtig, wie sich auf bestimmte Leitbilder zu einigen, ist es deshalb, sich unter den am Agendaprozess Beteiligten über die Vorgehensweise der Leitbilderstellung sowie über die Funktionen, die die Leitbilder vorrangig erfüllen, zu verständigen. Denn je nach Verwendungszweck und Adressat können bei Leitbildern unterschiedliche Funktionen in den Vordergrund treten. Zudem hängen die Methodik der Erstellung und die angestrebten Funktionen miteinander zusammen. Ein Leitbild, das in einer Firma der Festigung eines Corporate Identity dienen soll, unterscheidet sich von dem einer Kommune auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft, und auch die Prozesse seiner Erstellung werden andere sein. Ähnliches gilt für Indikatoren. Als Grundlage für die weitere Arbeit wird deshalb nachfolgend auf einige methodischen Konzepte der Erstellung von Leitbildern und Indikatoren näher eingegangen. Es werden Quellen zu Leitbildern und Indikatoren dargestellt, die in den letzten Jahren in der wissenschaftlichen oder politisch-gesellschaftlichen Diskussion um nachhaltige Entwicklung in Deutschland zu den bekanntesten bzw. einflussreichsten gehörten. Die überwiegende Zahl dieser Quellen bezieht sich dabei nicht auf die Ebene der Lokalen Agenda 21, sondern auf die nationale bzw. auf keine bestimmte Ebene. Bei der Darstellung dieser Verfahrensvorschläge wird von einer wenn auch eingeschränkten Übertragbarkeit der Verfahren oder von Verfahrensteilen auf die lokale Ebene ausgegangen.

Im Anschluss daran werden die Begriffe „Leitbilder“ und „Indikatoren“ einer nachhaltigen Entwicklung definiert und ihre Funktionen beschrieben und ein Vorschlag für eine formale Struktur eines Leitbild- und Indikatorensystems nachhaltiger Entwicklung gemacht.

#### 3.1 Definitionen und Funktionen von Leitbildern und Indikatoren

##### 3.1.1 Leitbilder

Leitbilder sind unabdingbare Orientierungslinien. Ihre spezifische Aufgabe ist es, „höchst komplexe, langfristige Zusammenhänge und Anliegen auf eine griffige Form zu bringen, eine grundsätzliche Richtung zu weisen und einen Suchprozess in die gezeigte Richtung in Gang zu setzen“ (Münck 1995; zit. n.: SRU 1996: Tz. 6). Sie beinhalten eine bildhafte Zielvorstellung, eine Gestalt oder Vision der angestrebten Zukunft. Sie implizieren Umsetzungs-Konzeptionen und rücken entsprechende Umsetzungsinstrumente in die engere Wahl. Leitbilder dienen als Impulsgeber für eine gesellschaftspolitische Grundlagenreflexion und als Basis für eine gemeinsame Gesprächsebene der beteiligten Akteure. Im Verlaufe eines Agendaprozesses bilden sie einen integrierenden, normativen Bezugspunkt aller einzelnen Verfahrensschritte.

Leitbilder bündeln also Visionen, Hoffnungen, Zukunftsentwürfe oder Zukunftsperspektiven von Menschen, dienen der Selbstdefinition von Gruppen und Organisationen und

<sup>9</sup> Z. B. wird in Raumordnung, Regional- und Stadtplanung seit Jahren mit Leitbildern gearbeitet; auf die dort geführte umfangreiche Diskussion wird hier nur verwiesen.

beschreiben die übergreifende, erwünschte Richtung von Entwicklungen. Leitbilder dienen als:

- Orientierung in Entscheidungsprozessen,
- Motivierung durch mit dem Leitbild verbundene Bilder und Vorstellungen,
- Koordinierungsrahmen unterschiedlicher Interessen und
- Beurteilungsmaßstäbe für Zustände und/oder Entwicklungen.

Allerdings ist zwischen propagierten Leitbildern, wie man sie in Gutachten, Stellungnahmen u. ä. findet, und weniger offensichtlichen, aber faktisch vorhandenen Leitbildern zu unterscheiden. Es ist davon auszugehen, dass diese zum Teil nicht bewussten Leitbilder der Akteure in den Agenda-21-Initiativen ebenfalls entscheidenden Einfluss ausüben (de Haan et al. 2000).

### 3.1.2 Indikatoren

Zur Beurteilung, ob die mit den Leitbildern, Leitsätzen und Zielen angestrebte zukunftsfähige Entwicklung tatsächlich eingetreten ist, werden Indikatoren benötigt. Indikatoren sind Kenngrößen, die komplexe Situationen wiedergeben und verständlich machen sollen. Mit Indikatoren wird ein Sachverhalt nicht direkt und vollständig gemessen, vielmehr dienen sie als „Anzeiger“ für einen vielschichtigen Sachverhalt. Indikatoren sind schon lange in Gebrauch, z. B. in der Ökonomie (Bruttosozialprodukt), in der Medizin (Körpertemperatur) oder im Umweltschutz (SO<sub>2</sub>-Belastung). Indikatoren sind niemals Selbstzweck, sondern Werkzeuge für ein bestimmtes Anliegen. „Die Begriffsbestimmung und Abgrenzung von Indikatoren als spezielle statistische Größe ist nicht absolut, sondern nur relativ zu einem 'Indikandum', d. h. zu einer angestrebten Aussage möglich“ (Born 1997a: 25). Indikatoren sind also „Kenngrößen, die den Zustand eines größeren, oft komplexen Systems repräsentieren sollen“ (Zimmermann 1997: 30).

Deshalb geht es i. d. R. um die Auswahl der treffendsten, aussagefähigsten Komplexitätsreduktion, denn Indikatoren fassen Informationen gezielt zusammen (Aggregation), um bestimmte Bewertungen und Einschätzungen zu erleichtern. Bei normativ gehaltenen Komplexen wie z. B. Nachhaltigkeit fließen bereits bei der Auswahl von Indikatoren, mehr als bei der Auswahl direkter Messverfahren, bestimmte Wertungen ein. Diese Wertungen müssen sich am Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung ausweisen lassen und von den betroffenen Akteuren mitgetragen werden können.

Nachhaltigkeitsindikatoren können zwei unterschiedliche Aufgaben erfüllen:

- Als Kenngrößen des Zielerreichungsgrades können sie Aussagen liefern, wie weit ein Zustand noch von einem gewünschten Ziel entfernt ist (Evaluierung).
- Als verbindende Indikatoren (interlinkages) können sie die Wechselwirkungen zwischen zwei Systemen wiedergeben.

In der Regel werden Nachhaltigkeitsindikatoren zu einem Nachhaltigkeitsindikatorensystem zusammengefasst. Von traditionellen Indikatorensystemen (z. B. Umweltindikatorensystemen), die einen vergleichsweise kleinen Ausschnitt der Wirklichkeit beschreiben, unterscheiden sie sich dabei durch die umfassende Berücksichtigung und Verbindung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension im Rahmen des Nachhaltigkeitskonzeptes.

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) verlangt in seinem "Kriterienkatalog für ein nationales Umweltindikatorensystem" (SRU 1994) ein breit gefächertes, systemar angelegtes Indikatorensystem, das zugleich überschaubar und mit vertretbarem Aufwand entwickelbar sein sollte. Hier wird ein Grundproblem der Indikatorenbildung und -auswahl erkennbar: Einerseits sollen Indikatoren einen komplexen Sachverhalt zusammenfassen, ohne dass jedes Mal die zugrunde liegende Datenbasis betrachtet werden muss; andererseits sollen sie aber in Herleitung, Zusammensetzung und Verwendung transparent und nachvollziehbar sein. Dieses Dilemma schlägt sich auch in der Breite der existierenden Indikatorensysteme deutlich nieder, die von Systemen mit einigen wenigen Schlüsselindikatoren bis zu Systemen mit über hundert Einzelindikatoren reichen.

Bossel (1999) plädiert für Nachhaltigkeitsindikatoren auf allen räumlich-administrativen Ebenen der Gesellschaft, um Politik- und Entscheidungsprozesse zu unterstützen, und nennt eine Reihe von Anforderungen an ein Indikatorenset (Bossel 1999: 7; Übersetzung durch die Autoren):

- Indikatoren müssen alle wichtigen Fragestellungen abdecken: Eine Ad-hoc-Zusammenstellung von Indikatoren, die relevant scheinen, ist nicht ausreichend. Es bedarf eines systematischen Blickes auf Systeme und ihre Umwelt.
- Die Anzahl der Indikatoren sollte so gering wie möglich, aber nicht kleiner als notwendig sein. Das heißt, das Indikatorenset muss überschaubar und kompakt sein und zugleich alle relevanten Aspekte abdecken.
- Indikatoren müssen klar definiert, reproduzierbar, eindeutig, verständlich und praktisch sein. Sie müssen die Interessen und Sichtweisen verschiedener Interessengruppen widerspiegeln.
- Der Prozess der Indikatorenerstellung muss partizipativ erfolgen, um sicherzustellen, dass das Indikatorenset auch die Visionen und Werte der betroffenen Gemeinschaft oder Region, für die es erstellt wurde, umfasst.
- Durch Berücksichtigung dieser Indikatoren muss es möglich sein, die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit beabsichtigter Entwicklungen einzuschätzen und sie mit alternativen Entwicklungspfaden zu vergleichen.
- Ein Rahmenwerk, eine Verfahrensweise und Kriterien für die Entwicklung adäquater Indikatorensets sind erforderlich.

### **3.2 Methodische Ansätze und Verfahrensvorschläge zur Bestimmung von Leitbildern und Indikatoren**

Von verschiedenen Organisationen und Institutionen wurden in den letzten Jahren methodische Stufensysteme der Ableitung von Leitbildern und/oder Indikatoren vorgestellt. Nachfolgend wird auf einige dieser Vorschläge, die in der wissenschaftlichen oder politisch-gesellschaftlichen Diskussion um nachhaltige Entwicklung in Deutschland zu den bekanntesten bzw. einflussreichsten gehörten, näher eingegangen. Auch wenn sich die überwiegende Zahl dieser Verfahrensvorschläge nicht auf die Ebene der Lokalen Agenda 21, sondern auf die nationale bzw. auf keine bestimmte Ebene beziehen, wird davon ausgegangen, dass sie Anregungen für die Auswahl von Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung auf der lokalen Ebene bieten können bzw. eine – möglicherweise eingeschränkte – Übertragbarkeit der Verfahrensschritte auf die lokale Ebene gegeben ist.

Die ersten beiden Vorschläge konzentrieren sich auf die Erstellung von Indikatoren, während die weiteren eine aufeinander abgestimmte Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren zum Ziel haben.

### 3.2.1 Das Driving Force-State-Response-Modell der CSD

Um die Umsetzung des in Rio in der Agenda 21 vorgeschlagenen Konzeptes "Nachhaltigkeit" zu initiieren sowie die Implementation zu unterstützen und zu begleiten wurde durch die UN die Commission on Sustainable Development (CSD) eingesetzt.

In Folge der Konferenz bestand in erster Linie die Notwendigkeit, Maßstäbe für eine internationale Vergleichbarkeit der Bemühungen um nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Mittels eines Sets von Indikatoren sollten die Fortschritte (relativ und absolut gesehen) in den beteiligten Ländern erfasst werden und eine Vergleichsgrundlage des Daten- und Erfahrungsaustauschs geschaffen werden. Bereits existierende Indikatoren und Indikatorensysteme erwiesen sich als unzureichend, um die spezifischen Anforderungen an nachhaltige Entwicklung zu erfüllen. In der Agenda 21, vor allem in den Kapiteln 8 und 40, wird diese Notwendigkeit hervorgehoben und die Nationalstaaten werden aufgefordert, sich unter Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an der Entwicklung von Indikatoren in Zusammenarbeit mit den UN-Organen zu beteiligen.

Das von der OECD hervorgebrachte und von der CSD weiterentwickelte Driving Force-State-Response-Modell<sup>10</sup> für die Bestimmung von Indikatoren (D-S-R-Modell) klassifiziert die Indikatoren auf der einen Seite nach thematischen Bereichen und auf der anderen Seite nach der Stellung in einer Wirkungskette aus Antriebs-, Zustands-, und Reaktionsindikatoren. Der "Driving-Force-State-Response"-Ansatz orientiert sich dabei an den Themenschwerpunkten der Agenda 21. Zu den einzelnen Problemkategorien Soziales, Wirtschaft, Umwelt und Institutionen werden Indikatoren gebildet.

Mit Driving-Force-Indikatoren wird die Belastung der natürlichen Ressourcen durch anthropogene Einwirkungen zum gegebenen Zeitpunkt, wie z. B. Rohstoffentnahmen, Emissionen und Immissionen, charakterisiert. Die durch den Menschen ausgelösten Ursachen oder Antriebskräfte für die bestehende Nachhaltigkeitssituation können aufgezeigt werden (Knaus/Renn 1998).

Mit State-Indikatoren wird der aktuelle Entwicklungszustand für den ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich beschrieben. In ökologischer Hinsicht sind sie somit den konventionellen Umweltqualitätsindikatoren gleichzusetzen.

Mit Response-Indikatoren wird beschrieben, in welcher Weise die Gesellschaft auf die festgestellten Zustandsänderungen der Umwelt bzw. des menschlichen Systems reagiert, indem sie z. B. Recycling fördert oder die Umweltschutzausgaben erhöht. Diese

---

<sup>10</sup> Abgeleitet vom „Pressure-State-Response“-Modell (PSR-Modell), das von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitet wurde, trat in der internationalen Debatte der letzten Jahre der „Driving-Force-State-Response“-Ansatz (DSR-Modell) in den Vordergrund. Dieser auch von der CSD verwendete Konzeptansatz orientiert sich an dem Umweltindikatorenmodell der OECD, bietet jedoch bessere Möglichkeiten, neben reinen Umweltindikatoren im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion auch ökonomische und soziale Indikatoren zu berücksichtigen.

Größen sind – im Unterschied zu den Belastungs- und Zustandsgrößen – in hohem Maße normativ geprägt (ebd.).

Dieses Modell wurde in erster Linie für die Ebene von Nationalstaaten entwickelt, eine Übernahme für die lokale Ebene erfolgt nur zögerlich. Gründe dafür liegen vermutlich in dem hohen Aufwand, um zu Zuordnungen von Indikatoren zu allen drei Kategorien zu gelangen sowie in der Unhandlichkeit und schlechten Vermittelbarkeit dieses methodischen Vorgehens. Bei einer Entwicklung von lokalen Nachhaltigkeitsindikatoren wird dementsprechend zu prüfen sein, ob und ggf. wie dieses methodische Vorgehen sinnvoll auf lokaler Ebene einsetzbar ist.

Das D-S-R-Modell und der Indikatorenkatalog der CSD wurden im Zeitraum von 1996–2000 weltweit in 22 Ländern, u. a. auch in Deutschland zur Entwicklung eines Nachhaltigkeitsindikatorensystems getestet (vgl. Luxem/Byrd 1997; BMU 2000). Dabei stellte sich das Modell als inkonsistent heraus<sup>11</sup>. Aus diesem Grund wird es den Ländern nicht mehr in der bisher von der CSD angewendeten Form empfohlen. Im Frühjahr 2001 soll durch die CSD ein aufgrund der Erfahrungen und Ergebnissen aus der Testphase neu strukturiertes Indikatorenmodell vorgestellt werden.

### **3.2.2 Systemarerer Ansatz des IISD**

Bossel (1999) legt seinem Modell für die Bestimmung von Indikatoren, den er für das International Institute of Sustainable Development entwickelte, einen systemaren Ansatz zugrunde. Dieser wurde zwar für ökologische Systeme entwickelt, lässt sich aber verallgemeinern. Er scheint am besten geeignet, die komplexen Zusammenhänge, die bei der (nachhaltigen) Entwicklung eines Gemeinwesens zu berücksichtigen sind, abzubilden.

Die menschliche Gesellschaft wird hierbei als Teil eines größeren Zusammenhangs von Subsystemen (im Allgemeinen Umwelt genannt) betrachtet. Von diesem ist sie in vielfacher Hinsicht untrennbar abhängig. Das ganze System kann aber nur zukunftsfähig und nachhaltig sein, wenn es auch die Teilsysteme sind. Es besteht also die Notwendigkeit, Informationen sowohl über den Zustand und die Entwicklung der Teilsysteme als auch über das Gesamtsystem zu erhalten, insbesondere über essentielle oder als nicht nachhaltig erkannte Subsysteme.

Bossel integriert den Prozess der Indikatorenerstellung in den Vorgang einer Systemanalyse, bei der es die fundamentalen Verknüpfungen und Abhängigkeiten im System herauszufinden gilt. Ziel ist es, über Aggregation, Kondensation sowie die Identifikation fehlender Informationen zu einem Modell zu gelangen, welches das System zusammenfassend beschreibt.

### **Das Konzept der "basic orientors"**

Um zukunftsbeständig und nachhaltig existieren zu können, müssen Systeme mit ihrer Systemumgebung und deren charakteristischen Eigenschaften kompatibel sein. Ein System, das besser in der Lage ist, seine Grundansprüche in einer bestimmten Le-

<sup>11</sup> Tel. Auskunft von Herrn Hönerbach, UBA, am 16.11.2000.

bensumgebung zu erfüllen als ein anderes, besitzt eine größere Chance, langfristig und nachhaltig zu (über)leben. Indikatoren, die Aussagen über den Grad der Erfüllung der systemaren Grundbedürfnisse erlauben, geben Auskunft, wie zukunftsfähig ein System agiert.

Bossel spricht in diesem Zusammenhang von "basic orientors" – grundlegende Parameter, von denen die Überlebensfähigkeit eines Systems bestimmt wird.

Es werden sechs fundamentale, für alle Systeme relevante Parameter ("basic orientors") genannt (Bossel 1999: 31):

*Existenz:* Das System muss zu seiner Systemumgebung in ihrem Normalzustand kompatibel sein und muss fähig sein, darin zu überleben. Informations-, Energie- und Materialinputs zu seiner Erhaltung sollten zur Verfügung stehen.

*Effektivität:* In der Summe sollte das System (langfristig) effektiv agieren; im Bestreben, sich mit knappen Ressourcen zu versorgen (Information, Stoffe, Energie).

*Handlungsfreiheit:* Das System muss die Fähigkeit besitzen, auf mehrere verschiedene Arten auf Anforderungen, die durch die Bandbreite der Umgebungsvariabilität entstehen, zu reagieren.

*Sicherheit:* Das System muss in der Lage sein, sich selber vor den schädigenden Auswirkungen der Umgebungsvariabilität zu schützen, wie z. B. unvorhersagbaren Zuständen.

*Anpassungsfähigkeit:* Das System sollte lernfähig und selbstorganisierend sein, um in angemessener Weise auf Herausforderungen durch Veränderungen der Umgebung reagieren zu können.

*Koexistenz:* Das System muss in der Lage sein, mit seinem Verhalten auf Verhalten und Ansprüche anderer Systeme in seiner Umgebung zu reagieren.<sup>12</sup>

Die basic orientors leiten sich aus den fundamentalen Eigenschaften der Umwelt ab und sind für alle sich selbst organisierenden Systeme gleich. In jedem zu untersuchenden Fall muss allerdings diese allgemeine Checkliste system- und kontextspezifisch angepasst werden, d. h. es muss geklärt werden, was beispielsweise unter "Handlungsfreiheit" für ein bestimmtes Subsystem, z. B. für das Klima, zu verstehen ist.

Mit den basic orientors steht eine Checkliste der Basisparameter von Systemen zur Verfügung. Diese erfassen die grundlegenden Einflüsse auf ein System von außen und die des Systems auf seine Umwelt und andere Systeme. Diese Checkliste soll dazu verwendet werden, Indikatoren für die Zukunftsbeständigkeit verschiedener Systeme zu finden (vgl. Bossel 1999: 30-32).

## Indikatoren

Zu jedem basic orientor ist zum einen ein Indikator zu finden, der den Zustand des betrachteten (Teil)systems wiedergibt und zum anderen ein weiterer Indikator, der den Anteil des (Teil)systems an der Nachhaltigkeit des Gesamtsystems darstellt.

<sup>12</sup> Zusätzlich zu diesen durch die Systemumwelt beeinflussten Parametern nennt Bossel noch *Reproduktion*, *psychologische Bedürfnisse* und *Verantwortung* als Parameter für selbstreproduzierende, fühlenden und bewussten Systeme wie Organismen oder Populationen die zur Selbstreflexion fähig sind.

Um die Zukunftsbeständigkeit eines Systems bestimmen zu können, müssen Indikatoren gefunden werden, die Auskunft geben über den Grad der Erfüllung der Basisparameter des jeweiligen Systems. Da der Zustand der Handlungsfreiheit bzw. der Sicherheit eines Systems nicht messbar ist, ist es erforderlich, ihn aus zur Verfügung stehenden Zustandsmessgrößen (state-indicator) oder Veränderungsmessgrößen (rate-indicators) oder ihren Kombinationen bzw. Aggregationen abzuleiten (ebd.).

Bossel schlägt folgende Vorgehensweise für die Erstellung eines Indikatorensets vor: Zunächst hält er ein konzeptuelles Verständnis des Gesamtsystems für notwendig. Ein grobes Modell des betrachteten Systems und seiner entscheidenden Teilsysteme ist erforderlich, um die Indikatoren zu bestimmen, die seine Zukunftsfähigkeit in relevanter Art und Weise beschreiben.

Der nächste Schritt erfordert die Identifikation repräsentativer Indikatoren. Eine möglichst kleine, aber aussagekräftige Anzahl von Variablen, die entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des Systems oder eines Subsystems sind, muss gefunden werden. Ebenso jene, die unabdingbar für die nachfolgende Informations-aggregation sind.

Die durch diese Indikatoren gewonnenen Informationen müssen interpretiert und übersetzt werden, so dass sie Auskunft darüber geben, ob die Basisparameter des betrachteten Systems/Subsystems ausreichend erfüllt sind und es sich somit in Richtung Zukunftsfähigkeit entwickelt oder nicht.

Diese Schritte erfordern beständig Wertungen und Entscheidungen, die vom Wissen und den Werten der Entscheidungsträger bestimmt sind, so dass – ganz im Sinne der LA 21 – die Partizipation möglichst vieler betroffener gesellschaftlicher Gruppen und Individuen unerlässlich ist.

Durch Anwendung des von Bossel vorgeschlagenen systemorientierten Ansatzes kann gewährleistet werden, dass alle für die Zukunftsfähigkeit von Systemen entscheidenden Parameter berücksichtigt werden.

Die Identifizierung von essentiellen Systemen, Teilsystemen, Teil-Teilsystemen usw. und ihren Wechselwirkungen würde ein Indikatorenprojekt allerdings schnell zu einer unhandhabbaren Größe anschwellen lassen. Deshalb muss ein Schwerpunkt auf der Aggregation und Filterung der Daten liegen.

Die praktische Anwendung der Methodik wird anhand mehrerer Beispiele dokumentiert. Diese sind allerdings alle nicht auf der Ebene der LA 21 angesiedelt. Mit "Sustainable Seattle" wird daneben ein bestehendes kommunales Indikatorensystem auf seine Kompatibilität mit der "orientor-Systematik" untersucht.

Es lässt sich aus den bei Bossel vorgestellten Beispielen nicht mit Sicherheit schließen, dass die Anwendung dieser Methodik auch auf der Ebene einer LA 21 erfolgreich wäre. Insbesondere die Komplexität und der hohe Grad an Abstraktion könnten sich als Hindernisse für die Anwendung in einem partizipativ orientierten LA-21-Prozess herausstellen.

Da Indikatoren aussagefähige, repräsentative Informationen über Entwicklungsfortschritte auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit liefern sollen, müssen sie die Komplexität dessen, worüber sie informieren sollen, auf angemessene Weise wiedergeben.

Der systemare Ansatz ist ein systematisches Vorgehen zur Komplexitätsbewältigung. Mit ihm lässt sich beurteilen, ob z. B. der Indikator „Anzahl der Markttage“ ein aussagefähiger und empfindlicher (sensitiver) Indikator für die Lebensqualität in einer Stadt sein kann. Der Systemansatz muss allerdings auf lokale Fragen und Bedarfe angepasst werden. Da die Auswahl von Indikatoren nicht nur politisch motiviert, sondern auch methodisch-wissenschaftlich begründet erfolgen sollte, spricht einiges für seine Anwendung.

### 3.2.3 Das Konzept des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen

Zu einem bedeutenden Motor der Umsetzung von Nachhaltigkeit in Deutschland hat sich seit 1994 der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) entwickelt. Er beschäftigte sich in verschiedenen Gutachten intensiv mit methodischen und praktischen Fragestellungen. Lag der Schwerpunkt im Gutachten von 1994 zunächst auf der Definition und Konkretisierung des Leitbildes an sich (SRU 1994), so wurden 1996 und 1998 verstärkt Probleme der Operationalisierung und der Ableitung von Indikatoren diskutiert (SRU 1996; SRU 1998). Der SRU verfolgt allerdings eine spezifischen Interpretation des Leitbildes *sustainable development*, die sich vorrangig auf die Umweltkomponente von nachhaltiger Entwicklung bezieht. Zusammenfassend formuliert der SRU sein Verständnis von *sustainable development*, in seiner Übertragung ins Deutsche als „dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung“ bezeichnet, wie folgt: „Ausgehend von der Erweiterung der zeitlichen Perspektive ('dauerhaft') kommt im Rahmen eines dynamischen Konzeptes ('Entwicklung') den ökologischen Bedingungen eine vorrangige Bedeutung zu ('umweltgerecht')“ (SRU 1994: Tz 6).

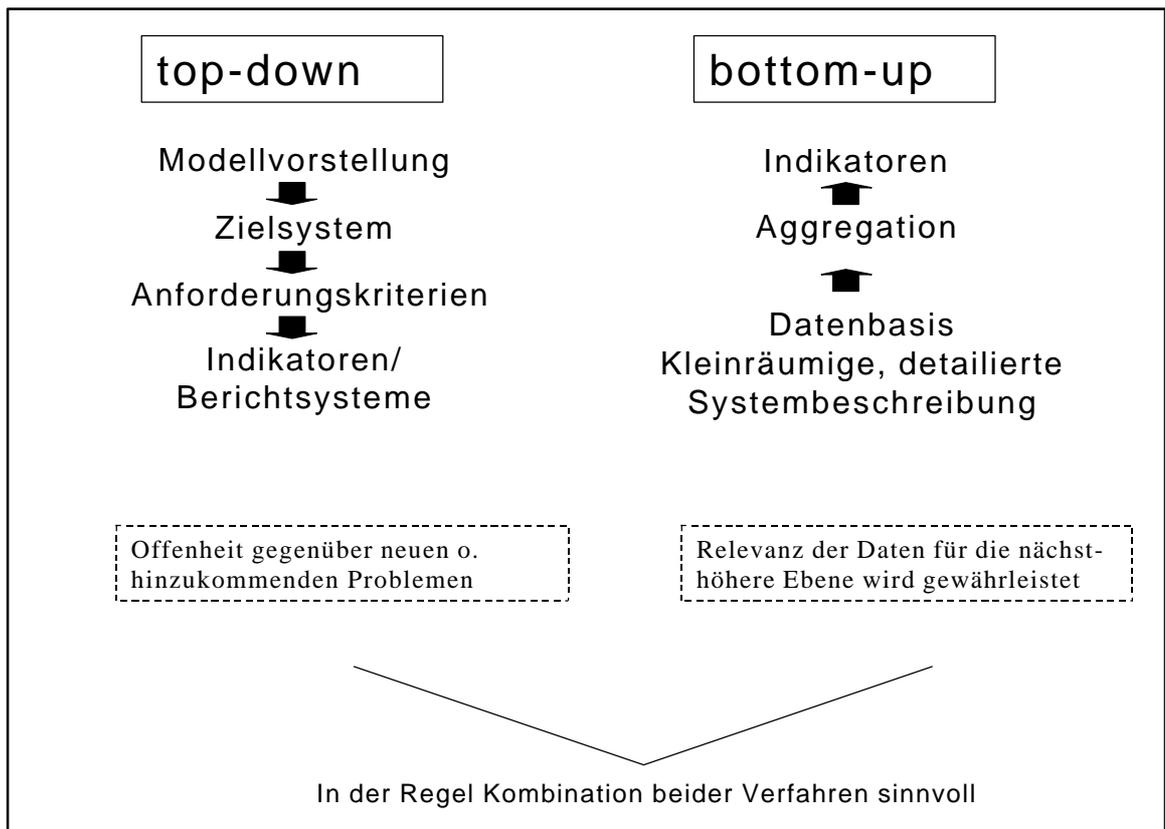
Der SRU versucht durch methodische Grundsatzreflexion, dieses Leitbild zu einem sektorübergreifenden, in sich abgestimmten Handlungskonzept zu entwickeln (Enquete-Kommission 1998).

Bereits 1994 machte der SRU einen Vorschlag zur Gliederung der Zielkategorien bzw. der Zielebenen, über die eine Operationalisierung des Leitbildes einer "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" erfolgen kann.

Erweitert man den engen Bezug auf die Umwelt durch das umfassendere Leitbild der "nachhaltigen Entwicklung", so lässt sich eine Übertragung der nachfolgend dargestellten Systematik auf die Lokale Agenda 21 durchführen.

Zur Bestimmung von (Umwelt-)Qualitätszielen und -standards schlägt der SRU die Kombination eines "Top-down-Vorgehens" (deduktives Vorgehen) mit einem "Bottom-up-Vorgehen" (induktives Vorgehen) vor (vgl. Abb. 3):

- zum einen den induktiven, praxisorientierten, an vorhandenen Datenbeständen ausgehenden Weg, der als ein so genanntes "Bottom-up-Verfahren" bezeichnet werden kann. Ausgehend von einer möglichst vollständigen und eng an der Aufgabe orientierten Beschreibung der zu bewertenden Situation werden Indikatoren, in der Regel durch Aggregation, aufgestellt.
- zum anderen einen deduktiven, theoriegeleiteten Weg, dessen Stärke in einem klaren Zielbezug gesehen wird, da vom Zielsystem ausgegangen wird. Er wird als "Top-down-Verfahren" bezeichnet. Ausgehend von Zielen werden Anforderungen an die Indikatoren gestellt (SRU 1994: Tz. 147).



**Abbildung 3: "Top-down"- und "Bottom-up"-Verfahren" (Kretzschmar 1999)**

Die Problematik eines reinen oder überwiegenden "bottom-up"-Vorgehens ist darin zu sehen, dass keine Kontrolle darüber besteht, ob wirklich alle relevanten Problemfelder und Wechselwirkungen, die für eine nachhaltige Entwicklung entscheidend sind, erfasst wurden. Die Auswahl der zu aggregierenden Daten orientiert sich am zur Verfügung stehenden Datenmaterial und es existiert kein konsistentes, theoretisch fundiertes Konzept, das es ermöglicht, die Daten zu selektieren und zu gewichten.

Die einzelnen Stufen des Operationalisierungsschemas werden vom SRU wie folgt beschrieben (Abb. 4):

Leitbilder sind demnach sehr allgemeine Zielvorstellungen (der Umweltpolitik), die durch nachgeschaltete Stufen eine Konkretisierung erfahren.

Unter Leitlinien versteht der SRU zugleich handlungs- und zielorientierte Grundprinzipien der Umsetzung von Leitbildern. Anstelle von Leitlinie werden häufig auch die Begriffe Managementregeln, Grundregeln oder (Handlungs)prinzipien verwandt. Leitlinien „bilden die erste Operationalisierungsstufe des Leitbildes, indem sie die grobe Denk- und Handlungsrichtung vorgeben, der zur Erreichung des Leitbildes gefolgt werden muss“ (SRU 1998: 50).

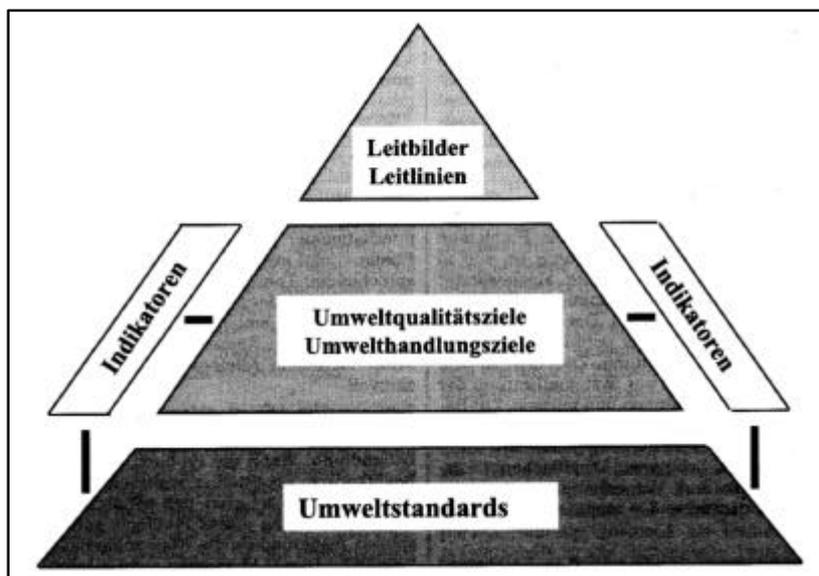
Qualitätsziele stellen nach Einschätzung des Umweltrates den nächst folgenden Konkretisierungsschritt des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung dar. Durch "Umweltqualitätsziele" werden auf dieser Stufe Zieldefinitionen in einzelnen Umweltberei-

chen gesetzt. Dadurch soll ein bestimmter, sachlich, räumlich und zeitlich angestrebter Zustand der Umwelt, bezogen auf die globale, regionale oder lokale Ebene beschrieben werden. Grundlage der Umweltqualitätsziele bilden "einerseits der wissenschaftliche Erkenntnisstand über qualitative und, soweit verfügbar, quantitative Ursache-Wirkungsbeziehungen und andererseits auf den Zustand oder die Eigenschaften der Umwelt bezogene gesellschaftliche Wertvorstellungen" (ebd.).

Auf einer Stufe zwischen Umweltqualitätszielen und Umweltstandards stehen im Konzept des SRU Handlungsziele. Diese werden aus den Umweltqualitätszielen durch Vergleich mit den zu erwartenden Belastungen abgeleitet. Sie sollten quantitativ überprüfbar sein.

Die quantitative Festlegung der Zielvorgaben menschlicher Einwirkungen (auf die Umwelt) erfolgt in Standards, die aus den (Umwelt)qualitätszielen und (Umwelt)handlungszielen abgeleitet werden. Daran schließen sich die eigentlichen "Maßnahmen" zur Erreichung der umweltpolitischen Ziele an.

Mit Indikatoren kann die Zielerreichung von (Umwelt)Qualitätszielen, (Umwelt-)Handlungszielen und (Umwelt-)Standards evaluiert werden.



**Abbildung 4: Die Zielebenen des SRU (Grafik nach: SRU 1998)**

Erfolg oder Misserfolg, aber auch der Zustand und die Entwicklung der (Umwelt)situation lassen sich schließlich durch Indikatoren belegen und veranschaulichen. Denn „erst die an abgewogenen Zielen geeichten Indikatoren zeigen an, inwieweit eine dauerhafte umweltgerechte Entwicklung gesellschaftlich gewollt ist“ (SRU 1994: 101; SRU 1998). Wie bereits erwähnt, lässt sich dieses primär für das Handlungsfeld Umwelt formulierte Schema auch auf andere Handlungsfelder und Bezugsebenen der Indikatorerstellung übertragen.

### 3.2.4 Vorschlag der Enquete-Kommission des 12. Deutschen Bundestages

Die 1992 vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" lieferte mit ihrem Abschlussbericht 1994 (Enquete-Kommission 1994) einen vielbeachteten Beitrag zur Operationalisierung des Leitbildes "Nachhaltige Entwicklung". Der Schwerpunkt lag dabei auf Problemen der industriellen Stoffwirtschaft, der Entwicklung von stoffbezogenen Bewertungsmodellen und der Erarbeitung von Lösungsansätzen. Es sollten mittel- und langfristig umsetzbare Vorschläge für eine am Leitbild "sustainable development" orientierte Stoffstrompolitik erarbeitet werden. Zu den Dimensionen nachhaltiger Entwicklung (ökologisch, ökonomisch, sozial) formulierte die Kommission ergänzend so genannte „Regeln der Nachhaltigkeit“ (vgl. Kap. 2.1.1).

Die Kommission wendete ein paralleles Vorgehen an: Auf der einen Seite wurden in einem deduktiven Vorgehen allgemeingültige Regeln und Ziele einer nachhaltigen Entwicklung erarbeitet. Auf der anderen Seite wurden verschiedene Stoffströme beispielhaft analysiert und bewertet.

Ausgehend vom Leitbild einer "nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung" schlägt die Kommission folgende Arbeitsschritte für die Entwicklung von Leitbildern und Kriterien vor:

1. Aufstellung grundlegender Regeln einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung (Managementregeln, s. Kap. 2.1.1)
2. Aufstellung von Schutz- und Gestaltungszielen (für die Bereiche Ökologie, Ökonomie und Soziales)
3. Entwicklung von Bewertungskriterien zur Erfassung der Sachverhalte, die in Bezug auf Schutz- und Gestaltungsziele relevant sind (qualitative Problemfeldbeschreibung)
4. Ableitung von Indikatoren und Parametern zur Operationalisierung der Kriterien (quantitative Bewertungsgrundlage aus stofflicher und systemarer Sicht)
5. Bewertung bezüglich einzelner Schutz- und Gestaltungsziele
6. Bewertung und Gewichtung unter Einbeziehung von Schaden und Nutzen (Abwägung bei Zielkonflikten innerhalb oder zwischen Zielbereichen) (Enquete-Kommission 1994: 206, 211).

Die Teilschritte 2–5 bilden für die Kommission die eigentliche Kette der Operationalisierung, während die Schritte 1 und 6 aufgrund ihres normativ-diskursiven Charakters als außerhalb der logischen Reihe der Ableitungsfolge gesehen werden.

Diese Prozesskette wurde im Bericht für die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales in unterschiedlicher Tiefe analysiert und angewendet. Wie aus der Ableitungsfolge ersichtlich ist, verzichtet die Enquete-Kommission auf die Aufstellung von Leitbildern. Die Dimensionen nachhaltiger Entwicklung werden stattdessen über die ausführliche Beschreibung von Schutz- und Gestaltungszielen in den von der Kommission identifizierten gesellschaftspolitisch besonders relevanten Handlungsbereichen ausgefüllt.

Die Kommission weist darauf hin, dass es zumindest für den ökologischen Zielbereich „eines umfassenden Systemverständnisses in einem eingegrenzten Bilanzraum bedarf“ (ebd.: 211), um die erste grundlegende Regel (Abbauraten erneuerbarer Ressourcen) anwenden zu können.

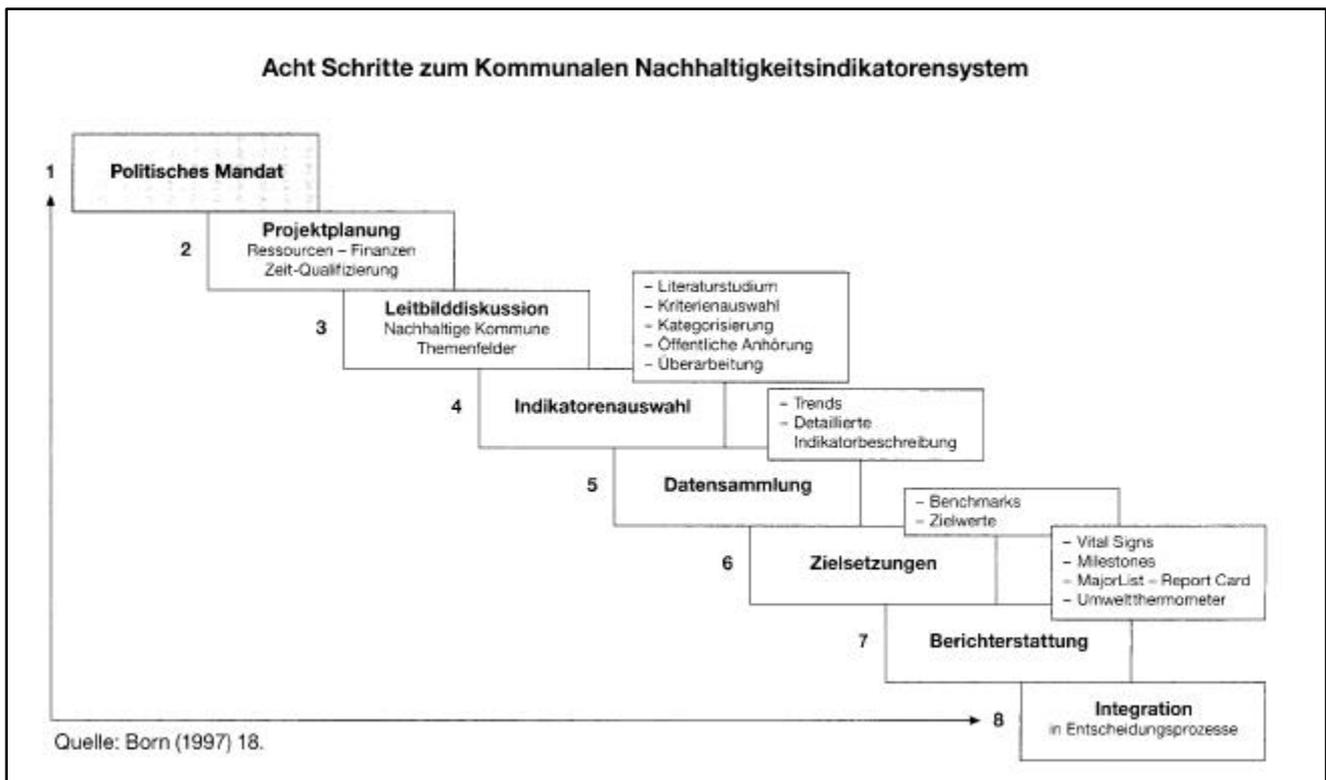
Auch wenn die Kommission versucht, den Nachhaltigkeitsbegriff aus seinem primär ökologischen Bezug zu lösen und ihn auch auf soziale und ökonomische Systeme zu übertragen, so bleibt sie mit den grundlegenden Regeln, die sich überwiegend auf ressourcenökologische Ziele beziehen, doch einer primär ökologischen Sichtweise von Nachhaltigkeit verhaftet. Es wird auf die wechselseitige Abhängigkeit der drei als "tragenden Säulen" bezeichneten Dimensionen nachhaltiger Entwicklung hingewiesen, trotzdem ist die Methodik im Bericht durch eine größtenteils sektorale Struktur gekennzeichnet.

Unklar bleibt, wie bei der Auswahl der Schutz- und Gestaltungsziele Vollständigkeit und Relevanz gewährleistet werden sollen. Die in Schritt 6 erfolgende Abwägung zwischen verschiedenen Bereichen ist hierfür nicht ausreichend, da anfangs (Schritt 2) nicht berücksichtigte (systemare) Zusammenhänge an dieser Stelle nicht betrachtet werden können. Die Kommission greift stattdessen aufgrund von pragmatischen Überlegungen drei normative Oberbegriffe als Bereiche aus der allgemeinen gesellschaftspolitischen Diskussion heraus, für die Schutz- und Gestaltungsziele formuliert werden (Gesundheit des Menschen, Struktur von Ökosystemen, Funktionen von Ökosystemen) (ebd.: 217).

Das an Stoffströmen orientierte Vorgehen der Enquete-Kommission und die dazu erarbeitete deduktive Vorgehensweise der Ableitung von Zielen und Indikatoren eignet sich nur bedingt für den Einsatz auf lokaler Ebene. Eine Übertragung erscheint insbesondere aufgrund der komplexen Form der Zielbeschreibung und Kriterienbildung problematisch.

### **3.2.5 Acht Schritte zum kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystem**

Einen pragmatischen Ansatz für eine Methodik zur Erstellung von lokalen Indikatoren stellt das nachfolgende Schema zum systematischen Aufbau eines kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystems von Born (1997b) dar. Auf dieses System von acht Schritten wird in Veröffentlichungen zu Lokalen Agenden häufig Bezug genommen und auch die Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" empfiehlt dieses Vorgehen für Berlin (Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 67ff.).



**Abbildung 5: Acht Schritte zum Kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystem (Born 1997b: 18; entnommen aus: Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 68)**

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich vorrangig mit Fragestellungen, die unter den Schritten 3 und 4 des obigen Schemas angesprochen werden.<sup>13</sup>

Nach den vorgeschalteten Schritten Erteilung eines politischen Mandates und Planung des Projektablaufes folgt mit Schritt 3 eine ausführliche Leitbilddiskussion, bei der eine Abstimmung darüber erfolgen sollte, was in der Kommune unter Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung verstanden wird, welches Verständnis in der Kommune von einer nachhaltigen Kommune herrscht und welche Konzepte und Prinzipien (Leitbilder; Leitlinien) bereits in der Kommune diskutiert und formuliert wurden (nach Born 1997b: 24).

Daran schließt sich eine mehrstufige Indikatorenauswahl an. Diese gliedert sich in drei Phasen: Eine Vorbereitungsphase, eine Phase der "Auswahl, Verknüpfung und Zielsetzung" und die Institutionalisierung. Wichtige Arbeitsschritte sind dabei die Erhebung des Status Quo aus der Literatur, die Einigung auf Kriterien für die Auswahl der Indikatoren und die eigentliche Auswahl und eine Kategorisierung der Indikatoren. Anschließend müssen die Indikatoren ggf. iterativ in der Öffentlichkeit und mit Experten diskutiert und überarbeitet werden.

<sup>13</sup> Für eine ausführliche Erläuterung der Grafik sei auf die beiden oben genannten Quellen (Born 1997b; Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 1999) verwiesen.

### **3.3 Schlussfolgerungen und Vorschlag für ein abgestuftes System von Leitbildern bis zu Indikatoren**

Als Ergebnis der dargestellten methodischen Ansätze und Verfahrensvorschläge für die Bestimmung von Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung ist festzuhalten, dass offensichtlich ein Konsens darüber besteht, Leitbilder und Indikatoren – zumindest auf der regionalen und lokalen Ebene – aufeinander abgestimmt zu entwickeln (vgl. SRU 1994, Enquetekommission 1994, Born 1997b und Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999).

Eine Abstufung der Zielvorstellungen wird ebenso empfohlen (SRU 1994, SRU 1998) wie eine Abstufung von Indikatoren in Abhängigkeit von ihren Funktionen (Weiland 1999a; Weiland 1999b). Inwieweit der methodische Ansatz der CSD und der von Bossel für die Bildung von Indikatoren in Lokalen Agenda-Prozessen verwendet werden können, bedarf weiterer Klärung.

Vor dem Hintergrund der o. g. Empfehlungen wird folgende formale Struktur für ein abgestuftes System von Zielvorstellungen und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung vorgeschlagen (vgl. Abb. 6). Dieser Vorschlag soll zu einer besseren Verständigung über Zielvorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung beitragen, denn bisher werden in der Literatur wie von den Berliner Akteuren die Begriffe "Leitbilder", "Ziele", "Zielvorstellungen" usw. ganz unterschiedlich verwendet. Eine vollständig einheitliche Begriffsverwendung ist allerdings schwierig – auch in diesem Bericht, v. a. wenn sich der Berichtstext auf andere Quellen bezieht.

#### **Zielvorstellungen**

Um sprachliche und damit konzeptionelle Klarheit zu schaffen, schlagen wir für die Entwicklung von Zielvorstellungen in den Handlungsfeldern folgende dreistufige Begriffsverwendung vor:

**Leitbild** (= Leitidee und bildhaftes Motto)

**Leitsätze** (= Leitlinien)

**Ziele** (= Qualitätsziele + Handlungsziele)

Das Leitbild setzt sich aus einem prägnanten, möglichst bildhaften Motto und einer Leitidee zusammen. Unter Leitidee wird dabei eine knappe textliche Beschreibung der wichtigsten Grundgedanken des Leitbildes verstanden, während das Motto in knapper schlagwortähnlicher Form die (Zukunfts-)Vision, die sich in dem Leitbild ausdrückt, versinnbildlichen sollte.

Die Leitidee erfährt ihre Konkretisierung durch mehrere Leitsätze. Leitsätze sind Kernaussagen, wie grundlegende Regeln und Werte, die einen Verhaltensraum zur Erfüllung der Leitidee und somit auch des Leitbildes umreißen oder eingrenzen. Die Leitsätze sollten allgemein verständlich sein.

Ausgehend von den Leitsätzen werden Qualitäts- und Handlungsziele formuliert. Sie konkretisieren und operationalisieren die Leitsätze. Ziele geben einen angestrebten gesellschaftlichen oder Umweltzustand an (Qualitätsziele) oder beziehen sich auf die

Schritte, die notwendig sind, um diesen Zustand zu erreichen (Handlungsziele). Dabei sollten sie möglichst quantifizierbar oder anderweitig überprüfbar sein. Dies ist allerdings nicht in allen Themenfeldern zu realisieren. Im ökologischen Bereich lassen sich relativ einfach z. B. Reduktionsziele formulieren (Verringerung des NO<sub>x</sub>-Ausstoßes um 20 %); auch im Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" dürfte dies praktikabel sein. Zu Bildung, Kultur und Geschlechtergerechtigkeit ist es jedoch schwieriger, quantifizierbare Ziele zu benennen, so dass zwischen dem Verzicht auf das Ziel (und einen entsprechenden Indikator) und der Verwendung „weicher“ (qualitativer) Ziele (und qualitativer Indikatoren bzw. Daten) abzuwägen ist. Ziele können absolut oder progressiv (unter Einbezug verschiedener Zeithorizonte) formuliert werden. Ob in allen Fällen die Ziele in Qualitäts- und Handlungsziele unterschieden werden sollten, wird hier offen gelassen. Die getrennte Benennung von Qualitäts- und Handlungszielen erlaubt jedoch ein systematisches Vorgehen. In Agenda-Prozessen, in denen eine Handlungs- und Aktionsorientierung im Vordergrund steht, werden vermutlich vorwiegend Handlungsziele formuliert werden. Zum Beispiel wird ein Leitsatz wie „Erwerb von Gestaltungskompetenz“ durch das Handlungsziel „Integration von Lokalen Agenda 21-Themen in die Lehrpläne“ (und weitere Handlungsziele) konkretisiert.

Als allgemeiner Oberbegriff für alle o. g. Ebenen dient der Begriff der "Zielvorstellungen". Diese Begriffe werden in dem vorliegenden Bericht in der definierten Weise verwendet, ausgenommen davon sind diejenigen Teile des Berichts, in denen auf andere Leitbilder- und Indikatorensysteme oder -methodiken Bezug genommen wird oder solche dargestellt werden.

## Indikatoren

In Abhängigkeit von der konkreten Funktion, die Nachhaltigkeitsindikatoren erfüllen sollen, müssen unterschiedliche und unterschiedlich viele Indikatoren eingesetzt werden (vgl. Weiland 1999a). Diese Unterscheidung wird von verschiedenen Stellen vorgenommen<sup>14</sup>.

- Wenige **Leit-Indikatoren**: Zur Kommunikation in und mit Öffentlichkeit und Politik werden wenige (ca. 10–20), intuitiv verständliche, hoch aggregierte Leit-Indikatoren benötigt. Beispiele hierfür sind die Indikatoren von Seattle (z.B. die Lachse im Fluss) oder – noch stärker aggregiert – der ökologische Fußabdruck. Diese Indikatoren können gut eine allgemeine Entwicklungsrichtung angeben, aber sie sind zu grob, um damit steuernde Maßnahmen begründen zu können.
- Mittlere Anzahl von **Steuerungs-Indikatoren**: Zur politischen Steuerung, d. h. zur Ableitung von Projekten und Maßnahmen, mit denen eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll, wird eine mittlere Anzahl (ca. 20–60) von wenig bis mittel aggregierten Steuerungs-Indikatoren benötigt.

Die Bestimmung von Indikatoren, mit denen überprüft werden soll, ob die gewünschte Entwicklung den beschlossenen Zielen einer nachhaltigen Entwicklung näher kommt oder nicht, ist keine rein politische, sondern vor allem eine methodische Aufgabe. Der

<sup>14</sup> Vgl. Diefenbacher et al. 2000. Ein Vertreter des Umweltbundesamtes (Herr Dr. Nantke) hat während der Anhörung durch die Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" am 18.9.2000 eine Unterscheidung von "Kommunikationsindikatoren" und "Steuerungsindikatoren" empfohlen, die der Unterscheidung in "Leitindikatoren" und "Steuerungsindikatoren" entspricht.

„Politikanteil“ ist, abhängig von der vorrangigen Funktion der Indikatoren, bei der Bestimmung von Leitindikatoren höher als bei der Bestimmung von Steuerungsindikatoren; umgekehrt müssen Steuerungsindikatoren höhere methodische Anforderungen erfüllen als Leitindikatoren.

Die formale Struktur des Nachhaltigkeits-Leitbild- und Indikatorensystems wurde auf beiden Handlungsfeld-Workshops vorgestellt. Von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen wurden sowohl die Hierarchiestufen als auch deren Anzahl und Benennung für gut befunden.



**Abbildung 6: Abgestuftes System von Zielvorstellungen und Indikatoren**

\* Die Indikatoren sollen für einen möglichst großen Bereich aussagekräftig sein. Ob dies für die jeweilige Funktion durch die entsprechende Aggregation erreicht wird, ist eine Frage des Einzelfalls.

## 4. Leitbilder und Indikatoren – Beispiele

Im Folgenden werden vorhandene Indikatorensysteme im Hinblick auf Beispiele für Zielvorstellungen und Leitbilder sowie Indikatoren aus den Handlungsfeldern des Projekts ausgewertet.

Nachhaltigkeitsleitbilder und -indikatoren sollten, um Vergleich- und Übertragbarkeit zu ermöglichen, möglichst vertikal, d. h. von der internationalen über die nationale bis zur lokalen Ebene (bzw. in umgekehrter Reihenfolge), aufeinander abgestimmt werden. Von internationalen, nationalen und regionalen Ansätzen von Nachhaltigkeitsindikatoren können methodische und inhaltliche Anregungen für die lokale Ebene gewonnen werden.

Deshalb werden im Folgenden überlokale Indikatorenansätze in die Darstellung mit einbezogen. Bei einer Übertragung auf die lokale Ebene muss jeweils geprüft werden, inwieweit die Aussageschärfe, die jeweilige Datenlage und ortspezifische Besonderheiten dies erlauben. Es ist davon auszugehen, dass in der Regel eine Konkretisierung und Anpassung gemäß den lokalen Erfordernissen unumgänglich ist.

### 4.1 Indikatoren auf internationaler Ebene<sup>15</sup>

#### 4.1.1 Indikatoren der Commission on Sustainable Development

1995 beschloss die CSD auf ihrer dritten Tagung das Programme of Work on Indicators of Sustainable Development. In diesem Programm wurde die Arbeitsrichtung für die internationale Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von Nachhaltigkeitsindikatoren für die folgenden fünf Jahre festgelegt. 1996 stellte die CSD dann eine Liste von ca. 130 Indikatoren vor. Diese Indikatoren aus den Bereichen Ökologie, Ökonomie, Soziales und Institutionelles sind in Antriebs-, Zustands- und Maßnahmenindikatoren (vgl. Kap. 3.2.1) aufgeteilt. Ziel des CSD-Arbeitsprogrammes ist es, diese Indikatorenliste einerseits durch praktische Erfahrung und andererseits durch begleitende wissenschaftliche Untersuchungen weiterzuentwickeln. Zentrales Element bildet hierbei die Testphase in einer Reihe von Pilotländern.<sup>16</sup>

Bei der Übertragung auf die nationale Ebene zeigte sich allerdings, dass ein Teil der Indikatoren nur eine geringe Aussagekraft für einzelne Testländer aufweist. Es gilt, wie auch für andere auf internationaler Ebene entwickelte Indikatoren, dass sie aufgrund des Anspruchs einer globalen Anwendbarkeit und einer leichten Handhabbarkeit als Instrument der Messung von positiven oder negativen Entwicklungen in der Regel stark formalisiert sind (z. B.: Ausgaben des Bruttoinlandproduktes eines Staates für Bildung; Anzahl der Jungen und Mädchen, die länger als sechs Jahre die Schule besuchen, als Indikatoren der CSD für Kapitel 26 der Agenda 21; nach de Haan et al. 1999: 78). Aufgrund der weltweiten großen Heterogenität der sozialen Probleme sind dabei Sozialindi-

<sup>15</sup> Auf internationaler Ebene werden keine Zielvorstellungen benannt, sondern nur Indikatoren.

<sup>16</sup> Testländer sind: Barbados, Belgien, Bolivien, Brasilien, China, Costa Rica, Deutschland, Finnland, Frankreich, Ghana, Großbritannien, Kenia, Malediven, Marokko, Mexiko, Österreich, Pakistan, Philippinen, Südafrika, Tschechische Republik, Tunesien und Venezuela.

katoren noch stärker als Wirtschafts- und Umweltindikatoren an die jeweilige spezifische Situation vor Ort gebunden und somit anzupassen. Das CSD-Indikatorenset wurde deshalb in den Testländern überarbeitet und um zusätzliche national relevante Indikatoren erweitert (vgl. Kap. 4.2.1).

Für ihr Indikatorenprogramm verzichtet die CSD auf die Formulierung eigener Leitbilder. Die Indikatoren sind direkt den verschiedenen Kapiteln der Agenda 21 und den dort genannten Zielen zugeordnet.

Nachfolgend werden Beispiele für Indikatoren der CSD zu den untersuchten Handlungsfeldern aufgeführt.

### Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"

Die CSD benennt folgende Indikatoren, die sich dem Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" zuordnen lassen:

Kapitel der Agenda 21	Gliederung nach D-S-R-Modell		
	Antriebsindikator	Zustandsindikator	Maßnahmeindikator
<b>Kategorie Wirtschaft</b>			
<b>Kapitel 2:</b> Internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in Entwicklungsländern und damit verbundene nationale Politik	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP) Nettoinvestitionsanteil am BIP Anteil der Exporte und Importe am BIP	Ökologisches Inlandsprodukt Anteil der Fertigwaren am gesamten Warenexport	
<b>Kapitel 34:</b> Transfer umweltverträglicher Technologien, Kooperation und Kapazitätsaufbau	Import von Investitionsgütern Ausländische Direktinvestitionen	Anteil der umweltverträglichen Importe von Investitionsgütern	Unterstützung durch Technische Zusammenarbeit

**Tabelle 1: Indikatoren der CSD mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" (aus BMU 2000)**

### Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen"

Immer wenn es um Veränderung der Konsummuster und des Bewusstseins der Bevölkerung insbesondere auch im Zusammenhang von Bildung geht, lassen sich Leitbilder, Ziele und die Indikatoren der Agenda 21 dem Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" zuordnen. Dies ist in einer Reihe von Kapiteln der Agenda der Fall. Die zentrale Frage der Veränderung der Konsumgewohnheiten wird neben dem Kapitel 4 "Veränderung der Konsumgewohnheiten" u. a. auch im Zusammenhang mit der Energie-, Verkehrs- und Abfallpolitik sowie in den Kapiteln über das wirtschaftspolitische Instrumentarium und über den Technologietransfer angesprochen (BMU 1998: Kap. 4).

Die CSD führt folgende Indikatoren an, die sich dem Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" zuordnen lassen:

Kapitel der Agenda 21	Gliederung nach D-S-R-Modell		
	Antriebsindikator	Zustandsindikator	Maßnahmeindikator
<b>Kategorie Wirtschaft</b>			
Kapitel 4: Veränderung der Konsummuster	Jährlicher Energieverbrauch/Kopf Anteil der ressourcenintensiven Industrien an der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes	Nachgewiesene mineralische Reserven Nachgewiesene Energiereserven an fossilen Brennstoffen Lebensdauer der nachgewiesenen Energiereserven Jährlicher Energieverbrauch/Kopf Materialverbrauchsintensität Anteil der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes am BIP Anteil erneuerbarer Energiequellen am Primärenergieverbrauch	
<b>Kategorie Soziales</b>			
Kapitel 36: Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung	Änderungsrate bei der Bevölkerung im Schulalter Schulbesuchsrate bei Grundschulen (brutto und netto) Schulbesuchsrate im Sekundarbereich (brutto und netto) Quote der Erwachsenen, die lesen und schreiben können	Anteil der Grundschüler, welche die 5. Klasse erreichen Durchschnittliche Ausbildungslänge Unterschied in der Schulbesuchsquote von Jungen und Mädchen Bestandene Abschlussprüfungen an Hochschulen aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen Anzahl der Frauen pro 100 männlichen Erwerbstätigen	Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt

**Tabelle 2: Indikatoren der CSD mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“ (aus BMU 2000)**

#### 4.1.2 Nachhaltigkeitsindikatoren der EU

Neben der CSD beschäftigt sich auf supranationaler Ebene u. a. auch die Europäische Union (EU) mit der Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren. Das Statistische Büro der Europäischen Union veröffentlichte 1997 in Anlehnung an die CSD eine Studie zu Nachhaltigkeitsindikatoren (Eurostat 1997). Eine Auswahl von 46 Indikatoren aus dem CSD-Katalog wurde für die Länder der Europäischen Union in den Themenfeldern Wirtschaft (9 Indikatoren), Soziales (14 Indikatoren), Umwelt (21 Indikatoren) und Institutionen (2 Indikatoren) angewendet. In der folgenden Tabelle ist von diesen Indikatoren eine Auswahl mit Bezug zu den beiden untersuchten Handlungsfeldern wiedergegeben. In der ersten Spalte ist dabei die ursprüngliche Zuordnung der Indikatoren nach Eurostat angegeben:

### Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"

Dimension	Indikator
Ökonomische Indikatoren	Verbrauch an erneuerbaren Energien
	Reichweite bekannter fossiler Energiereserven

**Tabelle 3: Indikatoren (Auswahl) der Eurostat-Studie (aus Eberle et al. 1999; Eurostat 1997)**

### Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“

Dimension	Indikator
Soziale Indikatoren	Kindersterblichkeit
	Frauenanteil der arbeitenden Bevölkerung
	Quotient des Einkommens von Frauen und Männern
	Durchschnittlicher Pro-Kopf-Lebensraum in m <sup>2</sup>

**Tabelle 4: Indikatoren (Auswahl) der Eurostat-Studie (aus Eberle et al. 1999; Eurostat 1997)**

Über das Council of european municipalities and regions (CEMR), des europäischen Zusammenschlusses von über 100.000 Gemeinden, Städten und Regionen, fördert die Europäische Union daneben die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch für eine nachhaltige Entwicklung. Das CEMR gehörte mit zu den Organisatoren der Hannover-Konferenz der Kampagne Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden im Februar 2000, auf der ein Set von 10 Indikatoren für eine Anwendung in Kommunen in ganz Europa mit dem Ziel, eine europaweite Vergleichbarkeit zu fördern, vorgestellt wurde (s. Kap. 4.3.1).

#### **4.2 Leitbilder und Indikatoren auf nationaler Ebene**

Die Debatte über Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung konzentrierte sich zunächst auf die internationale Ebene. In der Bundesrepublik Deutschland wird erst seit 1994 die Frage diskutiert, welche Indikatoren auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene zur Beschreibung einer nachhaltigen Entwicklung geeignet sind.

„In Deutschland wurden für die nationale Ebene vorwiegend Indikatorensysteme entwickelt, mit denen die ökologischen Anteile einer nachhaltigen Entwicklung abgedeckt werden sollen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass ‚nachhaltige Entwicklung‘ in Deutschland vorwiegend als ‚dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung‘ interpretiert wird und Umweltschutz und Umweltpolitik als prioritäre Bereiche einer nachhaltigen Entwicklung angesehen werden“ (Weiland 1999a: 248).

Mit Zielvorstellungen wird in den untersuchten Ansätzen unterschiedlich verfahren. Sie werden auf der nationalen Ebene z. T. nicht formuliert, z. T. als „Kriterien“ bezeichnet, z. T. als „Ziele“.

#### 4.2.1 Deutsche Vorschläge zu den CSD-Indikatoren

Deutschland ist Teilnehmer am Indikatoren-Testprogramm der CSD (vgl. Kap. 4.1.1). Der Bericht über die Erprobung der Indikatoren in Deutschland wurde im Frühjahr 2000 veröffentlicht (BMU 2000). Das Indikatorensystem ist so aufgebaut, dass die Liste der CSD-Indikatoren durch neue ergänzt bzw. ersetzt werden können. Das Set der 218 deutschen Indikatoren enthält somit sowohl Indikatoren aus der ursprünglichen Liste der CSD als auch Vorschläge von deutscher Seite. Im Folgenden werden aus Gründen der Verständlichkeit die relevanten Abschnitte aus der Indikatorenliste so wiedergegeben, wie sie vom BMU veröffentlicht wurden. Das bedeutet, dass es eine Reihe von Überschneidungen zu den bei der CSD (Kapitel 4.1.1.) aufgeführten Indikatoren gibt.

#### Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“

- Legende:**
- Indikatoren, die aus der CSD-Liste übernommen werden
  - 0 Neu hinzugefügte Indikatoren
  - >> Ersatz bzw. Spezifizierung von Einzelindikatoren
  - abe Themenfeld oder Einzelindikator, die für Deutschland nicht berücksichtigt werden
  - (?) Themenfeld bzw. Indikator muss noch genauer überprüft werden

Kapitel der Agenda 21	Antriebsindikator	Zustandsindikator	Maßnahmeindikator
<b>Kategorie Wirtschaft</b>			
<b>NEU: Allgemeine ökonomische Entwicklung</b> (Indikatoren wurden teilw. aus Kap. 2 und 4 der CSD-Liste übernommen)	0 Reale Wachstumsrate des BIP • Netto-Investitionsanteil am BIP (Kap.2) >> <i>Bruttoinvestitionsrate</i> • Anteil der Exporte und Importe am BIP 0 Inflationsrate 0 Anteil Haushaltsdefizit am Bruttoinlandsprodukt / Anteil der Staatsschulden am BIP	• BIP pro Kopf 0 privater Verbrauch/Kopf 0 BIP/Erwerbstätige 0 Wirtschaftsstruktur >>Anteil der KMU >>Anteil der rohstoff- und umweltintensiven Bereiche 0 Insolvenzen 0 Existenzgründungen 0 Beschäftigung >> Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen (Anteil d. KMU) >> Arbeitslosenquote	0 Förderung von KMU 0 Förderung von Existenzgründungen
<b>Kapitel 34:</b> Transfer umweltverträglicher Technologien, Kooperation und Kapazitätsaufbau	• <del>Import von Investitionsgütern</del> • <del>Ausländische Direktinvestitionen</del> >>Direktinvestitionen in Entwicklungsländern und MOE-Staaten	• <del>Anteil der umweltverträglichen Importe von Investitionsgütern</del> >>Export: Anteil am Welthandel mit Umweltschutzgütern	• <del>Unterstützung durch Technische Zusammenarbeit</del> 0 Förderung des Umwelttechnologietransfers
<b>NEU: zu Kapitel 30:</b> Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft		0 Unternehmen mit (zertifiziertem) Umweltmanagementsystem >> Anteil an Beschäftigten >> Anteil am Ressourcenverbrauch 0 Unternehmen mit regelmäßiger Umweltberichterstattung 0 Anwendung von Verhaltenskodizes in der Wirtschaft	0 Förderung von umweltbewusstem Unternehmertum durch Verbände/Kammern, etc. 0 Betriebsinterne Information und Weiterbildung der Beschäftigten zu Umweltthemen 0 Ausgaben der Privatwirtschaft für Umweltschutz

**Tabelle 5: Indikatoren der Testphase der CSD in Deutschland (Auswahl) mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus BMU 2000)**

## Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“

Kapitel der Agenda 21	Antriebsindikator	Zustandsindikator	Maßnahmeindikator
<b>Kategorie Soziales</b>			
<b>Kapitel 6:</b> Schutz und Förderung der menschlichen Gesundheit	<b>Ernährung</b> 0 Body-Mass-Index 0 wöchentlicher Obst- und Gemüseverzehr 0 Alkoholkonsum <b>Rauchen</b> 0 Anteil Raucher an der Gesamtbevölkerung 0 Intensität des Rauchens <b>Bewegung</b> 0 Anteil der Personen, die mehr als 2 Std. Sport pro Woche treiben <b>Arbeitssicherheit</b> 0 Unfallhäufigkeit am Arbeitsplatz	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Basis-Hygiene:</b> Anteil der Bevölkerung mit angemessenen sanitären Anlagen</li> <li>• Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser</li> <li>• Lebenserwartung bei Geburt &gt;&gt; und im Alter von 60</li> <li>• <b>Geburtsgewicht</b></li> <li>• <b>Kindersterblichkeitsrate</b></li> <li>• <b>Sterblichkeitsrate bei Müttern</b></li> <li>• <b>Ernährungszustand der Kinder</b></li> <li>0 Verbreitung von Herz- Kreislauf-Krankheiten und Krebskrankheiten</li> <li>0 Verbreitung von Allergien</li> <li>0 Zahl der AIDS-Fälle (Erkrankte und Verstorbene)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Impfung ansteckender Kinderkrankheiten</li> <li>• Verwendung von <b>Verhütungsmitteln</b></li> <li>• Anteilpotentiell <b>schädlicher Chemikalien im Essen</b></li> <li>• <b>Nationale Gesundheitsausgaben für lokale Gesundheitsversorgung</b></li> <li>• Anteil der nationalen Gesundheitsausgaben am BSP &gt;&gt; Anteil für Prävention, kurative Behandlung und Pflege</li> </ul>
<b>Kategorie Wirtschaft</b>			
<b>Kapitel 4:</b> Veränderung der Konsummuster	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Jährlicher Energieverbrauch / Kopf</b></li> <li>• <b>Anteil der ressourcenintensiven Industrien an der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes</b></li> <li>0 Konsumausgaben privater Haushalte pro Kopf</li> <li>0 Marktanteil von Produkten - mit Umweltzeichen – aus recycelten Materialien – des „Fair Trade“</li> <li>0 Marktanteil von Lebensmitteln aus ökologischem Landbau</li> <li>0 Häufigkeit und Entfernung privater Reisen (pro Kopf und Jahr)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Nachgewiesene mineralische Reserven</b></li> <li>• <b>Nachgewiesene Energiereserven an fossilen Brennstoffen</b></li> <li>• <b>Lebensdauer der nachgewiesenen Energiereserven</b></li> <li>• <b>Jährlicher Energieverbrauch / Kopf</b> &gt;&gt;Anteil des Energieverbrauchs der privaten Haushalte am Endenergieverbrauch</li> <li>0 Materialverbrauchsintensität</li> <li>&gt;&gt;Rohstoffproduktivität</li> <li>&gt;&gt;Energieproduktivität</li> <li>0 Verbrauch erschöpfbarer Rohstoffe (gesamt / Anteil des Imports)</li> <li>• Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch</li> </ul>	
<b>Kategorie Institutionen</b>			
<b>Kapitel 36:</b> Förderung der Schulbildung, des öffentlichen Bewusstseins und der beruflichen Aus- und Fortbildung (ursprünglich Kategorie Soziales)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Änderungsrate bei der Bevölkerung im Schulalter</li> <li>• Schulbesuchsrate bei Grundschulen (brutto und netto)</li> <li>• Schulbesuchsrate im Sekundarbereich (brutto und netto)</li> <li>• Quote der Erwachsenen, die schreiben und lesen können, gemessen mit der OECD-Methode</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anteil der Grundschüler, welche die 5. Klasse erreichen</li> <li>• Durchschnittliche Ausbildungslänge</li> <li>• Unterschied in der Schulbesuchsquote von Jungen und Mädchen</li> <li>• Bestandene Abschlussprüfungen an Hochschulen aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen</li> <li>• Anzahl der Frauen pro 100 männlichen Erwerbstätigen</li> <li>0 Umweltbewusstsein der Bevölkerung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt &gt;&gt;Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler / Student pro Jahr in Relation zum Pro-Kopf-Einkommen</li> <li>0 Quantität der faktisch unterrichteten Umweltbildung in den Klassenstufen 5 bis 8</li> <li>0 Zeitbudget in den Klassenstufen 5 bis 8 für Unterricht über den Umweltsyndromansatz</li> <li>0 Zeitbudget in den Klassenstufen 5 bis 8 für Projektunterricht</li> </ul>
<b>Kapitel 40:</b> Informationen für die Entscheidungsfindung		<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Telefonanschlüsse pro 100 Einwohner</b></li> <li>• Zugang zu Informationen &gt;&gt;Anzahl der Internetseiten zum Thema Umwelt / Nachhaltigkeit</li> <li>0 Informiertheit der Bevölkerung über nachhaltige Entwicklung</li> <li>0 Anzahl der Verbraucherinitiativen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Programme für nationale Umweltstatistiken</b></li> <li>0 Förderung von Verbraucherzentralen</li> </ul>

**Tabelle 6: Indikatoren der Testphase der CSD in Deutschland (Auswahl) mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus BMU 2000)**

#### 4.2.2 Ziele und Indikatoren der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt"

Die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des 12. Bundestages untersucht in ihrem Bericht "Die Industriegesellschaft gestalten – Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen" (Enquete-Kommission 1994) die Entwicklung von Kriterien und Indikatoren für eine am Leitbild einer "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung" orientierte Stoffstrompolitik.

Dabei wendet die Kommission zur Ableitung von Zielen und Kriterien die in Kapitel 3.2.4 beschriebene Entscheidungs- und Bewertungskette an und konzentriert sich auf eine Reihe von Feldern. Die ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung wird von der Kommission in folgende Felder gegliedert: "individuelle Ebene", "wirtschaftliche Stabilität", "Erhalt und Weiterentwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen" sowie "Erhalt und Weiterentwicklung marktwirtschaftlicher Funktionsfähigkeit". Von den dort genannten Zielen und Indikatoren sind einige für das hier untersuchte Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" relevant:

##### Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"

Ziele	Bewertungskriterien/Indikatoren
Dauerhaft verträgliches wirtschaftliches Wachstum	Ökosozialprodukt
Stabilität der Beschäftigung / Annäherung an Vollbeschäftigung	Arbeitslosigkeit (Arbeitslose / Erwerbspersonenpotential) Ausschläge am Arbeitsmarkt (Veränderungen der Arbeitslosenrate)
Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung	Konjunkturausschläge (Schwankung des BSP bzw. des ökologisch bereinigten BSP) Strukturbrüche, der zeitliche Verlauf von Branchenindikatoren
Ressourcenschonung / Erhalt des Naturkapitals auf der Input-Seite	Übernutzung erneuerbarer Ressourcen Übernutzung nicht erneuerbarer Ressourcen zu reinen Konsumzwecken
Assimilationskapazitäten natürlicher Senken erhalten / Erhalt des Naturkapitals auf der Output-Seite	Überlastung der Senken
Branchenvielfalt	Branchenverarmung, Strukturdominanz (Branchenkennziffern je betrachtetem Wirtschaftsraum)
Unternehmensvielfalt	Einengung des Spektrums der Betriebsgrößen (Verteilung der Betriebsgrößenklassen etc.)
Qualifikationsvielfalt	Verengung der Qualifikationen (insbes. bezogen auf relativ junge Qualifikationen)
Innovationsfähigkeit	Status-Quo-Verteidigung

**Tabelle 7: Ziele und Kriterien/Indikatoren (Auswahl) der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus Eberle et al. 1999; Enquete-Kommission 1994)**

##### Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen"

Der Bereich einer sozial-nachhaltigen Entwicklung wird von der Enquete-Kommission in die drei Teilbereiche "Sicherung der Gesundheit", „Sicherung der sozialen Stabilität" und "Sicherung der Entwicklungs- und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft" aufgeteilt. Von den dort jeweils genannten Zielen und Indikatoren besitzen folgende für das inhaltlich

enger gefasste Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" Relevanz:

Ziele	Bewertungskriterien/Indikatoren
Bildungschancen (aus d. wirtschaftlichen Zielen d. Kommission)	Bildung nach Herkunft, Geschlecht etc. geschichtet (Kennziffern: Analphabetismus; Versorgung mit Schulen; Durchlässigkeit von Schulen etc.)
Gesellschaftliche Anerkennung und soziale Würde	Sinnstiftung, Anerkennung
Möglichkeiten zur Entfaltung individueller Lebensentwürfe	Selbstbestimmungsgrad (Veränderung des sozialen und ökonomischen Umfeldes in menschenverträglichem Tempo; Erhalt der Lern- und Kommunikationsmöglichkeiten etc.); Gleichberechtigung von Alt und Jung, Mann und Frau
Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit	Soziale Spannungen; Bildungszugang
Vielfalt sozialer Strukturen	Freiräume für unterschiedliche Lebensformen; Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu organisieren
Bildungs- und Informationsangebot	Lernfähigkeit, Lernbereitschaft

**Tabelle 8: Ziele und Kriterien/Indikatoren (Auswahl) der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus Eberle et al. 1999; Enquete-Kommission 1994)**

#### **4.2.3 Reduktionsziele und Schlüsselindikatoren im Umweltpolitischen Schwerpunktprogramm und Umweltbarometer**

Vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wurde als Teil des Entwurfes für ein umweltpolitisches Schwerpunktprogramm 1998 auch die Konzeption eines "Umwelt-Barometers" für Deutschland vorgestellt (BMU 1998). Mit Beschränkung auf die ökologische Dimension einer nachhaltigen Entwicklung wird versucht, ein Set von aggregierten, verständlichen und öffentlichkeitswirksamen Indikatoren zu erstellen. Analog zu in der Wirtschafts- und Sozialpolitik fest verankerten ökonomischen und sozialen Indikatoren (wie Bruttosozialprodukt, Preissteigerungsrate oder die Arbeitslosenquote) sollen ähnlich ausgeprägte allgemein akzeptierte Leitindikatoren für den Umwelt- und Ressourcenbereich entstehen (BMU 1998; Szerenyi 1999). Sieben hoch aggregierte Schlüsselindikatoren in sechs Umweltbereichen sollen einen leicht zu erfassenden Überblick über den Zustand der Umwelt in Deutschland geben. Das Umweltbarometer ist dabei als die Komponente mit der größten Öffentlichkeitswirksamkeit eines umfassenderen nationalen Umwelteinformationssystems konzipiert. Durch ihre hohe Aggregation sind diese Indikatoren allerdings nicht auf bestimmte Handlungsfelder bezogen. Sie beziehen sich stattdessen auf einer allgemeinen übergeordneten Ebene auf Reduktionsziele in sechs Umweltbereichen (Klima, Luft, Boden, Natur, Wasser und Ressourcen).

Das Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" wird im Umweltpolitischen Schwerpunktprogramm nicht eigenständig behandelt, stattdessen finden sich wirtschaftsbezogene Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung in einer Reihe von Abschnitten. So unter den Stichpunkten Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft oder Verminderung der Schadstoffemissionen. Die Vorschläge konzentrieren sich

erwartungsgemäß auf die gesamtwirtschaftliche Ebene und haben vielfach als Ausgangspunkt bereits bestehende gesetzliche Regelungen.

Auf Aspekte, die in das Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen ..." fallen, wird im umweltpolitischen Schwerpunktprogramm primär in zwei Abschnitten eingegangen:

In Abschnitt A IV "Nachhaltige Entwicklung im Bewusstsein der Menschen und der Gesellschaft verankern" wird die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Bewusstseinsveränderung aller Bürger zur Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung dargestellt. Erforderlich sind eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und aktives Handeln jedes Einzelnen. Grundlage ist die Verankerung einer "Umweltethik" im kollektiven Bewusstsein. Nachhaltige Entwicklung wird somit zu einer Herausforderung an die Umweltbildung und die Medien. Die Vermittlung neuer Werte im Bezug auf den Umgang des Menschen mit den Naturressourcen, aber auch im Umgang der Menschen miteinander sind zentrale Querschnittsaufgaben für das gesamte Bildungssystem und die meinungsbildenden Medien. Zur Verankerung des Leitbildes im Bewusstsein der Menschen werden eine Reihe von Maßnahmenbereichen oder "Ansatzpunkten" identifiziert, u. a. sind diese:

- die Erarbeitung eines Orientierungsrahmens "Bildung für Nachhaltigkeit" (ist erfolgt, vgl. de Haan et al. 1999),
- die Integration des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung,
- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema nachhaltige Entwicklung und
- eine stärkere Berücksichtigung des Leitbildes im Fernsehen.

In Abschnitt B III, Themenfeld "Ressourcenschonung", wird auf die Notwendigkeit einer Förderung nachhaltigen Verbraucherverhaltens eingegangen. Hier stehen aus einer Reihe von Zielen insbesondere zwei in direktem Zusammenhang mit dem Bereich Lebenswelten:

- die Förderung nachhaltiger Konsummuster und
- die Stärkung von Eigeninitiative und Verantwortung der Verbraucher durch verbesserte Information.

Allerdings sind diesen Zielen, anders als den Umwelt- oder Gesundheitszielen im Schwerpunktprogramm, keine Indikatoren zugeordnet.

#### **4.2.4 Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“**

Ein großes Echo fand die inzwischen mehr und mehr aus der Diskussion verschwundene Studie des Wuppertal-Institutes "Zukunftsfähiges Deutschland" (BUND/MISEREOR 1996). Die Untersuchung stellt, über die Ebene der naturwissenschaftlich fundierten Maßstäbe hinaus, praxisrelevante gesellschaftliche Handlungsvorgaben vor. "Als leitend wird hierbei ein doppelter, sozial-ethischer Verantwortungsbegriff vorausgesetzt: Die Verantwortung für künftige Generationen und die Verantwortung für die Dritte Welt" (SRU 1996: Tz. 20).

In konkreten Szenarien werden zukunftsfähige Handlungsoptionen beschrieben, die wesentliche Dimensionen des Leitbildes einer "dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung"

beinhalten. Es wird versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie sich Produktion, Konsum, Energiegewinnung und Mobilität in Deutschland verändern müssten, damit die überproportionale Ressourcennutzung eingeschränkt und eine gerechtere Verteilung erreicht werden kann. Dabei betont die Studie die Bedeutung der Region für die Verwirklichung des Leitbildes. Zentrales Element der Studie sind acht komplexe querschnittsorientierte Teilleitbilder, die die Attraktivität und die Notwendigkeit eines umfassenden Wandels in Strukturen, Grundorientierungen und Lebensstilen illustrieren sollen:

1. Rechtes Maß für Raum und Zeit
  2. Eine grüne Marktagenda
  3. Übergang von linearen zu zyklischen Produktionsprozessen
  4. Gut leben statt viel haben
  5. Für eine lernfähige Infrastruktur
  6. Regeneration von Land und Landwirtschaft
  7. Stadt als Lebensraum und
  8. Internationale Gerechtigkeit und globale Nachbarschaft
- (nach BUND/MISEREOR 1996).

Die Studie beeindruckt durch eine umfassende Beschreibung dieser Leitbilder. Der als notwendig angesehene Bewusstseins- und Verhaltenswandel wird als vielschichtiger Prozess charakterisiert und einige seiner Komponenten anhand von Beispielen illustriert.

Die zugeordneten Indikatoren sind allerdings in ihrer überwiegenden Zahl umwelt- und ressourcenbezogen.

### **4.3 Zielvorstellungen und Indikatoren auf regionaler und lokaler Ebene**

Die Zahl der deutschen Gemeinden, die mit oder ohne politischen Beschluss an lokalen Agenden arbeiten, wächst unaufhaltsam. Es zeigt sich jedoch, dass nur ein kleinerer Teil sich der Leitbild- und Indikatorenfindung zugewandt hat. Dieses liegt sicherlich auch daran, dass es sich bei der Erstellung von Leitbildern und Indikatorensystemen um eine komplexe Aufgabe handelt, deren Notwendigkeit zu Beginn eines Agendaprozesses eher im Hintergrund steht.<sup>17</sup> In den meisten Kommunen konzentriert sich der Agendaprozess auf die Durchführung von Nachhaltigkeitsprojekten oder die Erstellung von Aktionsprogrammen. In den Fällen, in denen Indikatoren erarbeitet werden, werden häufig externe, wissenschaftliche Berater in die Prozesse eingebunden. Sie gehen in der Regel von den spezifischen regionalen und lokalen Präferenzen und Problemen aus, so dass hier noch viel weniger als auf der nationalen Ebene von einer methodischen Standardisierung gesprochen werden kann. In den (zunehmenden) Fällen, in denen auf ein theoretisches Konzept Bezug genommen wird, werden häufig mehrere methodische Ansätze miteinander kombiniert.

<sup>17</sup> Gomm und Willke beklagen z. B. für Hamburg das Fehlen eines politischen Willens zur Aufstellung von Leitbildern und Indikatoren seitens des Hamburger Senates (Gomm/Willke 2000).

Aus der Fülle an regionalen und lokalen Fallbeispielen werden nachfolgend einige vorgestellt. Gleich mehrere aktuelle Vorhaben haben es sich dabei zur Aufgabe gemacht, Aussagefähigkeit und Anwendbarkeit von Nachhaltigkeitsindikatoren durch Diskussion und Test in mehreren Gemeinden (bzw. Landkreisen) gleichzeitig zu überprüfen. Dadurch ist sowohl die Vergleichbarkeit innerhalb der teilnehmenden Gemeinden als auch die Übertragbarkeit auf weitere kommunale Indikatorenprojekte gegeben. Die Methoden und Inhalte der Lokalen Agenda 21 bekommen bundesweit einen verbindlicheren Charakter. Durch die Teilnahme von Gemeinden unterschiedlicher Größe und Ausgangslage werden zusätzlich verschiedenartige Probleme und Aspekte der Indikatorenerstellung und -verwendung zusammengeführt.

Die Leitbild- und Indikatorensysteme in den untersuchten Vorhaben sollen dabei als Entscheidungshilfe für Politik und Planung, als Anstoß von Diskussionsprozessen oder auch als Entscheidungshilfe für lokale Wirtschaftsunternehmen oder die Bevölkerung dienen.

#### **4.3.1 Indikatorenset der Konferenz zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden 2000**

In Hannover fand vom 9.-12. Februar 2000 die dritte Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden statt. Hier wurde ein in einer Kooperation europäischer Experten erstelltes Indikatorenset zur Diskussion gestellt. Das Set, auf dessen Anwendung sich 72 Gemeindeverwaltungen (Stand: Anfang Juni 2000) in ganz Europa verpflichteten, enthält fünf obligatorische und fünf freiwillige Indikatoren. Die Indikatoren sollen eine Verwendbarkeit in einem europaweiten Vergleichsschema bei gleichzeitiger Relevanz für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene ermöglichen. Zusätzlich wurde auf die Verknüpfbarkeit mit einem lokalen Ökologischen Fußabdruck Wert gelegt. Die Indikatoren wurden im Laufe des Jahres 1999 im Konsultationsprozess mit einer Reihe von Gemeinden zusammengestellt.

Die Gemeinden orientieren sich dabei an so genannten "Kriterien" einer Nachhaltigen Entwicklung. Sie sind übergreifend und querschnittsorientiert formuliert. Die sechs zur Anwendung kommenden Kriterien stellen einen Auszug aus einer umfassenderen Checkliste dar. Die Indikatoren sind so gewählt, dass sie immer mehrere – zumindest drei – sog. "Kriterien" erfüllen. Die beiden Kriterien, die für die hier untersuchten Handlungsfelder relevant erscheinen, lauten<sup>18</sup>:

---

<sup>18</sup> Die vollständige Liste der 10 Indikatoren und sechs Kriterien kann von den Seiten der Organisation im Internet unter <http://www.sustainable-cities.org/> heruntergeladen werden (sustainable cities 2000).

### Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"

Kriterium	Indikator
Lokale Ökonomie (unter Berücksichtigung lokaler Kenntnisse und Bedürfnisse Beschäftigung und Entwicklung ermöglichen, so dass eine möglichst geringe Gefährdung für die natürlichen Ressourcen und die Umwelt entsteht)	Anteil der privaten und öffentlichen Organisationen in Prozent, die sich ein anerkanntes Umweltmanagementsystem erarbeitet haben
	Anteil von Öko-, Bio- oder "Fair Trade"-Produkten (gem. Auszeichnung) am gesamten Konsum – Gesamtgröße und bezogen auf Einkommensgruppen, BürgerInnen und Verwaltung

**Tabelle 9: Kriterien und Indikatoren im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus: Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden 2000; Übersetzung d. Autor)**

### Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen"

Kriterium	Indikator
Gleichheit und soziale Teilhabe (angemessener und erschwinglicher Zugang für alle zu Grundversorgung, hauptsächlich Bildung, Energie, Gesundheit, Wohnen, Fortbildung, Mobilität)	Anteil der Kinder bis zum Alter von 12 Jahren in Prozent, die zu Fuß, per Rad oder Sammeltransport oder dem ÖPNV zur Schule kommen

**Tabelle 10: Kriterien und Indikatoren im Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus: Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden 2000; Übersetzung d. Autor)**

#### 4.3.2 Indikatoren des Projekts "Die zukunftsfähige Kommune" der Deutschen Umwelthilfe

Das Projekt "Die Zukunftsfähige Kommune" unter Federführung der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH) stellt in seiner 1999 gestarteten Pilotphase ein Basisset von mehr als 60 Indikatoren in vier Leitkategorien (Wohlbefinden, soziale Gerechtigkeit, Umweltqualität und Ressourceneffizienz, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit) zur Diskussion. 20 beteiligte Gemeinden sollen beurteilen, welche Indikatoren zur Abbildung kommunaler Nachhaltigkeit wirklich relevant sind. Hauptziel ist einerseits die Evaluation des Status quo in der Gemeinde auf dem Weg zur Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung und andererseits die Erfassung von Entwicklungstrends innerhalb eines definierten Zeitraums. Von der Durchführung in Form eines Wettbewerbs um die "nachhaltigste" Gemeinde sollen daneben Impulse für lokale Agendaprozesse ausgehen. Durch Vermittlung gelungener konkreter Beispiele und Lösungsstrategien sollen diejenigen – meist kleinen – Kommunen, die sich bislang noch nicht mit der Agenda befassen, angesprochen werden. Ziel ist, die Lokale Agenda in möglichst vielen Kommunen zu etablieren, qualitativ zu vertiefen und insgesamt zu verstetigen (DUH 2000).

Indikatoren, die dem Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" zugeordnet werden können, werden unter der Leitkategorie "Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit" vorgeschlagen:

Leitkategorie	Indikator (Auswahl)
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	Regionale Verbraucher-Erzeuger-Gemeinschaften: Anteil der Mitglieder an Einwohnern
	Öko-Audit-Unternehmen: Anteil der Unternehmen mit Öko-Audit an allen Unternehmen
	Diversität der Unternehmen: Anteil der Beschäftigten (am Arbeitsort) in den verschiedenen Wirtschafts- abteilungen
	Regionale Erzeuger auf den Wochenmärkten: %- Anteil an allen Marktbesuchern
	Verkauf von Bioprodukten: Verkaufsstellen pro 1000 Einwohner

**Tabelle 11: Indikatoren (Auswahl) des Projektes „Zukunftsfähige Kommune“ mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (DUH 2000a/b)**

Eine Reihe von Indikatoren insbesondere aus der Leitkategorie „Wohlbefinden“ lassen sich dem Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“ zuordnen. Viele beinhalten dabei bereits eine Verknüpfung mehrerer Themenfelder, wie z. B. Verkehr und Jugend, Gesundheit und Jugend oder Lebensstil und Kultur. Bemerkenswert ist auch die Zahl an geschlechterspezifischen Indikatoren im Indikatorenset und der Vorschlag, die Belange ausländischer Mitbürger im Indikatorenset gesondert auszuweisen.

Leitkategorie	Indikator (Auswahl)
Wohlbefinden	Zahl der Verkehrsunfälle mit Kindern und Jugendlichen pro 1000 Kinder und Jugendliche
	Kinder mit Allergien pro 1000 Kinder lt. Schuleingangsuntersuchung
	Kinder mit Übergewicht pro 1000 Kinder lt. Schuleingangsuntersuchung
	Kultur-, Freizeit- und Bildungsangebot: Zahl der Veranstaltungen (Theater, Musik, Kleinkunst, Ausstellungen) bezogen auf die Einwohnerzahl
	Zahl der Einrichtungen für Kinder (Spielplätze, Spielhäuser, Hortgruppen) pro 100 Kinder (3 bis 12 Jahre)
	kommunale Ausgaben für Kinder und Jugendarbeit in DM pro Kind/ Jugendlichen
	Jugendliche Straftäter pro 1000 Jugendliche
Soziale Gerechtigkeit	Aufenthaltsqualität: Größe der Flächen, die für Freiluftveranstaltungen genutzt werden, bezogen auf die gesamte Siedlungs- und Verkehrsfläche
	Ausbildungschancen: Bilanz von Angebot und Nachfrage
	Geschlechtergleichstellung: a) in der Stadt-/Gemeindeverwaltung b) in der gewerblichen Wirtschaft Zahl der weiblichen Angestellten in Leitungspositionen bezogen auf die Zahl aller Angestellten in Leitungspositionen
	Teilhabe von Frauen an der Erwerbsarbeit: Prozent von allen weiblichen Einwohnern im erwerbsfähigen Alter
	Anteil der ausländischen Ausbildungsplatzsuchenden im Verhältnis zum Anteil der ausländischen Einw. im Ausbildungsalter
	Anteil der ausländischen arbeitslosen Jugendlichen im Verhältnis zum Anteil der ausländischen Einw. im Alter von 15 bis 20 Jahren
	Integration örtlicher Migranten und Migrantinnen: %-Anteil der kommunalen Publikationen in Sprachen örtlicher MigrantInnengruppen an allen kommunalen Publikationen

**Tabelle 12: Indikatoren (Auswahl) des Projektes „Zukunftsfähige Kommune“ mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (DUH, 2000a/b)**

#### 4.3.3 FEST-Projekt "Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21"

Im Rahmen eines Gemeinschaftsvorhabens der für Umwelt zuständigen Ministerien der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen wurde an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) 1999–2000 ebenfalls ein vergleichendes Forschungsvorhaben zu kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren durchgeführt. In diesem Vorhaben wird angestrebt, in den Bereichen Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft/Soziales und Partizipation prioritäre Themenfelder und mögliche Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung einer Gemeinde, einer Stadt oder eines Landkreises zu ermitteln (vgl. Diefenbacher et al. 2000).

In einer ersten Phase wurde ein Indikatorensatz für die Lokale Agenda 21 entwickelt, der auf vorhandenen Informationen für die kommunale Ebene aufbaut und dabei eine Durchgängigkeit von der lokalen bis zur internationalen Ebene gewährleistet. In einer anschließenden Testphase wurden die Indikatoren in 16 Gemeinden bzw. Landkreisen angewendet.

Zu den vier oben genannten Bereichen wurden jeweils sechs Teilziele formuliert und mit einem Kernindikator belegt. Zu den Kernindikatoren werden zusätzliche Ergänzungsindikatoren zur Erweiterung und Präzisierung des Indikatorensystems vorgeschlagen. Das Vorhaben greift damit auf eine Systematik zurück, die von FEST in zwei Vorläufervorhaben entwickelt wurde (vgl. Diefenbacher et al. 1997 a und 1998).

Die folgenden Tabellen geben eine Auswahl aus den Teilzielen, Leit- und Ergänzungsindikatoren des Gemeinschaftsprojektes "Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21" mit Bezug zu den untersuchten Handlungsfeldern wieder. Zur Orientierung ist die ursprüngliche Einordnung unter die Kategorien Ökonomie, Gesellschaft und Partizipation mitaufgeführt:

Dimension	Teilziel	Kernindikator	Ergänzungsindikatoren
Ökonomie	Gleichmäßige Verteilung von Arbeit und Beschäftigung	Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern)	Anteil der Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen Anteil der Teilzeitbeschäftigten in % der Erwerbstätigen
	Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt	Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe mit Direktvermarktung von Nahrungsmitteln Exportquote im verarbeitenden Gewerbe Prozentualer Anteil der lokalen Produktion, der in der Region verkauft wird
	Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im primären, sekundären und tertiären Sektor	Anzahl der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben im Verhältnis zur Anzahl in Großbetrieben Einzelhandelsfläche pro Einwohner Anteil der Bilanzsumme der drei größten Unternehmen an der Wertschöpfung in der Region
	Preisniveaustabilität	Preisindex der Mieten	Preisindex der Lebenshaltung (1995 = 100) Verkaufspreis für Baugrundstücke in DM pro qm Preis für ein Hühnerei – Handelsklasse A (1995 = 100)
	Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte	Kommunale Schulden je Einwohner in DM (1995 = 100)	Anteil der Personalausgaben im kommunalen Haushalt Entwicklung der Zinslast der Kommune Steueraufkommen pro Einwohner in konst. Preisen
	Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit	Anzahl der Unternehmen mit sonstigen Umweltmanagement-Systemen (ISO 14.000, Öko-Allianz etc.) Anteil der (zu mehr als 80%) recyclingfähigen Produkte Anteil regenerativer Energieträger und BHKW am Gesamtenergieverbrauch der Unternehmen

**Tabelle 13: Kern- und Ergänzungsindikatoren (Auswahl) des Projektes „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus Diefenbacher et al. 2000)**

Dimension	Teilziel	Kernindikator	Ergänzungsindikatoren
Gesellschaft	Hohes Ausbildungsniveau	Ausbildungsverhältnisse pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Anzahl der Weiterbildungstage pro sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Anzahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss komm. Ausgaben für Bildungseinrichtungen pro Schüler
	Hohes kulturelles Angebot	Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen	Bestand an Medien (Bücher, CD-Roms, etc.) in nichtwissenschaftlichen öffentlichen Bibliotheken auf 1.000 Einwohner bezogen Zahl der Museumsbesucher Ausstattung mit Kinos und Theatern (Plätze je 1.000 Einwohner)
	Hohes Gesundheitsniveau	Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß der Schuleingangsuntersuchung	durchschnittliche Lebenserwartung Anteil der Kinder (0-18 Jahre) mit allergischen Erkrankungen an der Gesamtzahl der Kinder Krankheiten der Atmungsorgane im Verhältnis zur Zahl der Gestorbenen pro 1.000 Einwohner (differenziert nach Frauen und Männern)
Partizipation	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben	Anteil der Frauen im Kommunalparlament	kommunale Ausgaben für frauenspezifische Förderprogramme Anteil der geringfügig beschäftigten Frauen an der Zahl der erwerbstätigen Frauen insgesamt Anteil von Frauen und Männern im Stellenkegel der Stadtverwaltung
	Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts	Anteil der Ganztagesplätze (Kinderhort/-tagesstätte) bezogen auf die Gesamtzahl der Kinder im Alter zwischen 3 und 14 Jahren Quote der Jugendarbeitslosigkeit Anzahl der bei der Jugendstadtratsversammlung Aktiven
	Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess	Anzahl der Stunden, die von Einwohnern für den Prozess der Lokalen Agenda aufgewendet werden (pro 1.000 Einwohner)	Anzahl der Bürgerversammlungen (nach Gemeindeordnung) Anzahl der Artikel über die Lokale Agenda 21 in der Lokalpresse Anteil der Agenda-21-Aktiven aus dem Bereich Wirtschaft an der Gesamtzahl der Aktiven

**Tabelle 14: Kern- und Ergänzungsindikatoren (Auswahl) des Projektes „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus Diefenbacher et al. 2000)**

#### 4.3.4 Hamburg – Indikatoren für eine zukunftsfähige Hansestadt

Mit der Unterzeichnung der Charta von Aalborg verpflichtete sich der Hamburger Senat 1996 zur Umsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit.

Wichtiger Träger des Prozesses in Hamburg ist der 1996 gegründete Hamburger Zukunftsrat. Konzipiert als ein offenes Netzwerk, umfasste seine Mitgliederzahl Ende 1999 rund 82 Institutionen, Unternehmen, Verbände und Initiativen (Geffers 2000: 62 f.). Anfang 1998 bildete sich im Rahmen des Zukunftsrates eine Arbeitsgruppe (AG), die sich mit der Fragestellung von Nachhaltigkeitsindikatoren befasste. Das Ergebnis, 12 leicht verständliche Indikatoren für eine zukunftsfähige Entwicklung Hamburgs, wurde 1999 in einer Broschüre veröffentlicht. Öffentlichkeitswirksam wurde dazu außerdem ein "Zeugnis für eine zukunftsfähige Hansestadt" auf Basis der Daten der zurückliegenden 10

Jahre erstellt und bekannt gemacht. Ein spezifisches von der politischen Ebene anerkanntes Leitbild zur Nachhaltigkeit in Hamburg gibt es noch nicht. In der Indikatorenbrochure des Zukunftsrates (Zukunftsrat Hamburg 1999) wird ebenfalls kein Leitbild explizit benannt, es wird aber besonders auf den Aspekt einer intergenerativen Gerechtigkeit Wert gelegt.

In der Broschüre werden zu den Indikatoren Kurzfassungen der jeweiligen Ziele formuliert. Diese kommen Leitbildern, wie sie in dieser Untersuchung verstanden werden, nahe. Nachfolgend sind davon drei für die *beiden* Handlungsfelder relevanten Nachhaltigkeitsziele des Zukunftsrates und die dazugehörigen Indikatoren aufgeführt:

- Ziel: Ausreichende Erwerbsarbeitsplätze für junge Menschen (Ökonomisch-soziales Nachhaltigkeitsziel; auch Ziel im Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen ...")
- Indikator: Jugendarbeitslosigkeit: Anteil arbeitsloser 16- bis 25-Jähriger an Beschäftigten (derselben Altersgruppe; allgemeine Arbeitslosenquote Hamburgs) – in erster Linie ein sozialer Indikator, gibt er auch Hinweise darauf, ob es gelingt, eine ökonomisch nachhaltige Entwicklung umzusetzen.
- Ziel: Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region (Ökonomisches Nachhaltigkeitsziel, auch Ziel im Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen ...")
- Indikator: Wochenmärkte: Wochenmarkttag in Hamburg und Anzahl der Einwohner pro Markttag – ein Indikator, der in hohem Maße wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele integriert. Frische Waren aus der Region zu kaufen ist gesünder und verringert den Transport und Verpackungsaufwand. Daneben fördern Wochenmärkte den sozialen Austausch. Der Einkauf von regionalen Lebensmitteln ist in erster Linie eine Frage des Gesundheits- und Umweltbewusstseins, deshalb hat dieser Indikator auch für das Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen...“ Relevanz.
- Ziel: Autoverkehr auf das wirklich notwendige Maß beschränken (ökonomisch-ökologisch-soziales Querschnittsziel, auch Ziel im Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen...")
- Indikator: Nutzung des Hamburger Verkehrsverbundes: Personenkilometer im HVV bezogen auf Einwohner – dieser Indikator vereinigt Aspekte ökologischer Nachhaltigkeit (Verringerung des Verkehrs und der Emissionen/ Verringerung des Flächenverbrauchs) mit Fragen des Lebensstils. Mobilität gehört zu den unverzichtbaren Freiheiten der Menschen. "Nachhaltigkeitsziel muss es deshalb sein, Mobilität so effektiv und umweltschonend wie möglich zu gestalten, um sie auch in Zukunft noch gewährleisten zu können" (Zukunftsrat Hamburg 1999). Es müssen mehr Menschen über Qualitäts- und Imageverbesserungen (Erhöhung von Sicherheit und Sauberkeit, Fahrpreise und Zeittakte) motiviert werden, ihren Lebensstil zugunsten der Nutzung von ÖPNV zu verändern. (nach: Zukunftsrat Hamburg 1999 gekürzt)

#### 4.3.5 „Kompass“ – Nachhaltigkeitsindikatoren für die Stadt München

Der Münchner Agendaprozess zeichnet sich durch eine große Vielfalt an Akteuren und eine besondere Projektorientierung aus. Seit dem Beschluss durch den Stadtrat 1995 haben zahlreiche Organisationen, Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Verwaltung und Unternehmen an Münchens nachhaltiger Entwicklung im Rahmen der Agenda 21 gearbeitet. Es wurden in allen Referaten der Stadtverwaltung Agendabeauftragte zur Unterstützung der Projektumsetzung und zur internen Verbreitung und Umsetzung der Agenda 21 eingesetzt.

In vier Fachforen wurden unter Einbeziehung verschiedenster Interessenvertreter und Bürger der Stadt über 50 Projekte in den folgenden Handlungsfeldern entwickelt:

- Wohnen, Siedeln und Mobilität
- Zukunftsfähige Lebensstile
- Eine Welt
- Arbeiten und Wirtschaften

(Landeshauptstadt München 2000b)

Das Fachforum Zukunftsfähige Lebensstile arbeitete dazu 19 Elemente heraus, die als Bausteine eines Leitbildes angesehen werden können. Fünf davon wurden in der Buchpublikation "Zukunftsfähiges München" (ökom 1998) veröffentlicht:

- Soziale Fairness und Gemeinsinn fördern
- Unterschiedliche Interessen sichtbar machen
- Nutzen statt Besitzen
- Stadtviertel für nachhaltige Lebensstile attraktiv machen
- Gut leben statt (nur) viel zu haben; mit Lust leben statt (nur) verzichten.

In die Entwicklung dieser Leitideen flossen Erfahrungen aus einer Vielzahl von Projekten ein, die sich mit Möglichkeiten von nachhaltigen Lebensformen beschäftigen:

Beispielsweise sollen mit dem Projekt "Lebensqualität mit Zukunft" Münchner Haushalte für einen umwelt- und sozialverträglichen Lebensstil gewonnen werden<sup>19</sup>. Über die Projekte "München – Stadt für Kinder" (seit 1998) sowie "Jugend plant München" wird versucht, Kinder und Jugendliche konkret an Planungsvorgängen zu beteiligen, die ihren Stadtteil betreffen<sup>20</sup>.

#### Ziele und Indikatoren

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München beauftragte 1998 das Referat für Gesundheit und Umwelt und die beteiligten Referate per Beschluss, turnusmäßig alle drei Jahre über den Umsetzungsstand der Maßnahmen und den Zielerreichungsgrad zu berichten und dem Stadtrat bis zum Frühsommer 1999 einen Katalog von Nachhaltigkeitsindikatoren, an dem der Grad der Zielerreichung gemessen werden kann, vorzulegen.<sup>21</sup>

Unter dem Titel "Kompass" wurde 1998 koordiniert vom Agenda-21-Büro beim Referat für Gesundheit und Umwelt der Stadt (RGU) die Erarbeitung von Nachhaltigkeitsindika-

<sup>19</sup> Siehe unter [www.muenchen.de/lifestyle/](http://www.muenchen.de/lifestyle/).

<sup>20</sup> Siehe unter [www.muenchen.de/](http://www.muenchen.de/).

<sup>21</sup> Beschluss "Konsultationsphase zur Lokalen Agenda 21, Ergebnisse und Empfehlungen" vom 17.06.98 (VB); Angabe nach: Stadtverwaltung München 2000a.

toren in Angriff genommen. "Im Kompass-Projekt arbeiteten bislang über 40 Personen aus Stadtverwaltung, Verbänden, Wirtschaft, Wissenschaft und gemeinnützigen Unternehmungen zusammen, die Interesse und Sachverstand durch die Einreichung von Vorschlägen bekundet hatten" (Landeshauptstadt München 2000a). Das Projekt "Kompass" entwickelte ein Set von Indikatoren, die im Februar 2000 vorgestellt wurden.

Der zugrunde liegende Ansatz der Zuordnung von Indikatoren orientiert sich dabei an einem Vorschlag von Herman E. Daly. Darin werden die Indikatoren vier Ebenen zu geordnet, die die Richtung menschlichen Strebens von den physischen Daseinsgrundlagen zum übergeordneten Lebensziel „Wohlergehen“ unter Anwendung zivilisatorischer Mittel beschreiben. „Dahinter steht der Gedanke, dass sich die Menschen der „Ausgangsmittel“ des Naturvermögens bedienen, hieraus ‚zivilisatorische Mittel‘ – erzeugtes Vermögen oder Sachkapital – formen und ihre menschliche Fähigkeit – produktive Arbeit – fortentwickeln“ (Stadtverwaltung München 2000c: 7). Dabei verfolgen sie „Grundzwecke“ und „Leitzwecke“. Diesen Zweckbereichen menschlichen Handelns sind jeweils eine Reihe von Zielen zugeordnet, die mit Indikatoren gemessen werden. Nachfolgend wird in zwei Tabellen eine Auswahl von Indikatoren aus dem Indikatorenset des Kompass-Projektes, die für das Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" bzw. das Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" interessant sind, dargestellt. Zur besseren Verständlichkeit sind die übergeordneten Gliederungsebenen ebenfalls aufgeführt.

Ebene	Oberziele <sup>1</sup>	Ziele (Auswahl)	Indikatoren (Auswahl)
Leitzwecke (intermediate ends) Individuelles und soziales Vermögen	Effiziente, ressourcenschonende Wertschöpfung	Qualitatives Wachstum	u. a.: - Wirtschaftswachstum: BIP im Vergleich zum nachhaltigen Nettoprodukt Münchens
		Integrierte Transportdienste	- Erweiterter Modalsplit, multipliziert mit Material- Intensität pro Personen- km
		Nachhaltige wirtschaftliche Innovationsfähigkeit	- Sustainability Rating <sup>2</sup> ; Ertrag der Münchner Betriebe mit Öko-Audit/ ÖKOPROFIT-Zertifikat zu jeweiligem Branchenertrag
		Stärkung der Regionalwirtschaft	u. a.: - % Wertschöpfung im Nahbedarfssektor (Produkte und Dienstleistungen) - % regional erzeugter Nahrungsmittel am Gesamtverbrauch ausgewählter Leitprodukte
		Partnerschaftlicher Außenhandel	- Umsatzanteil von Fairhandels- Gütern
		Nachhaltiger Umgang mit Arbeitskraft	- Umsatzanteil von Fairhandels- Gütern
<sup>1</sup> Im Münchner Indikatorenprojekt erfolgt zwar eine gliederungstechnische, aber keine begriffliche Trennung in Oberziele und Ziele. Der Begriff Oberziele wurde deshalb zur Unterscheidung von den Autoren hier eingeführt. <sup>2</sup> Dow Jones Sustainability Index (SAM, Schweiz)			

**Tabelle 15: Ziele und Indikatoren (Auswahl) des Projektes Kompass Nachhaltigkeit München im Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus: Landeshauptstadt München 2000)**

Ebene	Oberziele	Ziele (Auswahl)	Indikatoren (Auswahl)
Grundzwecke (ultimate ends) Wohlergehen	Erfüllung und Lebensqualität	u. a.: Freiheit, Teilhabe, Identität, Selbstverwirklichung, Zufriedenheit	u. a.: - % Personen, die von sich sagen, dass sie "genug" haben - Kinderspiel in Quartierstraßen - Lebenszyklusweite Energie- und Kostenintensität pro m2 Wohnfläche
		Gesundheit und Ernährung	u. a.: - Anteil Convenience-Produkte - Anteil biologisch erzeugter, naturbelassener, jahreszeitgemäßer Nahrungsmittel am Gesamtverbrauch
Leitzwecke (intermediate ends) Individuelles & Soziales Vermögen	Sozialer Zusammenhalt	Verteilung der Erwerbsarbeit auf alle	u. a.: - Anteil reintegrierter Langzeitarbeitslose/ Sozialhilfeempfänger - Anteil qualifizierter Teilzeitstellen
		Aufwertung Familien-, Eigen- und Bürgerarbeit	• Kommunale Leistungen, mit denen Familien- und Bürgerarbeit befördert wird (DM/Kopf und geldwerte Leistungen)
		Begrenzung der Ungleichheit der Einkommen	u. a.: - Armutsquote - Zahl der Sozialhilfeempfänger/-innen
	Teilhabe/Demokratie	Transparente Verbrauchereinformation	- MIPS- Produktlabel für Münchner Produkte - Index kumulierter Produkt/ Energieverbrauch
		Bildung von Kooperationsfähigkeit	- Angebot/Nachfrage Interaktionsmanagement - Angebot/Nachfrage Nachhaltigkeits- Bildung
		Innovatives Verbraucherverhalten	Index nachhaltig. Gebrauch von Gütern u. Diensten <sup>2</sup>
Zivilisatorische Mittel (intermediate means) Erzeugtes Vermögen, menschliche Befähigung	Effiziente Wertschöpfung	Stärkung der Regionalwirtschaft	u. a.: - % regional erzeugter Nahrungsmittel am Gesamtverbrauch ausgewählter Leitprodukte - Anteil Nahrungsmittel- an Lebenshaltungskosten - Direktvermarktungsanteil landw. Produkte
Ausgangsmittel (ultimate means) Naturvermögen	Erhaltung der Existenzgrundlage	Einsatz regenerativer Energien; Energieeffizienz; Energiesparen	u. a.: Teilnahme an Energie- Sparwettbewerben - (Maßnahmen verschiedener Träger) - Umsatz kommerzielle Energie/ Kopf

<sup>2</sup> Beispiel: Entwicklung Car- Sharing/ ÖPNV- Kundenzahl

**Tabelle 16: Ziele und Indikatoren (Auswahl) des Projektes Kompass Nachhaltigkeit München im Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus: Landeshauptstadt München 2000a)**

#### 4.3.6 Berlin-Köpenick

Im Berliner Bezirk Köpenick wurde im Anschluss an die Konferenz von Rio mit der Erarbeitung einer LA 21 begonnen. Bereits 1993 konstituierte sich eine Projektgruppe "Lokale Agenda 21", bestehend aus zwei ABM-Kräften und Mitarbeitern des Bezirksamtes, nachdem der zuvor der Agendaprozess von kirchlicher Seite initiiert worden war (Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 2000: 324). Im Oktober 1994 erfolgte die politische Verpflichtung zur Aufstellung einer lokalen Agenda durch Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung. Die konkrete Vorgehensweise wurde im Herbst des Jahres 1995 anlässlich eines nationalen Agenda-Seminars vom Bezirksamt (in Zusammenarbeit mit ICLEI<sup>22</sup>) festgelegt. Im September 1996 wurde ein erster Arbeitsentwurf für eine Agenda, bestehend aus einer Sammlung von Zuarbeiten aller beteiligten Akteure (u. a. Bezirksamt, Forum Umwelt und Entwicklung sowie Ökumenisches Forum) vorgelegt; ein zweiter, revidierter Entwurf folgte ein Jahr später. Der Arbeitsentwurf entstand unter der Mitarbeit des Forums Umwelt & Entwicklung, in dem sich Köpenicker Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammengeschlossen hatten, und dem Ökumenischen Forum der Köpenicker Kirchengemeinden und weiteren kirchlichen Einrichtungen. Das Forum hatte aufgrund der zu erwartenden Arbeitsbelastung die Absicht aufgegeben, einen eigenständigen Entwurf für eine Lokale Agenda 21 Köpenick auszuarbeiten (Dünnhaupt 1997: 52).

Durch diese besondere Organisationsform im so genannten "Drei-Säulen-Modell" erlangte die Agenda Köpenick bundesweit einen hohen Bekanntheitsgrad. „Die Besonderheiten dieses Modells liegen in der zentralen Stellung des öffentlichen Forums ‚Umwelt und Entwicklung‘ und in der besonderen Rolle der Köpenicker Kirchengemeinden, die in einem ökumenischen Forum zusammenarbeiten“ (Umweltamt Köpenick 1997). Die dritte Säule, neben der Kirche und dem Forum, wird repräsentiert durch die Bezirksverwaltung Berlin-Köpenick, die eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe zur Agenda 21 gebildet hat.

Im Vorfeld wurden von allen Beteiligten Themenblätter mit Handlungsfeldern und Maßnahmen erstellt, aus denen die Projektgruppe den ersten Arbeitsentwurf zusammstellte (vgl. Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 2000: 326). Dieser sollte als Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozess dienen, zu dem alle beteiligten Gruppen Stellung nehmen sollten (vgl. Dünnhaupt 1997: 30).

Durch das BMU, das UBA und den ABP<sup>23</sup> wurden mehrere Begleitprojekte gefördert, die Bestandteile des Köpenicker Prozesses und zugleich mit dem Prozessmonitoring befasst waren.<sup>24</sup> Ergebnis dieser Einbindung unabhängiger Institute ist eine ausführliche Prozessdokumentation zum Agendaentwurf von 1997 (Dünnhaupt 1997).

Von Seiten des Bezirksamtes wurde die Arbeitsgruppe Lokale Agenda 21 Köpenick eingerichtet, die für einzelne Handlungsfelder die Ausgangslage beschreiben, Ziele und

<sup>22</sup> ICLEI = International Council for Local Environmental Initiatives.

<sup>23</sup> Ausschuss für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik der Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienst.

<sup>24</sup> Von September 1995 bzw. Januar 1996 waren die AGEF (Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte im Bereich der Migration und der Entwicklungszusammenarbeit gGmbH) und das DIFU (Deutsches Institut für Urbanistik) fachlich und moderierend in die Prozesse eingebunden (vgl. Umweltamt Köpenick 1997).

Maßnahmen bestimmen sowie schon erste Indikatoren benennen sollte. Ziel von insgesamt sieben Sitzungen sollte es sein, einen zweiten Entwurf für eine Lokale Agenda 21 Köpenick zu erarbeiten (vgl. Dünnhaupt 1997: 31). Die Sitzungen wurden durch das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU) moderiert, dessen Mitarbeiter einen detaillierten Arbeitsplan aufstellten sowie Ergebnis- und Verlaufsprotokolle der einzelnen Sitzungen verfassten. Der Vorteil einer Moderation von außen wurde darin gesehen, dass dadurch die Verbindlichkeit der Arbeit erhöht wurde und es eine begleitende Evaluation gab.

Außerhalb der regulären Sitzungen der Projektgruppe wurden durch den Umweltamtsleiter und durch andere Arbeitsgruppenmitglieder vorläufige Schlüsselindikatoren entwickelt. Ursprünglich war geplant, für alle Themenfelder detaillierte Indikatoren zu erarbeiten, was jedoch nicht für alle Themenfelder gleichermaßen erfolgte, so dass schließlich die Indikatoren als ein eigenes Themenfeld dargestellt wurden (vgl. ebd.:43). Das Umweltamt führte außerdem Befragungen von Fachleuten und eine Fachdiskussion durch (vgl. ebd.: 62).

Von Seiten des Forums Umwelt und Entwicklung wurde unter Mitwirkung der externen Prozessbegleitung durch die AGEF<sup>25</sup> beabsichtigt, einen fortschreibbaren Katalog von Nachhaltigkeitsindikatoren einzuführen. Die AGEF stieß die Diskussion der Akteure durch die Zusammenfassung von Grundgedanken zu bürgernahen Nachhaltigkeitsindikatoren an. Bei allen Veranstaltungen, bei denen Ideen gesammelt, Leitbilder entwickelt bzw. diskutiert werden sollten, war es vorgesehen, jeweils auch Indikatoren diskutieren bzw. vorschlagen zu lassen.

Das Ergebnis der Arbeit, der zweite Entwurf, wurde schließlich im Januar 1998 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Arbeitsentwurf enthielt 79 „Leitbilder“ in Thesenform. Die Leitbilder beziehen sich auf die Bereiche Stadtplanung, Umwelt- und Naturschutz, Jugend, Soziales und Gesundheit, Wirtschaft, Finanzen und Internationales sowie Bildung, Kultur und Sport. Sie umfassen sieben kommunalpolitische, 51 stadtplanerische und ökologische, zwölf soziale sowie acht wirtschaftliche Leitbilder (vgl. Agenda-Transfer/CAF 1997: 6).

Seit Herbst 2000 liegt ein nochmals überarbeiteter Entwurf der Lokalen Agenda 21 vor. Er ist als Fortführung der vorhergehenden Arbeitsentwürfe zu sehen und zugleich als Ausgangsbasis für die Erarbeitung einer Lokalen Agenda 21 für den zu bildenden Großbezirk Treptow-Köpenick.

In der Präambel der Köpenicker Agenda (Stand 2000) wird u. a. die Notwendigkeit einer über das gesetzliche vorgesehene Maß hinausgehenden Beteiligung der Köpenicker Bürger, einer Gesamtplanung für den Bezirk unter Berücksichtigung der bevorstehenden Fusion mit dem Berliner Bezirk Treptow, eines Indikatorensystems mit Zeitbezug und eines Konfliktmanagements zur Konsensfindung bei Zielkonflikten als grundlegende Instrumente und Verfahrensformen zur Umsetzung einer bezirklichen Agenda 21 unterstrichen.

Der Agendaentwurf benennt zur Erreichung einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung nun noch 53 "Leitbilder", die konkrete Handlungsanweisungen oder Zielvorstellungen

---

<sup>25</sup> Arbeitsgruppe Entwicklung und Fachkräfte im Bereich der Migration und der Entwicklungszusammenarbeit gGmbH.

gen für die Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung in Köpenick formulieren und die in zwölf Themenfeldern, die die Bereiche ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Effizienz repräsentieren, näher erläutert werden. Über Bestandsaufnahmen, Zielsetzungen und Maßnahmen werden die Leitbilder weiter operationalisiert.

Die Verwendung des Begriffes "Leitbild" ist jedoch irreführend, handelt es sich dabei doch um bereits mehr oder minder konkret formulierte Ziele und Maßnahmen. Leitbilder (oder Leitlinien) im Sinne dieser Untersuchung werden hingegen zum Teil in den Einführungen zu den Themenfeldern beschrieben.

Außerdem wurde ein System von Nachhaltigkeitsindikatoren erstellt und über Aggregation ein Nachhaltigkeitsindex für den Bezirk definiert. Mit dem Indikatorenset soll eine Einschätzung der Wirksamkeit von Programmen und Maßnahmen in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung ermöglicht werden.

Aus der Gesamtzahl der 53 Leitbilder wurden sieben "wesentliche und zeitunabhängige" (Bezirksamt Köpenick 2000) Leitbilder mit zum Teil überbezirklicher Bedeutung ausgewählt. Diese Leitbilder geben die zentralen ökologischen, ökonomischen und sozialen Qualitätsziele für den Bezirk Köpenick wieder. Über zehn Indikatoren wird versucht, diese Ziele quantitativ zu erfassen. Die Indikatoren werden über einen Ausgangswert und einen Zielwert charakterisiert und sind nach Indikatorentypen gemäß dem D-S-R-Modell klassifiziert. Die meisten "Leitbilder" sind durch zwei Indikatoren unterlegt, der Indikator im Bereich Wirtschaft bezieht sich auf zwei Zielsetzungen gleichzeitig. Es wird allerdings kein direkter Bezug der Indikatoren zu den Maßnahmen, über deren Erfolg sie eigentlich Auskunft geben sollten, hergestellt. Auch wird weder der Ableitungsprozess der "Leitbilder" noch des Indikatorensets in dem Agendaentwurf erläutert.

Nachfolgend werden Indikatorenbeispiele aus dem Köpenicker Indikatorensystem bezogen auf die beiden untersuchten Handlungsfelder dargestellt:

<b>Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“</b>	
<b>Qualitätsziel</b>	<b>Indikator</b>
Wirtschaftsentwicklung	Anzahl der Gewerbeanmeldungen/ Anzahl der Abmeldungen, Konkurse, Liquidationen
<b>Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“</b>	
<b>Qualitätsziel</b>	<b>Indikator</b>
Naherholung	Mittlerer Lärmpegel in Ruhezeiten in dB(A)

**Tabelle 17: Indikatoren (Auswahl) der Lokalen Agenda Köpenick mit Bezug zu den untersuchten Handlungsfeldern (Bezirksamt Köpenick 2000)**

Zusätzlich erhalten die Qualitätsziele Grenzwerte, die nicht über- bzw. unterschritten werden sollten. Auf dieser Basis werden die Ergebnisse der Indikatoren über ein Gewichtung- und Verrechnungsschema zu einem Nachhaltigkeitsindex I für Köpenick ag-

gregiert.<sup>26</sup> Der Wert des Nachhaltigkeitsindexes für das Jahr 1999 beträgt dabei  $I = -0,3$ , was mit einem mit nachhaltiger Entwicklung nicht konformen Zustand des Bezirkes gleichzusetzen ist.

#### 4.3.7 Die Lokale Agenda Berlin-Lichtenberg

Auf Initiative des Bezirksamtes begann 1995 in Berlin-Lichtenberg die Beschäftigung mit den Zielen der Agenda 21. Im Sommer desselben Jahres wurde das Lichtenberger Forum Umwelt und Entwicklung ins Leben gerufen, das neben der 1996 eingerichteten "Leitstelle Lokale Agenda 21" eine wichtige Rolle in der Koordination des Agendaprozesses übernahm. Über Forum und Leitstelle wurden sowohl die Vertreter der bezirklichen Verwaltung und der Bezirksverordnetenversammlung als auch Bürger und deren Initiativgruppen zusammengeführt. 1998 ging aus der Leitstelle das "Koordinierungsbüro Lokale Agenda Lichtenberg" hervor.

Die Lichtenberger Agenda ist primär projekt- und maßnahmenorientiert, mit einem Schwerpunkt auf Fragestellungen einer nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung. Es wurden sieben Arbeitsgruppen gebildet, in denen Vertreter von Bürgervereinigungen sowie Mitarbeiter der Verwaltung und von Unternehmen mitwirkten. Zur wissenschaftlichen Begleitung und Beratung wurde ein wissenschaftlicher Beirat eingesetzt.

Im Entwurf für ein Kommunales Handlungsprogramm der Lichtenberger Agenda (Lokale Agenda 21 Lichtenberg 1999) werden keine Dimensionen oder Problemfelder definiert. Die Differenzierung des Leitbildes einer nachhaltigen, ökologisch und sozial verträglichen Stadtentwicklung erfolgt vielmehr durch die direkte Formulierung von Zielvorstellungen. Die Umsetzung dieser Zielvorstellungen wird durch strategische Leitlinien verfolgt. Die acht Leitlinien richten sich insbesondere auf die Erhöhung der Qualität und Attraktivität des Lebensraumes Stadt für die Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger. Den in dieser Arbeit untersuchten beiden Handlungsfeldern "Nachhaltiges Wirtschaften" und "Nachhaltige Lebensweisen, Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" entsprechen am ehesten die Leitlinien "Durchsetzung einer nachhaltigen ökologischen und sozialverträglichen Wirtschaftsentwicklung (5)" und "Gleichberechtigte Beteiligung und Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen (7)".<sup>27</sup>

Jeder Leitlinie sind ein oder mehrere Handlungsfelder zugeordnet, zu denen jeweils die entsprechenden Maßnahmen angeführt werden. Die Leitlinien und Handlungsfelder basieren auf einem integrativen Ansatz und sind größtenteils so formuliert, dass sie Aspekte mehrerer Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung umfassen. Zu den Handlungsfeldern werden zum Teil eine ganze Reihe von Zielen (im Agendaentwurf "Zielindikatoren" genannt) angeführt. Hier zeigt sich, dass der Begriff Indikator im kommunalen Handlungsprogramm von Lichtenberg in einer speziellen Weise verstanden

<sup>26</sup> Für Details der Aggregationsmethodik s. Bezirksamt Köpenick 2000.

<sup>27</sup> Die weiteren sind: Sicherung der Lebensqualität in Wohngebieten (1), Reduzierung des Ressourcenverbrauchs an Energie und Material sowie Durchsetzung der Kreislaufwirtschaft (2), Steuerung einer ressourcen- und freiraumschonenden Siedlungsentwicklung und gesundes Stadtklima (3), Entwicklung einer umweltverträglichen Mobilitätssteuerung (4), Ausbau der Nord-Süd- und Ost-West-Beziehungen (8) (Lokale Agenda Lichtenberg 1999).

wird. Als so genannte "Zielindikatoren" werden qualitative und quantitative Sollwerte bezeichnet, die sich auf Probleme und Handlungsbedarfe im Bezirk beziehen. Zusätzlich werden die zur Erreichung des Sollwertes oder Qualitätszieles erforderlichen Einzelmaßnahmen, die zuständigen Akteure und gegebenenfalls auch der Ort der Maßnahme sowie ein Realisierungszeitraum genannt. Nachfolgend werden Beispiele von "Leitlinien" der Agenda mit einer Auswahl von "Handlungsfeldern" und "Zielindikatoren" (soweit vorhanden) und die entsprechenden Maßnahmen mit Bezug zu den untersuchten Handlungsfeldern wiedergegeben:

<b>Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“</b>			
<b>Leitlinie</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Zielindikator</b>	<b>Maßnahmen (Auswahl)</b>
Durchsetzung einer nachhaltigen ökologisch und sozialverträglichen Wirtschaftsentwicklung	Bezirkliche Wirtschaftsförderung	Erhaltung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen	Auftragsvergabe bevorzugt an ortsansässige Unternehmen nach ökologischen Gesichtspunkten Intensivere Kooperation zwischen Unternehmensvereinigungen und der Verwaltung zur Sicherung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung
<b>Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“</b>			
Gleichberechtigte Beteiligung und Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen	Schule, Schulhöfe kinder-, jugendgerecht gestalten		U. a.: Übertragung des Modells „Fifty-Fifty“ auf weitere Schulen
	Partizipation der Kinder und Jugendlichen bei der Gestaltung der Umwelt		Versch. Maßnahmen für die Kinder und Jugendagenda Lichtenberg

**Tabelle 18: Auswahl an Leitlinien, Handlungsfeldern, Zielindikatoren und Maßnahmen des Kommunalen Handlungsprogramms Lichtenberg mit Bezug zu den untersuchten Handlungsfeldern**

Ein Mangel des Entwurfes stellt seine wenig kohärente und unklare Terminologie dar. Der Gesamtprozess orientierte sich in Teilen am Stufensystem von Born (vgl. Kap. 3.2.5), jedoch folgt die Differenzierung des Leitbildes in so genannte "Zielvorstellungen" und die Ableitung von Leitlinien keiner klaren Methodik. Die Zielindikatoren stehen zwar in Bezug zu den Handlungsfeldern bzw. Maßnahmen, aber die Ableitungsfolge von den Zielen bis zu den Indikatoren ist nicht begründet. Leider werden auch keine Kriterien für die Ziel-, Maßnahmen- oder Indikatorenauswahl genannt.

## 5. Eingrenzung und Konkretisierung der Handlungsfelder

Die beiden Handlungsfelder des Projekts werden in diesem Kapitel im Kontext der zukunftsfähigen Entwicklung, anhand der Literatur sowie von Dokumenten von Agendainitiativen, skizziert. Dieses dient als Grundlage für die spätere Darstellung von Ansätzen der Leitbild- und Indikatorenentwicklung und der Ergebnisse der Expertengespräche in den beiden Handlungsfeldern.

### 5.1 *Das Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften"*

Zu einer Operationalisierung des Handlungsfeldes gehört es – in Abgrenzung zu einem eingegrenzten ökonomischen Ressortverständnis (mit Beschränkung auf die ökonomische Nachhaltigkeitsdimension) –, ein integriertes Verständnis von nachhaltiger Entwicklung zugrunde zu legen (vgl. Kap. 2.1.2).

Innerhalb des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung kommt der Herausbildung eines neuen Grundprinzips wirtschaftlichen Handelns eine Schlüsselrolle zu: Anstelle eines weiteren Raubbaus an Natur- und Humanvermögen mit nachsorgender Umwelt- und Sozialpolitik wird auf eine Substanzerhaltung und Entwicklung dieser Vermögensarten für künftige Generationen durch eine präventive, vorsorgende Politik gesetzt. Für einen solchen Politikansatz gelten inzwischen einige grundlegende regulative Ansätze als gesichert, die sich i. S. der in Kapitel 2.1.1 genannten Managementregeln der Nachhaltigkeit vorrangig auf ökologisch orientierte Leitsätze beschränken. Im Endbericht stellt die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" (1998) neben die ökologisch orientierten Regeln auch solche, die aus ökonomischer bzw. sozialer Sicht der Nachhaltigkeit beachtet werden sollten. Diese haben allerdings bisher lediglich den Charakter allgemeiner Handlungsregeln und sollen noch mit Qualitäts- und Handlungszielen untersetzt werden.

Eine Verschränkung ökonomischer, ökologischer und sozialer Leitsätze i. S. eines integrativen Leitbildes für "Nachhaltiges Wirtschaften" fehlt bisher. Um dieses strategische Handlungsfeld weiter zu operationalisieren und zu konkretisieren, soll an dieser Stelle der Versuch gemacht werden, sich diesem Feld aus verschiedenen Perspektiven zu nähern, um es damit für eine handlungsorientierte Leitbild- und Indikatorenentwicklung zugänglich zu machen.

#### 5.1.1 "Ökologisches" oder "Nachhaltiges" Wirtschaften?

Die vom Menschen gestalteten ökonomischen Prozesse zur Erzeugung und Vermarktung von Produkten und Dienstleistungen haben durch den Verbrauch von Rohstoffen, Energie und Flächen sowie den Eintrag von Schad- und Reststoffen so weit in die natürliche Umwelt eingegriffen, dass sie damit ihre eigene Basis und die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen gefährden. Eine neue Herausforderung an wirtschaftliches Handeln ist damit entstanden: die Substanzerhaltung und Entwicklung des Naturvermögens für künftige Generationen (Enquete-Kommission 1998). Damit richten sich hohe

Erwartungen an die Wirtschaft, ihre Verfahren, Produkte und Dienstleistungen umweltgerecht zu gestalten – eine Anforderung, die z. T. als "Ökologisches Wirtschaften" bezeichnet und weitgehend auf darauf ausgerichtete technologische Innovationen reduziert wird. Auf sich selbst gestellt sind Unternehmen damit überfordert, denn ihre umweltgerechten Produkte werden nur dann abgesetzt, wenn sie auf eine breite gesellschaftliche Nutzungsakzeptanz stoßen.

"Nachhaltiges Wirtschaften" erfordert hingegen die Kombination von technologischen Innovationen zur Steigerung der Ressourceneffizienz mit Innovationen zur ökologischen Verträglichkeit zwischen anthropogenen und natürlichen Stoffkreisläufen (Konsistenz) und neuen Formen der Bedürfnisbefriedigung (Suffizienz/weniger anspruchsvolle und aufwendige Wirtschafts- und Lebensstile).

„Nachhaltiges Wirtschaften“ begrenzt sich damit nicht nur auf umweltverträgliche Produkte, Dienstleistungen, Verfahren und Prozesse, sondern erfordert unterstützende Bedingungen und komplementäre Initiativen zur Veränderung von Lebensweisen, Konsummustern und Verbraucherverhalten. Es geht um eine enge Beziehung zwischen nachhaltigen Wirtschaftsweisen und Lebensformen sowie um die Einbeziehung sozialpolitischer und soziokultureller Aspekte im weitesten Sinne.

Die "Nachhaltigkeit" von Wirtschaftsprozessen wird in diesem integrierten Sinne daran zu messen sein, ob sie sich als Handlungszusammenhang mehrerer "Nachhaltigkeitsdimensionen" versteht, indem sie

- ökologisch: kleinräumige Stoffkreisläufe fördert und die Ressourceneffizienz erhöht,
- ökonomisch: Wertschöpfungsketten schließt, Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten schafft und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verbessert,
- sozial-politisch: regionale Handlungsmöglichkeiten unterstützt und Transparenz herstellt (Kujath, 1998: 2).

Um das Entwicklungsziel eines dauerhaft umweltgerechten und sozialverträglichen Wirtschaftens in den Innovationsprozessen von Wirtschaft und Gesellschaft zu verankern und dynamisch wirksam zu machen, werden gegenwärtig drei grundlegende Innovationsstrategien beschrieben (BMBF 1997: 8ff.):

- Bessere Abstimmung der Systeme Umwelt – Wirtschaft – Gesellschaft durch Selbstorganisationsprozesse und Selbstverantwortung der Akteure;
- Regionalisiertes Wirtschaften zur Schließung von Kreisläufen und zur Sicherung der Verträglichkeit von anthropogenen und natürlichen Stoffströmen;
- Verbesserung der ökologischen Konsistenz von Produktions- und Verbrauchsweisen und Erhöhung der Suffizienz.

Diese Strategien lassen sich nur implementieren, wenn sie alle gesellschaftlichen Akteursebenen erreichen, dauerhafte Verhaltensänderungen bei den Akteuren in ihren jeweiligen Handlungsräumen induzieren und themenbezogene Handlungen anstoßen.

### 5.1.2 Handlungsräume und Themenfelder für "Nachhaltiges Wirtschaften"

Dem regionalen Handlungsraum für "Nachhaltiges Wirtschaften" kommt als überschaubarem, räumlich-sozialen Aktionsfeld eine besondere Rolle zu: In diesem erlebbaren regional-räumlichen Zusammenhang liegen die Möglichkeiten – ganz i. S. der Lokalen Agenda 21 –, Verknüpfungen von Nachhaltigkeitsdimensionen und eine Bündelung von Politikfeldern zu einer Nachhaltigkeitsstrategie zu erreichen und darauf bezogenes verantwortliches Handeln zu initiieren.

Regionale Ansätze und Entwicklungskonzepte setzen daher in besonderem Maße auf die räumlichen Kontexte wirtschaftlichen und sozialen Handelns (Lucas 2000: 17ff.).

"Regionale Nachhaltigkeit" versteht sich als Substanzerhalt ökologischer, sozialer und ökonomischer Reproduktions- und Produktionsvoraussetzungen in Teilräumen (Busch-Lüty et al. 1992; Lucas/Hesse 1991) und hat i. S. einer nachhaltigen Regionalentwicklung drei raumbezogene Gestaltungsebenen:

- Potentialerhalt und bestmögliche Nutzung regionsinterner Ressourcen
- Potentialerhalt und bestmögliche Nutzung regionsexterner Ressourcen
- Bestimmung der Ressourceneffizienz im Verhältnis regionsinterner und regionsexterner Ressourcennutzung.

"Regionale Nachhaltigkeit" als ein zukunftsbezogener gesellschaftlicher Lern-, Such- und Gestaltungsprozess setzt so in funktionalen Teilräumen an und kann durch Vernetzung von Akteuren und Potentialen zugleich neue Aktionsräume erschließen (Lucas 2000: 18).

„Unterhalb einer Ökonomie, die ihre umfassende Leistungsfähigkeit erst auf der Ebene des globalen Leistungsaustauschs erreicht, [könnte so] (d. V.) eine zweite regionale Ebene etabliert werden, die mit allen wesentlichen ökonomischen Funktionen ausgestattet ist, also weitgehend komplette Wertschöpfungs- und Verwertungsketten realisieren kann.“ (Stransfeld 1999: 20) Das Ziel dieser "Fraktalen Ökonomie"<sup>28</sup> ist danach die Etablierung einer regionalen – im Sinne des "Fraktalen" umfassenden – Ökonomie, die sowohl eine wirtschaftlich tragfähige wie sozial vollwertige Existenz für viele ermöglicht. Dabei geht es nicht um eine Isolierung von globalen Wirtschaftsprozessen, sondern um eine angemessene Balance der lokalen und der globalen Wirtschaftskreisläufe. (Stransfeld 1999: 20ff.)

Ausgehend vom Spannungsverhältnis zwischen Binnenentwicklung und Außenorientierung können so "Regionalentwicklung" und "Globalorientierung" als komplementäre Entwicklungsziele begriffen werden. Gerade für eine mixed economy in einer derart dualisierten/fragmentarisierten Region<sup>29</sup> wie der Stadtregion Berlin scheint es möglich und notwendig, strategische Schnittmengen zwischen globalen und regionalen Zielen zu

<sup>28</sup> Das Konzept der "Fraktalen Ökonomie" geht nach Stransfeld (1999) vom Begriff des "Fraktalen" als dem Selbstähnlichkeitsprinzip auf allen Strukturebenen eines Systems aus: „Eine fraktale Ökonomie enthält also auf regionaler Ebene bereits alle wesentlichen Leistungsmerkmale der globalen“ Ökonomie (Stransfeld 1999: 20).

<sup>29</sup> Fichter/Kujath (1999) typisieren wirtschaftliche Transaktionsmuster der Gesamtregion und diagnostizieren ein fragmentarisches innerregionales Beziehungsgefüge zwischen den Wirtschaftsakteuren sowie eine duale Struktur zwischen außenorientierten Großbetrieben und nahversorgenden Kleinbetrieben (Fichter/Kujath 1999: 154).

entwickeln, wenn die konkreten räumlichen Bezugspunkte der wirtschaftlichen Aktivitäten in jedem wirtschaftlichen Handlungsfeld näher bestimmt werden (Lucas 2000: 6).

Folgt man diesem Ansatz, der von Schnittmengen zwischen den Zielen einer regionalen Nachhaltigkeit und der nach außen orientierten Wettbewerbsfähigkeit ausgeht, können dafür sog. Zielkorridore beschrieben werden (Lucas 2000: 6):

- Erhalt der endogenen Potentiale in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht
- Wertschätzung regionaler Lebensqualität als Standortfaktor im internationalen Wettbewerb
- Pflege gemeinsamer Werte wie multikulturelle Vielfalt und Weltoffenheit
- Durchführung sozialer Innovationen und institutioneller Reformen.

Gerade in der Stadtregion Berlin ist eine Neuerfindung des Regionalen gefragt, bei der die Schnittmengen zwischen regionaler Eigenständigkeit und Außenorientierung als neues Aktionsfeld entdeckt, Experimentierfelder für neue Ideen und Ansätze geschaffen und in überschaubaren Projekten bearbeitet werden (Lucas 2000: 27f.). Dazu stehen eine Reihe regionaler Entwicklungsansätze zur Verfügung, die in der nachfolgenden Tabelle typisiert dargestellt werden.

<b>Problemzugang</b>	<b>Zielsetzungen (Auswahl)</b>	<b>Handlungsfelder</b>	<b>Kooperative Selbstorganisation</b>
<b>Bedürfnisse, Märkte</b>	Ökologische Optimierung von Produkten und Dienstleistungen, Regionalvermarktung	Landwirtschaft/Ernährung, ökologisches Bauen/ Wohnen, Gebäudemanagement, Reparatur, Wartung	Kooperation in der Produktlinie, regionale Dienstleistungsnetzwerke
<b>Infrastrukturen</b>	Ausbau harter und weicher Standortfaktoren, Optimierung von Stoffströmen	Abfallwirtschaft/Recycling, Wasserversorgung, Verkehr; Flächennutzung, Energieversorgung	Public-Private-Partnership, interkommunale Kooperation
<b>Arbeit; Einkommen, Beschäftigung, Eigenarbeit</b>	Beschäftigungssicherung, soziale Sicherung, Qualifizierung, Selbsthilfe, Chancengleichheit	Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Gleichstellungspolitik, Ehrenamt	Arbeitsmarktkonferenz, Arbeitslosenzentren, Selbsthilfegruppen, informelle Netzwerke
<b>Entwicklungsnachteile ländlicher Räume</b>	Aktivierung endogener Potentiale, Eigenständigkeit	Regionalpolitik, regionale Strukturpolitik, Verbindung von Landwirtschaft und Tourismus	Abstimmung regionaler Entwicklungsprogramme und Projekte
<b>Standortentwicklung, Strukturwandel</b>	Verbesserung der Ökologischen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit	Technologietransfer, Technologieorientierte Unternehmensgründungen	Kooperation zw. Wirtschaftsförderung, Technologiezentren und Hochschulen

**Tabelle 19: Typisierung „regionaler Entwicklungsansätze“ unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Zielsetzungen (Lucas 2000: 8)**

Innerhalb regionaler/lokaler Handlungsräume können Themenfelder für "Nachhaltiges Wirtschaften" ausgemacht werden, die verstärkt auf lokale oder regionale Ressourcen und Akteure setzen (Kujath 1998; Stransfeld 1999):

- umwelttechnische Modernisierung zur Steigerung der Ressourceneffizienz,
- Schließung von Kreisläufen und Bildung von lokalen/regionalen Wertschöpfungsketten (Stoffstrommanagement, Stoffstrom-, Wertschöpfungs- und Handelsketten),
- regionale Verteilung der Ergebnisse der Wirtschaftsprozesse mit Effekten zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten,

- Bewältigung von Umweltbelastungen durch regionale Initiativen, Instrumente und Maßnahmen mit hohem Grad an Selbstverantwortung und -organisation (Selbstverpflichtungen, Umwelt-Audits, Umweltbündnisse etc.),
- bedarfsgerechte, ökologisch verträgliche Produkte/Dienstleistungen
- umwelt-/sozialverträgliche Verfahren/Prozesse,
- nachfrageorientierte "low-scale"-Technologien statt angebotsorientierter Großtechnologien, "high-tech"- oder zentralisierter Systeme (auf die regionalen Belange zugeschnittene Technik/Technikeinsatzformen),
- Aufwertung von reproduktiven Funktionen wie das Wiederherstellen, Gestalten und Regenerieren von Ressourcen und humanen Potentialen,
- Verknüpfung der Leistungsfähigkeit industrieller (meist global orientierter Produktion) mit kleinbetrieblich/handwerklich geprägten Strukturen, Produkten und Dienstleistungen (arbeitsintensive Reparaturarbeiten u. a. Dienstleistungen),
- Regionale "industrielle Verbände" in branchenübergreifenden Funktionsclustern mit kontrollierter (zielorientiert gestalteter) Anbindung an die internationale Arbeitsteilung,
- Kooperation Stadt-Umland, abgestimmte Regionalwirtschaft (z. B. Agrarpolitik) mit direkter Verknüpfung von Verbrauchern und Produzenten.

### **5.1.3 Die Perspektiven von Wirtschaftsakteuren mit Blick auf das Handlungsfeld**

Die Sicht von Unternehmen als unmittelbare wirtschaftliche Leistungsträger auf ein regionalorientiertes Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" resultiert aus den trotz Globalisierung (noch) vorhandenen lokalen/regionalen Funktionen der Leistungserstellung und regionalen Marktbeziehungen sowie sozial-räumlich verankerten Informations- und Kommunikationsbeziehungen. Die folgende Übersicht setzt Unternehmensfunktionen in eine Beziehung zur Regionalbindung und deutet auf gegeneinander laufende Tendenzen zur Stärkung oder Schwächung von Regionalbindung. Bei der Interpretation unternehmerischer Raumbindung ist aber zugleich eine differenzierte Betrachtung unterschiedlicher Akteursgruppen ("global players", KMU, Handwerksbetriebe, Dienstleistungsunternehmen) notwendig, da sie jeweils unterschiedliche regionale Bindungskräfte besitzen.

Funktionen	Stärkung der Regionalbindung	Schwächung der Regionalbindung
<i>Unternehmensform, Besitzverhältnisse</i>	Familienunternehmen, persönliche Bindungen des Eigentümers, Traditionen, Imagebindung an den Standort	Aufkauf durch größere Wettbewerber, anonyme Gesellschaftsform, Unternehmensleitung außerhalb der Region
<i>Arbeitsbeziehungen</i>	Regionalspezifische Qualifikationen, hohes Qualifikationsniveau	Geringe Fertigungstiefe, geringes Qualifikationsniveau
<i>Natürliche Ressourcen</i>	Montanindustrie (Kohle), Land- und Forstwirtschaft	Grundstoffindustrien und Landwirtschaft verlieren an Bedeutung
<i>Vorlieferanten</i>	Kleine Serien, regionale Spezialisierung, Einzelanfertigung, Flexibilität	Standardisierung, große Serien, konkurrierende Anbieter in Billiglohnländern
<i>Marktbeziehungen</i>	Pflege, Reparatur und Wartung der Produkte, Kundenbetreuung, Herkunftsnachweise	Transport ist ein zu geringer Kostenfaktor, Massenproduktion für große Märkte
<i>Innovation- und Wissenstransfer</i>	Vertrauensbeziehungen in regionalen Netzwerken, regionalspezifische Beratungsangebote	Ubiquitäre Verfügbarkeit von Wissen, Auflösung alter Transfermilieus (z. B. regionale Berufsausbildungssysteme, regionale Spezialisierungen einzelner Fachhochschulen)

**Tabelle 20: Unternehmensfunktionen und räumliche Bindung (Lucas 2000: 10)**

Insbesondere der Bedeutungsrückgang traditioneller, ressourcenorientierter Standortfaktoren und der Bedeutungszuwachs systemischer und "weicher" Standortfaktoren wie Wirtschafts- und Innovationsklima, Innovations- und Wissenstransfer, Kooperationsfähigkeit sowie Lebens- und Umweltqualität können die Herausbildung sozio-kultureller Bindungskräfte an die Region begünstigen: Lernende Unternehmen benötigen das Umfeld einer lernenden Region und eine austauschbereite regionale Unternehmenskultur (Lucas 2000: 11ff.).

Ob eine kooperative Unternehmenskultur sich als ein gleichberechtigtes zusätzliches Ziel (i. S. einer institutionellen bzw. organisationsstrukturellen "Nachhaltigkeitsdimension" auf Unternehmensebene) erweisen könnte, wie im Projekt "Agenda 21 als Grundlage von Unternehmensleitbildern" von future e. V. (Braun et al. 2000) angedeutet, soll an dieser Stelle offen bleiben. Weitere Studien (z. B. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 1999) weisen aber darauf hin, dass eine Unternehmenskultur, die sich durch Offenheit, Kooperation und Beteiligung auszeichnet, eine Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung darstellt.

Ausgehend von den ökologischen, sozialen und ökonomischen "Nachhaltigkeitsregeln" der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages "Schutz des Menschen und der Umwelt" (Enquete-Kommission 1994; Enquete-Kommission 1998) wurden in dem Vorhaben "Agenda 21 als Grundlage von Unternehmensleitbildern" in einzelnen Unternehmen betriebliche Handlungsfelder für "Nachhaltiges Wirtschaften" diskutiert. Auf dieser Grundlage wurde ein maßnahmenbezogener Fragebogen als Checkliste entwickelt, um Defizite und Handlungsoptionen für die Unternehmen sichtbar zu machen. Diese Annäherung an ein umfassendes Leitbild – ausgehend vom unmittelbaren Handlungsrahmen wirtschaftlicher Akteure – soll an dieser Stelle hervorgehoben werden, weil die

inhaltliche Ausfüllung des Handlungsfeldes "Nachhaltiges Wirtschaften" in diesem Fall weitgehend partizipativ mit Hilfe eines kombinierten "Top-down"- (ausgehend von den übergreifenden Nachhaltigkeitsregeln) und "Bottom-up"-Ansatzes (ausgehend von den unmittelbaren betrieblichen Aktionsfeldern) geschehen ist (vgl. Abb. 7).

#### **A. Ökologie**

- A.1 Schonender Umgang mit Ressourcen (Input) (z. B. Einsatz regenerativer Energieträger oder nachwachsender Rohstoffe)
- A.2 Reduzierung der Umweltbelastung durch Stoffeinträge (Output) (z. B. Reduzierung von Emissionen)
- A.3 Verantwortungsbewusster Umgang mit Ökosystemen (z. B. Vermeidung von Flächenverbrauch)
- A.4 Minimierung der Risiken für Mensch und Umwelt (z. B. verantwortlicher Umgang mit Technologien)
- A.5 Umweltverträgliche Produkte und Verfahren (z. B. langlebige oder recyclingfähige Produkte)
- A.6 Globale ökologische Verantwortung (z. B. Schutz internationaler Ökosysteme oder Ressourcen)

#### **B. Soziales**

- B.1 Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen/Arbeitnehmerinteressen (z. B. Schaffen von Ausbildungsplätzen)
- B.2 Förderung von Arbeitssicherheit und Gesundheit (z. B. Reduzierung von Betriebsunfällen)
- B.3 Gleichberechtigung von Frauen und Männern (z. B. Teilzeitarbeitsplätze für Frauen)
- B.4 Soziale Rücksichtnahme (z. B. Einstellung von Behinderten)
- B.5 Globale Verantwortung (z. B. Einhaltung von Sozialstandards wie Social Accountability Standard 8000)

#### **C. Ökonomie**

- C.1 Langfristige Unternehmenssicherung (z. B. langfristige Planung oder langfristige Rentabilität anstreben)
- C.2 Wertschöpfung und gerechte Verteilung (z. B. Arbeit entsprechend ihrem Wertschöpfungsbeitrag entlohnen)
- C.3 Bedürfnisorientierung (z. B. ökologisch verträgliche Produkte für "alle", Dienstleistungsorientierung)
- C.4 Regionale/ globale Verantwortung (z. B. Einkauf bei Zulieferern in der Region)

#### **D. Kooperation**

- D.1 Beteiligung von MitarbeiterInnen (z. B. Teamarbeit, Qualifizierung)
- D.2 Zusammenarbeit mit Anspruchsgruppen (z. B. mit Lieferanten, innerhalb der Branche, mit Umweltgruppen)
- D.3 Offene Informationspolitik (z. B. regelmäßige Information über Auswirkungen der Produkte)

**Abbildung 7: Leitkriterien für Nachhaltigkeit in Unternehmen (Braun et al. 2000: 16)**

Der Blick auf unternehmerische Aktionsfelder für "Nachhaltiges Wirtschaften" bietet darüber hinaus die Möglichkeit, von der unmittelbaren wirtschaftlichen Leistungsebene her – in einem "Bottom-up"-Beschreibungsansatz – das Handlungsfeld thematisch zu erschließen.

In einer Bedarfsanalyse über "Unternehmenskooperationen für zukunftsfähiges Wirtschaften" (Teller/Ligner et al. 2000) konnten die unternehmerischen Interessenlagen als potentielle Themenfelder "Nachhaltigen Wirtschaftens sowohl bezogen auf die Prozessglieder der Wertschöpfungskette (themenspezifische Aktionsfelder) als auch bezogen auf wirtschaftsstrukturelle Aspekte (strukturelle Aktionsfelder)" ermittelt werden (vgl. Tab. 21).

Themenspezifische Aktionsfelder	Strukturelle Aktionssfelder
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beschaffungskooperation</li> <li>- modernes Produktkonzept</li> <li>- zeitgemäßes Marketing</li> <li>- vom Produkthanbieter zum Systemanbieter</li> <li>- Kostenvorteile durch nachhaltiges Stoffstrommanagement</li> <li>- Effizienzsteigerung durch moderne Organisationsentwicklung</li> <li>- Integration neuer Arbeitsformen</li> <li>- Qualifizieren im Verbund</li> <li>- Gemeinsam genutzte Produktionsmittel</li> <li>- Verbesserung der Innovationskultur</li> <li>- Logistik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Regionales Wirtschaften</li> <li>- Dienstleistung „Produktnutzung“</li> <li>- Wissensmanagement</li> <li>- Anbieterqualifizierung</li> <li>- Netzwerkmoderation</li> </ul>

**Tabelle 21: Unternehmerische Aktionsfelder für "Nachhaltiges Wirtschaften"<sup>30</sup>**

Gerade die unterschiedlichen Perspektiven von Wirtschaftsakteuren – mit dem Blick von unten auf das Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" – haben eine grundlegende, nicht nur auf den Partizipationsprozess bezogene, Bedeutung.

Denn selbst im überschaubaren Stadtraum sind die Akteure "Nachhaltigen Wirtschaftens" verstreut in ihren lokalen und funktionalen Handlungsräumen tätig: in Stadtpolitik, Stadtbezirken, bezirksübergreifenden Teilregionen, an Gewerbestandorten, in Netzwerken oder in der Prozesskette von Einzelunternehmen. Sie haben damit unterschiedliche Wahrnehmungs- und Erfahrungsebenen, Handlungsmöglichkeiten und -spielräume, insbesondere aber Perspektiven verschiedener Reichweite auf ein Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" und seine stadtweiten Leitbilder.

Ein stadtweiter Dialog über Leitbilder und Erfolgsmaßstäbe in diesem Handlungsfeld sollte diese unterschiedlichen Sichtweisen berücksichtigen, sie in Beziehung setzen, bündeln und den Blick aller Akteure auf übergreifende Leitsätze und Leitmotive als Handlungsrahmen stadtweiter Politik öffnen.

<sup>30</sup> Ausführlich dazu Teller/Ligner 2000: 14ff.

## **5.2 Das Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen"**

Bei der Bearbeitung dieses Handlungsfeldes wurde ursprünglich von einer breit angelegten Beschreibung desselben ausgegangen, die unter dem Titel "Lebenswelten, Kultur, Jugend, Bildung" eine Reihe von Begrifflichkeiten umfasst, die im Allgemeinen überwiegend unter der Dimension "sozial nachhaltige Entwicklung" subsumiert werden. Es ist zu bemerken, dass für diesen Bereich keine eindeutigen Prinzipien, Regeln, Themenschwerpunkte etc. existieren, wie sie z. B. für die ökologische oder ökonomische Nachhaltigkeit formuliert wurden. Die Abgrenzung der vier genannten Teilbereiche ist zudem nicht eindeutig, es gibt innerhalb der Teilfelder des Handlungsfeldes und zu anderen Handlungsfeldern große Überschneidungen. Es stellte sich schnell heraus, dass die Beschreibung eines so umfangreichen und heterogenen Handlungsfeldes die Möglichkeiten und die Zielsetzung des Projektes sprengte.

In Gesprächen mit Akteuren und in den Interviews ergab sich zudem, dass die zunächst verwendete Bezeichnung und Eingrenzung des Handlungsfeldes als zu umfassend und damit als zu unkonkret angesehen wurde. Eine Konzentration auf eine Auswahl besonders bedeutsamer Aspekte schien geboten. So zeichnete sich z. B. frühzeitig bei der Literaturlauswertung und in den ersten Interviews Geschlechtergerechtigkeit als ein zusätzliches, eng mit nachhaltigen Lebensweisen verbundenes, Querschnittsthema ab. Unter Berücksichtigung der ursprünglichen Beschreibung durch den Auftraggeber erfolgte deshalb für die folgenden Arbeitsschritte eine Eingrenzung des Handlungsfeldes unter dem Titel "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen".<sup>31</sup> Diese Benennung des Handlungsfeldes liegt auch der folgenden Erläuterung der einzelnen Themenbereiche und ihrer Elemente zugrunde, die die inhaltliche Basis für die Durchführung der Interviews darstellte. Im Folgenden werden einige Teilbereiche des Handlungsfeldes charakterisiert.

### **5.2.1 „Nachhaltige Lebensweisen“**

Die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, in der Bevölkerung Lebensstiländerungen anzustoßen und neue, "nachhaltigere" Formen der Lebensführung zu etablieren. Angesichts des zu beobachtenden raschen sozialen Wandels in Berlin ergeben sich nicht nur Zwänge, sondern auch Möglichkeiten für veränderte Lebenswelten und Lebensstile, neue kulturelle Muster sowie veränderte Herausforderungen an den Bildungssektor. Das Themenfeld "Nachhaltige Lebensweisen" beinhaltet somit eine Auseinandersetzung mit Lebensstilen, Konsummustern, Arbeitswelten und Fragen sozialer Gerechtigkeit.

Durch nicht nachhaltige Verbrauchs- und Lebensgewohnheiten werden natürliche Ressourcen übermäßig in Anspruch genommen. Dass der Zusammenhang zwischen persönlichem Konsum und ökologischen und sozialen Folgen nicht nur lokaler Art ist, son-

<sup>31</sup> Dass eine solche Eingrenzung dann durch die Akteure in den Interviews jedoch in vielfältige Richtungen überschritten wurde, spiegelt im positiven Sinne das vernetzte Wesen nachhaltiger Entwicklung wider.

dern auch auf globaler Ebene z. B. als Klimaveränderung Auswirkungen zeigt, ist mittlerweile hinreichend bekannt.

Für das Themenfeld des "Nachhaltigen Konsums" liegen Ergebnisse aus einer Reihe von neueren Forschungsvorhaben und Projekten vor bzw. sind zu erwarten. Es zeichnet sich eine Vielzahl von nebeneinander existierenden Leitbildern, entsprechend der Vielzahl von betroffenen Handlungsebenen, ab. Konsumverhalten und Lebensführung hängen zu großen Teilen von der inneren Haltung des Einzelnen ab. Ein zentrales Anliegen nachhaltiger Entwicklung muss es deshalb sein, diese zugrunde liegenden Wertmaßstäbe zu überprüfen und bei Bedarf zu korrigieren. Von besonderem Interesse für die Formulierung von Strategien und Leitbildern einer nachhaltigen Entwicklung ist dementsprechend, „ob und inwieweit Umweltwissen, Umweltbewusstsein und Umweltverhalten mittlerweile zu einem eigenen ökologischen Lebensstil geführt haben, bzw. in diverse Lebensstile Eingang gefunden haben“ (ökom 1998: 115).

Die Zahl der Lebensstilvarianten ist unüberschaubar hoch und gerade in einer Großstadt wie Berlin gibt es ein vielfältiges Geflecht unterschiedlichster Konsummuster und Lebensweisen. Eine allgemeine tiefere Veränderung und Pluralisierung der Lebensstile mit neuen Formen der alltäglichen Lebensführung ist zu beobachten. Verschiedene Untersuchungen zeichnen dabei immer wieder ein ähnliches Bild: Die Gruppe derer, die überwiegend wirklich als "ökologischen Lebensstil" zu bezeichnende Verhaltensmuster praktizieren, ist recht klein. Stattdessen ist eine Verbreitung ökologischer Verhaltensweisen quer durch die gesellschaftlichen Milieus<sup>32</sup> zu beobachten. „In manchen Milieus setzt man eher überlieferte Lebensweisen fort, in anderen bastelt man sich eher einen individuellen Lebensstil und variiert ihn gerne. Umweltfreundliches Verhalten findet sich keineswegs nur im alternativen Milieu, sondern aufgrund von Tugenden wie Sparsamkeit noch stärker in einem konservativ-gehobenen und einem kleinbürgerlichen Milieu. Einen hohen Umweltverbrauch weisen aufstiegsorientierte und moderne hedonistische, genussorientierte Milieus auf. Hier findet sich ein am Kauf- und Produkterlebnis orientierter Konsum, der einen rein materiell orientierten Konsum in der Umweltbelastung sogar noch übertrifft“ (Berlin 21 1998: 240 f.).

Zur Erklärung der Diskrepanzen zwischen Umweltbewusstsein und umweltgerechtem Handeln wird in der einschlägigen Literatur unter anderem auf soziale Dilemmata verwiesen (z. B. Trittbrettfahrersyndrom) oder auf mangelnde reale Verhaltensoptionen (Tanner/Kaufmann-Hayoz 1992). Des Weiteren wird die Hypothese vertreten, dass das Umweltbewusstsein nur in solchen Alltagssituationen in Handeln umgesetzt werde, die mit geringen Verhaltenskosten für Geldbeutel und Bequemlichkeit verbunden sind (Diekmann/Preisendörfer 1992). Für die Verhaltenskonsequenzen sei es ferner relevant, dass das Umweltbewusstsein nur zu einem geringen Teil auf unmittelbare Wahrnehmung zurückgeht und hauptsächlich durch Wissenschaft und Massenmedien vermittelt ist.

Es existiert also ein buntes Nebeneinander von zukunftsfähigen und nicht nachhaltigen Lebensstilelementen. Überlegungen, die sich auf sozial- und umweltverträgliche Verän-

---

<sup>32</sup> In der Lebensstilforschung konkurrieren verschiedene Typologien, ein häufig verwendetes Klassifizierungsmerkmal ist jedoch die Milieutypenbildung. Anhand von Kriterien wie z. B. sozialem Status, Alltagsbewusstsein oder Wertorientierungen werden Milieus von bestimmten Lebensstiltypen gegeneinander abgegrenzt (vgl. Brand/Poferl/Schilling 1996).

derungen von Lebensweisen richten, müssen sich mit dieser Pluralität auseinander setzen, um herauszufinden, welche der verschiedenen Lebensweisen, Wünsche und Wertvorstellungen sich eher als umwelt- und sozialverträglich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erweisen als andere.

Die Verbraucher haben – je nach materieller Situation – vielfältige Möglichkeiten, sich mehr oder weniger zukunftsfähig zu verhalten und damit etwas zum "Weiter wie immer!" oder zu einer Veränderung beizutragen. Die Veränderung von Lebensstilen und Konsummustern muss in diesem Zusammenhang in einem pluralistischen und konkret handlungsbezogenen Sinne verstanden werden. Es geht nicht allein um Kaufentscheidungen, sondern um den gesamten Bereich der Bedürfnisbefriedigung und ihre Deckung in Form von Marktgütern und Nichtmarktgütern<sup>33</sup>. Der Konsumprozess beginnt mit der Bedürfnisreflexion und Bedarfsfeststellung und endet mit der Entsorgung oder dem Weggeben (Tauschen, Verschenken, Verkaufen). Die Fähigkeit und die Möglichkeiten für ein nachhaltiges Konsumverhalten sind u. a. bestimmt durch die Fähigkeit zur differenzierten Bedarfsreflexion, durch Gewohnheiten, gesellschaftliche Bilder und Vorbilder, den Informationsstand, aber auch durch infrastrukturelle Gegebenheiten (Scherhorn et al. 1997). Dementsprechend sind neben einem verantwortlichen Handeln jedes Einzelnen auch politische Entscheidungen gefragt, um der Fortschreibung nicht nachhaltiger Konsum- und Verhaltensweisen in der Zukunft zu begegnen und so ein gesellschaftliches Klima oder eine "Kultur" der Nachhaltigkeit zu fördern.

### 5.2.2 Kultur

In der Agenda 21 kommen Kunst und Kultur so gut wie gar nicht vor. Sie gelten damit – im Gegensatz zur Bildung – offenbar nicht als eigenständige und für den Agenda-21-Prozess bedeutsame Handlungsbereiche. Die Bedeutung kultureller Gewohnheiten und Normen für die Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien in den Köpfen der Menschen wird dort nicht berücksichtigt und somit die langfristige – nachhaltige – Wechselwirkung zwischen Kunst und Gesellschaft und die kulturellen Elemente sozialen Lernens unterbewertet.

Betrachtet man hingegen Kunst und Kultur als Teile eines nachhaltig zu gestaltenden gesellschaftlichen Lebens, so sind u. a. die Entwicklung von Nachhaltigkeitskriterien auf dem Gebiet der Kultur, die Entwicklung von kulturellen und künstlerischen Projekten, die diesen Kriterien genügen, und die Frage des Stellenwertes von Kultur in der Gesellschaft zu klären. In stärkerem Maße als bisher sollte deshalb eine Debatte über die Funktionen von Kunst und Kultur im Agenda-21-Prozess nicht nur von den Kulturschaffenden selbst, sondern unter Beteiligung einer breiteren Öffentlichkeit geführt werden.

"Kunst und Kultur gehören zu den unverzichtbaren Grundlagen individueller und gesellschaftlicher Entwicklung. Sie verändern die Menschen und die Bedingungen, unter de-

<sup>33</sup> Als *Marktgüter* gelten alle konsumrelevanten Sachgüter, Dienstleistungen, marktgängigen Informationen. Mit dem Wort *Nichtmarktgüter* sind die Befriedigungen gemeint, die im allgemeinen das erstrebte Ergebnis der Konsumaktivität bilden: Erhaltung oder Vertiefung menschlicher Beziehungen, intensives oder unterhaltendes Erleben, selbstbestimmte Aktivität und deren Ergebnisse, die in (nichtmarktvermittelten) Sachgütern, Dienstleistungen, Informationen, Humankapital bestehen können (vgl. Scherhorn et al. 1997).

nen Menschen leben. Kunstwerke, kreative Prozesse und kulturelle Gewohnheiten sind Ausdruck des Wertesystems in einer Gesellschaft. Zugleich können sie dazu beitragen, Humanität und nachhaltige Entwicklung zu stärken – oder zu schwächen" (Bremer Aktionsprogramm Lokale Agenda 1998: 12).

### 5.2.3 Bildung

Als zentrale Voraussetzungen für eine Verankerung nachhaltiger Lebensweisen im Alltag der Bürger und Bürgerinnen sind eine veränderte Bildung und Ausbildung Jugendlicher und Erwachsener anzusehen.

Auch die Agenda 21 spricht dem Bildungswesen einen hohen Stellenwert zu: „Bildung ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, sich mit Umwelt- und Entwicklungsfragen auseinander zu setzen“ (Agenda 21, Kap. 36). Dazu müssen Bildung und Erziehung, also formale Bildung, öffentliche Bewusstseinsbildung und berufliche Ausbildung als ein Prozess verstanden werden, mit dessen Hilfe jedes Individuum und die Gesellschaft als Ganzes in die Lage versetzt werden, seine/ihre Anliegen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung abzuschätzen und anzugehen.

Die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) hat 1998 weitreichende Beschlüsse zur Umsetzung insbesondere zu Kapitel 36 gefasst. In einem ausführlichen Arbeitsprogramm werden die Regierungen aufgefordert und bestärkt, Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in Lehr- und Lernprogramme auf allen Ebenen des Bildungssystems aufzunehmen sowie Bildung und Erziehung zu wesentlichen Elementen nationaler, regionaler und lokaler Strategien der nachhaltigen Entwicklung zu machen (Deutscher Bundestag Drucksache 14/1353).

In den letzten Jahren wurde auch in Deutschland die Bedeutung des Bereichs Bildung für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in zunehmendem Maße anerkannt. Es setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass die traditionellen Formen und Inhalte des Lernens der Komplexität und Dynamik neuer gesellschaftlicher Verhältnisse in einer zusammenwachsenden Welt nicht gerecht werden.

Zugleich besteht jedoch im Bildungsbereich gegenüber der Proklamierung neuer inhaltlicher Bildungsziele eine große Skepsis. Ansätze für eine nachhaltige Bildung legen unter anderem deswegen einen größeren Wert auf die Gestaltung des Bildungsprozesses im Sinne eines bedarfsorientierten, praxisbezogenen und partizipativen Lernens mit Ergebnissen von möglicherweise größerer Dauer. Das Anliegen, Zielvorstellungen und Handeln der Akteurinnen und Akteure im Bildungswesen unter dem Vorzeichen nachhaltige Entwicklung zu überprüfen, neu zu formulieren, aufeinander abzustimmen und in angemessene pädagogische Konzepte zu übersetzen, wird in der Bundesrepublik Deutschland aktuell insbesondere von der Umweltbildung und der entwicklungspolitischen Bildung (aber auch in Gesundheitserziehung und der gesundheitlichen Aufklärung, bei der Friedenserziehung, der Verkehrserziehung, der Verbraucher- und der politischen Bildung) aufgegriffen.

„Die Gestaltung von Bildungsprozessen soll sich an den Faktoren Kognition, Reflexion und Antizipation orientieren. Antizipatorische Fähigkeiten sowie Kreativität sind erforderlich, um eine Zukunftsperspektive einnehmen zu können, in der es auch um nicht vorhersehbare Veränderungen und Risiken geht. Auch dem Sachverständigenrat gelten grundlegende Fähigkeiten wie das Denken in Zusammenhängen für den Umgang mit der Komplexität ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Probleme und ihrer Wechselwirkung als unabdingbar. Insofern ist die Kompetenz zu interdisziplinärem Denken und Handeln in engem Zusammenhang mit den Problemlösungskompetenzen zu sehen“ (de Haan/Harenberg 1999: 61).

Im Bereich der schulischen Bildung steht die Abkehr von der Vermittlung von Faktenwissen im isolierten Fachunterricht hin zu interdisziplinären Unterrichtsformen im Vordergrund. Neue Lern- und Unterrichtsformen müssen die Wahrnehmungsfähigkeit "schulen", so dass junge Menschen lernen, ihre eigenen Lebensbereiche im globalen Zusammenhang zu sehen. Es hat sich gezeigt, dass eine Bildung, die in besonderem Maße die kognitiv-technischen und quantifizierenden Fähigkeiten fördert und bei der Einzelwissen und Fachwissen statt ganzheitliches Lösungsdenken vorherrschen, an den Erfordernissen einer zukunftsorientierten Lebensweise vorbeigeht. „Gerade unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit muss doch gefragt werden, ob ausreichend zur Verantwortung für die richtige Anwendung ‚gebildet‘ wird?“ (Proschek 2000: 140). Denn obwohl immer mehr Wissen über die schwerwiegenden Folgen der von den Industrienationen propagierten "westlichen" Lebensweise vorhanden ist, scheint der Schritt vom Wissen und Denken zur Änderung des Bewusstseins und des Handelns ungeheuer groß zu sein (Proschek 2000).

Bildung sollte insbesondere zu den zur Verwirklichung von nachhaltiger Entwicklung notwendigen diskursiven Verständigungs- und Aushandlungsprozessen befähigen (Müller 2000b). Die Teilnahme an solchen Prozessen erfordert erweiterte Kompetenzen. Aus diesem Anspruch folgt die Anforderung an die Schulen, Schüler mit entsprechenden Kompetenzen auszubilden. Sie müssen befähigt werden, Verantwortung für die Mitgestaltung ihrer Umwelt und der Gesellschaft zu übernehmen. Bildung sollte den Lernenden also dabei helfen, sich die für die Wahrnehmung von Partizipationschancen notwendigen Schlüsselqualifikationen anzueignen. Dieses ist Bestandteil des Begriffes Gestaltungskompetenz, der von de Haan/Harenberg in die Debatte um Bildung für eine nachhaltige Entwicklung eingeführt wurde. Mit Gestaltungskompetenz charakterisieren die beiden Autoren das Vermögen, „die Zukunft von Sozietäten, in denen man lebt, in aktiver Teilhabe im Sinne nachhaltiger Entwicklung modifizieren und modellieren zu können“ (de Haan/Harenberg 1999: 60). Sie ist insbesondere durch die Fähigkeit gekennzeichnet, mit Blick auf die Zukunft Veränderungen im Bereich ökonomischen, ökologischen und sozialen Handelns zu bewirken.

In einem von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung seit 1999 geförderten Programm (BLK-Programm) wird der Anspruch einer veränderten Lernkultur sowohl mit den Inhalten der Agenda 21 als auch mit den unabhängig von Agendaprozessen in den letzten Jahren vorangetriebenen strukturellen schulischen Reformprozessen (Schulprogramme; Öffnung von Schule; Gestaltungsautonomie und

Selbstorganisation u. a.)<sup>34</sup> in Verbindung gesetzt. Basis des BLK-Programms bildet der 1998 verabschiedete Orientierungsrahmen "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung". Der Orientierungsrahmen nennt sechs Orientierungen, die aus dem Leitbild "Nachhaltige Entwicklung" abgeleitet sind. Diese werden jeweils in mehrere Schlüsselqualifikationen ausdifferenziert.

Schlüsselqualifikationen, wie vorausschauendes Denken und interdisziplinäres Herangehen, ein vernetztes Denken als Voraussetzung planerischen Handelns, die Fähigkeit zur Solidarität und Kooperation, die Fähigkeit sich und andere motivieren zu können und die Kompetenz zur distanzierten Reflexion über individuelle und kulturelle Leitbilder (de Haan 2000b: 13) sind essentielle Bestandteile der übergeordneten Zielsetzung, nämlich des Erwerbs von Gestaltungskompetenz.

Im Rahmen des darauf aufbauenden BLK-Programms werden drei Prinzipien für eine veränderte Organisation und Gestaltung des Unterrichts vorgeschlagen:

- Über Interdisziplinarität soll vernetztes Denken und die Entwicklung von Problemlösungskompetenz gefördert werden.
- Partizipation und partizipatives Lernen greifen die zentrale Forderung der Agenda 21 nach Teilhabe aller gesellschaftlicher Gruppen am Prozess nachhaltiger Entwicklung auf. Sie sollen dazu beitragen, Individuen zu einer Teilhabe an nachhaltiger Entwicklung zu befähigen.

Die Vermittlung oben genannter Kompetenzen erfordert neue Lehrinhalte und Methoden. Bei der Überarbeitung der Lerninhalte geht es um die konsequentere Umsetzung der "etablierten" Umweltbildung und ihre Verknüpfung mit den ganzheitlichen Fragestellungen und Problemlösungsansätze der Agenda 21. Möglichkeiten für die Umsetzung bieten beispielsweise das MIPS-Konzept<sup>35</sup>, der Syndromansatz (s. z. B. WBGU 1996) oder ein schulisches Öko-Audit. Ein weites Feld erschließt sich auch über eine umfassende Öffnung der Bildungseinrichtungen für die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern aus Wirtschaft, Politik und Verbänden. In Kooperationen und Arbeitsgemeinschaften außerhalb der Schule, z. B. mit Unternehmen können Schüler in Praktika erste berufsbezogene Erfahrungen und Kompetenzen erwerben (de Haan 2000b; BLK-Programm "21" 2000).

Aus methodischer Sicht zeichnet sich die verstärkte Anwendung neuer Unterrichtsformen ab. Fächerübergreifender Unterricht und Projektunterricht sollten sich zu häufig eingesetzten Unterrichtsformen entwickeln. Innovative, auf Kooperation basierende Bildungsstrukturen setzen allerdings eine effektive Partizipation der Schüler an den neuen Lernformen und -inhalten voraus. Es müsste von der Neugier, der spielerischen Weltaneignung und den subjektiven Lerninteressen der Schüler ausgegangen werden, um Akzeptanz und eine anhaltende Verankerung von "nachhaltiger schulischer Bildung" bei ihnen zu erreichen (sonst wird es als „verlorene Zeit“ abqualifiziert werden). Bereits erfolgreich praktizierte Lehrformen sind die aktive Überprüfung der behandelten Themen an der Schule selbst, etwa Möglichkeiten des Energiesparens (z. B. das Projekt "Fifty-fifty-Energiesparen an Berliner Schulen"), die Senkung des Wasserverbrauchs (Grauwasserverwendung, Regenwasseranlage), die Reduzierung des Mülls etc. Dadurch

<sup>34</sup> Eine kurze grafische Übersicht über schulische Reformprozesse findet sich beim BLK-Programm im Internet unter <http://www.blk21.de> im Foliensatz zur Infobox „Einführung in das BLK-Programm "21"“.

<sup>35</sup> MIPS = Materialintensität pro Serviceeinheit.

kann neben der Ökologisierung der Lerninhalte zugleich eine Ökologisierung von Schule an sich erzielt werden. Zu den partizipativen Lehrformen gehört daneben nicht nur die gemeinsame Umgestaltung von Fachräumen oder des Schulhofes, sondern, wie erste Beispiele zeigen, auch die Beteiligung an Agendaprozessen der Gemeinden.

Für Erwachsene bedeutet Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, unter dem Gesichtspunkt einer sich beschleunigt verändernden Lebens- und Arbeitsumwelt, die Intensivierung lebenslangen Lernens. Dabei bieten sich für die Erwachsenenbildung im Rahmen der Prozesse einer Lokalen Agenda hervorragende Möglichkeiten, Ansätze und Konzepte der Umweltbildung auf kommunaler Ebene umzusetzen (Müller 2000b).

So haben 1999 vier Verbände der Umweltbildung mit Blick auf die Verwirklichung der Ziele der Agenda 21 im "Bildungsprogramm für nachhaltige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland" eine doppelte Strategie vorgeschlagen. Zum einen sollte die durchaus erfolgreiche bisherige Entwicklung der Umweltbildung fortgeschrieben und zum anderen eine Weiterentwicklung und Orientierung der Umweltbildung mit dem Fokus „sustainable development“ angestoßen werden.<sup>36</sup>

Klassischen Weiterbildungsinstitutionen wie die Volkshochschulen bringen dabei teilweise gute Voraussetzungen mit, auch als Plattform für die öffentliche Diskussion und Partizipation in Leitbild- und Indikatorenprozessen zu dienen. An vielen Orten spielen sie bereits eine wichtige Rolle als Forum im Agendaprozess (z. B. in Berlin-Wedding). Sie können den Kontakt zur Bevölkerung herstellen, Inhalte vermitteln, Moderationsfunktionen übernehmen und Begleitprogramme durchführen. Dabei besitzen sie den unschätzbaren Vorteil, als "neutrale" Einrichtung und Diskussionsforum von weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch von anderen Institutionen und der Stadtverwaltung akzeptiert zu werden (Proschek 2000: 141). Auf die weitere vielfältige Landschaft der Bildungsträger (insbesondere der beruflichen Bildung) und ihren Bemühungen zu nachhaltiger Bildung (z.B. Bildungswerke der Wirtschaft etc.) sei an dieser Stelle nur hingewiesen.

Bei all dem bisher zum Feld Bildung Gesagten ist zu beachten, dass Umweltbewusstsein und umweltverantwortliches Handeln einen schwer zu definierenden und nicht einfach zu vermittelnden Lerninhalt darstellen. Bildung und Erziehung als ein Teil der Sozialisation haben einen großen Einfluss auf die Lebensweise und Kultur der Menschen, sie prägen im weitesten Sinne den Lebensstil und die Gewohnheiten der Menschen (Proschek 2000). Jedoch lässt sich Bildung "nicht ‚herbeiführen‘, ‚schaffen‘ oder sonst wie ‚produzieren‘, sondern setzt die Aktivität und Eigenverantwortlichkeit der Lernenden selbst voraus" (Müller 2000b: 9). Nachhaltige Bildungsmaßnahmen müssen daher von den Aktivitäten der Lernenden ausgehen und den Lernenden eine wirksame Partizipation an den Inhalten und Formen des Lernens ermöglichen und diese unterstützen. Nur so können die Bildungsinhalte dauerhaft verankert werden. Nachhaltigkeit kann man nicht in herkömmlicher Weise lehren, sondern nur gemeinsam praktizieren.

Bildung ist somit ein nicht gering zu schätzender Faktor für die Initialisierung von Bewusstseinsveränderungen, sie kann aber nur im Zusammenspiel mit einem unterstützenden Umfeld (Vorbildern, Medien etc.) eine langfristige Wirkung entfalten.

---

<sup>36</sup> Siehe das Bildungsprogramm für nachhaltige Entwicklung in der BRD der Umweltbildungsverbände ANU, BANU, DGU und GbU (ANU et al. 1999).

### 5.2.4 Kinder und Jugendliche

Eine an den Alltagsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientierte Politik erfordert Konzepte für eine sich drastisch verändernde Zukunft. Es muss davon ausgegangen werden, dass Wandlungsprozesse, deren Geschwindigkeit und Richtung längerfristig nicht genau vorherzusehen sind, die Zukunft in zunehmendem Maße bestimmen werden. Kinder und Jugendliche sind dabei Träger und Akteure eines zukünftigen Wandels sowie der Entwicklung der Gesellschaft. Die Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Zukunftsentwürfen ist als eine hervorragende Form der Vorbereitung auf diese Wandlungsprozesse zu sehen. Die Agenda 21 unterstreicht die Berücksichtigung der Interessen von gesellschaftlich wichtigen Gruppen, namentlich von Kindern, Jugendlichen und Frauen, als einen wichtigen Handlungsbereich einer nachhaltigen Entwicklung (Agenda 21, Teil III Kap. 24 und 25).

Die Beschäftigung mit dem Thema "Partizipation von Kindern und Jugendlichen" wurde durch zahlreiche Ereignisse zusätzlich befördert. Dazu gehören die Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und die Unterzeichnung der von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Konvention über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention), die 1992 ratifiziert wurde.<sup>37</sup> Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) regelt bundesweit die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Jugendhilfe. Um "positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten und zu schaffen," (§ 1) sind Kinder und Jugendliche "entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen" (§ 8; zit. n. Möller 1999).

Auf die hier formulierten Anforderungen wurde in vielen Bundesländern und Kommunen reagiert, so z. B. mit den in Berlin 1999 vom Senat vorgelegten "Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt" (Abgeordnetenhaus von Berlin 1999). Daneben stehen Minderjährigen Beteiligungsrechte u. a. auch nach dem Baugesetzbuch zu<sup>38</sup>.

Kinderfreundlichkeit lässt sich nicht standardisieren, sondern nur im konkreten Fall ausmachen. Der Landeskinderbeauftragte NRW veröffentlichte hierzu eigens entwickelte Leitfragen (Landeskinderbeauftragter NRW 1994). Diese Leitfragen sind Grundlage eines Verfahrens, welches unter dem Namen "Kinderfreundlichkeitsprüfung" bekannt geworden ist. "Kinderfreundlichkeit" ist demnach das Qualitätsmerkmal, an dem gemessen wird, ob die kindliche Entwicklung wirklich gefördert wird. Kinderfreundlichkeit lässt sich allerdings nicht abstrakt definieren, sie entsteht im konkreten Zusammenhang und bewährt sich nur in der Erprobung durch Kinder (Infostelle Kinderpolitik 1998).

Unter Partizipation wird hier in Anlehnung an verschiedene Quellen in erster Linie die Mitwirkung an Entscheidungen oder Planungen der Kommunalpolitik, die Kinder und Jugendliche – vor allem längerfristig – betreffen, verstanden.

<sup>37</sup> Das KJHG versteht unter Kindern die bis einschließlich 13-Jährigen. Die UN-Kinderrechtskonvention bezieht sich auf alle Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (Infostelle Kinderpolitik 1998 a).

<sup>38</sup> Nach § 1 Abs. 5 Satz 2 BauGB sind bei der Bauleitplanung die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere auch der jungen Menschen zu berücksichtigen und nach § 3 BauGB ist eine Bürgerbeteiligung in der Bauleitplanung vorgesehen. Aus § 1 BauGB lässt sich jedoch kein Individualrecht ableiten und die zu verzeichnende Beteiligung junger Menschen in der Praxis der Auslegung des § 3 BauGB ist äußerst gering.

Im Allgemeinen wird zwischen einer Politik für Kinder und einer Politik mit Kindern und durch Kinder unterschieden. Erstere umfasst Verfahren, bei denen die Interessen von Kindern und Jugendlichen stellvertretend, durch Erwachsene wahrgenommen werden. An Beispielen werden u. a. genannt: Elternbeiräte, Runde Tische für Kinderfreundlichkeit, Kinder- und Jugendverbände sowie im Bereich der institutionalisierten Vertretung (advokative Verfahren durch öffentliche Träger) u. a. die Jugendämter, Kinderbüros oder Kinderbeauftragte der Kommunen. Diese Formen ermöglichen jedoch keine wirkliche Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen.

Daneben sind Kinder und Jugendliche auch Einwohnerinnen und Einwohner der Städte und Gemeinden mit eigenen Rechten und besonderen Wünschen und Bedürfnissen (s. a. Landeskinderbeauftragte NRW 1994). Sie sollten auch deshalb, und nicht nur weil sie "Kinder" oder "Jugendliche" sind, selbstverständlich an kommunalen Planungs- und Gestaltungsprozessen beteiligt werden. Die politische Integration und Partizipation dieser Altersgruppe wird deshalb als eine Voraussetzung demokratischer Stabilität gesehen: „Die aus diesen Grundeinsichten abgeleitete Aufgabe von Städten und Gemeinden ist es, die Beteiligung der jungen Generation am kommunalpolitischen Prozess sicherzustellen. Eine Herausforderung allerersten Ranges liegt dabei darin, Formen einer politischen Partizipation zu entwickeln, die nicht nur über die Stellvertreterfunktion von Erwachsenen verlaufen, sondern die in kinder- und jugendgeeigneter Weise eine möglichst direkte Mitsprache der 'kids' garantieren“ (Möller 1999: 7). Im Rahmen der Lokalen Agenden sind deshalb Kommunalverwaltungen aufgefordert, Kinder und Jugendliche aktiv in die ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gemeinde einzubeziehen.

In diesem Sinne werden eine "Alltagsdemokratisierung" und eine "Partizipationspädagogik" (Stange 1996: 11ff.; Stange/Tiemann o. J.) gefordert, die es Jugendlichen ermöglichen, aktiv bei der Gestaltung einer "nachhaltigen" Gesellschaft mitzuwirken. Stange und Tiemann schlagen deshalb „eine ‚Demokratieoffensive‘ mit lebensweltbezogenen und handlungsorientierten Formen einer sehr früh beginnenden politischen Bildung für Kinder, die schlicht Neugier auf Demokratie weckt“, und eine „neu akzentuierte Kinderpolitik, Lernorte für Demokratie“ (Stange/Tiemann o. J.: 225). Denn es „geht um das Erlernen von Demokratie nicht nur als politischem System, sondern als alltäglicher Lebensform“ (ebd.: 226), also auch um eine umfassende pädagogische Vermittlung von Partizipation.

In einschlägigen Veröffentlichungen wird häufig von "geeigneten Verfahren" gesprochen, die zu entwickeln oder einzuführen sind, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Bundesweit hat sich eine vielfältige Landschaft an Beteiligungsprojekten mit einem breitgefächertem Spektrum teilweise sehr unterschiedlicher Partizipationsformen und praktizierter Methoden herausgebildet (Infostelle Kinderpolitik 1998).<sup>39</sup> Ein ausführlicher Überblick über das Methodenspektrum, Maßnahmen und Instrumente findet sich bei Stange/Tiemann (o. J: 245 ff.) und im Leitfaden des Deutschen Kinderhilfswerkes (Brunsemann et al. 1997). Die Erfahrung zeigt dabei, dass Kinder und Jugendliche nicht mit den gleichen Methoden erreicht und in Entscheidungsprozesse im

<sup>39</sup> Die Informations- und Adressdatenbank "Kinderpolitische Landkarte" der Infostelle Kinderpolitik beim Deutschen Kinderhilfswerk e. V. erfasst bundesweit ca. 500 verschiedene Institutionen und Projekte ([www.kinderpolitik.de/](http://www.kinderpolitik.de/)).

Rahmen der LA 21 eingebunden werden können wie Erwachsene. Zentrales Ziel ist dabei die Entwicklung von neuen Formen und Methoden der Partizipation von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Politikbereichen, „so dass sie sich in Entscheidungen etwa zur Sozial-, Wohnungsmarkt-, Verkehrs- und Ökologiepolitik einbringen zu können“ (Stange/Tiemann o. J.). Denn wer an Prozessen aktiv und mitentscheidend beteiligt ist, wird hinterher das Zustandekommen des Ergebnisses besser verstehen und eher akzeptieren können, auch wenn es nicht vollständig seinen Vorstellungen entspricht.

Zwar werden kommunale Planungsverfahren durch die Beteiligung von Jungen und Mädchen unter Umständen komplexer, zugleich gelangt man jedoch zu nutzerfreundlicheren und den Bedürfnissen besser angepassten Konzepten. Gleichzeitig sieht man sich bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einer Reihe von Problemen gegenüber. So erstrecken sich Planungsvorgänge häufig über Zeiträume, die es mit sich bringen, dass die sich im Laufe ihres Wachstums entwickelnden Kinder nicht mehr in den Genuss der Beteiligungsergebnisse kommen, weil sie dann zu alt sind, was sowohl für die ‚zu motivierenden‘ Kinder, für die nachfolgenden (nutzenden), nicht beteiligten Kinder und für die Planer und Entscheidungsträger schwierig ist. Ebenso wachsen auch mit dem Abstraktionsgrad des Themas oder des Planungsgegenstandes die Schwierigkeiten einer Beteiligung. "Es bleibt das Spannungsfeld zwischen selbstorganisiertem Erproben und administrativer Verfahrenssicherheit. Trotzdem gilt es, Angebote zu machen, Erfahrungen zu sammeln und 'Räume' für selbstorganisiertes Handeln von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen" (Dell 1998: 1).

### **5.2.5 Geschlechtergerechtigkeit**

Belange von Frauen werden in der Agenda an relevanten Stellen zahlreicher Kapitel als Querschnittsaufgabe genannt. Das wichtigste Kapitel in diesem Zusammenhang ist das Kapitel 24, der "Globale Aktionsplan für Frauen zur Erzielung einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung", welcher unter Teil III der Agenda 21, "Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen", aufgenommen wurde. Für die Umsetzung von Frauenbelangen ist des Weiteren u. a. das Kapitel 28 "Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21" von Bedeutung.

Im Kapitel 24 wird die volle und gleichberechtigte Partizipation von Frauen an allen Entwicklungsmaßnahmen gefordert. Frauen sollen auf allen politischen Ebenen an umwelt- und entwicklungsrelevanten Entscheidungsfindungen beteiligt werden (vgl. Klemme 1999: 12f). Nur wenn die Gleichberechtigung von Frauen und ihre Teilhabe an allen gesellschaftlichen Lebensbereichen weltweit vorangetrieben wird, kann allgemein von einer nachhaltigen und dauerhaften Entwicklung gesprochen werden.

Unter den im Programmbereich der Agenda 21 genannten Zielen finden sich neben solchen, die sich primär auf die Verbesserung der Lage von Frauen in Entwicklungsländern richten, auch solche, deren Umsetzung auch in Deutschland, bzw. Berlin noch nicht in ausreichendem Maße erfüllt erscheinen:

- Erhöhung des Frauenanteils bei politischen EntscheidungsträgerInnen, in der Planung, Beratung und im Management in den Bereichen Umwelt und Entwicklung
- Strategien zur Überwindung verfassungsrechtlicher, gesetzlicher, administrativer, kultureller, verhaltensbedingter, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hindernisse zur vollen Beteiligung der Frau an einer nachhaltigen Entwicklung und am öffentlichen Leben
- Förderung der Vermittlung geschlechtsrelevanter Kenntnisse und der Bedeutung der Rolle der Frau im Rahmen formaler und nonformaler Bildung
- Schaffung erforderlicher Maßnahmen administrativer, sozialer und erzieherischer Art, um jede Form der Gewalt gegen Frauen auszuschließen. (Klemme 1999: 16)

Die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit ist ein Querschnittsthema, das alle Bereiche der Gesellschaft durchzieht. Häufig sind Frauen direkt oder indirekt benachteiligt: Im privaten Rahmen werden von Frauen wesentlich mehr Arbeitsstunden unentgeltlich geleistet (Versorgung, Erziehung, Sozialkontakte) als von Männern. Darüber hinaus erhalten sie durchschnittlich nur 70 % des Lohnes, den Männer für die gleiche Arbeit erhalten. Durch Mehrfachbelastungen der Haus- und Erwerbsarbeit werden u. a. die Möglichkeiten, einen qualifizierten Beruf auszuüben bzw. die Karriereleiter zu erklimmen, erschwert. Posten mit Entscheidungskompetenz (Manager, Planer oder Politiker) sind nach wie vor überwiegend mit Männern besetzt, dies gilt auch für Agendaprozesse (MURL NRW 1999).

Für die Bremer Lokale Agenda wird deshalb z. B. gefordert<sup>40</sup>:

- Frauen- und jugendpolitische Sichtweisen und Fragestellungen zu einem systematischen Bestandteil aller Diskussionsprozesse und Projekte der einzelnen Arbeitsgruppen zu machen.
- Frauen- und jugendpolitische Auswirkungen der jeweiligen Projekte in den Berichten der Arbeitsgruppen auszuweisen, und für die LA 21 ein umfassendes Leitbild zu entwickeln, das frauen- und jugendpolitische Zielsetzungen einschließt. (zit. n. Bremer Aktionsprogramm Lokale Agenda 1998)

Ein entscheidende Aufgabe dürfte es zudem sein, in Erziehung und Ausbildung zu einer Veränderung der tradierten Rollenbilder zu kommen, so dass sich schon für junge Mädchen und Jungen neue Möglichkeiten der Orientierung erschließen.

---

<sup>40</sup> Antrag der übergreifenden Arbeitsgruppe „Frauen“ vom 29.04.1998 (Bremer Aktionsprogramm Lokale Agenda 1998).

## **6. Vorstellungen Berliner Akteure zu Leitbildern und Indikatoren einer Nachhaltigen Entwicklung**

Nach einer Darlegung der Erhebungsmethoden werden in diesem Kapitel die Ergebnisse der Expertengespräche in den beiden Handlungsfeldern vorgestellt. Im Zentrum stehen dabei die unterschiedlichen Vorstellungen der Akteure, die es bei der Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren für die Berliner Agenda 21 zu berücksichtigen gilt.

### **6.1 Methodisches Vorgehen zur Ermittlung der Akteursvorstellungen**

Zur Erhebung der Vorstellungen relevanter Akteure zu Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung Berlins in den beiden betrachteten Handlungsfeldern wurde eine zweistufige Vorgehensweise gewählt: Zunächst erfolgten Interviews mit wichtigen Akteuren für die Handlungsfelder. Nach der Auswertung der hierdurch gewonnenen Ergebnisse wurde in jedem Handlungsfeld ein halbtägiger Workshop durchgeführt, der der Zusammenführung und Gegenüberstellung der Interviewergebnisse diente. Im Folgenden werden das methodische Vorgehen näher erläutert und Erfahrungen aus dem gewählten Verfahren wiedergegeben.

#### **6.1.1 Leitfadengestützte Interviews**

##### **Zielsetzung und Methode**

Die erste Stufe der partizipativen Erhebung diente dem Ziel, im jeweiligen Handlungsfeld ein breites Spektrum von Vorstellungen und Vorschlägen zu Leitbildern und Indikatoren für die Berliner Agenda 21 zu erfassen. Als Methode wurde eine bestimmte Form der Befragung, nämlich das leitfadengestützte Interview gewählt. Darunter wird ein mündliches, zeitlich begrenztes Gespräch zwischen dem/der Forscher(in) und der befragten Person verstanden, das halboffen strukturiert ist: Die/der Interviewer(in) gibt einleitende Informationen und stellt Fragen, die in einem Leitfaden festgehalten sind, wobei er/sie nicht genau an den Wortlaut gebunden ist und auf die Antworten des/der Befragten auch frei reagieren kann (Schwarzer 1983). Diese Art von Interviews wurde ausgewählt, weil sie sich besonders für die Exploration eines noch nicht einschlägig erforschten Gebietes eignet und dennoch ein Mindestmaß an Vergleichbarkeit gewährleistet. Die Interviews wurden in direktem Gespräch durchgeführt (und nicht z. B. telefonisch), um eine höhere Verbindlichkeit herzustellen und auch nonverbale Interaktionen in den Interviewablauf einfließen zu lassen.

##### **Auswahl der Befragten und Durchführung der Interviews**

Durch die Auswahl der Befragten sollte das inhaltliche Spektrum der Auffassungen in den beiden Handlungsfeldern abgedeckt werden. Hierbei sollten möglichst unterschiedliche Positionen und Akteure erfasst werden, ohne jedoch deren Gewichtung oder Anteil im Handlungsfeld abzubilden. Es ging also nicht um eine quantitative Repräsentativität für das Handlungsfeld, sondern eher um eine Art qualitativer Repräsentativität: Alle wichtigen, möglicherweise anregenden Auffassungen sollten unabhängig von ihrer Ver-

breitung ermittelt werden. Im Sinne der Fragestellung des Projektes und der Eingrenzung der Handlungsfelder wurde es zur Voraussetzung gemacht, dass diese Auffassungen bereits einen mehr oder weniger starken Bezug zur zukunftsfähigen Entwicklung oder Lokalen Agenda 21 aufwiesen. Des Weiteren sollten im Hinblick auf aussagekräftige Ergebnisse ausschließlich Experten und Praktiker der Handlungsfelder befragt werden, die aufgrund ihrer Tätigkeit über einen fundierten Wissens- und Erfahrungsschatz verfügen. Mit dieser Zielsetzung wurden verschiedene Akteursgruppen in den Handlungsfeldern ermittelt, die im Kreis der Befragten vertreten sein sollten. Auch die Auswahl der jeweiligen Personen erfolgte nicht per Zufallsverfahren, sondern bewusst. Das Forschungsteam stützte sich dabei auf einen guten Überblick über die Akteure in den beiden Handlungsfeldern und nutzte ergänzend weitere Kontakte sowie Vorschläge der Interviewpartner. Dieses Auswahlverfahren kann von individuellen Wahrnehmungen nicht ganz frei sein, doch dies würde nur bei einem quantitativen Ansatz zu Problemen führen. Der Großteil der angefragten Personen war sofort zum Interview bereit, was auf ein hohes Interesse der Akteure an der Thematik schließen lässt. In den Handlungsfeldern wurden für die explorativen Interviews 22 bzw. 18 Personen befragt.<sup>41</sup>

Die Darstellung der befragten Akteursspektren ist den Ergebnissen der beiden Handlungsfelder vorangestellt (Kap. 6.2.1 und 6.3.1). Die Befragten wurden etwa 2-3 Wochen vor den Interviews telefonisch oder schriftlich angesprochen sowie über das Projekt und die Eingrenzung des jeweiligen Handlungsfeldes informiert. Die Interviews dauerten jeweils etwa eine dreiviertel Stunde, die Protokollierung erfolgte in der Regel handschriftlich.

### **Leitfaden**

Die Interviews stützten sich auf einen Leitfaden, mit dem unterschiedliche Vorstellungen der einzelnen Akteure erfragt werden sollten. Er wurde nach den ersten Interviews weiterentwickelt und stärker für die beiden Handlungsfelder spezifiziert, wobei folgende Themen behandelt wurden:

- Aufgabenbereich und Entscheidungsbefugnis der befragten Person,
- wichtige Handlungsbereiche im Verantwortungsbereich/Handlungsfeld,
- bisherige Erfahrungen mit dem Einsatz von Leitbildern/Zielen oder Indikatoren,
- Funktionen und Beispiele für Leitbilder/Ziele und Indikatoren,
- Einsatzmöglichkeiten, Handhabbarkeit von Indikatoren und Datenlage,
- Einbeziehung weiterer Akteure in die Leitbild- und Indikatorenentwicklung, Bereitschaft zur Beteiligung, Einschätzung der Erfolgsaussichten und möglicher Konflikte.

<sup>41</sup> Im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ konnte durch die Verknüpfung mit einem anderen Projekt, das auf einen weitgehend deckungsgleichen Adressatenkreis zielte, eine größere Zahl von Interviews durchgeführt werden (Projekt „Unternehmensnetzwerk für nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Unternehmensentwicklung“ der Kreislauf- und Verwertungsagentur e. G. u. a., gefördert ebenfalls von der Projektagentur „Zukunftsfähiges Berlin“).

## **Auswertung und Erfahrungen**

Die Fragen des Leitfadens haben sich in den Experteninterviews als unterschiedlich aufschlussreich herausgestellt, mit Variationen zwischen den Handlungsfeldern. In der Auswertung wurden die Schwerpunkte auf diese Bereiche gelegt. Die Auswertung wurde von den Interviewern vorgenommen und die befragten Personen wurden zu den beiden Workshops eingeladen, auf denen die wichtigsten Ergebnisse zur Diskussion gestellt wurden. Dadurch wurde eine partizipative Rückkoppelung und Kontrolle der Grundzüge der Auswertung ermöglicht.

Für die Interpretation des Interviewmaterials stand die Frage nach den unterschiedlichen Auffassungen der Akteure zu Leitbildern und Indikatoren im Vordergrund. Es zeigte sich, dass die befragten Akteursgruppen sich je nach ihrem Tätigkeitsbereich zu verschiedenen Aspekten äußerten und nur auf einer sehr allgemeinen Ebene eine direkte Übereinstimmung der Befragten vorzufinden war. Unterhalb dieser generellen Ebene wiesen die ermittelten Auffassungen nur selten Gegensätze oder Meinungsverschiedenheiten auf, vielmehr standen die Aussagen verschiedener Akteursgruppen eher nebeneinander. In der Auswertung wird dies nachvollzogen – die dargestellten Auffassungen zu einzelnen Teilbereichen der Handlungsfelder entsprechen zumeist den Äußerungen der Mitglieder einer befragten Akteursgruppe, die sich vor allem zu dem jeweiligen Teilbereich geäußert haben (s. Kap. 6.2 und 6.3). Durch eine Gegenüberstellung der Interviewergebnisse auf den Workshops sollte ermittelt werden, inwieweit die ermittelten Auffassungen einander ergänzen und bereits gute Grundlagen für eine Konsensfindung bieten oder inwieweit den verschiedenen Schwerpunkten auch gegensätzliche Interessen oder Zielrichtungen zugrunde liegen (dies gelang jedoch nur zum Teil).

### **6.1.2 Vorbereitung, Durchführung und Evaluation von Workshops**

#### **Zielsetzung der Workshops**

Die Workshops dienten der Präsentation und Diskussion der Zwischenergebnisse dieses Leitbild- und Indikatorenprojektes. Dazu sollten die Positionen der Einzelgespräche zusammenfassend dargestellt und potentielle Konsens- und Konfliktlinien wiedergegeben werden. Die Sichtweisen der unterschiedlichen Akteure sollten in Beziehung gesetzt und erste Anknüpfungspunkte für eine zukünftige Debatte über Leitbilder und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung Berlins gefunden werden. Da dieses Projekt einen ersten Schritt für eine solche Debatte innerhalb des Berliner Agendaprozesses bildet, sollten die Workshops auch einen Impuls für einen weiteren Diskurs über Zielvorstellungen und Kenngrößen setzen. Die Bereitschaft der eingeladenen Akteure für eine intensivere Auseinandersetzung mit dieser Thematik sollte in Erfahrung gebracht, hierfür notwendige Voraussetzungen geklärt werden. Schließlich sollten Vorschläge zum Vorgehen und zu einzelnen Arbeitsschritten für einen Berliner Diskurs über Leitbilder und Indikatoren zur Diskussion gestellt und weiterentwickelt werden.

#### **Auswahl und Einladung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

Die jeweils vierstündigen Workshops wurden am 6. und am 8. September 2000 in den Räumlichkeiten der Agendawerkstatt in der Rummelsburger Bucht durchgeführt. Die

Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren in der überwiegenden Zahl bereits interviewt worden. Mit einzelnen Personen konnte allerdings im Vorfeld kein Gesprächstermin gefunden werden. Diese Akteure wurden ebenfalls zu den Veranstaltungen eingeladen, um ihre Sichtweisen in einen übergreifenden Diskurs ebenfalls von Anfang an einzubeziehen.

Durch die frühzeitig festgelegten Termine für die beiden Workshops konnte die Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits im Rahmen der Interviews auf die Veranstaltungen hingewiesen werden. Eine persönliche Einladung wurde etwa vier Wochen vor der Veranstaltung mit der Bitte um Rückmeldung verschickt. Etwa zwei Wochen vor den Workshops wurde nochmals telefonisch bei den Teilnehmer(innen) nachgefragt, von denen bislang keine Rückmeldung vorlag. In der Woche vor den Workshops wurden den angemeldeten Personen vorbereitende Materialien als Diskussionsgrundlage übersandt:

- Erläuterungen zur Anwendung von Leitbildern und Indikatoren im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung,
- Einführung und Eingrenzung des jeweiligen Handlungsfeldes,
- Überblick über die Ergebnisse der Interviews einschließlich der Nennung von ersten Zielvorstellungen und Indikatoren,
- Überlegungen für einen Prozess zur Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren im Rahmen der Berliner Agenda 21,
- Arbeitsblatt zu den Trends im jeweiligen Handlungsfeld.

### **Trends für zukünftige Wirtschaftsweisen**

Leitbilder weisen in die Zukunft und fokussieren Visionen, Ziele und Perspektiven. Sie drücken die erwünschte Entwicklung eines Unternehmens bzw. einer Region aus. Bei ihrer Erarbeitung werden die externen Einflüsse auf die Region und die interne Verfassung (Stärken und Schwächen) berücksichtigt. Zur Einstimmung auf unseren Workshop bitten wir Sie, sich mit den externen Einflüssen bereits vor der Veranstaltung auseinander zu setzen: Bitte notieren Sie vor dem Workshop 1 bis 2 wichtige internationale, nationale oder regionale Trends, die die Wirtschaftsweisen in den nächsten 20 Jahren verändern werden. Bitte bringen Sie Ihre Überlegungen zu dem Workshop mit – wir möchten sie als Material für unsere Diskussion verwenden.

#### **Abbildung 8: Arbeitsblatt zu den Trends im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“**

Die beiden Workshops in den Handlungsfeldern hatten jeweils die gleiche Struktur. Exemplarisch werden daher Arbeitsschritte im Folgenden anhand des Workshops im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ erläutert.

Der Workshop zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ hatte 11 Teilnehmer(innen), beim Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen...“ wirkten 12 Personen mit.

### Durchführung des Workshops

Am Beginn der Workshops stand jeweils eine themenzentrierte Vorstellungsrunde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich zum großen Teil untereinander noch nicht kannten.

#### Nachhaltiges Wirtschaften im Jahr 2020

8. September 2020 – Wenn ich so zurückblicke und mir den Alltag in meiner Organisation z. B. am 8. September 2000 anschau: In welcher Beziehung wirtschaften oder arbeiten wir heute eigentlich anders als vor 20 Jahren?

Bitte wählen Sie eine der bereitliegenden Postkarten aus, die Ihre Wirtschaftsweise im Jahr 2020 besonders gut wiedergibt.

In der Wirtschaft müssen Inhalte häufig möglichst prägnant charakterisiert werden: Bitte formulieren Sie ein Motto oder einen Slogan, der Trends und Ihre Wirtschaftsweise bzw. Ihre Arbeit im Jahr 2020 gut charakterisiert, und stellen Sie sich mit diesem Motto oder Slogan persönlich vor.

#### Abbildung 9: Vorstellungsrunde als Einstimmung in die Leitbilddebatte am Beispiel des Handlungsfeldes „Nachhaltiges Wirtschaften“

Im Anschluss erfolgte eine Darstellung des Arbeitsstandes des Projektes sowie der Zwischenergebnisse im jeweiligen Handlungsfeld. Teilweise wurde auf Pinnwandtafeln ein Überblick über die erhobenen Leitbilder und Vorschläge für Einzelindikatoren gegeben. Die Ergebnisse aus den Interviews wurden in der anschließenden Diskussion angereichert und ergänzt.

In der zweiten Hälfte der Workshops wurden die Teilnehmer(innen) gebeten, sich in Kleingruppen mit Einzelaspekten intensiver zu befassen bzw. Anregungen zum Vorschlag für einen Prozess zur Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren im Rahmen der Berliner Agenda 21 zu geben.

#### Erfahrungen mit dem Workshop-Ablauf

Die Hinführung der Teilnehmer(innen) auf die Befassung mit Leitbildern und Indikatoren für den Berliner Agendaprozess durch die Auseinandersetzung mit den Trends und der Entwicklung der eigenen Lebens-/Arbeitswelt stellte einen positiven Ausgangspunkt für die inhaltliche Diskussion dar.

Die Darlegung der zahlreichen Vorstellungen der befragten Akteure zu Leitbildern und Indikatoren in den jeweiligen Handlungsfeldern sowie die Auseinandersetzung im Plenum unter Zuhilfenahme von Pinnwandtafeln hat sich allerdings nur bedingt bewährt. Zwar konnte das umfangreiche Material, welches durch die Interviews zusammengetragen wurde, verdeutlichen, dass in den beteiligten Organisationen eine intensive Beschäftigung mit Leitbildern und Indikatoren stattfindet. Die Vielzahl der dokumentierten Vorstellungen führte jedoch zu einer zu großen Komplexität. Daher sollte für zukünftige Veranstaltungen eine stärkere Verdichtung der Interviews vorgenommen werden und

sich der Input und die anschließende Diskussion auf die wesentlichen Aussagen (z. B. besonders prägnante Leitbilder oder plakative Indikatoren) beschränken. In den Kleingruppen konnte mit einer stärkeren Fokussierung und in einem intensiveren Austausch über einzelne Punkte diskutiert werden. Die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit waren daher in hohem Maße weiterführend, so dass sich diese Arbeitsform bewährt hat.

## **6.2 Ergebnisse im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“**

### **6.2.1 Akteursstruktur im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“**

Das Handlungsfeld “Nachhaltiges Wirtschaften“ wurde bereits mit seinen thematischen und strukturellen Facetten sowie unterschiedlichen Handlungsräumen und -ebenen dargestellt (vgl. Kap. 5.1). Aus diesen Charakteristika resultieren unterschiedliche Sichtweisen und Perspektiven. Ein beteiligungsorientiertes Verfahren zur Erhebung von Leitbildern und Indikatoren muss diese Sichtweisen methodisch-strukturell aufnehmen und inhaltlich widerspiegeln. Auf dieser Grundlage kann es gelingen, nicht nur unterschiedliche Interessen, Zielsetzungen und darauf bezogene Erfolgsgrößen zu erfassen, sondern auch auf Einzelaspekte orientierte Interessen handlungsfeldübergreifend zu bündeln. Zugleich können damit Leitbildperspektiven über den unmittelbaren Handlungsraum der Akteure hinaus eröffnet werden.

In diesem Sinne sollte die Auswahl der Akteure der breit gefächerten Akteursstruktur gerecht werden, wobei nach regional-räumlichen und funktional-stadtweiten Bezügen differenziert wurde. Dabei sollten die unterschiedlichen Sichtweisen, Zielhorizonte und Perspektiven exemplarisch erfasst werden.

Die nachfolgende Tabelle beschreibt die in diesem Handlungsfeld vorgefundene Akteursstruktur und dokumentiert die in diesem Projekt erreichten Akteure. Diese begreifen sich entweder explizit schon als Akteure „Nachhaltigen Wirtschaftens“ oder können als ökologisch orientierte Wirtschaftsakteure interpretiert werden bzw. können mindestens in Einzelaspekten als dem Thema der Befragung gegenüber aufgeschlossen angesehen werden.

Akteursebenen	Akteure
einzelwirtschaftlich, Pilotunternehmen/-projekte	Schering, Einzelunternehmen aus Netzwerken (z. B. Zukunftsnetz Tempelhof, Innovationspark Wuhlheide)
Branchen/Standorte/ Netzwerke/Verbünde	Arbeitsloseninitiative „Innovations- und Ideenbörse“ Wuhlheide, Innovationspark Wuhlheide, Unternehmensnetzwerk Nachhaltiges Wirtschaften, Kreislauf- und Verwertungs-Agentur
Regional-räumliche Initiativen zum nachhaltigen Wirtschaften: bezirklich, (teil-)regional (Groß-Bezirke, Bezirksübergreifend)	Bezirksamt Weißensee (Wirtschaftsförderung), Initiative „Zukunftsfähiges Wirtschaften im Großbezirk Nord“, Bezirksamt Wedding (Wirtschaftsförderung), Förderverein Lokale Agenda 21 Köpenick, Umweltamt Köpenick, Zukunftskonferenz Müllerstr.
Träger mit stadtweiter Ausrichtung/Verantwortung (Verbände / Institutionen / Wissenschaftseinrichtungen)	DGB-Kreis Berlin, Industrie- und Handelskammer Berlin, Handwerkskammer, RKW-Innovationszentrum für Beschäftigung und Produktivität, Investitionsbank Berlin, Verband Deutscher Ingenieure/Elektrotechniker, Verbraucherinitiative, Technologieberatungsstelle des DGB, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Wissenschaftszentrum Berlin
Stadtpolitik/ -verwaltung	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie

**Tabelle 22: Akteursstruktur des Handlungsfeldes „Nachhaltiges Wirtschaften“**

Die Interviews konzentrierten sich auf Kernfragen bezogen auf Leitbilder, Ziele, Themenfelder und Indikatoren im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ und wurden je nach Erfahrungsbereich der Akteure durch gezielte Fragen zur Beurteilung der Funktion von Leitbildern und Indikatoren sowohl für die unmittelbare Handlungsebene als auch mit Blick auf den stadtweiten Agenda-Prozess ergänzt. Einige dieser Interviews wurden gemeinsam und abgestimmt mit dem parallel laufenden Vorhaben „Unternehmenskooperation für zukunftsfähiges Wirtschaften – Bedarfsanalyse“ (Teller/Ligner et al. 2000) durchgeführt. Damit konnten Verzahnungen zwischen den Untersuchungsfeldern der beiden Projekte hergestellt und Synergieeffekte erzielt werden.

Bei den Gesprächen in diesem Handlungsfeld erwies es sich als sinnvoll, zunächst an den spezifischen Einzelthemen der Akteure nachhaltigen Wirtschaftens anzuknüpfen und danach die stadtweite Sichtweise ins Gespräch zu bringen. Dazu wurde als inhaltliches Orientierungsraster ein Themenkatalog eingesetzt, der sich weitgehend an identifizierten unternehmerischen Aktionsfeldern für „Nachhaltiges Wirtschaften orientiert.“<sup>42</sup> Zugleich wurde in Einzelfällen ein Fundus konkreter relativ ausgereifter Konzepte, Materialien und Einzelschlüsse erschlossen, deren Analyse die Gesprächsergebnisse abrundeten und vertieften.

Die in Kap. 6.1. dargestellten Themenbereiche der Befragung wurden im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ zu folgenden Kernfragen spezifiziert:

- Welche Handlungsfelder halten Sie für strategisch bedeutsam im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung der Stadtregion Berlin?
- Gewichtung/ Ergänzung der Themenfelder für nachhaltiges Wirtschaften
- Handlungsfelder mit Bezug auf ökologische Aspekte im weitesten Sinne, soziale und kulturelle Aspekte
- Wo erkennen Sie dafür relevante Zielvorstellungen und Leitbilder?

<sup>42</sup> Vgl. Kap. 5.1.2, Tabelle „Unternehmerische Aktionsfelder für nachhaltiges Wirtschaften“.

- 
- Welche Zielsysteme/ Leitbilder sollten mit stadtweitem Blick und in Bezug auf die Wirtschaft entwickelt werden?
  - Wo finden sich aus Ihren Erfahrungen darauf bezogene Indikatorensysteme und Einzelindikatoren, wo wären sie wichtig?
  - Auf welchen anderen Ebenen (Stadtgebiete, Bezirke, Gewerbe-/Innovationsparks, Einzelunternehmen) lassen sich diese finden bzw. sind in Zukunft wichtig?
  - In welchem Zusammenhang sollten Leitbilder, Handlungsfelder und Zielsysteme der unterschiedlichen Ebenen (insbes. für nachhaltiges Wirtschaften) stehen?

### **6.2.2 Zielvorstellungen und Indikatoren in den Handlungsräumen der Akteure**

Generelle Zielsetzung der Akteursbeteiligung und seiner instrumentellen Umsetzung über teiloffene Interviews war, die Gesprächsergebnisse als Input für einen ersten stadtweiten Dialog über Leitbilder und Erfolgsmaßstäbe in diesem Handlungsfeld aufzubereiten.

In den jeweiligen Handlungsebenen der Akteure fanden sich eine Vielzahl von Leitbildern, Leitsätzen, Handlungszielen und Indikatoren, die nicht nur für einen stadtweiten Diskurs geeignet sind, sondern zugleich einen Anforderungsrahmen für stadtweite Leitbilder und Erfolgsmaßstäbe bilden könnten.

In der folgenden Tabelle werden – als Anregung für notwendige Diskurse in diesem Handlungsfeld – exemplarisch für ausgewählte Akteursebenen und ohne den Anspruch einer repräsentativen Auswahl – einige Leitbild-/Indikatoren-Vorstellungen vorgestellt.

Akteursebenen	Leitbild (Leitidee, -motto)	Leitsätze	Qualitätsziele, Handlungsziele	Indikatoren/ Nachhaltigkeitskriterien	Maßnahmen/ Projekte
<b>Einzelwirtschaftlich</b>  <i>Beispiel: Schering</i>	<b>Leitidee:</b> Orientiert an konzernweit gültigen Leitsätzen sollen Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz i. S. von Sustainable Development kontinuierlich verbessert werden.  <b>Leitmotto:</b> „Schering handelt verantwortungsvoll i. S. einer lebenswerten Zukunft für Mensch und Umwelt“	Verantwortung für Arbeitsschutz, Ressourcenverbrauch, Umweltbelastungen und Produkte; Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz sind Führungsaufgaben; Handlungsgrundlage sind Leitsätze, Selbstverpflichtungen, Richtlinien; Risikobegrenzung an Anlagen; Gesundheitsvorsorge an Arbeitsplätzen; Vermeidung von Umweltbelastungen; Produktverantwortung; umweltgerechte Kooperation; Kommunikation mit MitarbeiterInnen, Kunden, Öffentlichkeit.	Reduzierung des nicht verwertbaren Abfalls; Reduzierung des Wasserverbrauchs; Reduzierung des Stromverbrauchs;  Reduzierung des CO <sub>2</sub> -Ausstoßes;  Verbreiterung von Öko-Audits an Standorten; Reduzierung der meldepflichtigen Arbeitsunfälle; Umweltberichterstattung; Etablierung von Nachbarschaftskreisen; Weiterbildung zur betriebsübergreifenden Umwelt-, Arbeits-, und Qualitätssicherheit.	Reduzierung des nicht verwertbaren Abfalls in %; Reduzierung des Wasserverbrauchs in %; Reduzierung des Stromverbrauchs in %; Reduzierung des CO <sub>2</sub> -Ausstoßes in %; Anzahl der Öko-Auditierungen an Standorten; Reduzierung der meldepflichtigen Arbeitsunfälle; Stand der Berichterstellung.	Programm „Verantwortliches Handeln“ („responsible care“ der chemischen Industrie);  „Dow Jones Sustainability Group Index“;  Umfrage an Berliner Standorten zur „Nachbarschaftskommunikation“.
<b>Branchen/ Standorte/ Netzwerke/ Verbünde</b>  <i>Beispiel: Innovationspark Wuhlheide</i>	<b>Leitidee:</b> Modernisierung multifunktionaler Gewerbestandorte im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung (Einheit von Arbeiten, Wohnen, Freizeitgestaltung)  <b>Leitmotto:</b> „Arbeitswelt 21 im Innovationspark Wuhlheide“  (konkret. Leitbilder für Einzelunternehmen)	Integration in das regionale Planwerk Südost; Kundenorientierung für alle Dienstleistungsarten; Entwicklung der Kreativität der Standort-Unternehmen; Städtebauliche Gestaltung als Vision zukünftiger Lebensqualität; Ökologisches Gesamtkonzept „Annäherung an ein Gleichgewicht“ .	Nachhaltiges Wirtschaften in der Technologieregion Berlin-Südost durch Einführung von Umweltmanagementsystemen;  Entwicklung einer Funktionstriade: Innovationszentrum Werkstoff- und Prozesstechnik – Gewerbemanagement-Akademie – Kommunikationszentrum;  Entwicklung einer Standorttriade: „Dienstleistung für Wissenschaft und Unternehmen“ (regionale Technologieachse Adlershof – Spreeknäe – Wuhlheide).	Standortspezifische Nachhaltigkeitsindikatoren (in Arbeit):  Vollbeschäftigungsgrad; Ausnutzungsgrad der vermietbaren Flächen; Anzahl der Patente/Jahr; Anzahl zertifizierter Unternehmen (ISO 9000 ff); Jahre der Mietpreisstabilität für Existenzgründer; prozentuale Betriebskostenstabilität; Anzahl Behinderten-, Ausbildungs-, Frauenarbeitsplätze.	Standortbezogenes Umweltmanagementsystem; Betriebliches Umwelt-Informationssystem; Kreislaufwirtschaftssystem am Standort; Facility Management System; Gewerbemanagement-Akademie.

**Tabelle 23: Ansichten ausgewählter Akteure im Handlungsfeld nachhaltiges Wirtschaften zu Zielvorstellungen, Indikatoren und Maßnahmen**

Akteursebenen	Leitbild (Leitidee, -motto,)	Leitsätze	Qualitätsziele, Handlungsziele	Indikatoren/Nachhaltigkeitskriterien	Maßnahmen/ Projekte
<b>Stadtweite Verantwortungsträger (Verbände/ Institutionen)</b>  <i>Beispiel: Nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens durch EU-Strukturförderung (IBB/IZT/Taurus)</i>	<b>Leitidee:</b> Nachhaltige Entwicklung als Chance, durch einen politischen Regionalisierungsprozess schrittweise die Wirtschaftskraft Berlins und die Lebensqualität für seine Bürger zu erhöhen	Leitperspektiven für nachhaltige Entwicklung in Berlin:  Erhaltung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen; Ökologischer und technologischer Strukturwandel; Schaffung zukunftsträchtiger und humaner Arbeitsplätze; Soziale Gerechtigkeit und Solidarität;  Übergreifende Prinzipien: Partizipation, intergenerative Gerechtigkeit, globale Perspektive.		Nachhaltigkeitskriterien für die Programmebene: <b>Allgemeine Kriterien</b> wie Dauerhaftigkeit, Nachfrage/Bedarf, Hebelwirkung (Multiplikatoreffekte), Integrierbarkeit in regionale Strukturen; <b>Ökonomische Kriterien</b> wie Generierung von Arbeitsplätzen, lokale/regionale Wertschöpfung, qualitativer Strukturwandel; <b>Ökologische Kriterien</b> wie Umweltwirkungen, Ressourceneffizienz/erneuerbare Ressourcen, Umweltbewusstsein; <b>Soziale Kriterien</b> wie capacity-building, Kompetenz und Qualifikation, Zugangsmöglichkeiten/Chancengleichheit/Partizipation, Verbesserung der lokalen/regionalen Sozialstruktur.	Operationalisierung des Ansatzes zur Programm- und Projektbewertung im Rahmen der Berliner EU-Strukturförderung
<b>Stadtpolitik/-verwaltung</b>  <i>Beispiel: SenStadt „Umweltentlastungsprogramm – UEP“</i>	<b>Leitidee:</b> Je effektiver der Ressourceneinsatz ist, desto weniger wird er vom Wirtschaftswachstum bestimmt und desto geringer sind die dadurch verursachten Umweltbeeinträchtigungen.  <b>Leitmotto:</b> „Stärkung einer Regionalentwicklung durch Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch“	Steigerung der Ressourceneffizienz; Verringerung von Emissionen, um das räumliche Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen und Gesundheitsgefährdungen sowie Beeinträchtigungen der Atmosphäre zu vermeiden; Umwelttechnische Modernisierung der städtischen Infrastruktur durch sozial-ökologische Stadtentwicklung; Integration von Umwelt- und Beschäftigungspolitik; Erhalt von Naturschutz-, Landschafts- und Naherholungsgebieten.	Zielbereiche des UEP: Betriebliche umweltentlastende Investitionen mit Steigerung der Ressourceneffizienz; Ersatz von umweltgefährdenden Stoffen; Einsatz regenerativer Energien und neuer Energietechnologien; Umwelt-, Stoffstrom-, Qualitäts- und Sicherheits-Managementsysteme, Öko-Controlling; Umweltorientierte Kooperationsvorhaben; Umweltentlastende Infrastrukturvorhaben zur nachhaltigen Regionalentwicklung.	Programmspezifische Indikatoren zur Projektbewertung bzgl. Umweltwirkungen und zur Ressourceneffizienz (Leitindikator Energieeffizienz); Umweltindikatorensystem der Stadt.	Programmsteuerung und Projektbewertung im UEP

Tabelle 23 (Forts.): Ansichten ausgewählter Akteure im Handlungsfeld nachhaltiges Wirtschaften zu Zielvorstellungen, Indikatoren und Maßnahmen

Bezeichnend für die ausgewählten Beispiele ist, dass sie systematisch aufgebaut und im Rahmen der von uns gewählten Leitbild-Indikatoren-Systematik<sup>43</sup> strukturiert werden können: Sie können überwiegend nach Leitbild (mit Leitidee und -motto), Leitsätzen, Qualitäts-/Handlungszielen und Indikatoren/Nachhaltigkeitskriterien untergliedert werden.

Allerdings können sie nur eingeschränkt beispielgebend sein, ggf. können sie darüber hinaus einen auf vergleichbare Akteursgruppen übertragbaren Beitrag zur Entwicklung eines systematischen Vorgehens leisten. So ist das integrierte Leitbild- und Indikatoren-system des „global players“ Schering sicher nicht auf Klein- und Mittelbetriebe übertragbar. Dennoch sind für diese Zielgruppe durchaus Anregungen bezogen auf integrative Vorgehensweisen, einzelne Vorgehensschritte und Themenfelder ökologischer Unternehmenspolitik und -entwicklung mit diesem und anderen Beispielen anzuregen, wenn eine zielgruppenspezifische Aufbereitung von Erfahrungen als vernetzter Lernprozess organisiert wird (horizontale Vernetzung und Erfahrungstransfer innerhalb von Akteurs-ebenen).

Das Beispiel "Arbeitswelt 21" im Standort Netzwerk Wuhlheide dagegen hat – mit seinem ganzheitlichen und regional-räumlichen Ansatz – ein durchaus pilothaftes Transferpotential, das jedoch auch nur wirksam wird, wenn der Transfer in dieser Akteursebene thematisch-horizontal mit Hilfe eines zielgruppenspezifischen Erfahrungsaustausches organisiert wird. Das erfordert jedoch auch, diesen Erfahrungstransfer stadtpolitisch durch darauf bezogene Vernetzungsstrategien zu unterstützen.

Damit werden funktionale Anforderungen aus den jeweiligen Akteursebenen an stadtpolitische Zielsetzungen gestellt sowie stadtpolitische Handlungsziele und Leitbilder eingefordert, um die Rahmenbedingungen für das jeweilige Aktionsfeld zu schaffen bzw. abzusichern.

Stadtweite, ggf. handlungsfeldübergreifende Leitbilder, die in einem breiten stadtpolitischen Diskurs entstehen, sollten dagegen so weit geöffnet und operationalisiert werden, dass sie auch Anforderungen der spezifischen Akteursebenen genügen können. Beispielsweise fordern in den Interviews eine Vielzahl von Wirtschaftsakteuren Leitbilder ein, die auch auf ein nachhaltiges Verbraucherverhalten gerichtet sind. Ohne diese Integration bliebe „Nachhaltiges Wirtschaften“ auf Nischen beschränkt.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass Ideen, Vorstellungen und Anforderungen bzgl. stadtwweiter Leitbilder und Indikatoren in zweierlei Hinsicht strukturiert werden können:

- nach funktionalen Anforderungen aus einzelwirtschaftlicher, lokaler und teilregionaler Sicht an stadtwweite Leitbilder und Indikatoren (bottom-up),
- nach aktionsfeldübergreifenden Anforderungen an ein stadtwweites nachhaltiges Wirtschaften (top-down).

Über die in der vorhergehenden Tabelle dargestellten Beispiele hinaus lassen sich zu den Leitbildern bzw. Leitbildvorstellungen sowie den angewendeten Indikatoren und Vorstellungen über Indikatoren bei den Akteuren folgende Grundaussagen treffen:

---

<sup>43</sup> Vgl. Kap. 3.3.

- Die Bandbreite vorhandener Ansätze reicht von wenigen systematisch ausgereiften Leitbildern (eher) auf der mittleren Akteursebene (Standorte/Netzwerke) über Zielkataloge bis zu (einzel)maßnahmenorientierten Zielsetzungen.
- Ein stadtweiter Orientierungsrahmen fehlt und wird eingefordert.
- Vorhandene stadtweite Leitbilder („Dienstleistungsmetropole“, „Stadt der neuen Medien“, „Ost-West-Drehscheibe“) werden als inhaltsleer angesehen und bieten keinen ausreichenden Orientierungsrahmen.
- Der funktionelle Bezug von stadtweiter Orientierung zum praktischen Handeln von Akteuren wird bisher nicht in genügender Weise thematisiert, von Akteuren aller Ebenen aber als notwendig erachtet.
- Wissens- und Erfahrungstransfer sowie Akteursvernetzung sind selbst auf horizontaler Ebene (vergleichbare Rahmenbedingungen für lokal-räumliches Handeln) weder ausgeprägt noch werden sie strukturell unterstützt.
- Leitbilddiskurse und Indikatorensuche finden horizontal und vertikal (in und zwischen den Akteursebenen) nur isoliert bei wenigen Akteuren statt. Eine partizipative Leitbildsuche sowohl als „Bottom-up“-Prozess als auch als stadtweites „Top-down“-Verfahren findet daher bisher keine strukturellen Anknüpfungspunkte.
- Indikatorensysteme sind selten vorhanden und werden entsprechend kaum eingesetzt. Im Einzelfall gibt es die fragmentarische Nutzung von Einzelindikatoren (z. B. bzgl. Energieverbrauch, Wasserverbrauch etc.), wie den nachfolgenden Tabellen entnommen werden kann.
- Indikatorensysteme beinhalten zumeist klassische Ressortindikatoren wie Umweltindikatoren, ökonomische Indikatoren, Sozialindikatoren.
- Es gibt keine stadtweite Integration dieser dimensionsorientierten Indikatoren in ein System von Nachhaltigkeitsindikatoren, lediglich auf der Programm-Förderebene sind Programmbewertungs-Kriterien für die EU-Strukturförderung entwickelt worden (z. B. IZT 1999).
- Gerade die mittlere Akteursebene (Standorte, Netzwerke und Wissenschaftsinstitutionen in den nachfolgenden Tabellen) bietet ausgereifte Ansatzpunkte und erste Erfahrungen zur Entwicklung und Umsetzung von Leitbildern und Indikatorensystemen (z. B. Leitbild „Arbeitswelt 21“ im Innovationspark Wuhlheide mit Nachhaltigkeitsindikatoren).

Über die schon dargestellten "Pilot"-Beispiele hinaus konnten aus den Befragungen der Akteure – jeweils bezogen auf die unterschiedlichen Handlungsebenen – eine Reihe von Leitbildvorstellungen, praktizierten Zielsystemen, Einzelzielen und Indikatorenansätzen herausgearbeitet werden, die in den nachfolgenden Tabellen dokumentiert werden.

Sie ergaben mit ihrer Zuordnung zu Themenfeldern „Nachhaltigen Wirtschaftens“ einen Rahmen, in dem sich Zielsysteme und Leitbilder zielgruppenspezifisch-horizontal, themenspezifisch-vertikal und stadtweit-querschnittsbezogen bündeln lassen. Dies soll anhand der folgenden tabellarischen Darstellungen, die als Input auch auf dem Workshop dieses Projektes präsentiert wurden, deutlich gemacht werden.

Mit diesem methodischen Ansatz von strukturierter Bündelung der Akteursvorstellungen erscheint es möglich, einen partizipativen Ansatz als Bottom-up-Verfahren zur Entwicklung von Leitbildern methodisch umzusetzen, der Anforderungen bzw. Anforderungsprofile von Akteuren an stadtweite Leitbilder zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaft-

ten“ generieren kann. Gleiches gilt für ein Bottom-up-Verfahren zur Indikatorenentwicklung.

Neben einer möglichen Strukturierung unterschiedlicher Akteurssichten in funktionaler Sicht – i. S. der Anforderungen an stadtweite Leitbilder und Indikatoren aus den unmittelbaren Handlungsräumen der Akteure heraus – ergeben sich zugleich methodische Möglichkeiten, auch eine aktionsfeldübergreifende Perspektive von Akteuren herzustellen. In einem Top-down-Verfahren, das mit den Akteuren verschiedenster Handlungsebenen gemeinsam vollzogen werden sollte, lassen sich ausgehend von vorhandenen oder denkbaren stadtweiten Zielrahmen/Leitbildern (z. B. „Berlin – ein Lernfeld für nachhaltiges Wirtschaften“ in nachfolgender Tabelle) konkrete Anforderungen an eine Leitbild-/Zielhierarchie bezogen auf die jeweiligen Handlungsebenen ableiten.

<b>Stadtweite Leitbilder</b>	„Energetische Selbstversorgung der Region“	„Kompetenzzentrum für zukunftsfähiges Bauen und Wohnen“	„10 Gebote der nachhaltigen Entwicklung Berlins“ (Leitsätze)	„Berlin die Fahrradstadt“, „Stadt in Bewegung“ „Autofreie Stadt“	„The-long-life-learning-city“ (COUP 21)	„Service-Standort Berlin“	„Region des nachhaltigen Konsums“ „Region der Selbstversorgung“	Vernetzte Region „Zukunftsfähiges Berlin“ „Berlin – das Lernfeld für Nachhalt. Wirtschaften“
<b>Akteurs-Ebenen</b>	Ressourcen-Effizienz/ Umweltentlastung	Regionale Wertschöpfungsketten	Kreislauf-Wirtschaft	Bedarfsger./öko. Produkte/Dienstleistungen	Umwelt-/ sozialverträgliche Verfahren/Prozesse	Service/ Reproduktion	„Grüne Märkte“	Prozessstrukturen, Regional-/Wissensmanagement, Partizipation
<b>Stadtpolitik/-verwaltung</b>	Umweltentlastung durch Ressourceneffizienz (UEP), „Solarhauptstadt“	Umweltorientierte Kooperation	Stoffstrommanagement	„Dienstleistungsmetropole“	Umwelt-/Qualitäts-/Sicherheits- Managementsysteme, Öko-Controlling		Hohe regionale Selbstversorgung,	„Stadt des Wissens“, Nachhaltigkeits-Management, Qualifizierungs-Netzwerk, Sozial-ökol. Stadtentwicklung, gleichmäßige Verteilung der Arbeit, Verringerung der öffentlichen Schuldenlast, ausreichende Erwerbsplätze für Jugend, Verlässlichkeit nachhaltiger Wirtschaftspolitik (Rahmenbedingung/ Umsetzbarkeit)
<b>Stadtweite Verantwortungsträger (Verbände/ Institutionen)</b>	Ressourceneffizienz/ Erneuerbare Ressourcen,	Lokale/regionale Wertschöpfung; Erhöhung des Anteils der KMU	„Regionales Stoffstrommanagement (Wertschöpfungsstufen/Branchen (insbes. Bauen/ Wohnen, Ernährung)	Anwender-/Endnutzergerechte Produkte (IPP)	KMU-/regional-spez. Technik, „low-scale-Technologien“, Nachrüstung von PM?, „Ökoaudits“, „Nachhaltigkeits-Audits“ (COUP21), Generierung v. Apl.? (quantitativ/qualitativ), FM? als „virtuelles“ Unternehmen	Servicefreundliche Produkte/ arbeitsintensive Reproduktion	Reparaturmärkte, Gebrauchtmärkte, -börsen	„Ökoprotit“, selbstverpflichtende/-organisierende Umweltbündnisse (COUP21), „Nachhaltige Strukturentwicklung“

Tabelle 24: Akteursebenen und Themenbereiche für Leitbilder im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“

<b>Akteurs-Ebenen</b>	<b>Ressourcen-Effizienz/ Umweltentlastung</b>	<b>Regionale Wert-schöpfungs-ketten</b>	<b>Kreislauf-Wirtschaft</b>	<b>Bedarfsger./öko. Produkte/Dienstleistungen</b>	<b>Umwelt-/ sozial-verträgliche Verfahren/Prozesse</b>	<b>Service/ Reproduktion</b>	<b>„Grüne Märkte“</b>	<b>Prozessstrukturen, Regional-/Wissensmanagement, Partizipation</b>
<b>(Teil-) Regional (Bezirke, Bezirks-übergreifend)</b>			Kreislaufwirtschaft an vernetzten Standorten,	„Dienstleistung für Wissenschaft und Unternehmen“		Nachhaltiges Citymanagement („Müllerstr. 2001“: Verkehr, Handel, soz. Kiezentwicklung)	Tauschringe, Sharing für Produkte, PM? Humanressourcen	(Teil)regionales Standortmanagement, (teil)regionales Management (Süd-Ost/Nord)
<b>Branchen/ Standorte/ Netzwerke/ Verbände</b>	Energiemanagement in Verbänden/ Projekten, Energiepartnerschaften, Umweltentlastung an Standorten	Vernetzte ökol. Beschaffung,	Stoffstrommanagement an Standorten, Recycling von Stoffen und Bauteilen, Kreislaufmanagement, vernetzte ökol. Verwertung	Kundenorientierung in allen Dienstleistung, Kooperative Produkt/ Serviceentwicklung,	Umweltmanagement, Öko-Controlling, Facility-Management, Gemeins. ProdM,	Produktnutzung, Nutzung von Computernetzen, Wiederverwendung von Teilen	Regionale Öko-Nahrung, „Grüne“ Technik „Marktplatz für Umwelttechnologien/-dienstleistungen“, ökol. Marketing,	Nachhaltiges Standort-Management, Standortnetzwerke, Gewerbermanagement, Qualifizieren im Verbund
<b>Einzelwirtschaftlich</b>	Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, Energiemanagement		Stoffstrommanagement in Betrieben	Produktverantwortung, Integrierte Produktpolitik	Integrierte Arbeitssicherheit, Gesundheits-, Umweltschutz, Organisationsentwicklung, nachhaltige Unternehmensausrichtung,			„Lernendes Unternehmen“, Mitarbeiterbeteiligung, umweltgerechte Kooperation/ Kommunikation

**Tabelle 24 (Forts.): Akteursebenen und Themenbereiche für Leitbilder im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“**

Akteurs-Ebenen	Ressourcen-Effizienz/ Umwelentlastung	Regionale Wertschöpfungsketten	Kreislauf-Wirtschaft	Bedarfsger./öko. Produkte/Dienstleistg.	Umwelt-/ sozialverträgliche Verfahren/Prozesse	Service/ Reproduktion	„Grüne Märkte“	Prozessstrukturen/ Regional-/ Wissensmanagement Partizipation
<b>Stadtpolitik/-verwaltung</b>	Programmspezifische Indikatoren zur Projektbewertung bzgl. Umweltwirkungen und zur Ressourceneffizienz (Leitindikator Energieeffizienz); Umweltindikatorensystem der Stadt.	Besatz von Unternehmensfunktionen, Anteil der höherwertigen Funktionen					%-Anteil der lokalen Produktion in der Region, Importwert von Nahrungsmitteln/Wert der verzehrten Produkte, Anzahl der Wochenmarkttag, EW/Markttag	Verschuldung der Stadt, regionales ökol. Inlandsprodukt
<b>Stadtweite Verantwortungsträger (Verbände/ Institutionen)</b>	Umweltwirkungen, Ressourceneffizienz/ erneuerbare Ressourcen, Umweltbewusstsein	lokale/regionale Wertschöpfung, KMU-spez. Anteil an Wertschöpfung			Generierung von Arbeitsplätzen, qualitativer Strukturwandel			Dauerhaftigkeit, Nachfrage/Bedarf, Hebelwirkung (Multiplikatoreffekte), Integrierbarkeit in regionale Strukturen; capacity-building, Kompetenz und Qualifikation, Zugangsmöglichkeiten/ Chancengleichheit/Partizipation, Verbesserung der lokalen/regionalen Sozialstruktur, Förderung von umweltbewusstem Unternehmertum durch Verbände
<b>(Teil-) Regional (Bezirke, Bezirksübergreifend)</b>								Schlüsselindikatoren: Reduzierung Jugendarbeitslosigkeit, Reduzierung Arbeitslosigkeit, Verhältnis Gewerbean-/ -abmeldungen

Tabelle 25: Akteursebenen und Indikatoren im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“

Akteurs-Ebenen	Ressourcen-Effizienz/ Umwelentlastung	Regionale Wertschöpfungsketten	Kreislauf-Wirtschaft	Bedarfsger./öko. Produkte/Dienstleistg.	Umwelt/ sozial-verträgliche Verfahren/Prozesse	Service/ Reproduktion	„Grüne Märkte“	Prozessstrukturen/ Regional-/ Wissensmanagement Partizipation
<b>Branchen/ Standorte/ Netzwerke/ Verbünde</b>					Vollbeschäftigungsgrad; Ausnutzungsgrad der vermietbaren Flächen; Anzahl der Patente/Jahr; Anzahl zertifizierter Unternehmen (ISO 9000 ff); Jahre der Mietpreisstabilität für Existenzgründer; prozentuale Betriebskostenstabilität; Anzahl Behinderten-, Ausbildungs-, Frauenarbeitsplätze.			
<b>Einzelwirtschaftlich</b>	Reduzierung des nicht verwertbaren Abfalls in %; Reduzierung des Wasserverbrauchs in %; Reduzierung des Stromverbrauchs in %; Reduzierung des CO <sub>2</sub> -Ausstoßes in %;				Anzahl der Öko-Auditierungen in Unternehmen, Anteil der Beschäftigten/des Ressourcenverbrauchs ders., Reduzierung der meldepflichtigen Arbeitsunfälle; Unternehmen mit regelmäßiger Umweltberichterstattung, Anwendung von Verhaltenskodizes			Betriebsinterne Information/Weiterbildung zu Umweltthemen, Ausgaben für Umweltschutz

Tabelle 25 (Forts.): Akteursebenen und Indikatoren im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“

### 6.2.3 Auswertung des Workshops

Die Zielgruppe des Workshops setzte sich aus den in den Interviews angesprochenen Akteuren und Akteursgruppen zusammen, wobei die Hauptintention darin bestand, den in den teiloffenen Einzelgesprächen begonnenen Dialog fortzusetzen und ihn in einen ersten stadtweiten Akteursdialog zu überführen. Mit einer Teilnahme von 11 Akteuren aus unterschiedlichen Handlungsebenen (von über 30 Eingeladenen) wurde eine dem Startcharakter des Workshops durchaus gerechte, arbeitsfähige Akteursbeteiligung erreicht.

Inhaltlicher Ausgangspunkt für eine leitbildorientierte Diskussion war die Darstellung des Handlungsfeldes „Nachhaltiges Wirtschaften“ i. S. der in Kap. 5.1 vorgenommenen Konkretisierung.

In der Diskussion der Erhebungsergebnisse (vgl. die Tabellen „Akteursebenen und Themenbereiche für Leitbilder im Handlungsfeld Nachhaltiges Wirtschaften“ und „Akteursebenen und Indikatoren im Handlungsfeld Nachhaltiges Wirtschaften“) lag ein deutlicher Schwerpunkt auf den stadtweiten Leitbildern, der in einer Arbeitsgruppe im Anschluss an die Plenumsrunde vertieft werden konnte. Zwar fanden sich insbesondere unternehmerisch erfahrene Akteure in den Leitbildelementen wieder und bestätigten diese, angesichts der Fülle des Materials war es zeitlich jedoch nicht möglich, zu einer vertieften Erörterung einzelner Leitbildelemente oder Indikatoren(sets) zu kommen.

Eine besondere Rolle dabei spielte offensichtlich die Teilnehmerstruktur des Workshops. So waren trotz breiter und gezielter Einladungen Akteure der einzelwirtschaftlichen Ebene nicht anwesend. Alle anderen Akteursebenen waren zwar vertreten, jedoch nicht in der genügenden „kritischen Masse“, die für einen Erfahrungsaustausch und einen darauf bezogenen funktionalen Transfer auf die Ebene einer stadtweiten nachhaltigen Wirtschaftspolitik notwendig gewesen wäre.

Gleichzeitig macht es schon in der Befragung festgestellte große Bandbreite unterschiedlicher Akteure schwer, das Handlungsfeld im Hinblick auf gemeinsame Leitbilder und Indikatoren zu strukturieren. Auf das Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" mit seinen regionalwirtschaftlichen, leistungsprozessbezogenen und strukturellen Themenbereichen scheint es bisher noch keinen ganzheitlich ausgerichteten Blick zu geben, der einen Diskurs über das "eigene" Themenfeld hinaus ermöglichen würde.

Ein solchermaßen inhaltlich und strukturell vielschichtiges Akteursfeld erfordert, um den Anspruch einer bedarfsorientierten "Bottom-up"-Partizipation einzulösen, eine integrative Leitorientierung (statt einzelner etwa technologiebezogener Leitbildfragmente) und zielgruppenspezifische, akteursfeldbezogene Formen des Dialoges und Erfahrungsaustausches. Über ein solches Vorgehen kann es dann auch gelingen, insbesondere die unternehmerisch tätigen Akteure zu erreichen und sie für Leitbilddialoge zu motivieren.

Die Erfahrungen im Workshop belegen einen hohen Bedarf an zielgruppenspezifischen Dialogformen, in denen Akteure themen- bzw. aktionsfeldbezogen zusammengeführt und damit partizipative Arbeitsstrukturen für einen praxisbezogenen Leitbilddiskurs aufgebaut werden können. Auf diese Weise könnte ein stadtweiter Orientierungsrahmen für „Nachhaltiges Wirtschaften“ konkret gefüllt und darin die vielfältigen Aktivitäten von Akteuren aufgehoben und ausgerichtet werden.

Jedenfalls konnte im weiteren Verlauf des Workshops innerhalb einer Arbeitsgruppe in einem "Top-down"-Blick auf das Handlungsfeld ein erster Dialog darüber stattfinden, welche Leitbilder aus der Sicht dieser Akteure für die Stadtregion Berlin relevant sind.

Als Voraussetzung der Leitbildentwicklung wurde in der Diskussion einhellig eine Analyse der Stärken und Schwächen der regionalen Wirtschaft eingefordert, die bisher sowohl stadtweit als auch regionsbezogen nicht in ausreichend differenzierter Form vorhanden sei. In diesem Zusammenhang wurde der regionalwirtschaftliche Ansatz ausdrücklich unterstützt, demzufolge Berlin mit seinem Umland als Stadtregion und damit als regionaler Handlungsraum „Nachhaltigen Wirtschaftens“ zu begreifen sei.

Neben der allgemeinen Anforderung, zunächst Leitsätze einer nachhaltigen Entwicklung Berlins – "10 Gebote der nachhaltigen Entwicklung Berlins" – als Orientierungsrahmen aufzustellen, wurden folgende Leitbildideen in der Arbeitsgruppe diskutiert:

<b>Handlungsfeld- übergreifende Leitbilder</b>	<b>Themenspezifische Leitbilder</b>	<b>Strukturelle/ Querschnitts- Leitbilder</b>
„Berlin – die Fahrradstadt“ „Stadt in Bewegung“ „Autofreie Stadt“	„Energetische Selbstversorgung der Region“ „Solar-Hauptstadt“	„The-life-long-learning-city“ „Stadt des Wissens“
„Kompetenzzentrum für zukunftsfähiges Bauen und Wohnen	„Service-Standort Berlin“	„Bildung und Forschung zu Nach- haltigkeit“ „Standortfaktor Bildung“
„Region des nachhaltigen Konsums“	„Region der Selbstversorgung“	
Vernetzte Region „Zukunftsfähiges Berlin“ „Dynamisch vernetzte Region“	„Dienstleistungsmetropole“ „Nachhaltige Dienstleistungsgesell- schaft“	„Berlin – das Lernfeld für Nach- haltiges Wirtschaften“

**Tabelle 26: Vorstellungen der Akteure im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ zu Leit-  
bildern**

Die in dieser Tabelle dargestellten Leitbilder setzen sich zum einen aus den auf den Pinnwänden aufgeführten, explizit stadtweiten Leitbildern zusammen, die aus den Expertengesprächen generiert werden konnten. Zum anderen sind die in der Arbeitsgruppe ergänzten bzw. modifizierten Leitbildideen kursiv hervorgehoben.

Die Diskussion dieser Leitbildpalette war nicht darauf ausgerichtet, eine Auswahl unter den vorgestellten Leitbildern zu treffen, sondern sollte diese Leitbilder entweder präzisieren bzw. modifizieren oder um neue ergänzen.

So wurde eine weitere Operationalisierung des bekannten Leitbildes „Dienstleistungsmetropole“ unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit gefordert: Neue und schon vorhandene Formen von Dienstleistungen müssten unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten wie soziale, neue technische und handwerkliche sowie arbeitsintensive Dienstleistungen ausgewählt und in den Mittelpunkt einer neuen „Nachhaltigen Dienstleistungsgesellschaft“ gestellt werden.

Das Thema "Nachhaltige Bildung" wurde i. S. einer populären Vermittlung von Bildungsinhalten als "Standortfaktor" für "Nachhaltiges Wirtschaften" begriffen und "Bildung, Wissenschaft und Forschung zu Nachhaltigkeit" als Querschnittsorientierung im Handlungsfeld eingefordert.

Berlin als "Lernfeld für Nachhaltiges Wirtschaften" weist darüber hinaus auf die Schaffung der strukturellen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für vernetztes Lernen und Experimentieren und damit zugleich auf eine handlungsfeldübergreifende "vernetzte Region" hin.

Das modifizierte Leitbild „Dynamisch vernetzte Region“ setzt neue Akzente einer standortübergreifenden Außenorientierung wirtschaftlichen Handelns in der Region, in deren Mittelpunkt ein entwicklungsfähiger Such- und Vernetzungsprozess stehen könnte, dessen Akteure sich als regionale Wirtschaftssubjekte mit regionsübergreifender Außenorientierung verstehen könnten. Dazu müssten Aktivitäten ausgelöst werden, um

- die Inhalte von Wirtschaftsbeziehungen in der Region zu klassifizieren und deren Verknüpfungsmöglichkeiten näher zu bestimmen,
- zu einer darauf gegründeten stärkeren Vernetzung von regionalen Akteuren und vorhandenen Netzwerken unterschiedlichster Ausrichtung und Prägung zu kommen,
- die Andockstellen für regionales und überregionales wirtschaftliches Handeln zu identifizieren und für „Nachhaltiges Wirtschaften“ zu operationalisieren.

Zusammenfassend kann im Ergebnis dieser ersten Leitbilddiskussion mit ausgewählten Akteuren im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ Folgendes festgehalten werden:

- Von einer partizipativen Leitbilddiskussion in diesem regionalen Handlungsfeld versprechen sich die Akteure unmittelbare Effekte wie verbesserte Informationsgewinnung zur Handlungsorientierung und eine stärkere Beteiligung bzgl. ihrer Interessenlagen.
- Mit der starken Ausrichtung der Akteure auf strukturelle bzw. querschnittsbezogene Leitbilder werden deutliche Erwartungen an die Stadtpolitik zur Schaffung von Rahmenbedingungen bspw. für Vernetzung, für Lernprozesse und die Ausgestaltung darauf bezogener Experimentierfelder sowie für Erfahrungs- und Wissenstransfer ausgesprochen. Diesen sollte – mit dem Blick auf die damit angesprochenen "weichen", systemischen Standortfaktoren – in weiteren zielgruppenspezifischen Leitbilddialogen entsprochen werden.
- Die ausgesprochen hohe Erwartung an stadtweite, handlungsfeldübergreifende Leitbilder etwa zu den Themen „Nachhaltiges Bauen und Wohnen“ oder in Bezug auf den Zusammenhang regionalen, selbstversorgenden Wirtschaftens mit "nachhaltigem Konsum" verdeutlicht nicht nur das bei den Akteuren vorhandene Zusammenhangsverständnis für eine nachhaltige Entwicklung. Es betont auch die Funktion stadtweiter Leitbilder und den engen Zusammenhang, in dem diese in Bezug auf einzelne Handlungsfelder stehen: keine "nachhaltige Bauwirtschaft" ohne Veränderung von Leitbildern vom Leben und Wohnen in der Stadt etc.

Dieser ausgeprägt integrativen Sicht der beteiligten Wirtschaftsakteure sollte ein stadtweiter Dialog über Leitbilder und Indikatoren folgen: Ganz i. S. einer integrierten Nachhaltigkeit könnten handlungsfeldbezogene, zielgruppenspezifische Dialoge etabliert und diese eng mit einem integrativen Strukturmodell und einem entsprechenden Vorgehen<sup>44</sup> zur Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie der Stadtregion Berlin verzahnt werden.

<sup>44</sup> Vgl. Kap. 7.2.3 und 7.5.

### 6.3 Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen"

#### 6.3.1 Akteursspektrum und Interviews

Ziel der Interviews war, eine Vielfalt von möglichen Positionen zu Visionen, Leitbildern und Indikatoren mit Bezug zum untersuchten Handlungsfeld als Diskussionsgrundlage für das weitere Vorgehen im Berliner Agendaprozess in Erfahrung zu erbringen. Durch die Auswahl einer stark differenzierten Akteursstruktur sollten zudem exemplarisch möglichst viele qualitative Aspekte des Handlungsfeldes "Nachhaltige Lebenswelten Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" Berücksichtigung finden. Aus der Vielzahl von bekannten Akteuren aus dem Umfeld der Agenda 21 wurden solche um ein Interview gebeten, die in einem Projekt oder Bereich aktiv sind, die mit dem Handlungsfeld oder Teilbereichen davon in direkter Verbindung stehen. Dabei wurde darauf geachtet, Akteure, die auf unterschiedlichen stadtpolitischen Ebenen tätig sind, sowie Akteure, die unserer Vermutung nach Expertenwissen zu verschiedenen Aspekten des Handlungsfeldes besitzen, zu berücksichtigen. Die Auswahl weiterer Interviewpartner kam zudem dadurch zustande, dass sie in bereits geführten Interviews als relevante, zu befragende Akteure genannt worden waren. Dieses Verfahren zur Erweiterung des zu befragenden Personenkreises war von vornherein vorgesehen worden. Aufgrund des knappen Zeitrahmens und der Schulferien konnten aber einige Akteure nicht mehr berücksichtigt werden.

Im Zeitraum vom 24. Juli bis zum 16. August 2000 wurden insgesamt 18 Interviews durchgeführt, eines davon als Doppelinterview. Die Aussagen der Interviewpartner wurden zeitgleich mitgeschrieben und anschließend den Fragen im Interviewleitfaden zugeordnet und ausgewertet.

Die Interviewpartner lassen sich nach den Organisationen, in denen sie zum Zeitpunkt des Interviews tätig waren, in folgende Gruppen einteilen:

Akteure	Senatsverwaltung	Universitäten	NGOs, Freie Träger	Wirtschaft
Anzahl	2	6	8	2

Bei den unter Universitäten geführten Personen handelt es sich um Akteure, die an der Freien Universität Berlin und der Technischen Universität Berlin in der Forschung tätig sind. Unter NGO und Freie Träger werden alle Akteure verstanden, die bei unabhängigen Projektträgern, Instituten und anderen Einrichtungen tätig sind, die meisten davon in projektorientierten Vorhaben.

Interessant für die Frage nach gesamtstädtischen Berliner Leitbildern erscheint auch die Zuordnung der Akteure nach der Ebene, auf der sie tätig sind:

Tätigkeits-ebene	Gesamtstadt (mit Senatsverwaltungen)	Bezirk/Kiez	Forschung	bundesweit/übergreifend	nicht zuordenbar
Anzahl	7	4	3	2	2

Die Interviews wurden alle im persönlichen Gespräch, in der Regel am Arbeitsplatz des Akteurs, durchgeführt. Die Interviewdauer betrug im Durchschnitt 45 min. Alle Teilnehmer zeigten sich sehr kooperativ, einige stellten zur näheren Erläuterung ihrer Aussagen zusätzlich schriftliches Material zur Verfügung. Dieses wurde bei der direkten Auswertung der Interviews nicht mitberücksichtigt, floss jedoch in die Literaturlauswertung und die Zusammenstellung von Leitbildern und Indikatoren für den Workshop mit ein.

Nicht alle Akteure konnten mit konkreten Leitbildvorstellungen aufwarten, in diesen Fällen wurden die Gespräche frei geführt und Leitbilder im Interview erschlossen. Es zeigte sich jedoch, dass alle Befragten über Leitbilder, Leitlinien oder Visionen für ihre Arbeit und ein zukünftiges Berlin verfügten, auch wenn sie nicht sofort als solche benannt oder identifiziert wurden.

Die im Leitfaden vorgesehene Frage nach dem Ist-Stand, d. h. nach bestehenden Visionen, Leitbildern oder Zielen nachhaltiger Entwicklung in der eigenen Arbeit, erwies sich in der Regel als ergiebig. Es gelang vielen Akteuren, die ihrer Arbeit zugrunde liegende Visionen oder Leitideen in Form von knappen "leitbildartigen" Aussagen zusammenzufassen. Diese wurden in der Regel über Leitlinien und Ziele erläutert. Diese Aussagen sind natürlich jeweils eng an das Tätigkeitsfeld des Interviewpartners geknüpft.

Bei den Fragen nach allgemeinen Problemfeldern bzw. vordringlichen Handlungsbereichen (sowie entsprechenden Leitbildern und Zielen) für die Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung in der Stadtregion Berlin zeigte sich, dass die Akteure eine sehr differenzierte Wahrnehmung der Erfordernisse des Berliner Agendaprozesses besitzen, die Zahl der explizit benennbaren Leitbilder jedoch weitaus geringer ist.

### **6.3.2 Zielvorstellungen und Indikatoren in den Handlungsräumen der Akteure**

Die Ergebnisse der Befragungen der Akteure bildeten die Basis für eine Zusammenstellung von Leitbildern, Leitlinien und Indikatoren in tabellarischer Form, die auch als eine einführende Diskussionsgrundlage den Workshopsteilnehmern zur Verfügung gestellt wurde.

Dabei wurde versucht, die mehr oder minder konkreten Aussagen der Akteure entsprechend der von uns gewählten Leitbild-Indikatoren-Systematik strukturiert nach Leitbild (mit Leitidee und -motto), Leitsätzen, Qualitäts-/Handlungszielen und Indikatoren/Nachhaltigkeitskriterien tabellarisch zu gliedern. Wo möglich bzw. erforderlich, wurden einzelne Punkte aus der Literatur ergänzt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit konnten nicht alle in den Interviews genannten Aspekte im Handlungsfeld aufgeführt werden.

Die folgenden Tabellen verstehen sich als Anregung für notwendige Diskurse in diesem Handlungsfeld. Sie geben primär Aussagen der Interviewpartner wieder und erheben somit nicht den Anspruch, eine repräsentative oder umfassende Auswahl von Leitbildern und Indikatoren abzubilden.

Tabelle 27 enthält Leitbilder und Leitsätze sowie Hinweise zu Indikatoren. In Tabelle 28 wird der Zusammenhang zwischen Zielvorstellungen und Indikatoren hergestellt, indem die Indikatoren einer Zielhierarchie zugeordnet werden.

Kennzeichnend für diese Zusammenstellung ist, dass nur wenige "echte" Leitbilder existieren und die Akteure ihre Vorstellungen vielfach über Handlungsziele und Maßnahmen formulieren.

ten. Auch wurden nur wenige Indikatoren genannt, bei der überwiegenden Zahl handelt es sich um Ergänzungen aus der Literatur. Dies weist auf die Notwendigkeit eines breit angelegten intensiven Dialogs sowohl innerhalb einzelner Akteursgruppen als auch ebenen- und gruppenübergreifend mit dem Ziel der Verständigung über Inhalte und Ziele im Handlungsfeld "Nachhaltige Lebenswelten Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" hin. Anders als im Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" bleibt hier in viel stärkerem Maße zu klären, welche funktionalen Anforderungen aus lokaler Sicht (Kiez bzw. Bezirk) an stadtweite Leitbilder und Indikatoren bestehen und welche aktionsfeldübergreifenden Anforderungen an ein stadtweites Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" existieren.

<b>Bildung</b>	<b>Jugend</b>	<b>Ernährung, Gesundheit und Lifestyle</b>	<b>Veränderung der Arbeitswelt</b>	<b>Geschlechtergerechtigkeit</b>
Globales Lernen	Freiräume schaffen	Reflexive Lebensführung	Vom Dogma der Vollerwerbsarbeit zur Solidarökonomie	Geschlechtergerechtigkeit ist Querschnittsaufgabe
Bildung für eine nachhaltige Entwicklung J1	Partizipation von Kindern + Jugendlichen (gesell. Planungen und Prozessen) J2	Ökolandbau als Synonym für neuen Lifestyle J4	Perspektive „Mischarbeit“	Geschlechtergerechtigkeit ist Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung
Lebenslanges Lernen	Berücksichtigung der Belange Kinder u. Jugendlicher (bei Planungen u. Vorgängen)	Wiederentdeckung der Region bei der Ernährung J5	Pluralisierung des Arbeitsbegriffes und der Ökonomie J8	Gleichberechtigte Partizipation an Planungs- und Entscheidungsprozessen J10
Von der Zukunft aus die Gegenwart denken und gestalten	Öffentlichmachung der Bedürfnisse u. Rechte Kinder und Jugendlicher	Global denken, lokal essen/ Wochenmarkt statt Weltmarkt J6	Freiräume für soziale Innovation des Erwerbslebens	Geschlechtsdifferente Wahrnehmung und Förderung Kinder und Jugendlicher
Erwerb von Gestaltungs- und Problemlösungskompetenz	Bildung sozialer Netzwerke zur Entlastung v. Familien	Ausgewogene Ernährung J7	Umverteilung und Veränderung der Erwerbsarbeit J9	Gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben J11 / J12
Vermittlung von Handlungsfähigkeit	Qualifizierte Bildungs-, Ausbildungs- u. Erwerbsmöglichkeiten J3	Erfahrung von nachhaltigen Lebensstilen ermöglichen	Durchlässigkeit zwischen Arbeit und Privat- und Non-profit-Bereichen	
Aktivität statt Reaktivität entwickeln	Lifestyle „Junges Wohnen“ im städt. Ballungsraum	Schaffung von persönlichen Bezügen Verbraucher-Erzeuger	Chancengleichheit und Empowerment	
Interdisziplinarität statt Fachorientierung	Forcierung stadtgebundenen nachhaltigen Freizeitverhaltens	Angepasste und bedarfsorientierte Angebotsstrukturen für nachhaltige Lebensweisen	Kompetenzerwerb und Kompetenzerhalt bei Arbeitslosen	
Ermächtigung (Bildung schafft die Möglichkeit, Bedürfnisse wahrzunehmen und zu reflektieren)	Neue Konzepte v. verträgl. Mobilität für Jugendliche	Solar Lifestyle	Arbeit und Nachbarschaft / Lokale Partnerschaft	
Geschlechtsspezifischen Rollenklischees entgegenwirken	Abschied von der Vorstellung des idealistischen Jugendlichen		Aufhebung der Segmentierung zw. Jugend, Senioren und Arbeitenden	

**Tabelle 27: Leitbilder und Leitsätze aus Interviews und Literatur (Auswahl), gegliedert nach Themenfeldern  
(Die Ziffern J1, J2, ... beziehen sich auf die Indikatorenbeispiele der Tabelle 28.)**

	Themenfeld	Leitbild/Leitsatz	Handlungs-/Qualitätsziel	Maßnahme	Indikator/Kriterium
J1	Bildung	Bildung für eine nachhaltige Entwicklung	Integration v. LA 21-Themen in Curricula	Veränderung der Curricula	Vorkommen v. Themen u. Methoden in den Curricula
J2	Jugend	Kinder- und jugendfreundliche Stadt	Partizipation von Kindern und Jugendlichen	Verfahren der Beteiligung von Jugendlichen, die die entwicklungsbedingte Verlagerung von Interessen berücksichtigen: Szenariotechniken; Planning-for-real; Round-table-talks	Jugendbezogene Indikatoren im Sozialstrukturatlas
J3		Qualifizierte Bildungs- Ausbildungs- u. Erwerbsmöglichkeiten		Städtische und bezirkliche Ausbildungsförderungsprogramme	Verhältnis arbeitsloser 16–25-Jähriger zu Beschäftigten derselben Altersgruppe
J4	Ernährung, Gesundheit und Lifestyle	Ökolandbau als Synonym für neuen Lifestyle	Ausweitung der Produkte aus ökologischem Landbau	Bio/Ökoprodukte in direkte Konkurrenz zu konventionellen Produkten bringen	ökologisch bewirtschaftete Fläche in 1000 ha
J5		Wiederentdeckung der Nähe beim Essen	Verkürzung der Produktwege	Stärkung regionaler Absatzstrukturen	Mittlere Transportweite von Nahrungs- und Futtermitteln im Straßengüterverkehr in km
J6		Wochenmarkt statt Weltmarkt	Direktvermarktung von Lebensmitteln aus der Region		Markttag pro Woche
J7		Ausgewogene Ernährung	Reduktion des Fleischverbrauchs		Fleischverbrauch kg/Person und Monat
J8	Veränderung der Arbeitswelt		Anerkennung der Reproduktionsarbeit	Schaffung von Teilzeitstellen (1/2 Stellen)	% Teilzeitarbeitender/Gesamtarbeitsbevölkerung; % Teilzeitarbeitender Männer/ Gesamtarbeitsbevölkerung
J9			Vereinbarkeit und Gleichverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit	Tauschringe/Nachbarschaftshilfe etc. als Formen der alternativen Erwerbsarbeit	Aktive Mitglieder in Tauschringen
J10	Geschlechtergerechtigkeit	Gleichberechtigte Partizipation an Planungs- und Entscheidungsprozessen	Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil	Gleichstellungsgesetzgebung; Quoten	Anteil von Frauen in Leitungspositionen öffentlicher Dienst; Anteil von Frauen in Entscheidungs- und Beratungsgremien der Stadt
J11		Gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben	Gerechte Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männer und Frauen		Anteil von Frauen an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Verhältnis bezahlte/unbezahlte Arbeit nach Geschlecht
J12			Beeinflussung der Muster der geschlechtsspezifischen Berufswahl		Berufswahlverhalten Mädchen/Jungen

**Tabelle 28: Ziele, Maßnahmen und Indikatoren (Beispiele) in den Themenfelder**

### 6.3.3 Auswertung der Interviews und des Workshops

Für den Prozess der Berliner Lokalen Agenda 21 kristallisierten sich eine Reihe von Themen als besonders vordringlich heraus, zum einen durch die Häufigkeit der Nennungen in verschiedenen Zusammenhängen, zum anderen, weil sie direkt als vordringliche Themen für den Berliner Prozess angeführt wurden. Im Großen und Ganzen bestätigte sich die nach den ersten Interviews vorgenommene thematische Eingrenzung des betrachteten Handlungsfeldes (vgl. Kap. 5.2). In den Gesprächen ergaben sich zugleich, insbesondere über das Stichwort Lebensweisen, eine Vielzahl von weiteren Anknüpfungspunkten und Themen. Die Gesamtheit der genannten Themen lässt sich sieben Feldern zuordnen: Ernährung, Gesundheit und Lebensstil, Veränderung der Arbeitswelten, Bildung, Jugend, Geschlechtergerechtigkeit, Mobilität und Freizeit sowie Wohnen. Im Folgenden werden beispielhaft Zielvorstellungen der Akteure in diesen Themenfeldern dargestellt.<sup>45</sup>

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Themenfelder Mobilität und Freizeit sowie Wohnen nicht in dem gleichen Maße weiterverfolgt wurden wie die anderen Themenfelder. Beide konnten nur querschnittsartig, d. h. soweit sie im Rahmen der anderen Themenfelder berührt wurden, betrachtet werden. Den Autoren ist bewusst, dass es sich hierbei um zwei unverzichtbare und entscheidende Themenfelder handelt, die für die Umsetzung nachhaltiger Lebensweisen eine große Rolle spielen. Zum einen werden diese jedoch seit längerem intensiv diskutiert und sind Gegenstand einer Vielzahl von neueren Untersuchungen, zum anderen hätte eine ausführliche Betrachtung den Rahmen und die Kapazitäten des Projektes gesprengt.

#### Ernährung, Gesundheit und Lifestyle

Als übergreifendes Leitbild nachhaltiger Lebensstile wurde das eines „verantwortlichen Konsums“ genannt. Mit der Forderung nach dem „verantwortlichen Konsumenten“ in Verbindung mit dem „verantwortlichen Unternehmen“ umfasst es sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite. Konsum sollte über *ökologisch-soziale Kriterien* in Richtung nachhaltiger Konsummuster gesteuert werden.

Ernährung wurde im Zusammenhang mit dem Handlungsfeld mehrfach beispielhaft als ein Themenfeld mit signifikant hohem (nicht nachhaltigem) Umweltverbrauch angeführt, in dem für die privaten Haushalte ein relevanter Einfluss- und Gestaltungsspielraum besteht. Zugleich wird in der Bevölkerung in Verbindung mit dem Thema Gesundheit, nicht zuletzt durch die Zunahme von Allergien, diversen Lebensmittelskandalen u. v. m., eine hohe Sensibilität vermutet.

Häufig genannt wurde die *Stärkung regionaler Produkte*, als Focus gleich mehrerer Interessen: die Schaffung und der Erhalt von *regionalen Arbeitsplätzen*, die Durchsetzung von *ökologischen Vorteilen* oder die regional-ökonomische und soziale *Anbindung der Region an Berlin* (z. B. über die *Schaffung von persönlichen Beziehungen zwischen Verbrauchern und Erzeugern*). Über das Stichwort „gesunde Ernährung“ wurde ein Zusammenhang zu Fragestellungen des ökologischen Landbaus und dessen Vermarktung hergestellt. Eine Besetzung dieses Themas wird für den Agenda-21-Prozess als ein erfolgversprechender

<sup>45</sup> Zitate aus den Interviews sind kursiv gesetzt.

Anknüpfungspunkt gesehen, da sich der ökologische Landbau weitestgehend für die Vereinbarkeit ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange in all ihren Dimensionen einsetzt. Unter anderem wurde dafür seine regionale Ausrichtung angeführt und angeregt, „*Ökolandbau als Synonym für einen neuen nachhaltigen Lifestyle*“ beim Verbraucher zu verankern. Gelänge es, eine gesunde Ernährung mit Nahrungsmitteln aus ökologischem Landbau als Komponente eines neuen "Way of Life" zu etablieren, gewänne der ökologische Landbau demnach Vorbildfunktion als Impulsgeber für eine gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der Agenda 21. Allerdings müsste eine *positive Besetzung „nachhaltiger“ Angebote* beim Verbraucher u. a. durch höhere Qualität erreicht werden und biologisch bzw. ökologisch hergestellte Produkte müssten verstärkt in *direkte Konkurrenz zu konventionellen Produkten* gebracht werden, d. h. über erweiterte und neue Vertriebswege *ihre Nische verlassen*.

In eine ähnliche Richtung gehen Vorschläge, *Alternativen zum „normalen“ Lifestyle* anzubieten. Dies könnte über zwei Wege geschehen: Zum einen über die *Verbindung von Nachhaltigkeit mit sich wirtschaftlich selbsttragenden Projekten*, und zum anderen über die *Verknüpfung von alltäglichen Handlungen/Situationen mit Aspekten nachhaltiger Entwicklung* (Küchengeräte auf Solarbasis, etc.). Von solchen alltäglichen Nachhaltigkeitsvorbildern würde nach Einschätzung eines Akteurs u. U. eine viel größere Wirkung ausgehen als von spektakulären Events und Kampagnen. Informationen über nachhaltigere Verhaltensweisen könnten so durch praktische Präsenz (*durch die „Hintertür“*) ohne die Notwendigkeit von ausgefeilten Leitbildern und Indikatoren an die Bevölkerung herangebracht werden.

Für Berlin und die Region wird im Zusammenhang mit Lebensstilen und Konsummustern auch das Handlungsfeld Verkehr – mit den für private Konsum- und Lebensweisen entscheidenden Problemfeldern allgemeines Mobilitätsbedürfnis, verkehrsintensive Naherholungsformen und Tourismus – als besonders vordringlich gesehen. Beispielhaft wurde die Benachteiligung weniger mobiler (nicht motorisierter) Bevölkerungsgruppen als ein mit Mobilitäts- und Flächenmanagement verknüpft soziales Problem genannt.

Einschränkend wurde allerdings auf die Komplexität der Funktionen des individuellen Konsumverhaltens hingewiesen. Konsum erfülle *neben der Funktion der Bedürfnisbefriedigung Funktionen der Selbstinszenierung, der Identitätsbildung oder der sozialen Abgrenzung* (Statusbildung). Einmal in bestimmte Konsummustern eingetreten, sind diese für die Verbraucher sehr stark bindend. Sollen Veränderungen hin zu einem bewusst nachhaltigeren Konsumverhalten erreicht werden, stellt sich die *Frage nach den Ersatzleistungen*, die für diese Nebenfunktionen von Konsum angeboten werden müssen.

### **Veränderung der Arbeitswelten**

Von einigen Interviewpartnern wird angenommen, dass ein, wenn nicht der entscheidende Faktor der zukünftigen Ausgestaltung von Lebensstilen die sich bereits heute abzeichnenden Veränderungen der Arbeitswelt sind. *Flexibilisierung* (Arbeitszeiten; Organisationsformen; Arbeitsorte), *Pluralisierung*, *Teilzeitarbeit*, *Jobsharing* und die *Aufwertung von Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit* werden sich in Zukunft tiefgreifend auf alle Lebensbereiche auswirken. Dazu sollte neben der *Aufwertung der „Reproduktionsarbeit“*

auch eine Aufwertung der Bedeutung der Frauen für die Entwicklung der Erwerbsarbeit gehören (Geschlechtergerechtigkeit). Den durch die Flexibilisierung der herkömmlichen Erwerbsarbeit gegebenen Chancen für die Ausgestaltung neuer Lebensstile stehen dabei eine Reihe von Faktoren entgegen (verringerte Planbarkeit; Verknappung der Reproduktionszeit; Überforderung des persönlichen Zeitbudgets ...), die zukunftsfähiges Verhalten eher erschweren. So wird von einem Interviewpartner angenommen, dass die *Veränderung der Erwerbs- und gesellschaftlichen Arbeit zu Verschlechterungen der Bedingungen für die Umsetzung von ökologischen und nachhaltigen Verhaltensmustern* führen wird.

Angesichts dieser Umbrüche sind Strategien und Leitbilder erforderlich, um trotz oder gerade wegen der veränderten Bedingungen nachhaltige Lebensweisen zu unterstützen. Die Gestaltung der *Zukunft der Arbeit* wird deshalb als eine der zentralen Voraussetzungen die Umsetzung der Möglichkeiten einer nachhaltigen Lebensführung beschrieben.

Ein Interviewteilnehmer forderte, dass im Zuge einer fortschreitenden *Auflösung der Vollerwerbengesellschaft* Freiräume für *soziale Innovationen des Erwerbslebens* geschaffen werden sollten. Zum einen wird die Notwendigkeit einer *gerechteren Verteilung der vorhandenen Arbeit* gesehen (*Chancengleichheit und Umverteilung*), zum anderen wird gefordert, die *Durchlässigkeit* zwischen bzw. die *Gleichberechtigung von Arbeit, Privat- und Non-profit-Beschäftigungen* zu stärken. Dieses wird von einem Gesprächsteilnehmer in das Leitbild der „*Mischarbeit*“<sup>46</sup> und der „*Pluralisierung des Arbeitsbegriffes*“ gefasst. Analog zur Aufhebung der starren Trennung von Erwerbsarbeit und anderen Bereichen des Lebens wird auch eine Verringerung der *Segmentation zwischen Jugend, Senioren und Arbeitenden* gefordert. Als allgemeine Tendenz wird von den Gesprächsteilnehmern im Akteursfeld von einer wachsenden Freiheit in der Ausgestaltung der eigenen Erwerbsspektive ausgegangen, die zugleich eine gestiegene Eigenverantwortlichkeit in bezug auf soziale Absicherung und Altersversorgung erfordert. Hier wird als Ziel die Schaffung von „*gedanklichen Räumen*“ und *physischen Örtlichkeiten* für „*neue*“ *Perspektiven der Existenzsicherung und der sozialen Absicherung in Form von Netzwerken und Gemeinschaften* unabhängig von der geldbasierten Ökonomie vorgeschlagen. Für Jugendliche wie Erwachsene gilt dabei gleichermaßen, dass die Möglichkeit, Erfahrungen abseits des Zwanges zu einem erfolgreichen, makellosen arbeitsbiografischen Weg zu erwerben und *das Einnehmen verschiedener Rollen und Kennenlernen verschiedener Wahrnehmungshorizonte* die gesellschaftliche Diskussion über neue Lebensstile und Formen der Lebenssicherung erleichtern würde.

Als Beispiel einer von der Geldökonomie losgelösten Form der Bedürfnisbefriedigung wurden von drei Interviewteilnehmern Tauschringe genannt. Sie stehen für ein grundsätzlich neues Verhältnis von Arbeit und Leben, das in Zeiten steigender Erwerbsarbeitslosigkeit als Zukunftsstrategie vorgeschlagen wird. Kopf- und Handarbeit, Frauen- und Männerarbeit, so genannte "weniger qualifizierte Arbeit" und höher qualifizierte Arbeit werden neu eingeordnet. Die übliche Existenzsicherung durch Erwerbseinkommen wird in den Tauschringen ergänzt um eine Existenzsicherung, die sich auf soziale Beziehungen, Vertrauen und Solidarität gründet.

<sup>46</sup> Näheres zum Begriff der Mischarbeit siehe Hans-Böckler-Stiftung 2000.

## Bildung

Bildung wird von den Interviewpartnern als eines der zentralen Handlungsfelder für die Umsetzung der Ziele der Agenda 21 eingeschätzt.

Dementsprechend wird die Einführung von agendabezogenen Themen bereits in Kindergarten und Vorschule für notwendig und sinnvoll erachtet und eine durchgehende Berücksichtigung dieses Themenkomplexes entlang des Bildungsweges von Kindern und Jugendlichen bis zum Schulabschluss bzw. Berufsstart gefordert.

Der Schwerpunkt der Aussagen der Interviewpartner liegt im Bereich der schulischen Bildung. Von den Interviewpartnern wurden dabei mehrere miteinander verknüpfte Ansatzpunkte genannt. Übergeordnetes Ziel ist es dabei, den Schülern zukunftsweisende Fähigkeiten (Kompetenzen) für eine sich rasch verändernde Lebensumwelt zu vermitteln. Die Schüler sollen in stärkerem Maße als bisher *die Fähigkeit erwerben, sich selbst und andere zu motivieren*, und befähigt werden, *Prozesse anzustoßen und Ziele umzusetzen*. Über die Vermittlung von Handlungsfähigkeit und Selbstverantwortlichkeit sollen die Schüler eine aktive Zukunftsgestaltung erlernen, d. h. im Sinne von Gestaltungskompetenz *von der Zukunft aus die Gegenwart zu denken und in der Gegenwart mit Hinblick auf eine veränderte Zukunft agieren zu können*. Sie sollen befähigt werden, die eigene Situation zu reflektieren und erlernen, Gestaltungsspielräume wahrzunehmen. Oder wie es ein anderer Interviewpartner formulierte: *Die gesellschaftliche Verantwortung für die Zukunft muss in der Schule thematisiert und praktiziert werden, was am besten über das Erfahren realer Verantwortung in Projekten gelingt*.

Im Zusammenhang damit steht auch die Vermittlung von möglichen Alternativen zu bestehenden Lebensstilen (*Lebenspluralismus*) und die Fähigkeit, mit der Verschiedenartigkeit von Lebensstilen umzugehen und Differenzen und Verschiedenheit zu ertragen.

Dies erfordert sowohl veränderte Lehrinhalte als auch neue innovative Unterrichtsformen. Hier wird das Leitbild *„Innovative Lernformen für eine nachhaltige Großstadt“* angeführt. Neben der Erweiterung von Themen der bestehenden Umweltpädagogik, z. B. um den Syndromansatz des WBGU<sup>47</sup>, wird die Stärkung von integrativen Themen wie z. B. soziale Gerechtigkeit, Eine Welt oder nachhaltige Stadtentwicklung für notwendig gehalten. Die Verankerung solcher, im Gegensatz zum isolierten Fachunterricht stehenden, querschnittsorientierten und interdisziplinären Unterrichtsinhalte erscheint dringend geboten. Eine *Modernisierung der Unterrichtsformen* zum einen, z. B. über *fächerübergreifenden und projektorientierten Unterricht*, und die *Einführung neuer Unterrichtsformen* zum anderen, z. B. von *Szenariotechniken, Planning-for-real u. ä.*, sind erforderlich. Partizipative Unterrichtsformen sollten an Bedeutung gewinnen, z. B. *indem in einem „Nachhaltigkeitsaudit“ durch Schüler an den Schulen der Ressourcenverbrauch, die Zukunftsfähigkeit der Bildungsinhalte und die Unterrichtsmethoden überprüft werden*. Als ein Beispiel solch innovativer Unterrichtsformen wurde das Berliner Projekt *"fifty-fifty – Energiesparen in Schulen"*<sup>48</sup> genannt.

<sup>47</sup> WBGU = Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“

<sup>48</sup> Zum Projekt siehe <http://www.ufu.de/>.

## Kinder und Jugendliche

Übereinstimmend erklärten mehrere Befragte die Motivation Jugendlicher zur Teilnahme an Agendaprozessen und die *Konkurrenz durch kommerzielle Angebote der Freizeitgestaltung und durch die Medien* zu einem der Hauptprobleme im Bereich Jugend und Agenda 21. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass Jugendliche nicht an politischen Prozessen generell desinteressiert sind, allerdings bei jeglichem Engagement sehr genau auf ihren persönlichen Nutzen schauen. Dieser muss sich nicht ausschließlich in materiellen Dingen ausdrücken, auch Spaß- oder Fungewinne stehen hoch im Kurs.

Die Aussagen der Interviewpartner konzentrieren sich dabei zum einen auf die Partizipation Kinder und Jugendlicher an sie betreffenden Planungen und Vorhaben und zum anderen auf neue Themenfelder und Formen der Vermittlung von Agenda-Inhalten. So wird angeregt, *Orte und Formen der Kommunikation von Kindern und Jugendlichen mit Erwachsenen über öffentliche Angelegenheiten* zu entwickeln sowie Kindern und Jugendlichen eine *verantwortungsvolle und aktive* Mitarbeit zu ermöglichen. Dadurch können sie in die Verantwortung hineinwachsen und lernen, engagiert und eigenverantwortlich zu handeln. Hierbei ist es erforderlich, entsprechend dem Entwicklungsstand der zu Beteiligten, geeignete Verfahren anzuwenden. Auch ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Kinder und Jugendliche entwicklungsbedingt eher kurzfristige Zeiträume überschauen können. Entscheidend ist die Herstellung von Gleichberechtigung und Glaubwürdigkeit. Die Mitarbeit der Kinder und Jugendlichen ist ernst zu nehmen; die Ergebnisse müssen konkreten Ausdruck finden und dürfen sich nicht auf eine Pro-forma-Beteiligung beschränken. Andernfalls führen die entstehenden Enttäuschungen zum Rückzug und zur vielbeklagten Politikverdrossenheit.

Auch wenn Jugendliche heute noch nicht zu den Hauptakteuren von umweltgefährdendem oder nicht nachhaltigem Verhalten, z. B. im Bereich Verkehr gehören, werden sie die *zukünftigen Akteure* sein. Deshalb ist es entscheidend, sie mit Alternativen bekannt zu machen und ihnen *Freiräume für Erfahrungen* zu bieten. Nur wenn sie heute mit möglichen Alternativen vertraut gemacht werden, werden diese später im konkreten Entscheidungsfall auch zu den selbstverständlichen Handlungsalternativen zählen. So wurde vorgeschlagen, *neue Konzepte für eine verträgliche Mobilität Jugendlicher* zu entwickeln, um Jugendliche in der Stadt im Idealfall zum Verzicht auf einen eigenen PKW, zumindest jedoch zu einem zeitweiligen, situationsabhängigen Umstieg auf andere Verkehrsmittel zu motivieren (z. B. Leitidee *Stattauto Junior*).

Ein weiteres Beispiel wurde im Feld Jugend und Wohnen mit der Entwicklung von Alternativen zum tradierten Wunschbild eines Eigenheims im Grünen, mit seinen im Vergleich zu anderen Wohnformen besonders hohen Ressourcen- und Flächenbelastungen, genannt. Ein Vorschlag für ein noch zu spezifizierendes Leitbild war in diesem Zusammenhang *„Junges Wohnen im städtischen Ballungsraum“*.

Eine Möglichkeit, Agenda-Inhalte zwanglos zu transportieren, wird in der Besetzung von bestehenden populären urbanen Events und Veranstaltungen (Love-Parade, Bladenight, etc.) unter dem Zeichen der Nachhaltigkeit gesehen. Ebenso ließen sich eine Vielzahl von neuen (Marketing-) Veranstaltungen kreieren, über die jeweils bestimmte Aspekte nachhaltigen Verhaltens quasi nebenbei bekannt gemacht werden könnten.

### **Geschlechtergerechtigkeit**

Die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit ist ein Querschnittsthema, das in alle Bereiche der Gesellschaft hineinreicht. Von einigen Interviewpartnern wird deshalb die grundsätzlich gleichberechtigte Berücksichtigung aller Belange von Frauen gefordert, denn eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 kann nur dann verwirklicht werden, wenn die Gleichstellung von Frauen und Männern vollzogen wird. Dies erfordert ihrer Einschätzung nach in erster Linie zunächst eine Bewusstmachung der Problematik, da Fragen der Geschlechtergerechtigkeit in den meisten Zusammenhängen nicht mitgedacht werden und nicht präsent sind. Dies ist zum Teil auch auf den besonders hohen Verknüpfungsanspruch von Fragen der Geschlechtergerechtigkeit zurückzuführen.

Die feminine Perspektive wird nach wie vor als in der Agendadiskussion unterrepräsentiert angesehen. Eine Ausnahme bilden in letzter Zeit die Forschungen zur Veränderung der Arbeitswelt, da hier ein Vordringen von bisher als eher weiblich eingestuften Arbeits- und Lebensmustern zu verzeichnen ist.

Das zentrale Problem stellt hier allerdings das bestehende Missverhältnis in der gesellschaftlichen Wertschätzung von bezahlter und unbezahlter, zum größeren Teil von Frauen durchgeführter Arbeit dar.

Es wird befürchtet, dass sich mit der Betonung der ökologischen und ökonomischen Komponenten nachhaltiger Entwicklung eine Fortschreibung bestehender Gender-Rollen vollzieht. Ökologisch relevante Verhaltensänderungen im privaten Bereich, z. B. beim Einkaufs- und Konsumverhalten, betreffen vielfach den Aufgabenbereich von Frauen – hier ist die Gefahr einer *Feminisierung der Verantwortung* gegeben. Zusätzliche Anforderungen im Bereich der Reproduktionsarbeit durch das Bemühen, sich "nachhaltiger" zu verhalten, können leicht zu einer Überlastung, nicht nur von Frauen, führen. Deshalb wird eine Veränderung und Erweiterung der Angebotsperspektive für die Gestaltung nachhaltiger Lebensstile gefordert – einer veränderten Bewusstseinshaltung müssen konkrete Verbesserungen der Verfügbarkeit nachhaltiger Angebote gegenüberstehen. Spezifischen Bedürfnissen von Frauen sollte Rechnung getragen werden.

Speziell für Berlin wird auch die Einbeziehung ausländischer Mädchen und Frauen als wichtiges Handlungsfeld benannt. Für sie werden spezielle Bildungs- und Fortbildungsangebote gefordert, die ihnen Kompetenz und Selbstvertrauen als Berliner Bürgerinnen vermitteln und sie so befähigen, aktiv an Partizipationsprozessen teilzunehmen.

Die Geschlechterperspektive sollte auch Berücksichtigung in der Pädagogik, insbesondere in der schulischen Bildung in Lehrinhalten und -materialien finden. Ebenso werden Maßnahmen zur Beeinflussung des noch immer eher traditionell geprägten Berufswahlverhaltens von Jungen und Mädchen gefordert. Nur durch eine Erhöhung des Frauenanteils in technischen und gesellschaftsgestaltenden Berufen steigen die Chancen, die weibliche Perspektive stärker in gesellschaftliche Prozesse zu integrieren.

### „Schlüsselbegriffe“

Es lassen sich eine Reihe wiederkehrender Schlüsselbegriffe benennen, die von den Akteuren im Zusammenhang mit fast allen Themenfeldern angeführt bzw. themenfeldübergreifend genannt wurden. Diese „Schlüsselbegriffe“ entsprechen in etwa Strategien und Maßnahmen, die von den Akteuren zur Erreichung von Nachhaltigkeit für sinnvoll gehalten werden.

- Kompetenzerwerb durch Bildung und durch Erfahrungen außerhalb etablierter Lebensmuster und des Drucks der Erwerbsgesellschaft.
- Die Demonstration der Umsetzbarkeit von Nachhaltigkeit durch praktische Projekte, die Pilotcharakter haben und Vorbilder schaffen.
- Die Berücksichtigung der Vielfalt an Akteuren und Toleranz gegenüber anderen Lebensstilen.
- Die grundsätzliche Änderung der Angebotsstrukturen, so dass zukunftsfähige Verhaltensweisen unterstützt werden. Denn viele Verhaltensänderungen, die für nachhaltige Lebensweisen nötig wären, stoßen an die Grenzen des verfügbaren Einkommens, des Zeitmanagements oder des Produktangebots.
- Die Schaffung von Freiräumen für das Erproben von neuen Lebensstilen und -mustern, insbesondere solchen, in denen Kinder und Jugendliche sich ausprobieren und Erfahrungen sammeln können.

Von den befragten Akteuren wurden außerdem wiederholt die Veränderungen von Rahmenbedingungen (Politik; Kommunikation; Vernetzung; Öffentlichkeitsarbeit; Partizipation) als wichtiges Handlungsfeld genannt. Die Veränderung von Rahmenbedingungen stellt nach Meinung der Akteure eines der zentralen Erfordernisse für den Berliner Agendaprozess dar.

Eines der, wenn nicht das größte Defizit, des Berliner Agendaprozesses wird dabei in der mangelnden Information der Berliner Bürger und Bürgerinnen über die Inhalte einer lokalen Agenda 21 gesehen. Der Bekanntheitsgrad ist gering und die Vorstellungen sind diffus. Als Reaktion darauf wird eine innovative Vermarktung der lokalen Agenda mittels der "neuen Medien" und klassischer PR-Arbeit für notwendig erachtet. Über Kampagnen und Events soll die Agenda 21 bzw. Aspekte nachhaltiger Entwicklung im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert werden. Übereinstimmung herrschte bei allen Teilnehmern, dass die Partizipation am Berliner Agenda-Prozess möglichst breit zu gestalten sei. Häufig erfolgte dabei der Vorschlag, zu einer Kern- oder Steuerungsgruppe von Akteuren je nach situativer Erfordernis, Kooperation oder Beratung weitere Akteure und Akteursgruppen hinzuzuziehen. Das im Workshop vorgestellte und diskutierte Prozessschema wurde dementsprechend abgestimmt. Als weitere mögliche Akteure wurden u. a. die VHS, die Kirchen, Universitäten, verschiedenste Jugendorganisationen, die bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten/Frauenbeauftragten und MigrantInnen- und AusländerInnenverbände genannt. Es kann auch versucht werden, verschiedenste gesellschaftliche Akteure mit Breitenwirkung, z. B. Dienstleister wie Banken, Handel und Versicherungen oder die IT-Branche, zu aktivieren. Idealerweise sollten eine permanente Offenheit für neue Akteure gewährleistet werden und neue Formen der Partizipation der Bevölkerung erarbeitet und erprobt werden.

Nachhaltige Entwicklung in Berlin sollte so von einer Sache eines Fachzirkels zu einer öffentlichen Angelegenheit entwickelt werden. Eine intensive Kommunikation der lokalen

Agenda in der Öffentlichkeit erfordert natürlich die Bereitstellung von Mitteln und Stellen. Dieses bedarf eines klaren politischen Willens und einer klaren politischen Zielhierarchie. Die Ziele der LA 21 müssen in das Verwaltungshandeln integriert werden und es bedarf einer koordinierenden Instanz. Die vielfältigen existierenden Initiativen auf bezirklicher, lokaler oder wissenschaftlicher Ebene müssen miteinander verknüpft und die Akteure miteinander in Austausch gebracht werden. Durch eine koordinierte Vernetzung kann der Berliner Prozess eine neue weiterführende Qualität erlangen. Die bestehenden Schnittstellen von Wissenschaft und Öffentlichkeit sind nicht ausreichend, um Inhalte der Forschung öffentlichkeitswirksam zu verbreiten. Es sollten Netzwerke zur Erweiterung der Wissensbasis und als Maßnahme gegen das Auseinanderdriften verschiedener gesellschaftlicher Bereiche (in "information-rich" und "information-poor") geschaffen werden. Zusammenfassend seien hier die Worte eines Interviewteilnehmers wiedergegeben: *„Es müssen die richtigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, sodass nicht immer zum „richtigen Handeln in falschen Strukturen aufgefordert wird“; es reicht nicht, die richtige Information nur an die richtige Stelle zu bringen“.*

### **Funktionen von Leitbildern und Indikatoren**

Befragt, welche Funktionen von Leitbildern und Indikatoren die Interviewpartner für den Einsatz in Lokalen Agendaprozessen für besonders entscheidend halten bzw. welche Funktionen für sie im Berliner Prozess in erster Linie erfüllt sein sollten, ergab sich folgendes Bild: Als besonders herausragend wird die partizipative Erstellung oder Ableitung der Leitbilder angesehen, bei der die Kommunikationsfunktion von Leitbildern verbunden mit einem Erkenntnisgewinn der Beteiligten im Vordergrund steht. Sowohl innerhalb der Gruppe der direkten Agendaakteure als auch gegenüber der Öffentlichkeit sollen dabei in knapper einprägsamer Form grundsätzliche gemeinschaftliche Ziele und Zielbereiche geklärt und vermittelt werden.

Leitbilder werden als wichtige Orientierungspunkte verstanden, die im fortschreitenden Prozess der Umsetzung einer Lokalen Agenda zur iterativen Richtungsüberprüfung dienen können und damit auch der Evaluation von Prozessen und Projekten. Daneben sollten sie auch eine motivierende Wirkung besitzen und als Basis der Kooperation verschiedener Akteure funktionieren.

Zusätzlich wurde angeführt, dass Leitbilder auch eine Steuerungs- und Regelungsfunktion erfüllen können. Speziell aus Sicht der Verwaltung wurde angeregt, sie nach partizipativer und gemeinsamer Ermittlung mittels verbindlicher Leitlinien als Handlungsgrundlage festzuschreiben.

Mehrere Akteure sprachen sich für provokative Leitbilder aus, die in strategischer Weise eingesetzt werden könnten, um neue Prozesse und soziale Innovationen in Gang zu bringen. Es wird erwartet, dass solche Leitbilder unter Umständen zumindest bei Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung stoßen werden und auf die große Bedeutung von Vermittlung und zusätzlicher Motivation hingewiesen.

An oberster Stelle der Funktionen von Indikatoren steht für die Akteure die Kommunikationsfunktion. Bezogen auf die ebenfalls hoch eingeschätzten Funktionen der Evaluation und Steuerung wurde von einigen verstärkend darauf hingewiesen, dass institutionell ver-

ankerte Indikatoren einerseits das Vorhandensein des politischen Willens und von dementsprechenden Zielen belegen und andererseits sich Versäumnisse und Handlungsbedarfe über Indikatoren besonders gut gegenüber den Verantwortlichen belegen lassen.

Da Indikatoren in stärkerem Maße als Leitbilder Funktionen der Evaluation, Information/Berichterstattung und der wissenschaftlichen Analyse dienen sollen, sprach sich der überwiegende Teil der Akteure in den Interviews und im Workshop für ein zwei- oder mehrstufiges Indikatorensystem mit 10 bis 15 allgemein-verständlichen, der Kommunikation dienenden Indikatoren und einer wesentlich höheren Anzahl Indikatoren, die in erster Linie für die Steuerungsfunktion und evtl. für wissenschaftliche Untersuchungen eingesetzt werden, aus. Aufgrund der Komplexität und Sensibilität sozialer Zusammenhänge wird für den Bereich der sozialen Indikatoren auch noch erheblicher Forschungsbedarf konstatiert.

Die Datenverfügbarkeit zu Indikatoren wird je nach Arbeitsfeld und Bedarf der Akteure sehr unterschiedlich eingeschätzt. Einer generell als gut eingeschätzten Datenverfügbarkeit steht ein Mangel an kleinräumig, gebietsbezogenen (Bezirks- und Quartiersebene) Daten z. B. zu den Themen Jugend und Arbeit gegenüber. Vorhandene Daten sind häufig bereits aggregiert und liegen nicht im erforderlichen Differenzierungsgrad vor. Als ein übergreifendes Problem wird daneben die Erhebung von geschlechtsspezifischen Daten, eine Forderung, die bereits in der Agenda 21 festgeschrieben ist, angegeben. Nur an konkreten Daten könnten jedoch geschlechtsspezifische Unterschiede und Erfordernisse (z. B. zu Lebensweise, Problem-Wahrnehmung oder Konsumverhalten), mithin die "Dimension Gender", sichtbar und diskutierbar gemacht werden.

## **7. Empfehlungen zur Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung für die Berliner Agenda 21**

Vor dem Hintergrund des dargestellten Sachstandes der Leitbild- und Indikatorenentwicklung sowie der Vorstellungen der befragten Akteure zu den beiden Handlungsfeldern des Projektes werden nun Vorschläge für die partizipative Erarbeitung von Leitbildern und Indikatoren im Rahmen der Berliner Agenda 21 unterbreitet. Die Empfehlungen beziehen sich auf inhaltliche, methodische und prozessbezogene Gesichtspunkte der Leitbild- und Indikatorenentwicklung.

### **7.1 Grundsätzliche Erwägungen**

Die Empfehlungen zur Entwicklung von Zielvorstellungen und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung für die Berliner Agenda 21 basieren auf einigen Grundannahmen, die die in Kap. 7.2 dargestellten methodischen Empfehlungen durchziehen und deshalb vorangestellt werden. Darüber hinaus werden einige grundsätzliche Erwägungen der Leitbild- und Indikatorenentwicklung dargestellt, zu denen im Berliner Leitbild- und Indikatorenprozess Grundsatzentscheidungen getroffen werden sollten.

#### **7.1.1 Leitbild- und Indikatorenentwicklung als iterativer Prozess**

Die Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung ist ein iterativer Prozess, d. h. einzelne Schritte der Leitbild- und Indikatorenentwicklung müssen mehrmals durchlaufen sowie schrittweise weiterentwickelt bzw. konkretisiert werden. Durch die Entscheidung des Berliner Abgeordnetenhauses, in Berlin sowohl Leitbilder als auch Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung fast gleichzeitig in partizipativen Verfahren zu ermitteln, wurde angestrebt, dass beide auch *aufeinander abgestimmt* entwickelt werden. Diese Entscheidung wird von den Autorinnen und Autoren begrüßt und in ihrer Arbeit aufgegriffen.

Eine geringe zeitliche Phasenverschiebung erscheint jedoch in einzelnen Schritten sinnvoll: Zunächst sollten die Zielvorstellungen zu Leitbildern verdichtet und dann Indikatoren benannt werden. Die Benennung von Indikatoren, die Überprüfung der Datenlage sowie insbesondere die Beteiligung weiterer Akteure oder der allgemeinen Öffentlichkeit können dazu führen, dass die zuvor entwickelten Ziele oder auch die ausgewählten Indikatoren modifiziert werden müssen.

Nicht nur die Leitbilder und Indikatoren selbst sind zu finden. Damit Leitbilder und Indikatoren politisch wirksam werden können, sind auch die verfahrensbezogenen und organisatorischen (oder institutionellen) Strukturen und Prozesse, *wie* die Leitbilder und Indikatoren ermittelt und angewendet werden sollen, festzulegen. D. h. nicht nur die Sachebene ist zu berücksichtigen, sondern auch institutionelle Fragen bzw. Verfahrens- und Organisationsfragen sind zu klären: welche Akteure wirken wie an der Leitbild- und Indikatorenfindung, ihrer Implementation und ihrer Anwendung mit? Welche Schritte und Zuständigkeiten müssen benannt werden? Welche Abstimmungsprozesse und Kompetenzen sind

vorzusehen? Wie wird eine regelmäßige Berichterstattung organisiert, wie ein Controlling? Unter welchen Voraussetzungen können oder müssen einmal vorgesehene Strukturen modifiziert werden?

### 7.1.2 Vertikale Kompatibilität – Abstimmung mit der nationalen und bezirklichen Ebene?

Nachhaltigkeitsleitbild- und Indikatorensysteme von Städten werden bisher oftmals isoliert voneinander entwickelt; sie sind v. a. nicht mit übergeordneten Politik- und Planungsebenen abgestimmt. Angesichts der Tatsache, dass eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt werden soll, ist eine Abstimmung mit übergeordneten Politik- und Planungsebenen sinnvoll, damit eine politische Steuerung in vertikaler Hinsicht abgestimmt werden kann. Bisher liegen allerdings noch keine Erfahrungen mit einer vertikalen Abstimmung von Nachhaltigkeitsleitbildern und -Indikatoren – und auch keine nationale Nachhaltigkeitsstrategie – vor. Eine Abstimmung mit dieser frühzeitig und konzeptionell vorzusehen, erscheint allerdings sinnvoll.

Wenn Leitbilder und Indikatoren vertikal abgestimmt entwickelt werden sollen, muss die besondere Situation Berlins als Stadtstaat und die – schwierig zu operationalisierende – Einbettung in die Region berücksichtigt werden. Folgende vertikale Abstufung erscheint konzeptionell angemessen:

1. Berücksichtigung der *nationalen Ebene* (Leitbilder und Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie): Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie ist nur im Zusammenwirken verschiedener politischer Ebenen und verschiedener Akteure umsetzbar; insofern ist eine Abstimmung mit der nationalen Ebene sinnvoll. Wie diese Abstimmung genau aussehen kann, ist noch zu untersuchen.
2. Entwicklung von Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren für die *Stadtregion Berlin* bzw. den *engeren Verflechtungsraum*: Stadt-Umland-Verflechtungen in der Stadtregion Berlin legen eine Entwicklung von Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren für die Stadtregion Berlin nahe. Die Entwicklung Berlins kann nicht losgelöst vom Berliner Umland betrachtet und erst recht nicht in Richtung auf Zukunftsfähigkeit gesteuert werden.
3. Entwicklung von Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren für das *Land* bzw. die *Stadt Berlin*: Nachhaltigkeitsleitbilder und -indikatoren für die Gesamtstadt sind Gegenstand des Berliner Leitbild- und Indikatorenprozesses; weitere Ausführungen erübrigen sich deshalb.
4. Damit eine nachhaltige Entwicklung Berlins eine „konzertierte Aktion“ aller relevanten politischen Ebenen sein kann, sollten die gesamtstädtischen Leitbilder und Indikatoren mit den Leitbild- und Indikatorenansätzen der *Berliner Bezirke* abgestimmt werden.

### 7.1.3 Horizontale Kompatibilität – Vergleichbarkeit mit anderen Städten?

Solange keine Vergleichbarkeit mit anderen Städten angestrebt wird, kann das Berliner Leitbild- und Indikatorensystem „solitär“ entwickelt werden und muss nicht „horizontal kompatibel“ mit den Leitbild- und Indikatorensystemen anderer Städte sein. Wenn jedoch angestrebt wird, die Entwicklung Berlins mit der anderer Großstädte zu vergleichen, müssen die Leitbilder und vor allem die Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung mit denen

der Städte, mit denen Berlin verglichen werden soll, abgestimmt werden. Dies gilt u. U. bis hinein in die Erhebungsmethoden der Indikatoren und die Datenbestände. Dies hat weitreichende Folgen für die Organisation und Ausgestaltung des Leitbild- und Indikatorenprozesses und sollte bei der Leitbild- und Indikatorenentwicklung diskutiert werden. Erforderlich wäre dann nämlich, eine Kompatibilität des Leitbild- und Indikatorensystems mit bereits bestehenden Modellen anderer Kommunen zu erreichen.

#### **7.1.4 Sensitivität von Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung**

Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung sollen eine Aussage darüber erlauben, inwieweit die Entwicklung Berlins nachhaltig ist; d. h. inwieweit die gesetzten Ziele erreicht werden. Das bedeutet, dass die ausgewählten Indikatoren die „Schlüsselthemen“ oder die wichtigsten Problemfelder nachhaltiger Entwicklung treffen müssen. Darüber hinaus müssen sie empfindlich auf Entwicklungsänderungen reagieren, d.h. „sensitiv“ sein.

Um sensitive Indikatoren herausfinden zu können, könnte ein Systemmodell – ähnlich dem Modell von Bossel (1999, vgl. Kap. 3.2.2) – zur Anwendung kommen. Jedes ökonomische, soziale und ökologische Funktionsgefüge kann als System beschrieben werden; der Systemansatz ist so allgemein, dass er auf viele Fragestellungen in der Nachhaltigkeitsdebatte angewendet werden kann.

Mit der Stadt München, in der das Sensitivitätsmodell von Frederic Vester (1999) für die Entwicklung von Nachhaltigkeitsindikatoren eingesetzt werden soll, sollte im Berliner Prozess der Indikatorenentwicklung ein laufender Erfahrungsaustausch vorgesehen werden, um von Erkenntnissen zu Fragen des nötigen Aufwandes und der Möglichkeiten der Partizipation zu profitieren.

#### **7.1.5 Zur Datenverfügbarkeit**

Die Verfügbarkeit von Daten hat für die Praxistauglichkeit eines Indikatorensystems eine große Bedeutung. Die Daten für Nachhaltigkeitsindikatoren sollten einfach zu erheben, möglichst vorhanden sein bzw. in regelmäßigen Abständen erhoben werden, denn die Kosten für die Implementation eines Indikatorensystems sollten möglichst gering bleiben. Da nachhaltige Entwicklung aber ein integratives und oft Verwaltungsgrenzen überschreitendes Leitbild ist, sind die erforderlichen Daten meist nicht in der benötigten Form vorhanden. Die Möglichkeiten einer effizienten Datenermittlung und Datenhaltung sind zu prüfen.

#### **7.1.6 Von anderen Städten lernen**

Inzwischen gibt es eine Fülle von Initiativen zu Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren<sup>49</sup>. Für den Leitbild- und Indikatorenprozess in Berlin sind in methodischer Hinsicht vor allem die Leitbilder- und Nachhaltigkeitsindikatoren-Ansätze anderer demokrati-

---

<sup>49</sup> Vgl. z.B. die Website des International Institute for Sustainable Development (IISD), auf der mehr als 400 Indikatoren-Initiativen in einem kurzen Profil und mit Links dargestellt sind.

scher Industriestaaten bzw. Dienstleistungsgesellschaften interessant und von diesen wiederum vor allem die Ansätze von Großstädten und Metropolen bzw. Metropolregionen. In diesem Projekt konnte nur eine begrenzte Auswahl von Leitbild- und Indikatorenansätzen ausgewertet werden. Über die in diesem Bericht dargestellten Beispiele hinaus können möglicherweise die folgenden Indikatorenansätze für Berlin interessant sein (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- Deutschland: Freiburg, Hannover, Heidelberg, Leipzig, Münster
- Mitteleuropa: Den Haag (Niederlande), Gent (Belgien), Graz (Österreich), Haarlem (Niederlande)
- Nordeuropa: Leicester (Großbritannien), London Borough (Großbritannien), Stockholm (Schweden)
- Südeuropa: Turin (Italien), Venedig (Italien)
- USA und Kanada: Agglomeration Seattle (Washington), Cambridge (Massachusetts), Hamilton-Wentworth (Ontario), Jacksonville (Florida), San Francisco (Kalifornien), Santa Monica (Kalifornien), Toronto (Kanada), Winnipeg (Kanada).

## **7.2 Methodische Empfehlungen**

Im Folgenden werden methodische Empfehlungen für die Entwicklung eines Systems von Leitbildern und Indikatoren gegeben.

### **7.2.1 Angemessenheit des Leitbild- und Indikatorensystems für seine vorgesehenen Funktionen**

Ein Nachhaltigkeitsleitbild und -indikatorensystem hat die generelle Aufgabe, den Entwicklungsstand eines Gemeinwesens dahingehend zu beurteilen, inwieweit dieser in eine zukunftsfähige oder langfristig tragbare Richtung geht oder nicht. Unterhalb dieser generellen Aufgabe können zwei weitere wichtige Funktionen unterschieden werden.

Ein Leitbild- und Indikatorensystem für eine nachhaltige Entwicklung kann vor allem

1. der Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit und/oder
2. der politischen Steuerung bzw. zur Begründung von bestimmten Maßnahmen dienen, die zur Zielerreichung (nachhaltige Entwicklung) ergriffen werden sollen. Danach geht es nicht nur um Leitindikatoren.

Beide Funktionen können gemeinsam oder einzeln politisch gewollt sein: Ein Leitbild- und Indikatorensystem kann beide Funktionen erfüllen oder nur eine davon. Es muss jedoch jeweils für die Funktion(en), die es ausüben soll, angemessen sein.

Für die Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit werden relativ wenige, intuitiv verständliche Indikatoren benötigt. Für eine politische Steuerung werden mehr Indikatoren benötigt, die außerdem weniger hoch aggregiert sind. Wenn ein Nachhaltigkeits-Leitbild- und -Indikatorensystem beiden Funktionen dienen soll, erscheint es sinnvoll, beide Formen von Indikatoren aufeinander abgestimmt zu entwickeln.

## 7.2.2 Typen von Indikatoren

In der Literatur werden verschiedene Typen von Indikatoren beschrieben. Die Unterscheidung wird anhand von Umweltindikatoren vorgenommen; es wird davon ausgegangen, dass die Typisierung auch auf ökonomische oder soziale Indikatoren übertragen werden kann.

- **Deskriptive Indikatoren:** Der von der CSD verwendete „*driving forces – state – response*-Ansatz“ ist insofern deskriptiv; als mit ihm die „Antriebskräfte“, „Zustände“ und die jeweiligen „Reaktionen“ nur *beschrieben* werden können (EEA 1999). Mangels Referenzwerten oder einem Bezug zu Zielvorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung können mit diesen Indikatoren keine nachvollziehbaren Aussagen darüber getroffen werden, warum ein Sachverhalt „in Richtung auf Nachhaltigkeit weist“ oder nicht. In den CSD-Indikatoren sind Zielvorstellungen implizit in der Indikatorenwahl und ihrer Formulierung enthalten bzw. verborgen. Somit stellt das Modell der CSD zwar eine mögliche Form der Systematisierung von Indikatoren dar, jedoch offensichtlich nicht die beste, wie auch die Evaluation der CSD-Indikatoren durch das Umweltbundesamt ergab (BMU 2000).
- **Performanzindikatoren** sind Indikatoren, mit denen sich ein „Zielerreichungsgrad“ bewerten lässt. Lokale Nachhaltigkeitsindikatoren sollten wegen ihres Zielbezugs hauptsächlich „Performanzindikatoren“ sein. Solche Indikatoren werden im Deutschen oft (missverständlich) als „Zielindikatoren“ bezeichnet. Wegen seiner missverständlichen Bedeutung bzw. Übersetzung wird der Begriff „Zielindikatoren“ in diesem Projekt nicht verwendet. Es wird davon ausgegangen, dass der Begriff „Nachhaltigkeits-Indikatoren“, der in diesem Bericht verwendet wird, klarstellt, dass ein Bezug zu Zielvorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung besteht.
- **Effizienzindikatoren** haben sich als aussagestarke Indikatoren herausgestellt. Mit Effizienzindikatoren kann das Verhältnis gesellschaftlicher Aktivitäten zu Umweltbelastungen oder die Effizienz der Nutzung von Ressourcen beurteilt werden wie z. B. beim Indikator „Benzinverbrauch pro Kopf und Kilometer“ oder dem „Energieverbrauch pro Kopf und Jahr“ (EEA 1999: 12). Beschrieben wurden Effizienzindikatoren bisher vor allem für umweltökonomische oder sozioökologische Themen; es ist zu prüfen, ob sie z. B. auch für soziokulturelle Themen entwickelt werden können.
- Zu den **Indizes** gehören z. B. der Ökologische Fußabdruck oder der Gesamtwohlfahrtsindex „*Index of Sustainable Economic Welfare*“ (ISEW“) (EEA 1999: 13). Indizes haben den Vorteil, dass sie mehrere Nachhaltigkeitsdimensionen verbinden können. Andererseits haben sie den Nachteil, dass sie hoch aggregiert und deshalb sehr abstrakt sind und folglich schwer konkrete Maßnahmen aus ihnen abgeleitet werden können.
- **Verbindungsindikatoren** decken zwei Nachhaltigkeitsdimensionen ab und „verbinden“ auf diese Weise zwei Dimensionen, die letztlich in Konflikt zueinander stehen können.
- **Institutionelle Indikatoren:** Zur Evaluation von Organisationsstrukturen und deren Veränderungsprozessen – d. h. „institutionellen“ Fragen – wurden von der CSD „institutionelle“ Indikatoren eingeführt. Der Begriff „Institution“ wird dabei in einem weit gefassten Sinne verwendet und umfasst nicht nur staatliche Institutionen wie z. B. Verwaltungen, sondern generell (soziale) Organisationsstrukturen wie z. B. Lokale Agenda-Initiativen, Nachbarschaftsinitiativen usw. Da auch auf lokaler Ebene solche Veränderungen von Organisationsstrukturen notwendig werden, um einen Leitbild- und Indikatorenprozess zu implementieren, sollte geprüft werden, ob und ggf. welche institutionellen Indikatoren im Berliner Leitbild- und Indikatorenprozess eingesetzt werden können.

Lokale Nachhaltigkeitsindikatoren sollten nicht rein deskriptiv sein; sie sollten den so genannten „Performanz-Indikatoren“ entsprechen (ohne dass man sie mit diesem Begriff bezeichnen muss). Auch „Effizienzindikatoren“, „Verbindungsindikatoren“ und „institutionelle Indikatoren“ sind für die lokale Ebene von Bedeutung. „Effizienzindikatoren“ sind für eine Beurteilung umweltökonomischer Zusammenhänge gut geeignet; inwieweit sie auf andere Bereiche übertragen werden können, ist zu prüfen. Da Indizes mehrere Dimensionen miteinander verbinden können, eignen sie sich zur Beurteilung mehrdimensionaler Zusammenhänge. Wegen ihrer hohen Komplexität und geringen Nachvollziehbarkeit ist jedoch abzuwägen, ob sie in einem kommunalen Leitbild- und Indikatorensystem eingesetzt werden sollten.

### **7.2.3 Strukturmodelle für das Berliner Nachhaltigkeitsleitbild- und -Indikatorensystem**

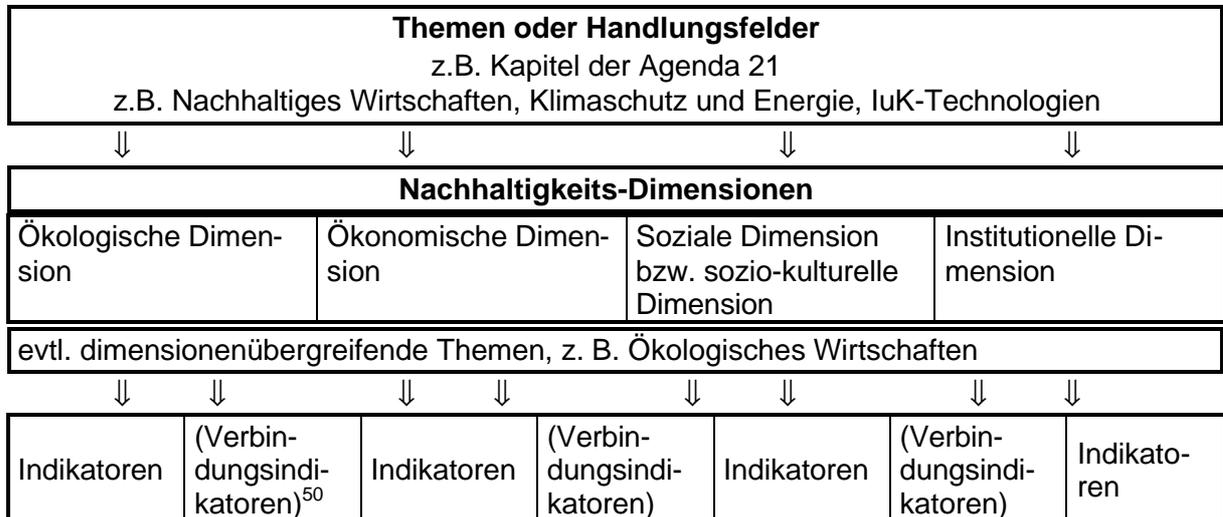
Nachhaltigkeits-Leitbild- und Indikatorensystemen können ganz verschiedene Strukturmodelle für das Verhältnis von Nachhaltigkeits-Dimensionen einerseits und Themen oder Handlungsfeldern andererseits zugrunde gelegt werden. Die folgenden Modelle bilden Bandbreiten ab; die vorhandenen (Leitbild- und) Indikatorensysteme entsprechen den Modellen in ihren wichtigsten Zügen. Eine vollständige Übereinstimmung ist allerdings wegen der bisher i. d. R. unkoordinierten Entwicklung von Leitbild- und Indikatorensystemen nur ausnahmsweise zu erwarten.

Dennoch bieten die folgenden Modelle einen Rahmen, mit dem Vor- und Nachteile der jeweiligen Indikatorenansätze deutlich gemacht und einander gegenübergestellt werden können. Über die jeweils charakteristischen Vor- und Nachteile der Strukturmodelle sollte man sich bei der Entwicklung von Leitbildern und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Berlin im Klaren sein. Im Kern lassen sich folgende Strukturmodelle unterscheiden, von denen in diesem Projekt das dritte präferiert wird:

1. Themen- oder Handlungsfeld-Ansatz,
2. Nachhaltigkeits-Dimensionen-Ansatz,
3. Modifizierter Nachhaltigkeits-Tetraeder.

## Modell 1: Themen- oder Handlungsfeldansatz

Als Gliederungsprinzip stehen in diesem Ansatz Themen oder Handlungsfelder vor Nachhaltigkeits-Dimensionen, d. h. in diesem Ansatz werden als erstes Themen oder Handlungsfelder festgelegt.



Beispiele: CSD-Indikatoren

### Charakterisierung:

Pragmatischer Ansatz, der von den jeweiligen erkennbaren Problemlagen bzw. den jeweiligen politischen Prioritäten ausgeht.

### Vorteile:

- Anschlussfähigkeit an die lokale (Berliner) Nachhaltigkeitsdebatte, d. h. hohe Problemadäquanz,
- leichte Integration in vorhandene Arbeits-, Organisations- und Diskursstrukturen,
- innerhalb der Themen oder Handlungsfelder können alle Dimensionen abgedeckt werden,
- Verbindungsindikatoren innerhalb der Themen oder Handlungsfelder benennbar.

### Nachteile:

- Gefahr der Unvollständigkeit im Falle eines nicht systematischen Verfahrens der Themen- oder Handlungsfeldwahl,
- Gefahr der Unvollständigkeit, weil themen- oder handlungsfeldübergreifende Beziehungen schwer herzustellen sind,
- Indikatoren werden nur für bereits erkannte Probleme benannt,
- Evaluation der Entwicklung einer Region oder Stadt sowie Steuerung in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung nur innerhalb der Handlungsfelder möglich und somit sektoral,
- geringe horizontale Kompatibilität (Vergleichbarkeit mit anderen Städten),
- wegen des regional- oder lokalspezifischen Ansatzes wird eine vertikale Kompatibilität mit darüber liegenden Politik- und Planungsebenen (z. B. der Landes- oder Bundesebene) nur aufwendig herstellbar sein.

<sup>50</sup> Werden nicht überall ausgewiesen.

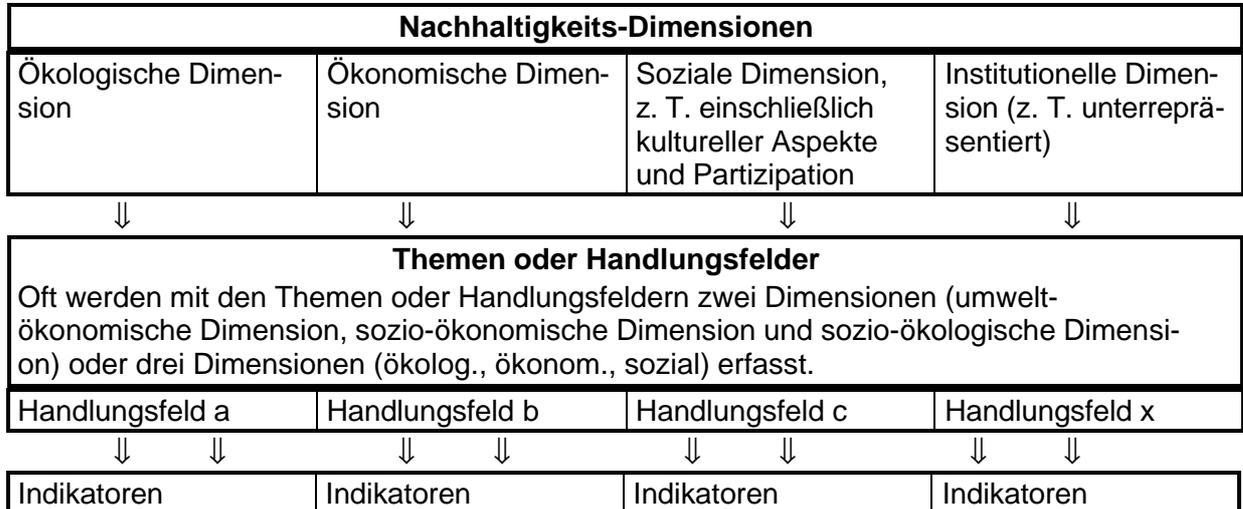
Das Indikatorensystem der CSD von 1997 geht z. B. von Kapiteln der Agenda 21 aus und konkretisiert innerhalb dieser wiederum Nachhaltigkeitsdimensionen. Innerhalb der Nachhaltigkeitsdimensionen werden Indikatoren benannt. In der Testphase der CSD-Indikatoren, die von 40 Staaten durchgeführt wurde, wurde allerdings die Inkonsistenz des "DSR-Ansatzes"<sup>51</sup> und seine fehlende Angemessenheit für Industrieländer bzw. Dienstleistungsgesellschaften kritisiert.

---

<sup>51</sup> DSR = Driving Forces (Antriebskräfte), State (Zustand), Response (Reaktion).

## Modell 2: Nachhaltigkeits-Dimensionen-Ansatz

Als Gliederungsprinzip stehen Nachhaltigkeits-Dimensionen vor Themen oder Handlungsfeldern. Vielen Indikatorensystemen liegt dieses Modell zugrunde (z. B. IZT/TAURUS 1999; Diefenbacher et al. 2000; Indikatorenansatz von Seattle).



Beispiele: Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21 (FEST 2000); Vorschlag eines Ziel- und Indikatorensystems für ein zukunftsfähiges Berlin (2020), 4. Entwurf (Rogall 2001).

Charakterisierung: Systematischer Ansatz, der i. d. R. von einem weiten Nachhaltigkeits-Verständnis ausgeht.

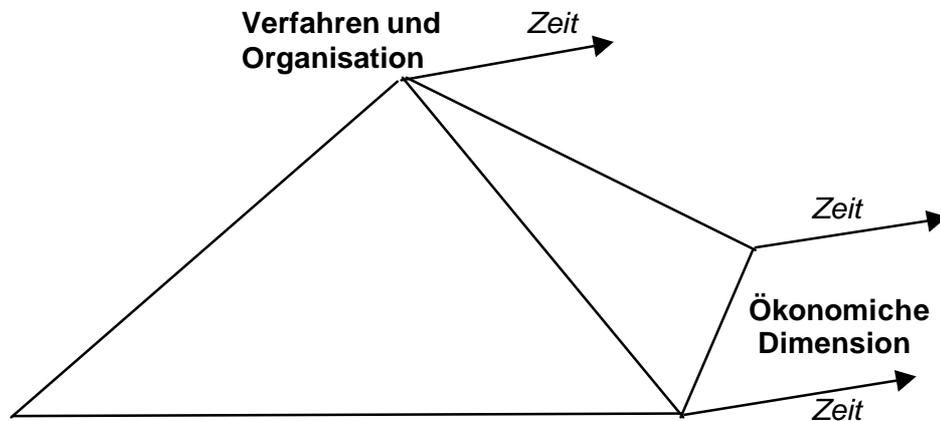
### Vorteile:

- Themen oder Handlungsfelder können systematisch und (mit Verbindungsindikatoren) dimensionenübergreifend benannt werden.
- ermöglicht eine Umsetzung des integrativen Ansatz des Nachhaltigkeits-Leitbildes, die zur Herausbildung neuer lokaler oder regionaler Handlungsfelder und zu neuen Akteurskooperationen bzw. neuen Allianzen führen kann;
- umfassende Evaluation der Entwicklung einer Region oder Stadt möglich;
- dadurch umfassende Steuerung in Richtung auf Nachhaltigkeit bzw. begründete Prioritätenwahl von Maßnahmen möglich;
- hohe horizontale Kompatibilität (Vergleichbarkeit mit anderen Städten) möglich, wenn diese den gleichen Ansatz verfolgen;
- hohe vertikale Kompatibilität, wenn die darüber liegenden Politik- und Planungsebenen den gleichen Ansatz verfolgen.

### Nachteile:

- Die Vielzahl von Themen oder Handlungsfeldern zieht eine große Anzahl von Indikatoren nach sich.

**Modell 3: Weiterentwicklung des Nachhaltigkeits-Tetraeders<sup>52</sup> unter Berücksichtigung der Zeit und Ableitung von Zielen und Indikatoren**



Ökologische Dimension



Sozial-ökolog. Aspekte



Soziale Dimension



**Themen oder Handlungsfelder\***

Jedes Handlungsfeld soll alle folgenden Aspekte abdecken und die Zeitdimension berücksichtigen.



	Sachebene	Verfahrens- und Organisationsebene
Ökologische Aspekte	Ziele und Indikatoren	Ziele und Indikatoren
Umwelt-ökonomische Aspekte	Ziele und Indikatoren	Ziele und Indikatoren
Ökonomische Aspekte	Ziele und Indikatoren	Ziele und Indikatoren
Sozio-ökonomische Aspekte	Ziele und Indikatoren	Ziele und Indikatoren
Soziale und kulturelle Aspekte	Ziele und Indikatoren	Ziele und Indikatoren
Sozio-ökologische Aspekte	Ziele und Indikatoren	Ziele und Indikatoren
Zeitdimension	Zeitreihen, Indikatoren mit Zeitbezug	-

Charakterisierung:

- Der „Nachhaltigkeits-Tetraeder ist im Grunde ein „Nachhaltigkeitsdimensionen-Ansatz“, d. h. eine Weiterentwicklung des Modells 2.
- Die Nachhaltigkeitsdimensionen werden in sachlicher Hinsicht, hinsichtlich Verfahrens- und Organisationsstrukturen und in zeitlicher Hinsicht differenziert; die Zeitdimension und die institutionelle Dimension (bzw. die Verfahrens- und Organisationsebene) liegen „quer“ zu den übrigen sachbezogenen Dimensionen.
- Sachebene: integrative Behandlung der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension (entspricht Basis-Eckpunkten des Tetraeders) durch Bezug zu den Zwischenbereichen (sozio-ökologische, umwelt-ökonomische und sozio-ökonomische Dimension (Basislinien des Tetraeders);

<sup>52</sup> Forum Umwelt und Entwicklung 1997; vgl. Weiland 1999b.

- Verfahrens- und Organisationsebene: Verfahrensfragen, Organisationsstrukturen, Partizipation (entspricht der institutionellen Dimension; Spitze des Tetraeders);
- Zeitdimension: Langzeitperspektive in den Zielen, Zeitreihen und Indikatoren mit Zeitbezug (symbolisiert durch Pfeile).
- Die Themen oder Handlungsfelder sollen in ihrer Gesamtheit alle Dimensionen abdecken.
- In jedem einzelnen Thema oder Handlungsfeld sollen alle Nachhaltigkeitsaspekte (Sachebene) sowie die Verfahrens- und Organisationsebene und die Zeitdimension berücksichtigt werden.
- Für die Sach- und Verfahrensebene sollen jeweils Ziele und Indikatoren ausgewiesen werden.

#### Vorteile:

- Ermöglicht eine vollständige Umsetzung des integrativen Ansatzes des Nachhaltigkeits-Leitbildes;
- Die Umsetzung des integrativen Ansatzes in konkrete Politik und Planung kann zur Herausbildung neuer lokaler oder regionaler Handlungsfelder und zu neuen Kooperationen und Allianzen führen.
- Gleichrangige Berücksichtigung institutioneller Aspekte;
- Berücksichtigung der Zeitdimension,
- Umfassende Evaluation der Entwicklung einer Region oder Stadt möglich;
- Dadurch umfassende Steuerung in Richtung auf Nachhaltigkeit bzw. begründete Prioritätenwahl von Maßnahmen möglich;
- Hohe horizontale Kompatibilität (Vergleichbarkeit mit anderen Städten) möglich, wenn diese den gleichen Ansatz verfolgen;
- Hohe vertikale Kompatibilität, wenn die darüber liegenden Politik- und Planungsebenen den gleichen Ansatz verfolgen.

#### Nachteile:

- Die potentielle Vielzahl von Themen oder Handlungsfeldern zieht eine große Anzahl von Indikatoren nach sich; dadurch kann ein Indikatorensystem aufwendig und schwer nachvollziehbar werden.

Zwischen den o. g. Modellen sollte im Vorfeld der Bestimmung von Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren eine Entscheidung getroffen werden. Die dargestellten Modelle haben jeweils unterschiedliche Vor- und Nachteile, die sich auch nicht vollständig „wegoptimieren“ lassen. Modell 3 vereint die wenigsten Nachteile und scheint deshalb der Aufgabe, eine nachhaltige Entwicklung in einer Kommune anzusteuern, am besten zu entsprechen. Es wird deshalb als grundlegendes Strukturmodell für das Berliner Nachhaltigkeitsleitbild- und -indikatorensystem empfohlen.

Dieses Modell kann die zur Zeit unterschiedlichen Vorgehensweisen von Agendaforum und Enquetekommission integrieren. Auf der einen Seite verfolgen das Agendaforum und die Arbeitsgruppe der Senatsbeauftragten einen an Handlungsfeldern orientierten Zugang (Modell 1), während auf der anderen Seite die Enquetekommission vor allem ein übergreifendes, an den Dimensionen der Zukunftsfähigkeit orientiertes Herangehen (Modell 2) diskutiert. Das hier empfohlene Modell 3 kann nun seinen Ausgang bei den Dimensionen des Tetraeders der Zukunftsfähigkeit nehmen, um auf dieser übergreifenden Ebene all-

gemeine Ziele und (Leit)indikatoren für Sach- und Verfahrensaspekte zu formulieren. Das Modell differenziert sich dann in die einzelnen Handlungsfelder, in denen spezifische Leitbilder und (Steuerungs)indikatoren entwickelt werden, wiederum für Sach- und Verfahrensaspekte.

#### **7.2.4 Berücksichtigung der Zeitdimension**

Ein Leitbild- und Indikatorensystem für eine nachhaltige Entwicklung muss Zeithorizonte berücksichtigen. Es muss in Langfristsperspektive angelegt sein – es geht nicht nur um die nächste Wahlperiode, sondern um die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen. Dass darin Probleme und Konflikte liegen, ist offensichtlich: Die Langzeitentwicklung einer Großstadt hängt von vielen Einflussfaktoren ab, die kaum überschaubar und nur zum Teil vorhersehbar sind. Deshalb sind in den Zielvorstellungen kurz- und mittelfristige Zeitintervalle mit langen Zeithorizonten zu koppeln. Die Zielvorstellungen für diese Zeithorizonte müssen regelmäßig überprüft und ggf. modifiziert werden. Darüber hinaus sind kurz- und mittelfristig zu erreichende Ziele zu bestimmen. Außerdem sollten Indikatoren „Frühwarnfunktionen“ haben; d. h. möglichst früh Trends und Entwicklungen anzeigen können, die nicht gewünscht sind und denen gegensteuert werden soll.

Die Zeitdimension kann in zweifacher Hinsicht im Berliner Leitbild- und Indikatorensystem berücksichtigt werden:

1. Kurz-, mittel- und langfristige Ziele können als Bewertungsmaßstäbe für die Indikatoren dienen.
2. *In dem Indikatorensystem* kann die Zeitdimension in Form von Zeitreihen berücksichtigt werden. Zeitreihen können Entwicklungstrends deutlich machen. Zeitreihen sollten möglichst weit zurückreichen; hier ist jedoch zu klären, welche in der Vergangenheit erhobenen Daten für eine Evaluation mit Indikatoren eingesetzt werden können.

#### **7.2.5 Bezug zu Maßnahmen zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung**

Wenn die Entwicklung von Berlin in Richtung Nachhaltigkeit gesteuert werden soll, dann sind auch Maßnahmen erforderlich, mit denen dies erreicht werden kann. Im jetzigen Stadium dieses Projektes kann darauf nur hingewiesen werden. Die Diskussion von Maßnahmebeispielen oder Sofortprojekten sollte mit den Akteuren, die sie umsetzen sollen, im Berliner Leitbild- und Indikatorenprozess von Anfang an zusammen mit der Ausdifferenzierung von Zielvorstellungen und Indikatoren geführt werden. Dadurch lassen sich die vielfältigen Motivationslagen der Akteure berücksichtigen und kann der konkrete Nutzen gemeinsamer Leitbilder, Bewertungsmaßstäbe und Erfolgskontrollen deutlich werden.

#### **7.2.6 Aufbereitung von „Ziel- und Indikatorenprofilen“**

Damit ein Leitbild- und Indikatorensystem transparent und nachvollziehbar dargestellt werden kann, empfiehlt sich die Aufbereitung aller für den Bewertungsvorgang relevanten Informationen in so genannten „Ziel- und Indikatorenprofilen“. Dies sind quasi „Karteikar-

ten“, die für jedes Ziel, zu dem ein Indikator vorliegt, bzw. für jeden Indikator erstellt werden. Hierfür ist der Aufbau oder die Nutzung einer rechnergestützten Datenbank zu empfehlen.

Zu den Informationen, die für den Einsatz der Indikatoren relevant sind, gehören z. B. die Qualitäts- bzw. Handlungsziele sowie die daraus abgeleiteten Bewertungsmaßstäbe, die verwendeten und mögliche andere Bewertungsregeln sowie das Bewertungsergebnis. Relevant sind aber auch Angaben zu Maßnahmen und Akteuren sowie ergänzende Informationen wie die Darstellung übergeordneter Ziele und möglicher Entwicklungen sowie Angaben zu den verwendeten Daten (z. B. Datenquelle, Erhebungszeitraum, räumlicher Bezugsraum, Erhebungsmethoden, Genauigkeit der Erhebung, Auswertungs- und Interpretationsgrenzen) (vgl. die Indikatorenprofile in Dosch/Fuhrich 1999).

### **7.3 Empfehlungen zum Leitbild- und Indikatorenprozess im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“**

Geht man von den vorhandenen Akteursvorstellungen über Leitbilder für „Nachhaltiges Wirtschaften“ aus, wie im Abschnitt 6.2.2 zusammenfassend dargestellt, so spiegeln sie große Unterschiede bei der Operationalisierung und Anwendung von „Zielvorstellungen“ wider: Die „Leitbildorientierung“ im Handlungsfeld bewegt sich zwischen wenigen ausgeprägt integrativen Leitbildern und – in der Mehrzahl – isolierten Handlungszielen.

Zwischen diesen strukturellen Polen eines Leitbildsystems lassen sich zwar tragfähige Vermittlungsebenen zur Integration von Einzelzielen in Leitbilder – etwa auf den mittleren Akteursebenen (Technologie-/Gewerbestandorte, Netzwerke, Wissenschaftsinstitutionen sowie stadtweite Verantwortungsträger) mit Ansatzpunkten für einen diesbezüglichen Know-how- und Erfahrungstransfer – ausmachen, die dafür notwendigen Transferbeziehungen sind jedoch nicht in genügendem Maße ausgeprägt.

Der Aufstellung und Anwendung eines übergreifenden Strukturmodells für ein Leitbild- und Indikatorensystem (vgl. Kap. 7.2.3) kommt daher in diesem Handlungsfeld eine besondere Bedeutung zu: Es sollte die notwendigen strukturellen Anknüpfungspunkte zum Aufbau eines akteursfeldübergreifenden Leitbilddiskurses bieten und damit vorhandene einzelthemenorientierte Handlungsziele in integrative Leitbildvorstellungen einbinden helfen.

Auch das hinter den vielfältigen „Zielvorstellungen“ von Akteuren stehende Grundverständnis von nachhaltiger Entwicklung zeigt ein differenziertes Bild. Es reicht von problem-/themenorientierter Sicht etwa auf ökologische Produktpolitik oder auf betriebliches Umweltmanagement mit explizit ökologisch-ökonomischer Ausrichtung bis hin zu einem ausgeprägt integrativen Nachhaltigkeitsverständnis, das sich in Handlungszielen z. B. zum „Nachhaltigkeits-Audit“ oder etwa im Leitbild von Berlin als „Lernfeld nachhaltigen Wirtschaftens“ dokumentiert.

Dieser Spannungsbogen von einem stadtübergreifenden, integrativen Nachhaltigkeitsverständnis bis hin zu davon isolierten Einzelzielen Akteure macht ein Strukturmodell für das Leitbild- und Indikatorensystem im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ erforderlich, das

- alle Nachhaltigkeitsdimensionen im Handlungsfeld abbilden und damit für Akteure sichtbar machen kann,
- Querschnittsbeziehungen zwischen den Nachhaltigkeitsdimensionen operationalisieren und damit in der Entwicklung von Zielvorstellungen verfügbar und über Indikatoren darstellbar machen kann,
- dimensionsübergreifende Leitbilder im Handlungsfeld abbilden kann und
- sich als anschlussfähig für handlungsfeldübergreifende Leitbilder der Stadtregion erweisen kann.

Auf dieser Grundlage können die dargestellten Einzelthemen und Themenfelder für „Nachhaltiges Wirtschaften“ (vgl. Abschnitt 6.2.2) als Anknüpfungspunkte genutzt werden und sich damit als Bindeglieder zu den regionalwirtschaftlichen und strukturellen Aspekten dieses Handlungsfeldes erweisen.

Einzelthemen, in denen sich Akteure „wiederfinden“ können, haben gerade für einen partizipativen Leitbildprozess eine besondere Bedeutung: Dort können Akteure „abgeholt“ und thematisch in Beziehung gesetzt werden, jedoch nur, wenn diese thematischen Anknüpfungspunkte strukturell abgesichert werden. Die in diesem Zusammenhang von Akteuren eingeforderten zielgruppenspezifischen Dialogformen setzen daher nicht nur besondere Anforderungen an den Leitbild- und Indikatorenprozess – wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird –, sondern sprechen für eine Berücksichtigung und Integration von Verfahrensfragen, organisatorischen und partizipativen Aspekten schon im Strukturmodell für das Leitbild- und Indikatorensystem.

Diesen Anforderungen kommt das im Kap. 7.2.3 vorgestellte Strukturmodell 3 („Nachhaltigkeits-Tetraeder“) am nächsten, denn es ermöglicht einen direkten Bezug von Nachhaltigkeitsdimensionen mit integrativen Schnittmengen (umwelt-ökonomisch, sozio-ökonomisch, sozio-ökologisch) und institutionellen Nachhaltigkeitsaspekten. Auf dieser Grundlage kann sich ein handlungsorientierter Diskurs zu Leitbildern und Indikatoren entwickeln, da

- ein „Bottom-up“-Ansatz, der von den jeweiligen Problemlagen und Einzelthemen der unterschiedlichen Akteursebenen ausgeht, möglich wird,
- der teilintegrativ mit Leitbildern und Indikatoren auch für Querschnittsthemen (z. B. mit sozio-ökonomischer Ausrichtung) betrieben werden kann und
- geeignet ist, strategische Querschnittsleitbilder ggf. auch mit aktionsfeldübergreifender Ausrichtung – d.h. über den originären Handlungsraum von Akteuren hinaus – zu entwickeln.

Querschnittsleitbilder letzterer Art mit ihrer integrativen Leitorientierung haben zudem im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ eine besondere Bedeutung: Ganz im Gegensatz zum ökonomischen Mainstream mit vordergründiger „high-tech“-Orientierung und einseitiger Ausrichtung auf Einzeltechnologien, deren gesellschaftliche „Folgen“ allenfalls als problematisch angesehen und „bewältigt“ werden sollen, setzt eine Vielzahl der von uns befragten Wirtschaftsakteure in besonderem Maße auf die weichen und strukturellen Standortfaktoren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung wie Kooperation, Kommunikation, Wissens-/Erfahrungstransfer und -management, Vernetzung, Regionalmanagement etc.

Diesem sich entwickelnden Grundverständnis von „harten“ Standortfaktoren, die im nachhaltigen Sinne gestaltbar sind bzw. deren Entwicklung, Gestaltung und Anwendung durch gesellschaftliche Bedarfsorientierung (z. B. reparaturfreundliche Produkttechnologien statt kurzlebigen „High-tech“-Müll) und Einbindung in „weiche“ Strukturpolitik beeinflusst und gesteuert werden kann, kann gerade in den o. g. Querschnittsleitbildern Nachdruck gegeben werden.

Integrative Leitbilder dieser Art könnten sich als handlungsführend erweisen und dazu beitragen, das Blickfeld „Nachhaltigen Wirtschaftens“ über Einzelthemen hinaus wie IuK-Technologien, Solartechnik, Bau- und Verkehrstechnologien zu erweitern und eine an gesellschaftlichen Bedarfen orientierte Regionalentwicklung anzustoßen.

Eine besondere Bedeutung im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ hat aus der Akteurssicht das Verhältnis von problem- und handlungsfeldbezogenen Leitorientierungen und stadtweiten, handlungsfeldübergreifenden integrierten Leitbildern, die eine nachhaltige Ausrichtung der gesamten Stadtregion in einer Vielzahl von Handlungsfeldern ermöglichen sollen. Damit sind nicht etwa inhaltsleere Allgemeinplätze mit nachhaltigem Anstrich gemeint, sondern Leitmotive angesprochen, die in der gesamten Region Entwicklungsimpulse auszulösen vermögen und (be)greifbar etwas mit den Handlungszielen von Akteuren zu tun haben.

Am Beispiel des Handlungsfeldes „Nachhaltiges Wirtschaften“ mit seinen schon im Abschnitt 6.2.3 dargestellten, von Akteuren formulierten Leitbildvorschlägen lässt sich eine Hierarchie von Leitbildern entwerfen, die von regional-integrierten bis hin zu einzelthematischen Leitbildern im Handlungsfeld reicht:

Regionale Leitbilder (Berlin-Brandenburg)	„Dynamisch vernetzte Region Berlin-Brandenburg“
Stadtregionsspezifische Leitbilder	„Stadt des Wissens“
Querschnitts-/integrative Leitbilder	„Berlin als Kompetenzzentrum für zukunftsfähiges Bauen und Wohnen“
Handlungsfeldbezogene Leitbilder für „Nachhaltiges Wirtschaften“	„Berlin – das Lernfeld für Nachhaltiges Wirtschaften“
Thematische Leitbilder: Regionalwirtschaftliche	„Energetische Selbstversorgung der Region“
Leistungsprozessbezogene	„Service-Standort Berlin“
Strukturelle	„Unternehmensnetzwerk nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Unternehmensentwicklung“

Dem Zusammenhang von handlungsfeldbezogenen und -übergreifenden Leitbildern unterschiedlicher Reichweite kommt im weiteren Stadtdiskurs über Leitbilder und Indikatoren ein hoher Stellenwert zu, denn über ein entwickeltes Beziehungsgeflecht unterschiedlicher Leitbildebene innerhalb eines regionsspezifischen Leitbild- und Indikatorensystems lassen sich isoliertes Agieren in einzelnen Handlungsfeldern vermeiden sowie integratives Denken und koordiniertes Handeln in der Region realisieren.

Innerhalb des Handlungsfeldes „Nachhaltiges Wirtschaften“ lassen sich drei Grundrichtungen für potentielle Leitbilder und darauf bezogene Indikatorensysteme ausmachen:

1. Eine thematisch-handlungsfeldübergreifende Ausrichtung kann am Beispiel der Bauwirtschaft ausgemacht werden. Anknüpfend an die Analysen und Empfehlungen der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ (1999: 407ff.) bestätigen auch unsere Gesprächsergebnisse, dass für diese – für die Region strategische – Branche nur ein Leitbild tragfähig sein kann, das integrativ und handlungsfeldübergreifend „Zukunftsfähiges Wohnen und Bauen“ als Einheit behandelt. Damit könnten Nachhaltigkeitspolitiken zum nachhaltigen Leben und Wohnen, zum nachhaltigen Bauen und Arbeiten, zur regionalen Energieversorgung, zum Gebäude- und Energiemanagement, zum regionalen Baustoffstrommanagement und zur Entwicklung interner, branchenbezogener und -übergreifender Kooperationsfähigkeit der Unternehmen (nachhaltige Unternehmenspolitik und -kultur) in den betroffenen Branchen entwickelt und verzahnt werden.

Exemplarisch für das gesamte Handlungsfeld nachhaltiges Wirtschaften ließe sich damit ein regionalorientiertes Wirtschaftshandeln auslösen und ein Prozessdenken neuer Art erproben, nämlich „nicht nur in Wertschöpfungsketten, sondern auch in Stoffflusketten zu denken und zu handeln“ (Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 1999: 159). Auf diesem Feld liegen genügend konzeptionelle Vorstellungen (Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ 2000: 259ff.), Einzelansätze und Pilotprojekte („Baukompetenzzentrum“, Dienstleistungskonzepte des Handwerks etc.) vor, sie müssten „nur“ in einem stadtweiten Leitbilddialog aufgegriffen, verknüpft und zusammengeführt werden.

2. Der Themenbereich „Managementsysteme für nachhaltiges Wirtschaften“ ist in bestimmten Ebenen des Handlungsfeldes „Nachhaltiges Wirtschaften“ im besonderen Maße ausgeprägt. Das trifft für die Akteursebenen Technologie-/Gewerbestandorte, Netzwerke, Wissenschaftsinstitutionen sowie stadtweite Verantwortungsträger zu und spricht so für einen zielgruppenspezifischen Diskurs über Leitbilder und Indikatoren zu diesem Themenbereich, der zugleich eine Bündelung unterschiedlicher Ansätze wie einzelwirtschaftliche Ökoaudits, Umweltmanagementsysteme an Gewerbestandorten, stadtweite Kampagne „Ökoprofit“ und „Nachhaltigkeits-Audit“ ermöglichen könnte.
3. Mit der Akzentuierung auf strukturelle bzw. querschnittsbezogene Leitbilder werden deutliche Erwartungen an die Stadtpolitik zur Schaffung von Rahmenbedingungen für Vernetzung, für Lernprozesse und die Ausgestaltung darauf bezogener Experimentierfelder sowie für Erfahrungs- und Wissenstransfer ausgesprochen. Diese strukturellen Zielvorstellungen orientieren damit auf ein Leitbild zum „Stadtweiten Lern- und Experimentierfeld für Nachhaltiges Wirtschaften in einer dynamisch vernetzten Region Berlin-Brandenburg“, dessen Konkretisierung in weiteren zielgruppenspezifischen Leitbilddialogen vorgenommen werden sollte.

Diese drei Grundrichtungen bei der weiteren Bearbeitung von Leitbildern und Indikatorensystemen setzen auch modifizierte Anforderungen an darauf gerichtete Vorgehensmodelle:

- Ein zielgruppenspezifischer Dialog zu den dargestellten Grundthemen sollte sich von seiner partizipativen Ausrichtung als „bottom-up“-Ansatz verstehen.
- Laufende stadtweite Diskurse (Handlungsfeldauswahl, Leitbild- und Indikatoren-diskussion durch Repräsentanten im Agendaforum, durch Senat und Enquete-kommission) und zielgruppenspezifische Dialoge sollten sich ergänzen.
- Im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ bieten sich zielgruppenbezogene und jeweils thematisch ausgerichtete Dialogformen als Organisationsform für die Verzahnung dieser beiden Vorgehensrichtungen an.
- Laufende Diskussionsprozesse (etwa zu Handlungsfeldern im Rahmen des Agendaforums) können damit verknüpft werden.

- Dieses Vorgehen erfordert zentrale Koordination und externe methodische Begleitung.
- Handlungsfeldübergreifende Leitbild- und Indikatorendiskurse (z. B. Bauen und Wohnen) sind als langfristige, strategische Projekte zu begreifen und dementsprechend organisatorisch und förderpolitisch abzusichern. Sie erfordern geduldige Akquisition von Akteuren für die Beteiligung an diesem Prozess und die Bündelung von Ressourcen.

Besonderer Entwicklungsbedarf im Handlungsfeld besteht vor allem bei der partizipativen Entwicklung von Indikatorensystemen. Wie schon im Abschnitt 6.2.2 gezeigt, sind Indikatorensysteme in der Arbeit der Akteure selten vorhanden bzw. werden selten eingesetzt. Allenfalls finden isolierte und ressortorientierte Indikatoren Anwendung. Explizite Nachhaltigkeitsindikatoren sind nur ansatzweise auf der mittleren Akteurebene vorhanden bzw. in Bearbeitung.

In einer begrenzten Akteursszene aus Technologie-/Gewerbestandorten und stadtweiten Wissenschaftseinrichtungen erscheinen gezielte Diskurse über Indikatorensysteme schon jetzt tragfähig und könnten den Ausgangspunkt für die notwendige Differenzierung nach Leit- und Steuerungsindikatoren auch auf den anderen Handlungsebenen darstellen.

#### **7.4 Empfehlungen zu Leitbildern und Indikatoren im Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“**

Ausgehend von den Akteursvorstellungen in den Interviews und im Workshop lässt sich in diesem Handlungsfeld grundsätzlich feststellen:

Neben einigen wenigen, teils sektoralen, teils integrierenden Leitbildern findet sich ein Konglomerat von Einzelkriterien, Zielkatalogen und maßnahmenorientierten Zielsetzungen. Viele Aussagen sind auf einer erläuternden Ebene unterhalb von Leitbildern angesiedelt und lassen sich als Leitsätze des Handelns der Akteure verstehen oder wurden als Qualitäts- und Handlungsziele für eine zukünftige nachhaltige Entwicklung in Berlin formuliert (was sich ändern müsste bzw. erreicht werden sollte). Inhaltlich bietet sich ein breitgefächertes Spektrum, was allerdings zu einem nicht unerheblichen Teil auf den offenen Zuschnitt des untersuchten Handlungsfeldes und die heterogene Zusammensetzung des Akteursfeldes zurückzuführen ist.

Es gibt keine stadtweiten Leitbilder im Handlungsfeld „Nachhaltige Lebenswelten...“. Vorhandene Leitbilder anderer Akteursgruppen („Dienstleistungsmetropole“, „Stadt der neuen Medien“) werden als inhaltsleer oder nicht passend empfunden.

Obwohl in den Interviews insbesondere die spezielle sektorale Sicht der Befragten auf das Handlungsfeld zur Sprache kam und die meisten Akteure in ihrem Arbeitsbereich eine eher pragmatisch handlungsfeld- oder problembezogene Herangehensweise zeigten, lassen sich hinter vielen „Zielvorstellungen“ der Einzelakteure doch eine Reihe von gemeinsamen Komponenten eines Verständnisses von nachhaltiger Entwicklung ausmachen. Für die Akteure steht dabei auf der allgemeinen Ebene der integrative, umfassende Charakter von Nachhaltigkeit im Vordergrund; die Notwendigkeit der Durchdringung und

Verknüpfung aller Lebensbereiche wird anerkannt und zugleich sowohl als Herausforderung als auch als eine Hauptschwierigkeit beschrieben.

Einen Schwerpunkt stellt auch der Querschnittscharakter einer Reihe von Themenfelder außerhalb der üblichen Kategorisierung in Dimensionen und die Operationalisierung von Querschnittsbeziehungen zwischen den Dimensionen nachhaltiger Entwicklung dar. Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, Partizipation oder eine Kultur der Nachhaltigkeit werden als Grundlage einer breiten gesellschaftlichen Integration von nachhaltiger Entwicklung verstanden, d. h. der gesellschaftlich-partizipative Charakter von nachhaltiger Entwicklung wird besonders betont. Im Rahmen eines Leitbild- und Indikatorensystems für eine Berliner Lokale Agenda stehen für die Befragten der Erkenntnisgewinn durch eine partizipative, gemeinsame Erarbeitung und Diskussion, die Kommunikation der Inhalte und Kernziele der Lokalen Agenda für die Öffentlichkeit und die (politische) Steuerung als entscheidende Funktionen im Vordergrund.

Neben sachbezogenen Leitbildern, Zielen etc. wurden von fast allen Teilnehmern auch wichtige strukturelle Voraussetzungen für eine Lokale Agenda angeführt. Diese wurden bei den Empfehlungen zu den Charakteristika eines Berliner Leitbild- und Indikatorenprozesses berücksichtigt. Besonders hervorgehoben werden soll an dieser Stelle jedoch nochmals die Notwendigkeit einer verstärkten, innovativen, personell, finanziell und institutionell abgesicherten Öffentlichkeitsarbeit, um Bekanntheit und Akzeptanz der Lokalen Agenda 21 bei den Berliner Bürgern zu erhöhen.

Auch wird auf die Notwendigkeit einer raumbezogenen Integration des Agendaprozesses hingewiesen. Leitbilder aller Ebenen angefangen bei der Kiezebene bis hin zum regionalen Verflechtungsraum müssen aufeinander abgestimmt werden, bzw. sollten aufeinander aufbauen. In einem Modell für den Berliner Leitbild- und Indikatorenprozess sollte deshalb die Integration aller stadtbezogenen räumlichen Ebenen neben die Partizipation möglichst vieler verschiedener Initiativen und Individuen treten. Bei der Auswahl von Leitbildern für verschiedene Handlungsfelder ist es also entscheidend, Bereiche zu finden und mit Leitbildern und Zielen zu charakterisieren, in denen Handlungsoptionen der Berliner Stadtpolitik mit Handlungsmöglichkeiten der Akteure (z. B. in Projekten) verknüpft werden können.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass viele Akteure einen stadtweiten Orientierungsrahmen vermissen, gewinnt die Erarbeitung und Anwendung eines „verbindlichen“ übergreifenden Modells („top-down“) sowohl für ein Leitbild- und Indikatorensystem als auch für die Gestaltung des Berliner Agendaprozesses eine überragende Rolle. Hierbei sollten klare Abläufe und Zuständigkeiten mit einem hohen Maß an Partizipation und Offenheit verknüpft sein. In ein solches Modell kann dann die themen- oder handlungsfeldbezogene Leitbild- und Indikatorenerstellung eingebunden werden.

Das von den Autoren vorgeschlagene Modell (s. Kap. 7.2.3) stellt eine Möglichkeit dar, zu einem solchermaßen strukturierten Prozess der Leitbild- und Indikatorenentwicklung zu gelangen; die in den Interviews genannten Leitbilder, Ziele und Indikatoren fügen sich dabei in dieses Strukturierungsmuster für ein Berliner Nachhaltigkeitsleitbild- und -indikatorensystem ein.

Es zeigte sich, dass das Handlungsfeld von den Akteuren, ebenso wie in der Literatur, als eine Gruppierung von mehreren eng miteinander verknüpften Themenfeldern behandelt wird. Der Versuch, für diese benachbarten Felder integrative Leitbilder zu finden, stellt einen weiter zu verfolgenden Ansatz dar. Aufgrund der unterschiedlichen Diskussionsstände scheint zunächst jedoch eine Klärung über Zielsetzungen und Leitbilder in den Teilfeldern erforderlich, bevor die Möglichkeit einer Abstimmung und Zusammenführung zu wenigen übergeordneten Leitbildern erfolgen könnte. Aus diesen Gründen wird ange-regt, die vorrangig genannten Themenfelder in den Handlungsfeldern des Berliner Agendaprozess aufzugreifen. Dabei sollte besonderes Augenmerk auf der Berücksichtigung handlungsfeld- und dimensionsübergreifender Themen, wie Beteiligung oder Geschlechtergerechtigkeit, liegen. Damit wäre eine gute Anschlussfähigkeit der meisten Themenfelder und Handlungsbereiche an die Diskussion der prioritären Handlungsfelder, wie sie z. B. unter Beteiligung von Vertretern der Senatsverwaltungen beim Agendaforum geführt wird, zu verzeichnen. So finden sich die Themenfelder „Zukunft der Arbeit“ und „Bildung“ mit vergleichbaren Zielsetzungen auch im Katalog des Agendaforums wieder. Ebenso wie die Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema und der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Form von Kinder- und Jugendtagenden dort ihre Entsprechung haben.

## **7.5 Verfahrensbezogene Empfehlungen für den Berliner Leitbild- und Indikatorenprozess**

Die Entwicklung von Leitbild- und Indikatorensystemen, der "Findungsprozess", stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Die hierbei bereits gewonnenen Erfahrungen (Erfolge wie Misserfolge) sind bisher nur vereinzelt dokumentiert und damit anderen Gruppen schwer zugänglich. Bundesweit erfolgt die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, örtlicher Organisationen und Interessengruppen in sehr unterschiedlichem Ausmaß und auf sehr unterschiedliche Art und Weise.

Im Folgenden werden Empfehlungen für den Prozess der Berliner Leitbild- und Indikatorenentwicklung gegeben. Die Empfehlungen wurden im Projekt – unter Hinzuziehung der Ergebnisse der Interviews – ausgearbeitet und auf beiden Workshops zur Diskussion gestellt. Die im Folgenden dargestellten Charakteristika und Etappen sind mit den TeilnehmerInnen der Workshops besprochen worden.

### **7.5.1 Charakteristika des Berliner Leitbild- und Indikatorenprozesses**

Der Berliner Leitbild- und Indikatorenprozess sollte folgende Charakteristika haben:

- **Abgeordnetenhaus- und Senatsbeschlüsse**, die in Berlin bereits vorliegen, d. h. ein politisches Mandat und ein Auftrag an die Verwaltungen, werden für die Implementation und Umsetzung eines Leitbild- und Indikatorenprozesses für unabdingbar gehalten.
- Eine **kooperative Entwicklung**, so wie bereits begonnen, soll einer der Grundpfeiler des Berliner Leitbild- und Indikatorenprozesses sein. Unter "kooperativer Entwicklung" ist mehr als nur die Information und Anhörung von Interessierten zu verstehen. Eine kooperative Entwicklung erfordert die *Einrichtung von paritätä-*

*tisch besetzten Arbeitsgruppen* mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen. Ohne die Mitwirkung dieser Akteure von Anfang an wird ein Leitbild- und Indikatorenprozess nicht erfolgreich sein können. Da die Akteure des neu gegründeten Agendaforums mit großer Sorgfalt und soweit wie möglich paritätisch zusammengesetzt sind, könnte es auch als die für die Leitbild- und Indikatorenfindung zuständige Organisationseinheit fungieren. Die Ausrichtung an Handlungsfeldern und die kooperative Gestaltung des Prozesses machen darüber hinaus zielgruppenspezifische Dialoge erforderlich.

- Für die **Institutionalisierung** des Berliner Nachhaltigkeits-Leitbild- und – Indikatorenprozesses wird folgende Struktur vorgeschlagen:  
**Lenkungsgruppe:** Da die Entwicklung von partizipativ ermittelten Nachhaltigkeits-Leitbildern und Indikatoren für eine Metropole wie Berlin nicht von selbst abläuft und – u. a. wegen der erforderlichen Einbindung einer Vielzahl von Akteuren – eine komplexe Aufgabe darstellt, sollte eine *Lenkungsgruppe* den Prozess initiieren und koordinieren. Diese Lenkungsgruppe kann Bestandteil des Agendaforums sein.  
**Enquetekommission "Lokale Agenda 21 / Zukunftsfähiges Berlin":** Die Enquetekommission hat bereits einen wesentlichen Beitrag zum Berliner Nachhaltigkeits-Leitbild- und –Indikatorenprozess geleistet, indem sie Anhörungen von nationalen und internationalen ExpertInnen zu Leitbildern und Nachhaltigkeitsindikatoren durchgeführt hat.  
**Forschungsgruppe:** Die Leitbild- und Indikatorendebatte sollte *in den Handlungsfeldern* sowie *handlungsfeldübergreifend* analog zu diesem Forschungsprojekt durch eine Forschungsgruppe vorbereitet werden. Ein Vorschlag für ein System von Nachhaltigkeitsleitbildern und -indikatoren sollte von einer Forschungsgruppe in Abstimmung mit Agendaforum, Senatsverwaltungen und Enquetekommission entwickelt werden, da die Auswahl von Leitbildern und Indikatoren neben politischen Wertungen wissenschaftlich-methodischen Anforderungen genügen muss (vgl. Kap. 7.1 und 7.2).
- **Vorgehen eventuell in zwei Schritten:**  
Das Leitbild- und Indikatorensystem sollte *zwei Funktionen* dienen: Es sollte sowohl der Kommunikation zwischen Verwaltung und allgemeiner Öffentlichkeit als auch der politischen Steuerung dienen. Es soll folglich *zweistufig* sein entsprechend der in Kap. 3.3 vorgestellten Struktur. Leit- und Steuerungsindikatoren sollen zueinander in einem thematischen Zusammenhang stehen. Vermutlich sind die Leitindikatoren schneller und leichter zu bestimmen als die Steuerungsindikatoren.

### 7.5.2 Phasen und Etappen des Berliner Nachhaltigkeits-Leitbild- und -Indikatorenprozesses

Der Berliner Nachhaltigkeitsleitbild- und -indikatorenprozess sollte in zwei Phasen durchgeführt werden: zunächst muss ein Leitbild- und Indikatorensystem entwickelt werden (Phase I). Bei der Entwicklung sollte jedoch bereits die anschließend folgende Implementation (Phase II) bedacht werden. Die im Folgenden dargestellten Phasen und Etappen wurden auf den Workshops zu den beiden Handlungsfeldern des Projekts vorgestellt und von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern prinzipiell als sinnvoll erachtet.

## **Phase I: Entwicklung von Nachhaltigkeitsleitbild- und -indikatorensystemen in ausgewählten Handlungsfeldern und Herstellung eines Konsenses**

1. *Entwurf von Zielvorstellungen* (d. h. je ein Leitbild, mehrere Leitsätze, Qualitäts- und Handlungsziele zu einer nachhaltigen Entwicklung Berlins) durch die am Agendaprozess beteiligten *Akteure* aus Wirtschaft, Politik, NGOs und Verwaltung. Die Entwicklung und Systematisierung der Zielvorstellungen sollte durch die Forschungsgruppe unterstützt werden.
2. Konzeptioneller *Entwurf eines Nachhaltigkeits-Indikatorensystems* durch die Forschungsgruppe, mit dem der Erfüllungsgrad der o. g. Zielvorstellungen einer nachhaltigen Entwicklung überprüft werden kann. Dies erfordert sowohl die Berücksichtigung der Vorstellungen der Berliner Akteure als auch eine Systematisierung und Ergänzung der Indikatorenvorschläge aus der Literatur und durch die Berliner Akteure.
3. Information und Beteiligung der breiten Öffentlichkeit auf *Kick-off-Konferenz*. Sobald ein Entwurf eines Leitbild- und Indikatorensystems vorliegt, sollte durch die Lenkungsgruppe eine Kick-off-Konferenz mit den Akteuren der Handlungsfelder und der allgemeinen Öffentlichkeit durchgeführt werden. Auf dieser Konferenz sollte der Entwurf des Zielsystems durch die politischen Akteure, der Entwurf des Indikatorensystems durch die Forschungsgruppe vor- und zur Diskussion gestellt werden.
4. Dialog in Enquetekommission, Fachforen und Öffentlichkeit:
  - Enquetekommission: Diskussion und Auswahl eines Strukturmodells (vgl. Kapitel 7.2.3), handlungsfeldübergreifende Stärken-Schwächen- / Chancen-Risiken-Analyse Berlins, handlungsfeldübergreifende Leitbild- und Zielformulierung, Anmerkungen zu dem Entwurf für ein Indikatorensystem, Entwicklung handlungsfeldübergreifender Leitindikatoren, laufende Rückkopplung mit der Diskussion in Agendaforum, Senat und Öffentlichkeit.
  - Fachforen des Agendaforums (Vorschlag für die voraussichtlich 4 Sitzungen / moderierten Workshops jedes Fachforums im Jahr 2001): Diskussion und Auswahl eines Strukturmodells, handlungsfeldbezogene Stärken-Schwächen- / Chancen-Risiken-Analyse, handlungsfeldbezogene Leitbild- und Zielformulierung, Anmerkungen zu dem Entwurf für ein Indikatorensystem, Entwicklung handlungsfeldbezogener Indikatoren, laufende Rückkopplung mit der Diskussion in Enquetekommission, Senat und Öffentlichkeit
  - Öffentlichkeits- und Pressearbeit (z. B. Medienpartnerschaft, Podiumsdiskussionen)
  - Interaktive (moderierte) Internetplattform (und Mailingliste) zum Austausch über die unterschiedlichen Vorstellungen zu Indikatoren sowie zur Verzahnung der Dialoge in Enquetekommission, Fachforen und Öffentlichkeit (z. B. Vorschlag von Rogall (2001), Vorschläge dieses Projektes, Vorschläge der Bezirke mit stadtweiter Relevanz, Vorschläge des Senats); zu Leitbildern z. B. Einstellen der Überlegungen zum Leitbild "Brückenstadt" (Berger 2000), der Ergebnisse der Berlin-Studie sowie der Vorschläge des Senats; jeweils mit der Möglichkeit, Kommentare abzugeben.
  - Parallel zur Entwicklung des Indikatorensystems ist ein *Abgleich* mit den vorhandenen *Informations- bzw. Datenbeständen* durch die Forschungsgruppe erforderlich, denn das Indikatorensystem ist nur einsetzbar, wenn es mit Informationen bzw. Daten untersetzt werden kann.
5. *Modifikation des Entwurfs und Vorschläge von Umsetzungsmaßnahmen*: Eine Überarbeitung sollte von der Lenkungsgruppe und der Enquetekommission gesteuert werden und durch die Forschungsgruppe erfolgen. Darüber hinaus sollte eine Weiterentwicklung des Leitbild- und Indikatorensystems Vorschläge von Maßnahmen zur Umsetzung der entwickelten Zielvorstellungen enthalten. Dieser Schritt wird vermutlich mehrmals erfolgen müssen.

6. Das Leitbild- und Indikatorensystem sollte *öffentlichkeitswirksam präsentiert* werden, um eine möglichst hohe Bekanntheit zu erreichen.
7. Die handlungsfeldübergreifenden Leitbilder und Indikatoren werden von der Enquete-kommission verabschiedet, die handlungsfeldbezogenen vom Agendaforum. Anschließend werden beide – aufeinander abgestimmten – Systeme dem Abgeordnetenhaus bzw. dem Senat vorgelegt.
8. *Beschluss des Leitbild- und Indikatorensystems* einschließlich erster Maßnahmenvorschläge durch Abgeordnetenhaus und Senat. Der letzte Schritt der Entwicklung eines Leitbild- und Indikatorensystems ist dessen Annahme durch die politischen und die Verwaltungsgremien der Stadt in Form eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses sowie eines Senatsbeschlusses. Das so erteilte politische Mandat ist als Voraussetzung für die Implementation des Leitbild- und Indikatorensystems in das Verwaltungshandeln anzusehen.

## **Phase II: Implementation des Leitbild- und Indikatorenprozesses in Politik und Verwaltung**

In Phase II soll der Nachhaltigkeits-Leitbild- und -Indikatorenprozess in das Berliner Politik- und Verwaltungshandeln implementiert werden. Da bisher kaum Erfahrungen mit dem Einsatz von lokalen Nachhaltigkeitsindikatoren v. a. als Steuerungsinstrumenten vorliegen, besteht hier erheblicher Forschungsbedarf. Für Leit- und Steuerungsindikatoren sind unterschiedliche Einsatzprozeduren zu entwickeln. Leitindikatoren, die vorrangig der Kommunikation zwischen Öffentlichkeit und Verwaltung dienen, tangieren das Verwaltungshandeln nur mittelbar. Steuerungsindikatoren beeinflussen dagegen das Verwaltungshandeln unmittelbar. Die Implementation eines Leitbild- und Indikatorenprozesses erfordert auch die Implementation eines Systems der Berichterstattung und des Controlling. Diese Schritte sollen unter Berücksichtigung der Fortschritte der Berliner Debatte zu einem Leitbild- und Indikatorenprozess zu einem späteren Zeitpunkt weiter detailliert werden.

## 8. Verzeichnisse

### 8.1 Literaturverzeichnis

- Abgeordnetenhaus von Berlin (1999): Mitteilung – zur Kenntnisnahme – über Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt; Drs-Nr. 13/3689. Berlin.
- Agenda-Büro Bremen (Hrsg.) (1998): Bremer Aktionsprogramm Lokale Agenda 21. Bremen.
- Agenda-Büro Bremen (Hrsg.) (1998): Lokale Agenda 21 Bremen, Bericht über den bisherigen Agenda 21-Prozeß in Bremen; November 1998. Bremen.
- Agendaforum (Hrsg.) (2000): Agendaforum; Interessengruppen, Politik und Bürger arbeiten an einem Zukunftsprogramm für die Stadtregion Berlin (Faltblatt) . Berlin.
- Agenda-Transfer/CAF (1997): Lokale Agenda 21, Initiativen und Beispiele zukunftsfähiger Stadtentwicklung; Stand: Februar 1997. Bonn.
- ANU – Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltschutz; BANU – Bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz; DGU – Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung e.V.; GbU – Gesellschaft für berufliche Umweltbildung e.V. (Hrsg.) (1999): Bildungsprogramm für nachhaltige Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg.
- Bayerischer Jugendring, AG Umweltpolitik/-pädagogik (Hrsg.) (1999): Zukunft Gestalten, Kinder und Jugendliche mischen mit bei der Agenda 21. München.
- Berger, Hartwig (2000): Brückenstadt Berlin; in: Berliner Briefe, Nr. 33, Dezember 2000 – Online-Ausgabe – ; Internet:  
[http://www.grueneliga.de/berlin/agenda21/berliner\\_briefe/dezember00/leitbild.html](http://www.grueneliga.de/berlin/agenda21/berliner_briefe/dezember00/leitbild.html), 01/2001.
- Berlin 21 – umwelt- und entwicklungspolitische Bilanz (Hrsg.) (1998): Berlin 21 – umwelt- und entwicklungspolitische Bilanz. Berlin.
- Bezirksamt Köpenick von Berlin, Abteilung Jugend und Umwelt (2000): Lokale Agenda 21 Köpenick. September 2000. Berlin.
- Birkmann, Jörn (1999): Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung. Eckpunkte eines Indikatorensystems für räumliche Planungsfragen auf kommunaler Ebene. Dortmund.
- BLK-Programm "21", Programm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2000): Das Leben im 21. Jh. gestalten lernen; Faltblatt. Berlin.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (1997): Rahmenkonzept Modellprojekte für nachhaltiges Wirtschaften. Bonn

- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2000): Erprobung der CSD-Nachhaltigkeitsindikatoren in Deutschland; Bericht der Bundesregierung. Berlin.
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1998): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland; Entwurf eines umweltpolitischen Schwerpunktprogramms. Bonn.
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1993): Agenda 21; Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro; Dokumente. Bonn.
- Born, Manfred (1997a): Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung. Konzepte, Prinzipien, Kriterien; econtur (Hrsg.), Positionen 1. Bremen.
- Born, Manfred (1997b): Handlungsleitfaden zur Entwicklung eines kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystems im Rahmen der Lokalen Agenda 21; econtur (Hrsg.). Bremen.
- Bossel, Hartmut (1999): Indicators for Sustainable Development: Theory, Method, Applications, A Report to the Balaton Group. Winnipeg (Kanada).
- Böttcher-Tiedemann, Christiane; Diller, Christian (1997): Zur Problematik von Nachhaltigkeitsindikatoren für die räumliche Planung – ein Basisindikatorensatz zum Thema schwachnachhaltige Siedlungsentwicklung; in: Hübler, Weiland (1997).
- Böttcher-Tiedemann, Christiane; Diller, Christian; Endres, Alfred et al. (1996): Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung; IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (Hrsg.); Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes Nr. 10103191. Berlin, Hagen.
- Brand, Karl-Werner; Pofertl, Angelika; Schilling, Karin (1996): Umweltmentalitäten in Westdeutschland, Wie wir das Umweltthema in unser Alltagsleben integrieren. Münster.
- Braun, Sabine; Clausen, Jens; Lehmann, Sabine (2000): Abschlussbericht zum DBU-geförderten Vorhaben "Agenda 21 als Grundlage von Unternehmensleitbildern"; in: future e.V. (Hrsg): Nachhaltigkeit.Jetzt! – Anregungen, Kriterien und Projekte für Unternehmen. München.
- Brunsemann, Claudia; Waldemar Stange; Dieter Tiemann (1997): Mitreden – mitplanen – mitmachen : Kinder und Jugendliche in der Kommune; Dt. Kinderhilfswerk. Berlin.
- BUND; MISEREOR (Hrsg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland; Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel, Boston, Berlin.
- Dell, Peter (1998): Beteiligung, Modewort oder Strategie für die Zukunft; in: <http://www.kinderpolitik.de/biblio>, 04.10.2000.
- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode (1999): Antrag: Bildung für eine nachhaltige Entwicklung; Drucksache 14/1353 vom 30.06.1999.

- Diefenbacher et al. (2000) (Diefenbacher, Hans; Dümig, Dorothee; Teichert, Volker; Wilhelmy, Stefan; Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Verbindung mit dem UVM, dem STMLU, dem HMUEJFG und dem TMLNU): Indikatoren im Rahmen einer lokalen Agenda 21. Heidelberg. [http://www.herasum.de/agenda21/download\\_m.htm](http://www.herasum.de/agenda21/download_m.htm), 10/2000. (UVM: Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg; STMLU: Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen; HMUEJFG: Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit; TMLNU: Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt.)
- Diefenbacher, Hans; Gramm, Rolf; Karcher, Holger et al. (1998): Lokale Agenda 21 in der Praxis. Kommunale Handlungsspielräume für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik; Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST) (Hrsg.); Texte und Materialien, Reihe A Nr. 44. Heidelberg.
- Diefenbacher, Hans; Karcher, Holger; Stahmer, Carsten et al. (1997a): Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im regionalen Bereich, Ein System von ökologischen, ökonomischen und sozialen Indikatoren; Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) (Hrsg.); Texte und Materialien, Reihe A Nr. 42; Heidelberg.
- Diefenbacher, Hans; Karcher, Holger; Stahmer, Carsten, et al. (1997b): Die Quadratur des Kreises, Ökologische, ökonomische und soziale Indikatoren für Nachhaltiges Wirtschaften; in: Politische Ökologie 52, Juli/August 1997, 55-57.
- Diefenbacher, Hans; Teichert, Volker; Wilhelmy, Stefan (1997c): Regionale Indikatoren für nachhaltige Entwicklung; Expertise für die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung; Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) (Hrsg.). Heidelberg.
- Diekmann, Andreas; Preisendörfer, Peter (1992): Persönliches Umweltverhalten, Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2/92, 226-251.
- DIfU – Deutsches Institut für Urbanistik; FFU – Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin (1999): Evaluation des Berliner Koordinatoren-Modells zur Lokalen Agenda 21. Berlin.
- Dosch, Fabian; Fuhrich, Manfred (1999): Konzept und Indikatorenprofile für eine indikatorengestützte Erfolgskontrolle im Handlungsfeld "Haushälterisches Bodenmanagement" des ExWoSt-Forschungsfeldes "Städte der Zukunft"; Arbeitspapiere 3/1999 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Bonn.
- DUH – Deutsche Umwelthilfe (2000a): Die Zukunftsfähige Kommune, Wettbewerb und Kampagne zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21; in: <http://www.dhu.de> 06.10.2000.
- DUH – Deutsche Umwelthilfe (2000b): Die Zukunftsfähige Kommune, Wettbewerb und Kampagne zur Unterstützung der Lokalen Agenda 21; Pilotphase; Nachhaltigkeitsbilanz und Qualitätskontrolle der Agenda-21-Prozesse in den Modellkommunen

- nen; Indikatorenliste zur Verfügung gestellt durch die Stadt Leipzig. (unveröffentlicht).
- Dünnhaupt, Klaus et al. (1998): Der Prozeß zu einer Lokalen Agenda 21 für Berlin – Köpenick; Teil I: Bericht zur Prozeßbegleitung; Umweltbundesamt (Hrsg.); Texte 41/ 98. Berlin.
- Eberle, Ulrike; Grießhammer, Rainer; Henseling, Christine (1999): Soziale und ökonomische Nachhaltigkeitsindikatoren; Institut für angewandte Ökologie e. V. (Öko-Institut) (Hrsg.). Freiburg.
- EEA – European Environment Agency (1999): Environmental Indicators: Typology and overview. Copenhagen.
- Empacher, Claudia; Wehling, Peter (1999): Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit; Institut für sozial-ökologische Studien (ISOE) (Hrsg.); Diskussionspapiere 13; Frankfurt am Main.
- Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung" des 12. Deutschen Bundestages (1994): Die Industriegesellschaft gestalten, Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen. Bonn.
- Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltigen zukunftsverträglichen Entwicklung" des 13. Deutschen Bundestages (1998): Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung; Abschlußbericht; Bundestags-Drucksache 13/11200 vom 26.06.98. Bonn.
- Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" des Abgeordnetenhauses von Berlin – 13. Wahlperiode – (1999): Zukunftsfähiges Berlin; Bericht der Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" des Abgeordnetenhauses von Berlin – 13. Wahlperiode –. Berlin.
- Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" des Abgeordnetenhauses von Berlin – 13. Wahlperiode – (2000): Zukunftsfähiges Berlin; Bericht der Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" des Abgeordnetenhauses von Berlin – 13. Wahlperiode –; Anlagenband. Berlin.
- EUROSTAT (Hrsg.) (o. J.): Indicators of Sustainable Development, a pilot set following the United Nations Commission on Sustainable Development. Luxemburg.
- Fichter, Heidi; Kujath, Hans-Joachim (1999): Regionalisierungsstrategie für ein nachhaltiges Ressourcen- und Stoffstrommanagement in der Stadtregion Berlin, Teil I; in: Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" (2000) 189-258.
- FuE – Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.) (1997): Wie zukunftsfähig ist Deutschland? Entwurf eines alternativen Indikatorensystems; Werkstattbericht des AK Indikatoren des Forums Umwelt und Entwicklung. Bonn.
- Geffers, Gerlinde (2000): Steter Tropfen höhlt den Stein; in: Germanwatch-Regionalgruppe Hamburg (2000) 62-72.

- Germanwatch-Regionalgruppe Hamburg (Hrsg.) (2000): AGENDA 21, Hamburgs mühsamer Weg ins 21. Jahrhundert. Hamburg.
- Gomm, Ekkehard; Willke, Klaus (2000): Indikatoren für eine zukunftsfähige Hansestadt; in: Germanwatch-Regionalgruppe Hamburg (2000) 30-53.
- Graumann, Carl F. et al. (Hrsg.) (1983): Enzyklopädie der Psychologie; Themenbereich B: Methodologie und Methoden, Serie I: Forschungsmethoden der Psychologie, Bd. 2: Datenerhebung. Hg. Hubert Feger, Jürgen Bredenkamp. Göttingen, Toronto, Zürich.
- Haan, Gerhard de (2000a): Eckpunkte der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung aus der Perspektive der Umweltbildung. Berlin. (unveröffentlicht)
- Haan, Gerhard de (2000b): Kompetent für die Gestaltung der Zukunft; in: Politische Ökologie, Sonderheft 12, März 2000; 12-14.
- Haan, Gerhard de; Harenberg, Dorothee (1999): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung; Bund Länder Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK); Heft 72. Bonn.
- Haan, Gerhard de; Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke (2000): Bürgerbeteiligung in Lokale Agenda 21-Initiativen; Analysen zu Kommunikations- und Organisationsformen; Umweltbundesamt (Hrsg.). Opladen.
- Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2000): Verbundprojekt, Arbeit und Ökologie, Abschlussbericht zum Projekt Nr. 97-959-3. Berlin, Wuppertal.
- Hermann, Winfried (Hrsg.) (2000): Lokale Agenda 21 – Anstöße zur Zukunftsfähigkeit; Handreichung für eine reflektierte Handlungspraxis. Stuttgart, Berlin, Köln.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung/Hessische Technologiestiftung GmbH (Hrsg.) (1999): Zukunftsfähige Unternehmensführung; Wiesbaden.
- Hofmeister, Sabine (1997): Stoffstromanalysen und Stoffstrommanagement – Ein Beitrag zur Organisation einer nachhaltigen Raumentwicklung; in: Hübler, Weiland (1997) 43-58.
- Holzcamp, Klaus: Lernen; Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt a. M., Berlin, New York 1993.
- Hübler, Karl-Hermann, Weiland, Ulrike (Hrsg.) (1996): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung für die Forschung?. Berlin.
- Hübler, Karl-Hermann, Weiland, Ulrike (Hrsg.) (1997): Bausteine für eine nachhaltige Raumentwicklung in Brandenburg und Berlin. Berlin.
- Hübler, Karl-Hermann; Kaether, Johann; Selwig, Lars-H. et al. (1998): Weiterentwicklung und Präzisierung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in der Regionalplanung und regionalen Entwicklungskonzepten; Vorläufiger Endbericht des gleichnamigen F+E-Vorhabens des Umweltbundesamtes; FKZ 296 16 139; Institut für Management in der Umweltplanung; Technische Universität Berlin. Berlin.

- Infostelle Kinderpolitik beim Deutschen Kinderhilfswerk e. V. (Hrsg.) (1998a): Viele Wege – ein Ziel, Ein Überblick der Formen und Methoden der Partizipation von Kindern; in: <http://www.kinderpolitik.de/biblio>, 04.10.2000.
- IZT/TAURUS-Institut (1999): Bewertung von Projekten der Regionalförderung der EU. Berlin.
- KATE e. V. – Kontaktstelle für Umwelt- und Entwicklung (Hrsg.) (2000): Kommunale Nord-Süd-Arbeit und Lokale Agenda 21; Praxisbeispiele aus Berliner Bezirken. Berlin.
- Klemme, Marion (1999): Die Integration von Frauen bei der Aufstellung der "Lokalen Agenda 21"; Entwicklung, Rahmenbedingungen, Beispiele; Wuppertalpapers Nr. 94. Wuppertal.
- Klemmer, Paul (1994): Ressourcen- und Umweltschutz um jeden Preis?; in: Voss (1994) 22-57.
- Knaus, Anja; Renn, Ortwin (Hrsg.) (1998): Den Gipfel vor Augen – Unterwegs in eine nachhaltige Zukunft; Reihe: Ökologie und Wirtschaftsforschung, Bd. 29, Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg (Hrsg.). Marburg.
- Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden (Hrsg.) (2000): Towards a Local Sustainability Profile – European Common Indicators; in: <http://www.sustainable-cities.org/expert.html>.
- Koordinationsbüro des Runden Tisches zur Nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg (Hrsg.) (1999): Der Runde Tisch zur Nachhaltigen Entwicklung; Dialogprojekt für ein zukunftsfähiges Berlin und Brandenburg. Berlin.
- Kretzschmar, Nikolai (1999): Ein Vergleich von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung für die lokale Ebene; Diplomarbeit am Institut für Management in der Umweltplanung der TU Berlin. Berlin (unveröffentlicht).
- Kühn, Manfred; Moss, Timothy (Hrsg.) (1998): Planungskultur und Nachhaltigkeit, Neue Steuerungs- und Planungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Berlin.
- Kujath, Hans Joachim (1998): Nachhaltiges Wirtschaften in Berlin und der Region; Thesen für die Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin", 4.6.98. Berlin (unveröffentlicht)
- Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt, Koordinierung Agenda 21-Büro (2000a): Projekt Kompass Nachhaltigkeit: Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung im Rahmen der lokalen Agenda 21 München. München.
- Landeshauptstadt München (2000b): Internetseiten der Stadtverwaltung unter [www.muenchen.de](http://www.muenchen.de), Oktober 2000
- Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt, Koordinierung Agenda 21-Büro (2000c): Projekt Kompass Nachhaltigkeit: Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung im Rahmen der lokalen Agenda 21 München. Vorblatt zur Bekanntgabe des Umweltschutzausschusses am 24.02.2000. München.

- Landeskinderbeauftragte NRW, Kinderbeauftragter der Landesregierung beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (1994): Leitfragen Kinderfreundlichkeit; in: <http://www.kinderpolitik.de/biblio>; 04.10.2000.
- Lokale Agenda 21 Lichtenberg (1999): Kommunales Handlungsprogramm – überarbeiteter Entwurf – vom 26.01.1999. Koordinierungsbüro Lokale Agenda 21 Lichtenberg (Hrsg.). Berlin.
- Lorek, Sylvia; Spangenberg, Joachim H.; Felten, Christoph; Wuppertal-Institut (Hrsg.) (1999): Prioritäten, Tendenzen und Indikatoren umweltrelevanten Konsumverhaltens. Demonstrationsvorhaben im Auftrag des Umweltbundesamtes. Wuppertal.
- Lucas, Rainer (2000): Von der regionalisierten Strukturpolitik zur nachhaltigen Regionalentwicklung. In: Wuppertal Papers Nr.101. Wuppertal.
- Lucas, Rainer; Hesse, Marcus (1992): Ökologische Regionalentwicklung; Diskussionspapier des IÖW 3/91. Berlin; Wuppertal.
- Luxem, Monika; Byrd, Brigitte (1997): The CSD Work Programme on Indicators of Sustainable Development; in: Moldan (1997).
- Meran, Georg (1996): Das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung in den Wirtschaftswissenschaften; in: Hübler/Weiland (1996) 65-90.
- Moldan, Bedrich (Hrsg.) (1997): Sustainability Indicators. Chichester (GB).
- Möller, Kurt (1999): Die Stuttgarter Jugendräte-Studie, Möglichkeiten zur politischen Beteiligung Jugendlicher an gesamtstädtischen Belangen in einer Großstadt. Stuttgart; In: <http://www.kinderpolitik.de/biblio>; 04.10.2000.
- Müller, Erhard O. (2000a): Einladung zum Aufbau des Agendaforums; in: Berliner Briefe, Mai 2000, Heft 27; 6.
- Müller, Ulrich (2000b): Der Mensch im Mittelpunkt; in: Politische Ökologie, Sonderheft 12, März 2000, S. 8-11.
- MURL NRW – Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1999): Indikatoren zur Geschlechtergerechtigkeit, Beispiel Duisburg. Düsseldorf.
- ökom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH (Hrsg.) (1998): Zukunftsfähiges München, Ein Gemeinsames Projekt Münchner Bürgerinnen und Bürger. München.
- Pfister, Gerd; Renn, Ortwin (1996): Ein Indikatorensystem zur Messung einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg; Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg Nr. 64. Stuttgart.
- Richter, Stefan (2000): Sicherung des Agenda-Prozesses in den Berliner Bezirken; in: Berliner Briefe, März 2000, Heft 25; 10.
- Rogall, Holger (2000): Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Eine praxisorientierte Einführung in die Neue Umweltökonomie und Ökologische Ökonomie. Berlin

- Rogall, Holger (2001): Vorschlag eines Ziel- und Indikatorensystems für ein zukunftsfähiges Berlin (2020), 4. Entwurf. Berlin (<http://www.agendaforum.agenda-21.net/docs/vorsch4.doc>).
- Schäfer, Martina; Schön, Susanne (1998): Soziale und kulturelle Indikatoren nachhaltiger Regionalentwicklung – Vorläufiger Endbericht einer im Rahmen des Forschungsvorhabens "Weiterentwicklung und Präzisierung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in der Regionalplanung und regionalen Entwicklungskonzepten" erarbeiteten Studie. Berlin (unveröffentlicht).
- Schäfer, Martina; Schön, Susanne (2000): Nachhaltigkeit als Projekt der Moderne. Berlin.
- Scherhorn, Gerhard; Reisch, Lucia; Schrödel, Sabine (1997): Wege zu nachhaltigen Konsummustern; Überblick über den Stand der Forschung und vorrangige Forschungsthemen; Kurzfassung; Universität Hohenheim. Hohenheim.
- Schmidt-Bleek, Friedrich (1994): Wieviel Umwelt braucht der Mensch?, MIPS – Das Maß für ökologisches Wirtschaften. Berlin, Basel, Boston.
- Schwarzer, Ralf (1983): Befragung; in: Graumann (1983) 302–320.
- SenStadt – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2000): Umweltentlastungsprogramm (UEP); in: <http://www.sensut.berlin.de/sensut/umwelt/uep>, 01/2001.
- SRU – Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1994): Umweltgutachten 1994; Für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart. (auch Bundestags-Drucksache 12/6995)
- SRU – Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1996): Umweltgutachten 1996; Zur Umsetzung einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Stuttgart. (auch Bundestags-Drucksache 13/4108)
- SRU – Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1998): Umweltgutachten 1998; Umweltschutz: Erreichtes sichern – Neue Wege gehen. Stuttgart. (auch Bundestags-Drucksache 13/10195)
- Stange, Waldemar (1996): Planen mit Phantasie/ Zukunftswerkstatt und Planungszirkel für Kinder und Jugendliche; Deutsches Kinderhilfswerk e. V. (Hrsg.). Berlin, Kiel.
- Stange, Waldemar; Tiemann, Dieter (o. J.): Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune; o. O.
- Stransfeld, Reinhard (1999): Regionale Ökonomie für integrierte Nachhaltigkeit. Teltow.
- Szerenyi, Timea (1999): Zur Operationalisierung von Nachhaltigkeit und nachhaltiger Entwicklung; Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut; Working Paper No. 99-01. Köln.
- Tanner, Carmen; Kaufmann-Hayoz, Ruth (1992): Hindernisse auf dem Weg zu umweltverantwortlichem Handeln; in: Doppelpunkt, Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz NW EDK, Jg. 10, Nr.19.

- Teller, Matthias; Ligner, Peter; Behrendt, Siegfried; Poelchau, Jurij; Schrick, Gerhard (2000): Unternehmenskooperationen für zukunftsfähiges Wirtschaften – Bedarfsanalyse. Berlin (unveröffentlicht).
- Tränkle, Ulrich: Fragebogenkonstruktion; in: Graumann (1983) 222–301.
- Umweltamt Köpenick. (1997): Lokale Agenda 21 Köpenick, Arbeitsentwurf November 1997. Berlin.
- UBA – Umweltbundesamt (2000): Umweltbewusstsein in Deutschland 2000, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.
- United Nations (UN) Commission on Sustainable Development (CSD) (1998): Measuring Changes in Consumption and Production Patterns, Background Paper for the Workshop on Indicators for Changing Consumption and Production Patterns, New York, 2-3 March 1998. New York.
- Vester, Frederic (1999): Die Kunst, vernetzt zu denken: Ideen und Werkzeuge für einen neuen Umgang mit Komplexität. Stuttgart.
- Voss, Gerhard (Hrsg.) (1994): Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, Darstellung und Kritik. Köln.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (1996): Jahrgutachten 1996: Welt im Wandel: Herausforderungen für die deutsche Wissenschaft. Berlin, Heidelberg.
- WCED – World Commission on Environment and Development) (1987): Our Common Future (Brundlandt-Report). New York, Oxford.
- Weiland, Ulrike (1999a): Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung – vom Monitoring zur politischen Steuerung?; in: Weiland (1999c) 245-262.
- Weiland, Ulrike (1999 b): Zukunftsfähige und dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung von Stadtregionen – Handlungs- und Forschungsfelder, Herausforderungen für die Umweltplanung; Habilitationsschrift eingereicht am FB 7 Umwelt und Gesellschaft der TU Berlin (unveröffentlicht).
- Weiland, Ulrike (Hrsg.) (1999c): Perspektiven der Raum- und Umweltplanung angesichts Globalisierung, Europäischer Integration und Nachhaltiger Entwicklung. Berlin.
- Zukunftsrat Hamburg (Hrsg.) (1999): Indikatoren für eine zukunftsfähige Entwicklung Hamburgs. Hamburg.

## **8.2 Verzeichnis der Tabellen**

Tabelle 1:	Indikatoren der CSD mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltiges Wirtschaften" (aus BMU 2000).....	46
Tabelle 2:	Indikatoren der CSD mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen“ (aus BMU 2000).....	47
Tabelle 3:	Indikatoren (Auswahl) der Eurostat-Studie (aus Eberle et al. 1999; Eurostat 1997) .....	48
Tabelle 4:	Indikatoren (Auswahl) der Eurostat-Studie (aus Eberle et al. 1999; Eurostat 1997) .....	48

Tabelle 5:	Indikatoren der Testphase der CSD in Deutschland (Auswahl) mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus BMU 2000) .....	49
Tabelle 6:	Indikatoren der Testphase der CSD in Deutschland (Auswahl) mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus BMU 2000) .....	50
Tabelle 7:	Ziele und Kriterien/Indikatoren (Auswahl) der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus Eberle et al. 1999; Enquete-Kommission 1994) .....	51
Tabelle 8:	Ziele und Kriterien/Indikatoren (Auswahl) der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus Eberle et al. 1999; Enquete-Kommission 1994).....	52
Tabelle 9:	Kriterien und Indikatoren im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus: Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden 2000; Übersetzung d. Autor) ..	56
Tabelle 10:	Kriterien und Indikatoren im Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus: Konferenz Zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden 2000; Übersetzung d. Autor).....	56
Tabelle 11:	Indikatoren (Auswahl) des Projektes „Zukunftsfähige Kommune“ mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (DUH 2000a/b).....	57
Tabelle 12:	Indikatoren (Auswahl) des Projektes „Zukunftsfähige Kommune“ mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (DUH, 2000a/b) .....	58
Tabelle 13:	Kern- und Ergänzungsindikatoren (Auswahl) des Projektes „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ mit Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus Diefenbacher et al. 2000).....	59
Tabelle 14:	Kern- und Ergänzungsindikatoren (Auswahl) des Projektes „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ mit Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (aus Diefenbacher et al. 2000).....	60
Tabelle 15:	Ziele und Indikatoren (Auswahl) des Projektes Kompass Nachhaltigkeit München im Bezug zum Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ (aus Landeshauptstadt München 2000) .....	63
Tabelle 16:	Ziele und Indikatoren (Auswahl) des Projektes Kompass Nachhaltigkeit München im Bezug zum Handlungsfeld "Nachhaltige Lebensweisen Jugendlicher und Erwachsener und entsprechende Bildungsmaßnahmen" (nach Landeshauptstadt München 2000a).....	64
Tabelle 17:	Indikatoren (Auswahl) der Lokalen Agenda Köpenick mit Bezug zu den untersuchten Handlungsfeldern (Bezirksamt Köpenick 2000).....	67
Tabelle 18:	Auswahl an Leitlinien, Handlungsfeldern, Zielindikatoren und Maßnahmen des Kommunalen Handlungsprogramms Lichtenberg mit Bezug zu den untersuchten Handlungsfeldern.....	69
Tabelle 19:	Typisierung „regionaler Entwicklungsansätze" unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Zielsetzungen (Lucas 2000: 8) .....	73
Tabelle 20:	Unternehmensfunktionen und räumliche Bindung (Lucas 2000: 10) .....	75
Tabelle 21:	Unternehmerische Aktionsfelder für "Nachhaltiges Wirtschaften".....	77
Tabelle 22:	Akteursstruktur des Handlungsfeldes „Nachhaltiges Wirtschaften“ .....	95
Tabelle 23:	Ansichten ausgewählter Akteure im Handlungsfeld nachhaltiges Wirtschaften zu Zielvorstellungen, Indikatoren und Maßnahmen .....	97
Tabelle 24:	Akteursebenen und Themenbereiche für Leitbilder im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ .....	102
Tabelle 25:	Akteursebenen und Indikatoren im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ .....	104
Tabelle 26:	Vorstellungen der Akteure im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“ zu Leitbildern.....	107
Tabelle 27:	Leitbilder und Leitsätze aus Interviews und Literatur, gegliedert nach Themenfeldern.	112
Tabelle 28:	Ziele, Maßnahmen und Indikatoren (Beispiele) in den Themenfelder.....	113

### **8.3 Verzeichnis der Abbildungen**

<a href="#">Abbildung 1: Projektablauf</a> .....	7
<a href="#">Abbildung 2: Verwendetes Verständnis von nachhaltiger Entwicklung</a> .....	22
<a href="#">Abbildung 3: "Top-down"- und "Bottom-up"-Verfahren" (Kretzschmar 1999)</a> .....	36
<a href="#">Abbildung 4: Die Zielebenen des SRU (Grafik nach: SRU 1998)</a> .....	37
<a href="#">Abbildung 5: Acht Schritte zum Kommunalen Nachhaltigkeitsindikatorensystem (Born 1997b: 18; entnommen aus: Enquetekommission "Zukunftsfähiges Berlin" 1999: 68)</a> .....	40
<a href="#">Abbildung 6: Abgestuftes System von Zielvorstellungen und Indikatoren</a> .....	44
<a href="#">Abbildung 7: Leitkriterien für Nachhaltigkeit in Unternehmen (Braun et al. 2000: 16)</a> .....	76
<a href="#">Abbildung 8: Arbeitsblatt zu den Trends im Handlungsfeld „Nachhaltiges Wirtschaften“</a> .....	92
<a href="#">Abbildung 9: Vorstellungsrunde als Einstimmung in die Leitbilddebatte am Beispiel des Handlungsfeldes „Nachhaltiges Wirtschaften“</a> .....	93